
DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 3 März 1989 E 8080 E

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland:
Abgerichtet den eigenen Schatten anzubellen

Trilaterale Kommission: Wirtschaftskrieg gegen Ostasien und Europas Sozialisierung 1992

Banker:
Rockefellers Geschäfte mit Gorbatschow

Bonn:
Scheinasylanten als Sozialtouristen

UFO:
Geheimnis um deutsche Flugscheiben

Zionismus: Wer ist Jude?

Deutsche Bank:
Die heimliche, unheimliche Macht in den Kulissen des Bonner Staates



Lieber Leser

CODE ist ein Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.
CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.
CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.
CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.
CODE wird in den Fragen des Antizionismus von jüdischen Persönlichkeiten beraten, die der Redaktion ausdrücklich bestätigt haben: »Wir kennen die Zeitschrift und finden darin kein Material, das seiner Natur nach anti-semitisch ist, und verstehen die Position, die Unterschiede zwischen Zionismus und Judaismus aufzuzeigen. Obwohl wir nicht mit allen vertretenen Positionen übereinstimmen mögen, unterstützen wir das Recht darauf, politische Ansichten darzustellen.« Dieser Satz wurde von sechs namhaften Rabbinern unterzeichnet.
CODE verfügt auch auf anderen Gebieten über kompetente Mitarbeiter: Victor Marchetti, Autor des bekannten Bestsellers über den CIA, war stellvertretender Direktor des CIA; Mark Lane, ein bekannter Washingtoner Rechtsanwalt, hat Prozesse wegen der Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy gegen CIA-Mitarbeiter geführt; C. Gordon Tether, der für den Finanzteil zuständig ist, arbeitet seit langem für die »Financial Times«.
CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun. Dadurch paßt dieses Nachrichtenmagazin auch nicht in das Schablonendenken der im Auftrage des Bonner Staates tätigen »Aufsichtsbeamten«.
CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch von Des Griffin »Wer regiert die Welt?«**

Vielen Dank
Ihr Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 72,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 72,– DM anbei (Ausland: DM 87,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Wer regiert die Welt?«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

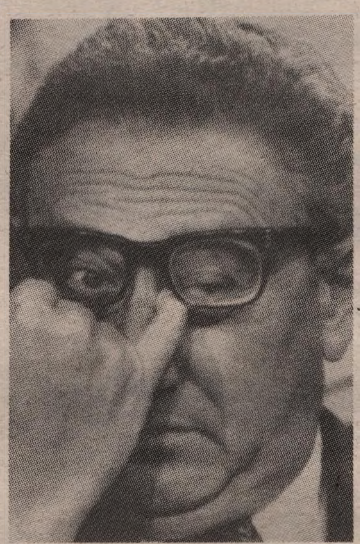
Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

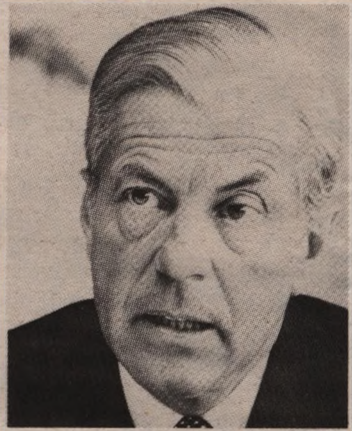


Deutschland

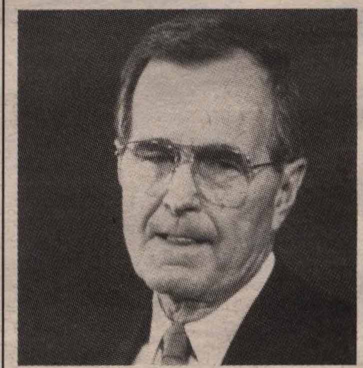
Finanzen



Henry Kissinger, der Guru des Rockefeller-Clans, hat an den Leitlinien der Pläne der Trilateralen mitgearbeitet.



Friedrich-Wilhelm Christians: »Diese Bank ist eine der demokratischsten Institutionen, die ich kenne, und wir sind uns völlig im klaren darüber, wie verwundbar unser Ansehen als Macht ist.«



Georg Bush muß endlich die Herrschaft des privaten Federal Reserve Systems beenden und die Kontrolle über das US-Geldsystem wieder dem Schatzamt übertragen.

Internationales



Lenin legte mit Hilfe der internationalen Banker den Grundstein für ein Kolonialreich nach alter Väter Sitte.

Nr. 3 März 1989

Naher Osten



Yitzhak Shamir wurde wiedergewählt, weil er bei künftigen Friedensverhandlungen ein gerissenerer Taktiker als Peres ist.

Technik

Medizin

Ständige Rubriken

Deutschland

Den eigenen Schatten anbellen

Dieter Schubert

Man mag die Vaterlandsliebe loben, den Chauvinismus beargwöhnen oder ablehnen: Beide aber leben aus dem Natürlichen. Zu allen Zeiten gehörten der nationale Stolz auf das eigene Volk, die Liebe, die den einzelnen mit ihm verbindet, ja seine subjektive Überbewertung zu den menschlichen Selbstverständlichkeiten. Gerade bei den Olympischen Spielen in Seoul konnte man diese fast kindliche nationale Solidarität wieder bei den gastgebenden Koreanern beobachten.

Überall ist es so – mit einer einzigen Ausnahme! Mitten in Europa nämlich gibt es einen weißen Fleck mit deutschen Teilstaaten, in denen alle geschichtlichen Ereignisse nicht mit eigenen Augen, sondern mit denen der Feinde des deutschen Volkes gesehen werden.

»Deutschland verrecke!«

Dies hat zur Folge, daß weite Teile der umerzogenen Nachkriegsgeneration bereits bei jeder Gelegenheit emotional antideutsch reagieren. Es hat keinen Zweck, die Augen länger vor dieser fürchterlichen Pervertierung nationaler Empfindungen zu verschließen.

Es gehörte für mich zu den erschütterndsten Erlebnissen, während eines Berlin-Besuches 1981 bei demonstrierenden jungen Deutschen die Worte »Deutschland verrecke!« auf Jacken und Ärmeln stehen zu sehen.

Deutsche Sportlerriegen haben praktisch keinen Heimvorteil mehr. Beim kleinsten Versagen wird zum Beispiel die deutsche Fußballnationalmannschaft hämisch ausgebuht, und die »Fans« gehen scharenweise ins gegnerische Lager über, ein Vorgang, der in jedem anderen Land der Welt undenkbar wäre.

Die Deutschen sind zu umgekehrten Chauvinisten geworden. Dieser Zustand muß als »induziertes Irresein« von höchstem Krankheitswert bezeichnet werden. Dieses äußert sich in tausend Erscheinungen.

Die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages, der Deutschland in ein wirtschaftliches Chaos stürzte.

Die Lufthansa warb schon in den fünfziger Jahren um Kunden mit der Erklärung, sie sei frei von allen »deutschen« Eigenschaften.

Demonstranten rufen: »Russen raus aus Afghanistan« oder »Freiheit für Nicaragua«. Die seit 44 Jahren anhaltende Besetzung, Zerstückelung und Versklavung ihres eigenen Volkes aber scheinen sie gar nicht zu bemerken.

Es ist soweit, daß diejenigen, die für eine Wiedervereinigung wenigstens der deutschen Restteile in Ost und West eintreten, als »Imperialisten« beschimpft werden, während das imperialistische Sowjetreich, das sich von Zentraleuropa bis nach Japan erstreckt, als selbstverständliche Tatsache hingenommen wird.

Deutsche werden abgerichtet, den eigenen Schatten anzubellen

Schlagworte, die ohne jeden Bezug zur Wirklichkeit sind, werden auswendig gelernt und einfach nachgeplappert. Hier ist das »induzierte Irresein« bereits in das Stadium offener Verblödung übergegangen.

Die Deutschen wurden dazu abgerichtet, ihren eigenen Schatten anzubellen wie tolle Hunde. Sie wollen aus der eigenen Haut schlüpfen und sich möglichst unauffällig irgendwo international verkrümeln. Sie sind sich selbst suspekt geworden.

Ein Blick in die Standesamtsmeldungen zeigt, daß neun von zehn Elternpaaren nicht mehr wagen, ihrem ohnehin spärlichen Nachwuchs deutsche Vornamen zu geben. Es wimmelt da von Nataschas, Yvonnes, Jennifers, Benjamins und Saschas. Und mit jeder dieser Benennungen verneigen sich die Betreffenden in tiefer Ehrfurcht vor den fremden Nationen, deren Sprachen diese Namen entnommen sind, und jedesmal erhält dadurch die deutsche Sprache und Kultur einen Eselstritt. Die deutschen Namen seien außer Mode? Eben darum.

Wie konnte es zu diesen Verirrungen kommen? Zwei Grundfaktoren wirkten da zusammen: Eine weltweite antideutsche Hetze, die bereits lange, lange vor dem Ersten Weltkrieg einsetzte und immer üppigere Sumpfblüten trieb.

Zweitens: Der hohe sittliche Ernst, die Gewissenhaftigkeit und, muß man leider sagen, übertriebene Anständigkeit des deutschen Volkes, die, um ja anderen nicht ungerecht zu werden, allzuoft niederträchtig gegen die eigene Nation wird.

Zum ersten Punkt führe ich ein Beispiel an, das aufschlußreich bezüglich seines Zeitpunkts und typisch für die Grundtendenz der antideutschen Agitation war. Am 22. Juni 1915 sprach der gefeierte englische Dichter Rudyard Kipling im englischen Southport vor 1000 begeisterten Zuhörern unter anderem folgende Sätze:

Blutrünstige Bestie, Hunne, Barbar und Boche

»Wie immer man die Welt früher einteilen mochte, heute gibt es nur noch zwei Unterscheidungen: Menschliche Wesen und Deutsche. Und der Deutsche weiß es. Menschliche Wesen sind lange genug von ihm und allem, was zu ihm gehört, angewidert worden, von allem, was er tut, sagt, denkt oder glaubt. Von einem Ende der Erde zum andern wünschen sie – die Menschen – nichts sehnlicher, als daß dieses schmutzige Etwas (unclean thing) aus der Völkergemeinschaft ausgestoßen und aus ihrer Erinnerung vertilgt werden möge. Die Antwort der Deutschen auf den Abscheu der Welt ist: ›Ich bin stark. Ich töte. Ich werde fortfahren zu töten mit allen Mitteln, die mir zu Gebote stehen, bis ich meinen Willen allen Menschen aufgezwungen haben werde.‹ Er läßt keine Wahl, es gibt keinen Mittelweg. Er hat die Zivilisation und alles, was mit ihr zusammenhängt, auf die einfache Formel verkürzt: Töten oder getötet werden!«

Also sprach ein englischer Nobelpreisträger anno 1915, zehn Monate nach der britischen Kriegserklärung an das Deutsche Reich, als die Fronten im Westen erstarrt waren und es gerade gelungen war, Ostpreußen

vor den russischen Armeen des Zaren zu sichern.

Das war der Grundtenor der gesamten alliierten Kriegspropaganda vor und während zweier Weltkriege, wie er auch in der Präambel des Versailler Diktats zum Ausdruck kam. Hier die friedliche Menschheit dort die blutrünstige Bestie, der Hunne, der Barbar und Boche!

So konnte über das größte Kulturvolk im Herzen Europas hergezogen werden. Mister Kiplings Hetzrede war natürlich die beste »Durchhalteparole«, die sich denken läßt, wenn auch von der Sache her ein ausgekochter Blödsinn. Kann man sich vorstellen, daß irgendein Politiker, eine Zeitung oder ein Mann von Bildung in Deutschland in solch skandalöser Weise von England oder Frankreich gesprochen hätte?

Dies wäre deshalb undenkbar gewesen, weil in Deutschland jeder Drittkläßler der Grundschule wußte, wie nahe blutsverwandt das deutsche und englische Volk sind. In England aber hatten anscheinend Nobelpreisträger keine blasse Ahnung von diesen geschichtlichen und genealogischen Tatbeständen.

Aber auch heute noch schütteln sich zahllose Propagandisten in Ost und West, inner- und außerhalb unserer Grenzen vor Vergnügen, wenn sie nur den Deutschen etwas recht Unflätiges sagen können. Warum lassen sich letztere solches gefallen? Der Schock zweier militärischer Zusammenbrüche müßte doch allmählich vorüber sein.

Ein ganzer Berg aus Lügen

Zum zweiten Punkt: Die Deutschen sind, es klang schon an, ein äußerst gewissenhaftes Volk. Wenn sie davon überzeugt werden, im Unrecht zu sein, nehmen sie sich dies mehr zu Herzen als andere Nationen. Sie lassen sich dann praktisch alles gefallen und verfallen einer servilen Büßergesinnung, anstatt der allgemeinen Heuchelei deren Lügen um die Ohren zu schlagen.

Es kann an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, daß die Kirchen eine entscheidende und verhängnisvolle Rolle bei der seelischen Entwaffnung des deutschen Volkes gespielt haben. Sie versuchten ihre Geschäfte mit dem psychischen Niederbruch und der Zerknirschung dieses großen Volkes in Europas Mitte zu machen. Das gesamte Arsenal der alliierten Siegerpropaganda wurde von den Kirchen unbesehen geradezu begeistert übernommen und pseudo-theologisch verbrämt.

Die Umerzieher behandeln bereits bloße Nachfragen, jedes Suchen nach dem wirklichen Ablauf der Geschehnisse als Sünde wider den heiligen Geist. Der ganze Berg aus Lügen, Heuchelei, Pharisäertum, Halbwahrheiten, Täuschungen, psychologischen Tricks soll möglichst so stehenbleiben, wie er 1945 aufgetürmt wurde. Nationale Ehrlosigkeit wird zum moralischen Wert pervertiert.

Die Deutschen kann man wahllos diffamieren

Dem haben wir nun endlich entschieden entgegenzutreten. Wenn es jemand wagen würde, etwa die Russen, Polen, Amerikaner, Juden oder Japaner kollektiv zu verunglimpfen, so würde derjenige sogleich durch einen Taifun empörten Widerspruchs niedergezischt werden.

Man griffe mächtig in die Leier und entrüstete sich über die bösen Vorurteile, mit denen ein ganzes Volk kollektiv beleidigt wird.

Nicht so bei den Deutschen. Sie stehen unter Ausnahmerecht und sind vogelfrei. Man darf sie wahllos diffamieren. Je unverschämter der Hetzer, desto angelegentlicher wird er den Deutschen als »Gewissen der Nation« und kolossaler Humanitätsapostel empfohlen.

Wir sprechen ein für allemal jedem Volk und jeder Einzelperson das Recht ab, das deutsche Volk zu verdammen. Wir wehren uns gegen die erhobenen Zeigefinger der Pharisäer und erklären: Eine objektive Geschichtsforschung wird einst unwiderleglich und unumstößlich feststellen, daß keiner Nation im 20. Jahrhundert größeres, schmerzlicheres und anhaltenderes Unrecht zugefügt wurde als der deutschen. □

Zeitgeist

Am Bonner Pranger

Michael Brandegger

Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Björn Engholm, prägte 1988 laut »Vorwärts« den wirklich unsere Gesellschaft kennzeichnenden Satz: »Nicht der mündige Mensch ist das Ziel, sondern der amüsierfähige.« Wenn das unser Ziel ist, so ist jeder fünfte Bundestagsabgeordnete, der laut »Panorama« alkoholabhängig ist, auf dem besten Weg dazu.

Die Bundestagsabgeordnete der Grünen, Jutta Oesterle-Schwerin, schrieb in einem Thesenpapier zum Beratungsgesetz für Schwangere: »Das Abholzen alter Kastanien tut mir viel, viel mehr weh als Absaugen von Zellgewebe, das eine Frau in ihrem Körper nicht haben will.« Über die Gegner der Abtreibung urteilt die Abgeordnete: »Sie treibt nicht die Liebe zum Kind. Sie denken in erster Linie an den Fortbestand der weißen Rasse und an den Erhalt von deren Herrschaft über die Welt.«

Die Krankheit der Gerechten

Die gleiche Dame sagte im Bundestag (103. Sitzung 1988): »In der Bundesrepublik leben über zwei Millionen Menschen in eheähnlichen Gemeinschaften. Zwischen drei und sechs Millionen sind lesbisch oder schwul. Tausende und Abertausende von Menschen würden gerne in Wohngemeinschaften leben, wenn es dafür genügend Wohnungen oder Häuser gäbe. Es ist deswegen nicht nur notwendig, daß vorhandene Wohnungen an solche Gruppen vermietet werden, sondern es ist ebenfalls notwendig, daß Wohnungen und Häuser zu diesem Zweck gebaut werden, und zwar gerade im sozialen Wohnungsbau. Die Öffnung des sozialen Wohnungsbaus für eheähnliche Gemeinschaften ist nicht mehr als die Anpassung der Wohnungsbaugesetze an die breite gesellschaftliche Akzeptanz, die diese Lebensformen bereits genießen. Die Öffnung des sozialen Wohnungsbaus für lesbische und schwule Lebensgemeinschaften ist ebenfalls ein längst fälliger Schritt zum Abbau der Diskriminierung dieses Teils der Bevölkerung.«

In Rumänien sind Abtreibungen und Verhütungsmittel strikt verboten. Waisenhäuser und Findlingsheime verkaufen für 600 Dollar die Babys an westliche Interessenten. Da die neuen Eltern für angefallene Heimkosten aufkommen müssen und noch Schmiergelder für Adoptionsformalitäten anfallen, kostet am Ende ein solcher Babykauf um die 6000 Dollar.

Über die Frankfurter Theaterinszenierung von Camus »Die Gerechten« und Bruckners »Krankheit der Jugend« berichtete die »Neue Züricher Zeitung«: »Auf die taumelige Party-Ödnis folgt die verkniffen zielstrebige Attentatsplanung. Der Raum bleibt derselbe, einschließlich der eindrucksvollen Spirituosen-Flaschenbatterie in der Nische. Daß er jetzt zu einer konspirativen Wohnung gehört und einer militanten Gruppe als Unterschlupf und Planungszentrum dient, erkennt man an den allenthalben angeschlagenen Feindbildern und gesinnungstüchtigen Postern und an der angespannten Haltung seiner Bewohner: Gerader Rücken, knappe Gestik, schnelle Schußbereitschaft und verbale Kraftakte. Im Namen des Volkes und möglicherweise aus Langeweile und Perspektivlosigkeit machen sie sich bedenkenlos zu Herren über Leben und Tod anderer Menschen, während die Medizinstudenten in Bruckners Stück ihr Leben ziellos und todessüchtig vertändeln und in ihrem zynischen Lebensüberdruß gefährlich empfänglich sind für nationalsozialistisches Gedankengut.

Zeitgeist

Am Bonner Pranger

Die Krankheit der Jugend und der Gerechten besteht darin, daß sie rat-, hilf- und orientierungslos sind, aber fest entschlossen, nicht zu verbürgerlichen!«

Keine Konsequenzen aus aufgedeckten Skandalen

Wie der Staatsminister Schäfer vom Bonner Auswärtigen Amt im Bundestag bestätigte, verwahrt das UN-Sekretariat in New York die Akten einer 1943 gebildeten Kriegsverbrecher-Kommission, die lediglich Angaben über mutmaßliche Kriegsverbrechen deutscher Staatsangehöriger und von Angehörigen der mit dem Deutschen Reich verbündeten Staaten enthält. Über Kriegsverbrechen der Siegermächte werden bei der UN keine Akten geführt.

Man erinnere sich daran, was der 1974 in New York verstorbene Journalist Walter Lippmann schrieb: »Erst wenn die Kriegspropaganda der Sieger Einzug in die Geschichtsbücher der Besiegten gefunden hat – und von der nachfolgenden Generation auch geglaubt wird, kann die Umerziehung als gelungen angesehen werden.«

Der Bundestagsabgeordnete Heinrich Lummer (CDU) wollte von der Regierung wissen, ob die Dokumentation über die Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges und der gegen sie im Westen geführten Prozesse fertiggestellt ist. Die Antwort der Regierung lautete: »Wegen der angespannten Personallage war das Auswärtige Amt nicht in der Lage, die Dokumentation fertigzustellen. Bemühungen, geeignete Wissenschaftler für die Erstellung der Dokumentation zu gewinnen, blieben ebenfalls ohne Erfolg.«

Schwerkrank und längst haftunfähig sitzen die zu lebenslänglicher Haft verurteilten Deutschen Franz Fischer (86 Jahre) und Ferdinand aus der Fünten (78 Jahre) im holländischen Breda. Wer hat erfahren, ob sich unser Bundespräsident um deren überfällige Begnadigung bemüht hat?

Der CDU-Vorsitzende Konrad Adenauer sagte 1967 zu seinem Minister Heinrich Hellwege: »Wenn ich die Partei nicht mitbegründet hätte, längst hätte ich sie verlassen.«

Die Öffentlichkeit hat bislang nichts über die Konsequenzen aus dem vom Landesrechnungshof in Nordrhein-Westfalen aufgedeckten Skandal des Subventionsmißbrauchs durch freie Wohlfahrtsverbände erfahren. Der Landesrechnungshof hatte Falschabrechnungen und Betrügereien beanstandet.

Die Bundes-Kulturreferentin des Bundes der Vertriebenen, Marion Frantzioch, hat ein Buch »Die Vertriebenen« veröffentlicht, das die Thesen der Moskauer Propaganda seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges übernimmt: »Mit der Vertreibung der Deutschen wurde ein Schlußstrich unter die Minderheiten- und Nationalitätenproblematik Ost-Mitteleuropas gesetzt.«

Statt Seelsorge Seniorentanz

Ferner schreibt sie: »Letztendlich wurde die Vertreibung der Sudetendeutschen als eine Form kollektiver Bestrafung angesehen, eine Sanktionsform, die vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft und dem Leiden der Kriegsjahre verständlich war.

Der Anthropologe Klaus Conrad, Vorsitzender der »Deutschen Liga für das Kind«, stellte fest: »Kinderfeindlich ist eine Gesellschaft, die beide Elternteile aus wirtschaftlichen Gründen zu ganztägiger und außerhäuslicher Erwerbstätigkeit zwingt.« Rund 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen seien heute »von ernsthafter seelischer und sozialer Vernachlässigung betroffen, und die Kriminalitätsrate steigt unablässig«.

Jedes Mal, wenn eine Urlaubswelle unsere Mitbürger in südliche Gefilde davonspült, werden in jeder Stadt der Bundesrepublik Hunderte von Haustieren ausgesetzt und ihrem Schicksal überlassen. In 25 Millionen Haushalten leben 3,9 Millionen Katzen und 3,6 Millionen Hunde. Obschon die Bundesbürger im letzten Jahr 1,6 Milliarden DM für Tiernahrung ausgaben, wenn's Herrchen zu den Stränden ans Mittelmeer treibt, ist für Hund und Katz Gefahr in Verzug. Im Tierschutzgesetz vom 1. Oktober 1972 heißt es: »Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leid oder Schäden zufügen.« Die Urlaubsreise ist für manche Tierhalter offenbar ein solcher vernünftiger Grund.

Berlins evangelische Kirche hat seit 1972 insgesamt 500 000 Mitglieder, das heißt ein Drittel ihres Bestandes verloren. Der Kreuzberger Superintendent Gustav Roth: »In Krisenkirchen mit 1000 Sitzplätzen und 30 Leuten im Gottesdienst geht solch ein Gottesdienst kaputt.« Die Pfarrer wollen die Kirche jetzt für »neue Nutzungen« freigeben. Gedacht wird an Gruppenarbeit, Friedenspolitik und Seniorentanz. Eine Antwort auf diese Entwicklung findet sich in einer Äußerung des bekannten Berliner Pfarrers Heinrich Albertz: »Was sich in meiner Kirche getan hat, ist sensationell.

Aus der deutsch-nationalen Kirche von einst ist eine Institution geworden, an der gemessen die SPD eine rechts-reaktionäre Partei ist.«

Gefahren für die Struktur der Republik

In Augsburg hat der neue Polizeipräsident, Herbert Klaus, erklärt, die Redewendung »Die Polizei – Dein Freund und Helfer« solle aus dem Wortschaft getilgt werden, weil sie nationalsozialistisches Gedankengut widerspiegele und vom Reichsführer SS, Heinrich Himmler, stamme.

In Hamburg wird die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer geplant.

Umfrage-Ergebnisse besagen, daß 25 Prozent der Türken die SPD, 17 Prozent die Grüne Alternative Liste, 5 Prozent die CDU und ein Prozent die FDP wählen würden.

In der Hamburger Strafanstalt Fuhlsbüttel – im Volksmund »Santa Fu« genannt – sind seit 1977 3863 Ausbrüche erfolgt. Die Mehrzahl kehrte aus dem gewährten Hafturlaub nicht mehr in die Zelle zurück.

Der Deutsche Lehrerverband hat in einer Verlautbarung mitgeteilt, daß die Hälfte der Jugendlichen in der Bundesrepublik die DDR für Ausland halte, daß 60 Prozent sich keine Vorstellung vom Unterschied eines Bundestagsabgeordneten und eines Volkskammerabgeordneten machen könne. Nur noch ein Viertel der Befragten sähen die Bewohner der Bundesrepublik und die der DDR als Angehörige der gleichen Nation an.

Der Präsident des Gesamtdeutschen Instituts in Bonn, Detlef Kühn, bescheinigt der westdeutschen Elite eine »a-nationale, wenn nicht gar anti-nationale Haltung« und leitet davon »Gefahren für die ganze politische Struktur der Republik« ab.

Laut »Kölner Express« fühlt sich die Hälfte der Bundesbürger gestört, wenn das Deutschlandlied erklingt. Eine positive Einstellung zur Hymne haben mit 72 Prozent die über 60jährigen. Bei den unter 24 Jahre alten Personen liegt der Prozentsatz bei 37 Prozent.

400 Preise im Gesamtwert von 250 000 DM konnten Schüler in der Bundesrepublik gewinnen, die sich am Schülerwettbewerb '88 der Dr.-Körber-Stiftung um den »Preis des Bundespräsidenten« beteiligten. Thema: »Unser Ort – Heimat für Fremde?« Als Beispiel für Forschungsarbeiten für Schüler wurden genannt: »Die Geschichte der ältesten Pizzeria in unserem Ort«, »Fremde Vorfahren: die Geschichte meiner Familie«, »Straßennamen – Erinnerungen an fremde Mitbürger«, »Fremdarbeiter im Nationalsozialismus bei uns«.

Mag es manchen trösten, daß es vor 200 Jahren in Deutschland nicht viel anders aussah, jedenfalls ist das einem Brief des Geheimrats Wolfgang von Goethe an seinen Freund Lavater vom 22. Juni 1781 zu entnehmen, in dem es heißt: »Glaube mir, unsere moralische und politische Welt ist mit unterirdischen Gängen, Kellern und Kloaken miniert, wie eine große Stadt zu sein pflegt, an deren Zusammenhang und ihrer bewohnender Verhältnisse wohl niemand denkt und sinnt; nur wird es dem, der davon einige Kundschaft hat, viel begreiflicher, wenn da einmal der Erdboden einstürzt.« □

Bonn

Asyl gestern und heute

Michael Bernhard

Das Problem der trotz gegenteiliger Versprechungen der CDU/CSU immer weiter zunehmenden Zahl von Asylbewerbern rückt wieder verstärkt in den Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung. Ende des Jahres 1988 ist nun die zweite erweiterte Auflage einer wohltuend sachlich aufgebauten Dokumentation von Günter Deckert unter dem Namen »Asyl . . . heute und gestern – Drittes Reich – Westdeutschland – Westberlin« erschienen.

Deckert, ehemaliger hoher Funktionsträger der NPD, seit 1975 Stadtrat im baden-württembergischen Weinheim – zweimal als Spitzenkandidat der NPD und einmal als Spitzenkandidat der Deutschen Liste –, ist im November 1987 durch eine Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtshofs des Landes aus dem Schuldienst entlassen worden. Die Vorwürfe gegen ihn lauteten auf – kurz gesagt – gegen den Staat gerichtete Aktivitäten, beispielsweise Leitung einer Versammlung der »Gesellschaft für Freie Publizistik« und eine nichtöffentliche Veranstaltung mit Otto-Ernst Remer zum Thema 20. Juli 1944 – hier liegt ein Spitzelbericht vor, sogar auf Kassette. Deckerts Entfernung aus dem Staatsdienst erfolgte trotz einer für ihn sehr positiven Beurteilung durch Oberstudiendirektor Klaus Kolb, der CDU-Stadtkreisrat ist und ihm für seine schulischen Leistungen die Note »sehr gut – gut« gab.

Die Gründe für die uneingeschränkte Aufnahme

Da den heutigen Befürwortern der uneingeschränkten Aufnahme von Asylanten, wozu neben der SPD und Grünen auch immer mehr die FDP zählt, bei einer sachlichen Auseinandersetzung schnell die Argumente für ihre Position ausgehen, heißt es dann immer: »Im Dritten Reich mußten Hunderttausende, wenn nicht gar Millionen unschuldiger Menschen vor dem Terror der Nazis ins Ausland fliehen und bekamen dort eine sichere Zuflucht, die sie vor den Gaskammern bewahrte und ihnen die Zukunft sicherte.«

Daß dem eben nicht so ist, zeigt ganz allein das Beispiel der im Sommer 1938 stattgefundenen Evian-Konferenz, in der Vertreter von 32 Staaten erklärten, ihre Länder könnten keine jüdischen Flüchtlinge mehr aufnehmen. Deckert weist in seiner Untersuchung aber nur nach, daß in Wirklichkeit nur wenige tausend Menschen aus politischen Gründen aus dem Dritten Reich geflüchtet sind und in anderen Ländern um Asyl gebeten haben.

Seine Ausführungen basieren dabei auf einem ihm vom Institut für Zeitgeschichte, München, zugeschickten, in englischer Sprache verfaßten Vorspann zu Band 2 des »Biographischen Handbuchs der deutschsprachigen Emigration nach 1933«. Und das Interessante dabei ist, daß es sich bei dem Werk um eine Gemeinschaftsarbeit der Research Foundation for Jewish Immigration, New York, und des Instituts für Zeitgeschichte, München, handelt. Zwei Institute also, die durch ihre Berichterstattung über die Zeit des Nationalsozialismus bei nationaldenkenden Menschen zumindest heftige Kritik auslösen müssen.

Dieser Ausarbeitung zufolge begannen die ersten politischen Emigrationswellen nach der Regierungsübernahme Adolf Hitlers im Januar 1933, wobei die Hauptzentren des Exils Frankreich und die CSSR gewesen seien. So hätten Ende 1933 rund 7000 bis 10 000 politische Flüchtlinge in Frankreich und etwa 1500 in der CSSR gelebt.

Zählt man die Höchstzahlen

Die Untersuchung kommt dann laut Deckert zu folgendem Ergebnis: »Zählt man die Höchstzahlen, die wegen ständiger Umschichtung und des Überganges von einem Land zum anderen nur als unsichere Höchstwerte gelten können, zusammen, so ergibt sich in den oben genannten Aufnahmeländern (neben Frankreich und der CSSR gehören dazu die USA, Schweiz, Großbritannien, Südamerika und andere; der Verfasser) eine Zahl von etwa 30 000 Personen, die als politische Flüchtlinge gelten können; einige sollen sogar das Angebot auf Rückkehr durch die Reichsregierung angenommen haben.

Auf der Grundlage des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und über die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft (14. Juli 1933) sollen bis Frühjahr 1945 40 000 Personen die deutsche Staatsbürgerschaft verloren haben. In den Anfangsjahren sei dieses Gesetz in erster Linie für die politischen Gegner gedacht gewesen, um deren Beweglichkeit durch den Paßentzug einzuengen. Ab 1937 seien auch Juden davon betroffen gewesen, so daß die Zahl 40 000 nicht als Obergrenze für die Zahl an politischen Flüchtlingen gelten kann. Also: 40 000 in zwölf Jahren, und das mit obiger Einschränkung.

Vergleicht man diese Zahlen sowie die Zielländer mit den heutigen Asylantenzahlen und deren Herkunftsländer – sie stammen immerhin aus Quellen, denen man Deutschfreundlichkeit wohl kaum nachsagen kann –, so kann niemand allen Ernstes behaupten wollen, wir seien wegen der Flüchtlinge zur Zeit des Dritten Reiches moralisch besonders verpflichtet, eine Politik der offenen Türen zu betreiben, eine stille Landnahme durch die Hintertür zuzulassen und jeden, der auch nur irgendwie das Wort ›Asylant‹ stammeln kann, aufzu-

Europäische Juden auf dem Weg nach Israel. Die von der Regierung geförderte Einwanderung ließ Israels Bevölkerung stark ansteigen.

Bonn

Asyl gestern und heute

nehmen und ihn sozialpolitisch sofort wie einen Deutschinländer zu behandeln.«

Scheinasylanten als Sozialtouristen

Und wie das Bundesinnenministerium Anfang dieses Jahres mitteilte, ist die Zahl der Asylbewerber 1988 um 80 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Zahl von 103 076 Asylanträgen sei die höchste seit acht Jahren. Die meisten Asylbewerber hätten mit 29 023 Personen die Polen gestellt, gefolgt von 20 812 Jugoslawen, 14 873 Türken, 7867 Iranern, 4233 Libanesen und 3383 Ceylonesen.

Das besonders bemerkenswerte ist dabei, daß die Quote der als politische Flüchtlinge anerkannten Asylbewerber gegenüber 1987 von 9,4 auf 8,6 Prozent zurückging. Dies bedeutet also nichts anderes, als daß 91,4 Prozent oder 94 211 Personen Scheinasylanten, also Wirtschaftsflüchtlinge oder, wie sie der Leiter des Mittelstands-Instituts Niedersachsen, Professor Dr. Eberhard Hamer, nennt, Sozialtouristen sind.

Nach dem Rückblick auf die Zeit des Dritten Reiches zeigt Deckert auf, wie die derzeitige Bundesregierung bereits seit vielen Jahren immer wieder die Notwendigkeit zur Einschränkung dieses Scheinasylantenstroms beschwört – doch den schönen Worten fehlen dann die Taten.

So schrieb Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann bereits im »Bulletin des Presse- und Informationsdienstes der Bundesregierung« Nr. 90 vom 29. Juli 1986: »Hohe Anerkennungsquoten für bestimmte Personengruppen üben eine Sogwirkung aus. Jede Entscheidung zugunsten eines Typs von Asylbewerbern hat inzwischen in den Heimatstaaten eine Multiplikationswirkung. Das Tamilen-Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster über eine Gruppenverfolgung von Tamilen – das inzwischen vom Bundesverwaltungsgericht aufgehoben wurde – wurde beispielsweise in Sri Lanka als Anzeige von Reisebüros veröffentlicht beziehungsweise bekanntgemacht.

Einen starken Anreiz für eine Asylantragstellung in der Bundesrepublik Deutschland bildet zudem der Umstand, daß bestimmten Personengruppen auch im Falle der Ablehnung ihres Asylantrags aus rechtlichen, politischen oder humanitären Gründen der weitere Aufenthalt ermöglicht wird.«

Ein altes deutsches Sprichwort heißt: »Gefahr erkannt, Gefahr gebannt.« Leider trifft dies auf die derzeitige Bundesregierung nicht zu.

Offiziell mußten 1988 fast vier Milliarden DM für diese Asylantenschar vom Steuerzahler, also von uns allen, aufgebracht werden. Doch sind diese Zahlen nur ein Bruchteil des in Wirklichkeit aufzubringenden Betrags. Denn, so Deckert: »In den amtlichen Zahlen sind nur die reinen Finanzaufwendungen laut Sozialhilfegesetz erfaßt. Die Kosten im Verwaltungsbereich – Sachkosten und Personal – sowie die über die Sozialhilfeleistungen hinausgehenden Leistungen sind ebenfalls noch nicht erfaßt.«

Auf unsere Kosten ein schönes Leben

Das bedeutet, daß zu den vier Milliarden DM nochmals viele Milliarden DM hinzukommen. Und das, obwohl in der Bundesrepublik viele alte deutsche Männer und Frauen mit einer Minirente abgespeist werden und am Existenzminimum leben müssen. Kindergärten fehlen ebenso wie Pflegepersonal in den Krankenhäusern. Viele Kinderkrebskliniken in Universitätskrankenanstalten sind eine Schande für sich. Doch Geld für diese Leute, die sich nur auf unsere Kosten ein schönes Leben machen, ist da.

Bereits 1986 wies Bundesinnenminister Zimmermann auf die zunehmenden Sicherheitsprobleme hin und führte als Beispiel aus: »Bei ghanaischen Staatsangehörigen etwa ist die Kriminalitätsrate rund achtmal so hoch wie die allgemeine Ausländerkriminalität . . . Große Besorgnis bereitet auch das in seiner Gefährlichkeit überhaupt nicht abschätzbare Terrorismuspotential, das sich möglicherweise unter den Reisenden aus Indien, aber auch aus dem arabischen Raum, hier vor allem unter den Libanesen und Palästinensern, befindet.«

Und im Bulletin 61 vom 12. Mai 1988 heißt es: »1987 wurden 258 329 nichtdeutsche Tatverdächtige registriert. Der Ausländeranteil an allen Tatverdächtigen betrug damit 20 Prozent – 1984 nur 16,6 Prozent, 1985 18 Prozent und 1986 19,3 Prozent. Der Bevölkerungsanteil der Ausländer in der Bundesrepublik belief sich dagegen nur auf 7,6 Prozent.

Die Struktur der nichtdeutschen Tatverdächtigen hat sich nach Art und Anlaß ihres Aufenthaltes in der Bundesrepublik Deutschland deutlich verändert. Der Anteil der Asylbewerber an den nichtdeutschen Tatverdächtigen hat seit Beginn der gesonderten Erfassung (1984) von 7,7 Prozent auf über 9,9 Prozent 1985 und 15,5 Prozent 1986 auf 17,1 Prozent zugenommen, während die Anteile der übrigen gesondert ausgewiesenen Gruppen – Arbeitnehmer, Stationierungsstreitkräfte, Schüler/Studenten, Gewerbetreibende, Illegale – gesunken sind. Damit hat sich die Zahl der tatverdächtigen Asylbewerber von 1984 bis 1987 etwas mehr als verdoppelt, während die Zahl der Asylbewerber im gleichen Zeitraum um 63 Prozent angestiegen ist. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß etwa 40 Prozent der von Asylbewerbern begangenen Straftaten Verstöße gegen das Ausländergesetz und das Asylverfahrensgesetz darstellen.«

Fazit: Zwar wies Zimmermann bereits 1986 auf das Sicherheitsproblem hin – doch ist in den darauf folgenden beiden Jahren nichts geschehen, um dies wirkungsvoll einzudämmen.

Die Bundesrepublik wird zum Einwanderungsland

Deckert weiter: »Daß die Sicherheit des Zufluchtsstaates und die Interessen der Staatsbürger am Asylrecht vorgehen, ist zwar gesunder Menschenverstand, in Bundes-Deutschland jedoch nicht mehr gefragt, sondern verpönt und sogar geächtet.«

Und der Weinheimer CDU-Stadtrat Dr. Wolfgang Philipp schrieb am 29. Mai 1988 in der »Frankfurter Allgemeinen«: »Ein so ausgelegter Artikel des Grundgesetzes (gemeint ist Artikel 16 Absatz 2 des Grundgesetzes, der besagt: »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht«; der Verfasser) stellt die zu den tragenden Elementen jeder Staatlichkeit überhaupt gehörende Gebietshoheit der Bundesrepublik Deutschland in Frage . . . Das Asylgrundrecht erleichtert es fremden Staaten, Minderheiten zu unterdrücken und sie wegen der gesicherten Aufnahme in Deutschland aus ihrer Heimat zu vertreiben.«

Und Manfred Ritter, Landesanwalt bei der Landesanwaltschaft Ansbach, schrieb am 2. Februar 1988 im »Rheinischen Merkur«: »Die öffentliche Diskussion geht an den Dimensionen, die die Einwanderung aus der dritten Welt annehmen kann, vorbei, da in den Medien meist nur Einzelfälle unter humanitären Aspekten erörtert werden. Hierbei wird regelmäßig verschwiegen, daß etwa eine Milliarde Menschen unterhalb der Hungerschwelle dahinvegetieren und oft wesentlich hilfsbedürftiger sind als jene Ausländer, die sich bei uns medien-wirksam einer Abschiebung widersetzen.

Da erscheint es unverständlich, daß sich die deutsche Verwaltungsrechtsprechung nunmehr dazu verpflichtet fühlt, nicht nur die rechtliche Grundlage für eine zusätzliche, uferlose Einwanderungsmöglichkeit neben dem Asylrecht zu konstruieren, sondern auch den Gesetzgeber durch entsprechende Grundgesetzauslegung für alle Zeit daran zu binden. Fast 40 Jahre nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes entwickelten die Verwaltungsrichter aus dem Artikel 1 Grundgesetz (GG), der die Menschenwürde für unantastbar erklärt, ein einklagbares ›humanitäres Bleiberecht‹ für Ausländer, wenn in deren Heimat menschenunwürdige Verhältnisse herrschen.

Mit dieser umstrittenen Rechtsprechung wird die Bundesregierung, die bereits Einwanderungsland für anerkannte Asylanten ist, für Armutsflüchtlinge aus Hunger- und Katastrophenländern geöffnet. Die letzteren müssen zur Einwanderung nur

noch mißbräuchlich mit dem Zauberwort ›Asyl‹ die Bundesrepublik betreten und sich anschließend auf die ›Menschenwürde‹ berufen.

Kein anderes Land hat bisher aus der Menschenwürde den einklagbaren Anspruch auf unbegrenzte Einwanderung abgeleitet. Die deutsche Verwaltungsrechtsprechung nimmt dem Staat durch diese Grundgesetzauslegung für immer die Entscheidungsfreiheit über Einwanderungsfragen, die wesentlicher Bestandteil der Souveränität ist, da dem Gesetzgeber – nach Artikel 79, Absatz 3 GG – ein Eingriff in den Artikel 1 GG untersagt ist ... Daß der Ausländer bei seiner Rückkehr in seine Heimat nur das Schicksal vieler Millionen seiner Landsleute teilt, die unter den gleichen schlechten Verhältnissen zu leiden haben – seien es nun Bürgerkrieg, Hunger, Naturkatastrophen oder eine besondere strenge Strafrechtspflege –, bleibt unberücksichtigt.»

Eine falsche Grundgesetzauslegung

Ritter weiter: »Wie weit man die Menschenwürde auslegen kann, zeigt das Verbot der Abschiebung eines Ghanaers, dem in seiner Heimat wegen Beteiligung an einer Unterschlagung fünf Jahre Gefängnis drohen, was vom Gericht als – nach deutschen Verhältnissen – unangemessen hohes Strafmaß angesehen wurde. Auch ein an Diabetes erkrankter Senegalese durfte nicht nach Afrika zurückgeschickt werden, da nicht feststand, daß seine Behandlung dort medizinisch und finanziell gesichert war. Es wird wohl nicht mehr lange dauern, bis die Richter auch noch die Forderung nach gleichwertiger Sozialhilfe und Altersversorgung im Heimatland des Ausländers erheben.

Diese Verwaltungsrechtsprechung beruht auf einer falschen Grundgesetzauslegung. Wenn die Väter des Grundgesetzes die Menschenwürde nach Artikel 1 GG im Sinne dieser Verwaltungsrechtsprechung interpretiert hätten, wäre es nicht erforderlich gewesen, das Asylrecht ausdrücklich noch in Artikel 16 GG zu normieren. Es wäre vom Artikel 1 GG mit umfaßt worden, da auch eine Verfolgung aus politischen und religiösen Gründen die Menschenwürde verletzt.

Daraus muß der Schluß gezogen werden, daß Verstöße gegen die Menschenwürde im Ausland unseren Staat nur im Rahmen des Asylrechts (Aufnahme-)Verpflichtungen auferlegen sollten. Eine rechtliche Verantwortlichkeit unseres Staates für menschenunwürdige oder sonstige grundrechtswidrige Verhältnisse in anderen Ländern ist ausgeschlossen, da die Gültigkeit des Grundgesetzes auf das Territorium der Bundesrepublik begrenzt ist.

Dies muß auch dann gelten, wenn der Staat durch Abschiebung oder Einreiseverweigerung einen Ausländer zur Rückkehr in seine Heimat zwingt, wo ihn derartige bedauerliche Verhältnisse erwarten. Die Bundesrepublik verletzt daher nicht die Menschenwürde, wenn sie einen Ausländer, der unter Mißbrauch des Asylgrundrechts zu uns kam, in ein Land abschiebt, in dem menschenunwürdige Verhältnisse drohen.

Das Bundesverfassungsgericht müßte bei einer Entscheidung über einen auf Artikel 1 GG gestützten Einwanderungsanspruch unter anderem berücksichtigen, daß es das Sozialstaatsprinzip des Artikels 20 GG verbietet, unser Wirtschafts- und Sozialsystem Einwanderungsströmen auszusetzen, unter denen es unvermeidbar zusammenbrechen müßte.

Unser soziales Netz ist bereits bis aufs Äußerste belastet. Auch unser Wirtschaftssystem ist wegen seiner Kompliziertheit und extremen Exportabhängigkeit viel störungsanfälliger als das eines Agrarstaates. In größeren Wirtschaftskrisen wären wir mit unserer Überbevölkerung und den bereits hier lebenden 4,6 Millionen Ausländern mit einem überfüllten Rettungsboot in stürmischer See vergleichbar.

Vorstellungen vom brüderlichen Sozialismus

Wenn humanitäre Kreise die Rechnung mit den von armen Entwicklungsländern aufgenommenen Flüchtlingsscharen aufmachen und die angeblich so reiche Bundesrepublik schelten, sollten sie bedenken, daß man in den klimatisch warmen Entwicklungsländern viele Millionen Flüchtlinge in Zelten unterbringen und von der UNO und anderen Organisationen versorgen lassen kann, ohne als Aufnahmestaat finanzielle Opfer bringen zu müssen. Die bei uns einreisenden ›Flüchtlinge‹ erhalten jedoch die im Vergleich zum Lebensstandard ihrer Heimat sehr großzügigen deutschen Sozialhilfeleistungen. Mit den Sozialhilfeleistungen für eine vierköpfige libanesische Familie könnte man zum Beispiel den Arbeitsplatz eines Lehrers finanzieren.

So muß Hessen mehr als 25 Prozent seines Sozialetats für Asylbewerber ausgeben ... Sogar Ausländer, die in ihrer Heimat eine auf Mord und Terror gestützte Diktatur errichten wollen, können in der Bundesrepublik Deutschland Anspruch auf Asyl erheben, wenn ihnen wegen ihrer demokratie-feindlichen Absichten in der Heimat Bestrafung droht.

Das Asylrecht müßte daher im Rahmen einer europäischen Harmonisierung regionalisiert werden – Europa gewährt nur Europäern Asyl, Asien den Asiaten und so weiter ... Es gibt auf dieser Erde nur wenige Länder, die zur Einwanderung in größerem Ausmaß geeignet sind. Dazu gehören die USA und die Sowjetunion mit ihren großen Reichtümern an bebaubarem Land und Bodenschätzen. Diese Länder denken aber nicht im Traum daran, sich den Einwanderungsströmen der dritten Welt zu öffnen, obwohl ihre ideologischen Vorstellungen von ›One world‹ beziehungsweise ›brüderlichem Sozialismus‹ sie dazu verpflichten würden. Wer daher Einwanderungsmöglichkeiten für Armutsflüchtlinge sucht, sollte seine Forderungen nicht an die kleine überbevölkerte Bundesrepublik stellen.«

Soweit die sicherlich sehr langen, dafür aber auch um so eindrucksvolleren Äußerungen Manfred Ritters, denen nun die nicht minder interessanten von Professor Dr. Günther Willms, Bundesrichter a. D., folgen sollen:

»Da es ihnen (den Grünen; der Verfasser) niemand vorhält, braucht es sie schon gar nicht zu kümmern, daß sich dies (die ungehemmte Einwanderung der Ausländer; der Verfasser) mit dem Schutz der Umwelt nicht vereinbaren läßt, den sie an erster Stelle auf ihr Panier geschrieben haben. Denn die auf Dauer angelegte Vermehrung der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer von schon jetzt viereinhalb Millionen bedeutet mit dem ihrer Zahl entsprechenden Verbrauch an Energie ein Mehr an Kraftwerken und zugleich erhöhte Umweltbelastung durch auch auf anderem Weg anfallende Schadstoffe. Daß umweltfreundliches Verhalten gewisser Ausländergruppen besonders zu wünschen übrig läßt, mag dabei ebenso wie der hohe Anteil an der Kriminalität nur am Rande erwähnt sein.

Gefragt ist die multikulturelle Gesellschaft

Ein ähnlicher Widerspruch zeigt sich, wenn Gewerkschaftsfunktionäre eine einwanderungsfreundliche Politik befürworten und in diesem Sinne beharrlich bestreiten, daß eine Verminderung der Gastarbeiterzahl bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu Buch schlagen könnte. Denn dazu paßt es nicht, wenn sie zugleich die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit empfehlen.

Deckert kommt zu dem Schluß, der auch gleichzeitig das traurige Schlußwort zu diesem Artikel sein soll: »Wir Deutschen müssen mit Bestürzung feststellen: In Parteien und Politik, in Gewerkschaften, Verbänden und Kirchen, in Rundfunk und Fernsehen sowie in anderen Medien üben heute solche Personen einen entscheidenden Einfluß aus, denen die Weiterexistenz des deutschen Volkes gleichgültig ist. Sie lassen es zu oder begrüßen es sogar, daß auf dem Boden Westdeutschlands als Folge dauernder Einwanderung von Menschen aus aller Herren Länder ein buntes Gemisch aus verschiedenen Rassen, Völkern, Sprachen und Kulturen und Religionen entsteht. Sie nennen ein solches Völkergemisch beschönigend eine ›multikulturelle Gesellschaft‹ – in dieser werden die Deutschen immer weniger werden und in gar nicht so ferner Zeit eine Minderheit bilden.« □

Die Broschüre »Asyl gestern und heute« ist bei Günter Deckert, Postfach 10 02 45, D-6940 Weinheim, zu beziehen.

Bonn

Asylrecht – Übertreibung ohne Ende

Michael Bernhard

Artikel 16 Absatz 2 des Grundgesetzes besagt: »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.« Gegen keinen anderen Artikel des Grundgesetzes ist und wird so häufig, so kraß und, was das schlimmste ist, so bewußt verstoßen, wie eben gegen diesen Artikel 16. Und der Grund hierfür ist ganz einfach: Das deutsche Volk soll mehr internationalisiert und so über viele Jahrzehnte hin langsam, aber sicher seines Deutschtums beraubt werden.

Und auch hier wird uns die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands als Grund aufgebürdet, das auf der Welt liberalste Asylrecht quasi als »von Gott gegebene nachträgliche Wiedergutmachung an den vielen aus Hitler-Deutschland Geflüchteten« nicht nur beizubehalten, sondern, wie von besonders »Fortschrittlichen« propagiert, noch weiter auszubauen. In jüngster Zeit sind allerdings zwei interessante Untersuchungen zu diesem Thema erschienen, die einer näheren Betrachtung wert sind.

Sigmund Freud in Paris auf der Reise von Wien in sein Londoner Exil.

Sozialtouristik ist perfekt organisiert

Die erste stammt von dem Leiter des Mittelstands-Instituts Niedersachsen, Prof. Dr. Eberhard Hamer. Direkt im ersten Satz seiner Untersuchung kennzeichnet Hamer sehr gut den wirklichen Grund für die »Flucht« der Asylanten nach der Bundesrepublik: »Je höher die Sozialleistungen in einem Lande sind, desto begehrenswerter ist es, sich zumindest zeitweilig davon mitversorgen zu lassen . . . Was wir nämlich fälschlich als Asylproblem bezeichnen, ist in Wirklichkeit zu mehr als 90 Prozent Sozialtourismus.

Wie die ordentliche Touristik, so ist auch die Sozialtouristik komplett organisiert: Drogenorganisationen und andere gewerbliche Anwerber klären im Ausland über die Vorzüge unseres Sozialsystems auf und machen das erste Geschäft mit denen, die sich zum Sozialtourismus entschließen . . . Kaum auf deutschem Boden, brauchen die Sozialtouristen nur mit dem Zauberstab ›Asyl‹ zu winken, um die Voraussetzungen für einen jahrelangen Sozialurlaub in der Bundesrepublik zu erfüllen.

Daß dieser Urlaub nicht zu kurz wird, dazu helfen ihnen mehr als 1000 spezialisierte Asylanwälte, von denen einige schon vorher wissen, welche Sozialtouristen mit welcher Maschine ankommen und ›Asyl‹ rufen werden. Wer nämlich solche Mandanten sammelt, verdient an ihnen pro Fall in regelmäßig zwei Verwaltungsgerichtsinstanzen mühelos im Schnitt 2000 Mark.« Wohlgemerkt auf unsere Kosten, denn da diese armen Asylanten kein Geld haben – obwohl sie sich mit ihrer Familie einen teuren Flug leisten konnten –, zahlt der deutsche Steuerzahler die Gerichts- und Anwaltskosten.

Wahlopportunismus vor Rechtsstaatlichkeit

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann rechnet in diesem Jahre mit der Rekordzahl von etwa 100 000 Asylbewerbern – wie im Vorjahr –, von denen lediglich zehn Prozent echte Asylanten, die auch unseren Schutz genießen sollen, sind.

Die restlichen 90 Prozent klagen erst einmal. Da pro Instanz mindestens ein Jahr vergeht, können sie davon ausgehen, zwei bis drei Jahre ein, gemessen an dem Lebensstandard in den Ländern, aus denen sie herkommen, sorgen- und kummerloses Leben zu führen. Und selbst wenn sie dann irgendwann einmal verlieren, so macht dies noch immer nichts; denn nach Angaben Hamers werden lediglich 5,2 Prozent dieser »Sozialtouristen« abgeschoben. Der Rest darf in der Bundesrepublik bleiben.

Die skandalösen Gründe für diese Praxis hat das Bundesinnenministerium jetzt erstmals dargestellt. So zitiert die »Süddeutsche Zeitung« aus dem bislang nicht veröffentlichten Bericht folgendes: »›Daß ein Großteil abgelehnter Asylbewerber nicht abgeschoben wird, liegt nicht daran, daß aus Unkenntnis oder Säumnis keine aufenthaltsbeendenden Maßnahmen eingeleitet werden, sondern an rechtlich zwingenden Hindernissen, an politischen und humanitären Entscheidungen oder an organisatorischen nicht behebbaren Problemen.‹ Indirekt wird in dem Papier eingeräumt, es könnten Konflikte mit Kirchen, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen drohen.«

Man muß die beiden letzten Sätze eigentlich noch ein zweites Mal lesen, um wirklich glauben zu können, daß sie wahr sind. Geltendes Recht wird in der Bundesrepublik also vermeintlichem Protestgeschrei von irgendwelchen, meist linken, Interessengruppen untergeordnet. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß der rechtsstaatliche Gedanke in der Bundesrepublik nicht mehr den Fetzen Papier wert ist, auf den er geschrieben ist, so liegt er nun vor.

In der Praxis bedeutet dies doch nichts anderes, als daß sich nur genügend Leute zusammenfinden müssen – und schon beugen sich die Regierenden diesem Druck; ein Beispiel hierfür sind auch die Hafenstraße in Hamburg und die Kiefernstraße in Düsseldorf. Und zwar aus einem einzigen Grund: Sie haben Angst, daß auf die Pseudoargumente dieser Organisationen so viele Leute hereinfallen, daß die Chancen der Partei(en) bei der nächsten Wahl deutlich sinken. Das Fazit kann von daher nur lauten: Wahlopportunismus kommt vor Rechtsstaatlichkeit.

Blüten des Asylunfugs

Welche Blüten der Asylunfug in der Bundesrepublik treibt, läßt sich mit am besten auch aus einem Beschluß des Verwaltungsgerichtshofs in Mannheim (Aktenzeichen: A 13 S 272/87) erkennen: Danach haben sogar minderjährige Kinder von Eltern, die in einem Land – in diesem Fall Afghanistan – am Widerstandskampf beteiligt waren, Anspruch auf Asyl in der Bundesrepublik. Begründet wurde dies damit, daß »unduldsame Staaten« dazu neigten, anstelle von nicht erreichbaren politischen Gegnern deren erreichbare Familienmitglieder zu verfol-



Außenminister Hans-Dietrich-Genscher ist nicht bereit im deutschen Interesse in der Frage des »Sozialtourismus« tätig zu werden.

gen. Es sei zu befürchten, daß die klagenden Kinder im Alter zwischen vier und acht Jahren bei ihrer Rückkehr verfolgt würden. Ihr Asylbegehren müsse deshalb, so die Richter, anerkannt werden.

Wenn dieser Beschluß in den in Frage kommenden Ländern den Schlepperorganisationen erst einmal bekannt wird – und dies ist nur eine Frage der Zeit –, dann beantragen demnächst auch Cousinen und Cousins dritten Grades mit Erfolg Asyl.

Und der saarländische Ministerpräsident Oscar Lafontaine schämt sich noch nicht einmal, diese Schmarotzer-»Asylanten« auf eine Stufe mit den Deutschen zu stellen, denen nach mehr als 40 Jahren die Ausreise aus den östlichen Terrorstaaten erlaubt wird und denen unsere ganze Unterstützung gelten muß.

Diese ganzen Asylexzesse führen dazu, daß der Steuerzahler im Jahr 1988 weit mehr als drei Milliarden DM für die Asylanten aufwenden mußte – ein Betrag, für den auf anderen wirklichen sozialen Gebieten viel größerer Bedarf besteht. Aufwendungen für eine vierköpfige Asylantenfamilie von weit mehr als 2000 DM – Wohngeld, Sozialhilfe, Zuschüsse für Elektrogeräte, Kleidung und Möbel – sind nicht die Ausnahme, sondern vielmehr die Regel. Und da es den Gemeinden immer schwerer fällt, den Asylanten direkt Wohnraum zuzuweisen, werden diese eben für zum Teil mehrere hundert Mark in durchaus nicht den schlechtesten Hotels untergebracht.

Nicht zuletzt auf die Wirtschaftsasylanten sind auch die bedrükkenden Ergebnisse der Volkszählung zurückzuführen: Während die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Deutschen von 1970 bis zum Jahr 1987 um 2,2 Prozent von 58,2 Millionen auf 56,9 Millionen abgenommen hat, stieg die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer im gleichen Zeitraum um 70,8 Prozent von 2,4 Millionen auf 4,1 Millionen. Betrug ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung 1970 noch vier Prozent, so waren es 1987 bereits 6,8 Prozent. Und in diesen Zahlen sind die 100 000 im Jahr 1988 gekommenen Asylanten und anderen zugewanderten Ausländer noch nicht einmal enthalten.

Obwohl die Union bei der Bundestagswahl Anfang 1983 mit dem Wahlversprechen angetreten ist, im Falle ihres Sieges sich dieses immer bedrohlicher werdenden Problems anzunehmen, ist von dieser Seite gar nichts geschehen. Ganz im Gegenteil: Führende Vertreter dieser Partei – unter anderem Rommel und Geißler – sprechen sich jetzt ebenso offen wie Politiker der SPD – deren Gesetzentwurf Bundesinnenminister Zimmermann gar als »Einwanderungsgesetz« bezeichnete – für eine »multinationale Gesellschaft« aus und fordern zumindest das kommunale Wahlrecht für die in der Bundesrepublik lebenden Ausländer.

Die FDP spielt auch hier zusammen mit der SPD und den Grünen wieder einmal eine traurige Führungsrolle. Und einige Europa-Abgeordnete aller etablierten Parteien haben sich jetzt gar auf ein unter bestimmten Umständen zu gewährendes Wahlrecht auch bei Bundestagswahlen ausgesprochen.

Erpressung mit der Vergangenheit

Als Hauptgrund für die »Verpflichtung« der Bundesrepublik, das Asylrecht exzessiv gestalten zu »müssen«, wird immer wieder genannt, daß aus Nazi-Deutschland zig Millionen, besonders Juden, fliehen mußten und in anderen Ländern Aufnahme fanden. Und gerade deshalb müsse sich die Bundesrepublik der Verfolgten aller Herren Länder annehmen. Betrachtet man dieses »Argument« etwas näher, ergibt sich aber das ganz genaue Gegenteil.

Nach heutiger Geschichtsschreibung war spätestens ab Mitte der dreißiger Jahre auch dem allerletzten klar, daß Adolf Hitler nur ein Hauptziel hatte: nämlich die physische Vernichtung der Juden. Jeder, der sich nur etwas ernsthafter mit der Geschichte befaßt, weiß aber, wie viele Länder sich weigerten, aus Deutschland geflüchtete Juden aufzunehmen.

Die Schweiz forderte sogar von Deutschland – und setzte es auch durch –, daß die Pässe aller deutschen Juden mit einem großen »J« gekennzeichnet werden mußten; diese Einrichtung stammt also nicht von den Nazis, sondern von der »neutralen« Schweiz – auch das ist eine geschichtliche Wahrheit, die heute aber keiner mehr wahrhaben will.

Jeder, der sich mit diesem Thema auseinandersetzt, stößt früher oder später aber auch auf die im Sommer 1938 stattgefundene Evian-Konferenz, auf der Vertreter von 32 Staaten erklärten, ihre Länder könnten keine jüdischen Flüchtlinge aufnehmen. Trotz des 50. Jahrestags dieser Konferenz fand sich aber von den deutschen Politikern niemand, der den Mut aufbrachte, an dieses für die damaligen »hitlerfreien« Staaten beschämende Datum zu erinnern.

Und was war mit dem Schiff »St. Louis«, mit dem 900 Juden am 13. Mai 1939 nach Kuba auswandern wollten? Bereits in Havanna verbot Kubas Präsident Laredo Bru, daß die 900 Juden das Schiff verlassen durften.

Die Zeche zahlt der deutsche Bürger

US-Präsident Franklin D. Roosevelt verweigerte ebenfalls jede Hilfe und verwies auf die Einwanderungsbehörde, die dann ihrerseits das Schiff zur Rückreise zwang. Erst England, Frankreich, Belgien und Holland erklärten sich dann bereit, die Juden aufzunehmen. Und es könnten noch viel mehr Beispiele aufgeführt werden.

Dies bedeutet aber, der eigenen Propaganda und Logik dieser Länder folgend, nichts anderes, als daß eben diese Länder die Juden bewußt zurück in den sicheren Tod schickten.

Haben diese vielen Staaten, kein Land kann sich davon ausnehmen, dann nicht mindestens die gleiche, ja nicht vielleicht sogar eine noch größere moralische Verpflichtung, politisch Verfolgten Asyl zu gewähren? Denn, ob ich selber morde oder jemanden, dem ich hätte helfen können, wieder ohne Not seinem Mörder ausliefere, macht nur einen graduellen Unterschied.

Hier trifft das alte Sprichwort zu: »Der Hehler ist genauso schlimm wie der Stehler!«

Diese Länder denken aber nicht im Traum daran, ihr restriktives Asylrecht zu ändern. Ganz im Gegenteil, viele verschärfen es sogar noch. Der einzig Dumme ist und bleibt die Bundesrepublik. Das Wort »Nationalsozialismus« reicht bei den derzeit Regierenden aus, alle Vernunft beiseite zu schieben und sich dem Druck des Auslands zu beugen.

Und die Zeche zahlt der einfache deutsche Bürger, der zwar mehrheitlich ebenfalls für eine Verschärfung des Asylrechts ist, dennoch statt einer wahrhaft deutschen Partei immer wieder die Statthalter der Deutschland feindlich eingestellten Internationalisten wählt. Und das sind nun einmal alle im Bundestag vertretenen Parteien! □

Bundesrepublik

Wälder und Menschen werden immer kränker

Wolfgang Volkrodt

Kann es uns gleichgültig sein, wenn von 1975 bis 1985 sich die Krankenhausfälle bei psychiatrischen und rheumatischen Erkrankungen verdoppelt haben und bei Krebs auf das 1,8fache angestiegen sind? Der Anstieg geht ungebremst weiter. Im Jahr 2000 werden wir die Krankenhauskosten nicht mehr bezahlen können. Darüber wurde bei der gegenwärtigen Diskussion zur Reform des Gesundheitswesens kein Wort gesagt. Warum nicht?

Scheinbar hat sich niemand um einen Einblick in die für jedermann erhältliche Krankheitsartenstatistik 1985 des AOK-Bundesverbands oder in anderes statistisches Material bemüht. Dort steht es schwarz auf weiß, wie unser Volk immer kränker wird.

Was ist die Ursache für den Anstieg der Erkrankungen?

Daß hierüber aber der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung informiert ist, beweist das Schreiben der Infratest-Gesundheitsforschung vom 19. September 1988. Darin heißt es, daß im Auftrag des Bundesministers eine Untersuchung über »Ursachen und Gründe für den Anstieg der Krankenhauspatienten« durchgeführt wurde. Die inzwischen vorliegenden Untersuchungsergebnisse dürfen aber nicht veröffentlicht werden.

Warum nicht? Sind die Ergebnisse so erschreckend, daß bei Offenlegung der Bundesminister Dr. Blüm seinen Hut nehmen und zurücktreten müßte?

Was ist jetzt wichtiger: Klar erkennen, daß unser Volk seit etwa 1965 immer kränker wird und dringend Gegenmaßnahmen erforderlich sind? Oder sollen wir uns mit diesem uns und unseren Kindern und Enkeln drohenden Schicksal abfinden?

Was ist die Ursache für den starken Anstieg von Erkrankungen der Psyche, Nerven, der Sinne, des Kreislaufs, von Rheuma-Schmerzen und Krebs-Tumoren? Was hat sich in den letzten Jahrzehnten in unserer Umwelt so negativ verändert?

Ist es die angewachsene Hektik und der Streß im Berufsleben? Die Suche nach uns zunehmend mehr belastenden Streßfaktoren geht in die zutreffende Richtung.

Das haben inzwischen auch die Waldschädenforscher erkannt. So setzte sich anläßlich einer Tagung im März 1988 unter Teilnahme von etwa 500 Experten des »Europäischen Forschungszentrums zur Luftreinhaltung« die Auffassung durch, daß Luftschadstoffe zur Erklärung neuartiger Waldschäden nicht ausreichen. Es muß noch andere »Streßfaktoren« geben.

Darauf haben schon häufig mehrere angesehene Waldschädenforscher hingewiesen, so zum Beispiel Professor Dr. W. Koch von der Universität München. In einem Interview Anfang 1988 wiederholte er seine Auffassung. »Es ist überhaupt nicht bewiesen, daß die Luftverschmutzung all die Schäden am Wald verursacht, mit denen wir es gegenwärtig zu tun haben. Das Waldsterben muß andere Gründe haben.«

Radar, Fernseh- und Fernmeldeeinrichtungen beeinträchtigen Menschen und Wälder durch ihre elektromagnetische Strahlung.

Die Regierung verschweigt Tatsachen

Dürfen wir ernsthaft bezweifeln, daß die regierungsamtliche Lesart, die Luftschadstoffe seien die alleinigen Verursacher des Waldsterbens, falsch ist? Die Regierung verschweigt die Tatsache stark ansteigender Krankenhausfälle. Wir müssen unterstellen, daß sie uns auch bei der Diskussion über die Ursachen des Waldsterbens nicht die Wahrheit sagt. So kann es aber nicht auf alle Ewigkeit weitergehen, allein schon deshalb nicht, weil die zunehmenden Erkrankungen von Wald und Mensch dieselbe Ursache haben.

Es hat etwas mit Strahlung zu tun. Auf solche Themen reagiert unsere Atom-Lobby allergisch. Damit auf dem Umweg über die Waldschäden-Diskussion das Strahlenthema nicht erneut an die Öffentlichkeit gelangt, steuert sie konsequent vom Kernforschungszentrum Karlsruhe aus unsere etablierten Waldschäden-Professoren in Richtung Luftschadstoffe. Die gibt es bei Atomkraftwerken ja nicht.

Die uns Menschen und unsere Umwelt bedrohenden Strahlen stammen allerdings nicht aus Atomkraftwerken, sondern von den viel zu vielen Sendern für Richtfunk und Radar. Das Thema ist nicht neu. So wurde bereits 1969 auf dem Mikrowellen-Symposium in Richmond, USA, festgestellt, daß »die elektromagnetischen Strahlen von Radar, Fernseh- und Fernmeldeeinrichtungen (Richtfunk) die heutige Umwelt im zivilen wie im militärischen Bereich durchdringen«, wobei »die Menschen jetzt einer Strahlung ausgesetzt sind, die in der Geschichte keine Gegenstücke findet«. Das wurde bereits 1969 festgestellt!

Auf welche Art hierbei Strahlen bei unseren Wäldern Schäden anrichten, konnte inzwischen zum Beispiel durch Vergleich der Bauweise von Nadelkollektiven oder Blattrippen mit den in unserer Technik bewährten Antennen für Dezi- und Zentimeter-Funkwellen ermittelt werden. Damit Antennen aus elektromagnetischen Wellen Energie erhalten, bedarf es der

Resonanzabstimmung zwischen Wellenlängen und den Längen der einzelnen Antennenstäbe.

Ab etwa 1960 drang unsere Technik bei Richtfunk und Radar in den Bereich der Zentimeterwellen ein. Anfangs waren es noch wenige Sender, deren Zahl sich später alle vier Jahre aber verdoppelte. Rückwärts extrapoliert hat das Waldsterben und der Anstieg von Krankenhausfällen um 1965 begonnen.

Die schädlichen Mikrowellen

Als Anfang der achtziger Jahre die ersten Waldschäden-Erfassungen begannen, war bereits etwa 50 Prozent der Waldfläche geschädigt. Anfänglich schienen nur die Nadelbäume betroffen zu sein. Mittlerweile aber sterben zunehmend auch die Laubbäume.

Das läßt sich leicht technisch erklären. Bis etwa 1980 dominierte beim Richtfunk die schmalbandige Analogfunktechnik. Hierfür waren die Nadeln von Koniferen mit ihren artspezifischen Nadellängen ideale Antennen. Nach 1980 erfolgte der Übergang auf die leistungsfähigere Digitalfunktechnik. Sie arbeitet breitbandig und mit Mehrfach-Polarisation. Hierfür sind die in der Länge gestaffelten seitlichen Blattrippen von Laubbäumen die besseren Antennen.

Die von biologischen Antennen eingefangenen technischen Signale führen zur Störung der inneren Kommunikation in allen Arten von biologischen Systemen. Die Kenntnisse hierüber sind ziemlich neu. Daß sie wesentlich sind beweist die Verleihung des Nobelpreises 1988 für Chemie an drei deutsche Forscher des Max-Planck-Instituts für Biochemie.

Das Gehirn des Menschen besteht aus schätzungsweise über 100 Milliarden Nervenzellen. Deren Fasern haben Längen bis hin zu mehreren Zentimetern, stellen somit ähnlich wie Blattrippen auch Antennen für technisch erzeugte Mikrowellen im Zentimeterbereich dar. Mit solchen Wellen können wir Menschen nichts anfangen. Sie bringen lediglich unsere Nerven, Sinne, Psyche, Kreislauf und damit letztendlich unsere Immunsysteme durcheinander.



Wanderer sollten aufpassen, daß sie nicht in den Sichtbereich von Richtfunk- und Radarsender mit ihrer schädlichen Mikrowellen-Strahlung kommen.

Die Statistik über den Anstieg von Erkrankungen, die durch schädliche Mikrowelleneinwirkung ausgelöst werden, verläuft weitgehend synchron zur technischen Verbreitung von Sendern mit kritischen Zentimeterwellen.

Neben der zeitlichen Zuordnung gibt es beim Waldsterben auch eine räumliche. Wo bevorzugt unsere Wälder auf den Kämmen und Hängen unserer Gebirge sterben, stehen im Sichtbereich fast immer Richtfunk- oder Radarsender. Zur Veranschaulichung der Situation beim Waldsterben diene der Vergleich mit einem Brand in den oberen Etagen eines großen Kaufhauses. Man möchte wissen, wer den Brand gelegt oder verursacht hat und schaut sich daher die Stelle, von der der Brand ausging, genau an.

Ein Geflecht von Lügen

Diese Logik gilt leider nicht für unsere Waldschäden-Professoren, die noch nie nach den Auffälligkeiten bei den Luftschadstoffen oder elektromagnetischen Strahlungsdichten gesucht haben. Man hat ihnen eingeredet, elektromagnetische Wellen scheiden als Waldsterbens-Ursache aus. Sie glauben diese vorsätzliche Falschinformation aus den Kreisen der Atom-Lobby ohne Argwohn. Welch ein trauriges Armutszeugnis für den Wissenschaftsbetrieb in unserer Bundesrepublik!

Die bisher als allein richtig erklärte Luftschadstoff-Theorie hat Trittbrettfahrern der Weltwirtschaft zum großen Geschäft verholfen. Damit »die sterbenden Wälder gerettet werden«, fördert unsere Regierung mit großem pekuniärem Aufwand den Umstieg auf Kraftfahrzeuge mit Abgas-Katalysatoren. Da aber unsere Wälder nicht durch Luftschadstoffe, sondern durch Einwirkung zu vieler Zentimeterwellen sterben, ist der gesamte Katalysatorrummel nur eine vorsätzliche Irreführung der Bevölkerung durch die am Katalysator verdienenden Industrie.

Das sind in erster Linie die Platin-Minen des südafrikanischen Apartheid-Regimes. In Deutschland ist es die Degussa als wesentlicher Platinmetall-Verarbeiter. Haben es die vielen engagierten Verfechter des Katalysator-Fahrzeugs gewußt, daß sie lediglich willfährige Söldner des südafrikanischen Regimes sind, um dieses durch Exporterlöse in Milliardenhöhe am Leben zu erhalten?

Wir stehen einem kaum begreifbaren Geflecht von regierungsamtlichen Verheimlichungen oder Lügen gegenüber. Schuld daran haben die gegenwärtigen Mitglieder unseres Bundestages nur bedingt. Alle Regierungen der Nachkriegszeit haben versäumt, sich rechtzeitig mit den Folgen von neuartigen Techniken auseinanderzusetzen.

Die starke Ausbreitung der Richtfunk- und Radartechnik in den letzten Jahrzehnten hätte erst dann erfolgen dürfen, nachdem deren völlig biologische Risikolosigkeit eindeutig bewiesen war. Ähnliches gilt für die Atomenergie. Bei unserer modernen Technik muß immer erst eine Katastrophe wie durch Tschernobyl auftreten, bevor man über denen große Risiken nachzudenken beginnt.

Nunmehr stehen wir angesichts des Waldsterbens und stark ansteigender Erkrankungsraten bei Menschen vor dem Mikrowellen-Disaster. Wir können dankbar sein, daß uns ein schneller Ausstieg aus der Zentimeterfunktechnik seit einigen Jahren möglich ist. Wir müssen »verkabeln«. Bis zum Jahr 2010 soll die letzte Richtfunkstrecke auf Glasfaserkabel umgestellt sein.

Das ist viel zu spät. Wenn wir auf unser Arbeitslosenheer und die Kapitalreserven unserer Banken und Konzerne zurückgreifen, könnte dem Mikrowellen-Elend binnen weniger Jahre ein Ende bereitet werden.

Abschätzung der Technikfolgen

In unserer Bundesregierung beginnt es zu dämmern, daß für eine sinnvolle Regierungsarbeit die Beratung von Kommissionen zur »Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung« dringend erforderlich ist. Doch die Industrie hat Angst davor, daß sich eine »vorausschauende politische Technikgestaltung zu einem System gesamtgesellschaftlicher Mitbestimmung entwickeln könnte«.

Die Interessen der nur vom Geldverdienen lebenden Wirtschaft stehen somit im krassen Widerspruch zu den trivialen Bedürfnissen von Mensch und Umwelt am Gesundbleiben und Überleben. Unsere Regierung ist von den Mächtigen in Industrie und Wirtschaft zu deren Sprecher und Vollzugsgehilfe degradiert worden.

Wir müssen unseren Politikern klarmachen, daß sie in Kürze den letzten Rest von Vertrauen verspielt haben, wenn sie nicht endlich sich aus den Klauen der Geldmagnaten unserer Wirtschaft befreien. Die vorbenannten Themen über wachsende Krankenhausraten bei Menschen, Waldsterben und die Katalysator-Affäre eignen sich gut zur Auslösung von überlebenswichtigen Denkanstößen. □

Revisionismus

Die Reichskristallnacht

Erwin Splittgerber

Die sogenannte Reichskristallnacht, deren 50. Jahrestag im November des letzten Jahres begangen wurde, ist einer der bisher unerforschten historischen Vorgänge, über die zwar unendlich viel behauptet und geschrieben wird, deren Auslösung und Steuerung aber nach wie vor im dunkeln liegen. Sie hat damals das deutsche Volk geschockt und dem Ausland eine Hetzgrundlage gegeben, die fast einmalig war: Gotteshäuser anzuzünden, galt bei allen Kulturvölkern bis dahin als schlimmer Frevel. Erst die Angelsachsen und Amerikaner haben in ihrem Bombenkrieg gegen Deutschland diesen Frevel perfektioniert.

Wer steckte die Synagogen in Brand? War es Dr. Goebbels oder Himmler oder Heydrich; vielleicht Adolf Hitler? War es ein Komplott der Nazi-Verschwörer? Alle diese Fragen gelten heute als im bejahenden Sinn beantwortet, als »allgemein bekannte historische Tatsachen«, die anzuzweifeln einem Deutschen sehr schnell strafrechtliche Verfolgung einbringen kann, wenn er ein falsches Wort wählt.

Vorgänge und Hintergründe

Tatsächlich ist jedoch in der Frage der Urheberschaft der Kristallnacht bis zum heutigen Tage nicht das geringste bewiesen, so urteilt die katholische Theologin – mit Hebraicum und langer beruflicher Tätigkeit in Israel – Ingrid Weckert. Die Sieger hatten 50 Jahre lang Zeit, um alle Möglichkeiten, Vorgänge und Hintergründe der Kristallnacht aufzuklären. Sie taten es nicht. Frau Weckert ist in einer umfangreichen Studie den Vorgängen und Hintergründen mit geradezu sensationellem Ergebnis nachgegangen. Des Umfanges wegen können hier nur einige Fakten und Schlußfolgerungen aus ihrem Buch »Feuerzeichen«, Grabert-Verlag, Tübingen 1981, gebracht werden.

Die Reichskristallnacht erfolgte nach dem Mord am Legationssekretär vom Rath durch Herschel Grünspan am 7. November 1938 – vom Rath verstarb am 9. November, 17.30 Uhr. Ingrid Weckert hat versucht, den Weg des Herschel Grünspan nachzuzeichnen.

In ihrer Zusammenfassung schreibt sie: »Nach Abwägung aller Fakten kann mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß Grünspan von der Lica (Ligue international contre l'antisemitisme) zu dem Mord an vom Rath angestiftet wurde.

Daß er bei den Vernehmungen diese Tat nicht zugab, hatte einen guten Grund: Die Lica garantierte ihm ihren sehr mächtigen Beistand unter der Bedingung des Schweigens... Durch die Hilfe einer amerikanisch-jüdischen Organisation bekam seine Familie: Vater, Mutter, Bruder und Schwester (der Vater war arbeitsloser Flickschneider) Auswanderungspapiere nach Palästina.«

Nun wissen wir, schreibt die Autorin, daß »Einwanderungsgenehmigungen nur unter besonderen Voraussetzungen erteilt wurden. Der Antragsteller mußte entweder einen Mangelberuf ausüben – und als Mangelberuf kann man einen Flickschneider wohl kaum bezeichnen – oder pro Person 1000 Palästina-Pfund in bar vorweisen. Sollen wir wirklich glauben, daß Vater Grünspan über eine enorme Summe von 4000 englischen Pfund Sterling verfügte? Und das noch in Devisen? War er nicht jahrelang arbeitslos und lebte von Sozialunterstützung? Wir dürfen getrost annehmen, daß er keine 4000 englische Pfund besaß. Zahlte die Lica also das Geld?«

Von den 1420 in Deutschland bestehenden Synagogen fielen in der Nacht vom 9. bis zum 10. November 1938 177 den antijüdischen Aktionen zum Opfer.

So war es gewiß nicht!

Weiter schreibt Ingrid Weckert: »Was war der Zweck des Mordanschlages auf vom Rath? Inszenierter Mord zum Zwecke eines Progroms? Von Anfang an waren sich alle Beteiligten darin einig, daß das Attentat mit der Person des Legationssekretärs nichts zu tun hatte. Die Lica oder die Drahtzieher müssen ein ganz anderes Ziel verfolgt haben...; man erwartete, daß daraufhin eine spontane Reaktion in Deutschland erfolgen werde – man hoffte auf ein Progrom.«

Zu den Abläufen selbst schreibt die Autorin: »Die Ereignisse der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 gereichen den Beteiligten nicht zur Ehre. Es war eine würdelose und tragische Nacht, jene ›Reichskristallnacht‹. Aber die Ereignisse werden nicht wahrer und die Untaten nicht verabscheuungswürdiger, wenn man sie in gespenstisch-skurrilen Szenen schildert, die Dantes ›Inferno‹ entnommen zu sein scheinen, wie es Herr Graml (Institut für Zeitgeschichte, München) in seiner wissenschaftlich sein wollenden Studie tut:

›Jeder einzelne Jude wurde geschlagen und gejagt, ausgeplündert, beschimpft und erniedrigt. Verwandte und Freunde hatten den Tod unter den Knüppeln der SA gefunden, viele waren in die Gefängnisse und Konzentrationslager abtransportiert worden...

Die SA riß die Juden aus ihren Betten, prügelte sie noch in den Wohnungen erbarmungslos und mit wohl trainierter Raffinesse, sie hetzte gewarnte Juden durch die Straßen der Städte halb zu Tode und holte sie aus Verstecken, aus Asylen, die ihnen von Nachbarn und Freunden gewährt worden waren.

Eine gnadenlose Jagd auf alles Jüdische hetzte durch die Straßen, überall wurde geprügelt, überall floß Blut. War irgendwo die Polizei schneller gewesen, hatte sie die männlichen Juden

schon verhaftet und in ein Gefängnis abtransportiert, da konnte es geschehen, daß die SA auch in das Gefängnis einbrach, sich gewaltsam Eingang in die Zellen verschaffte und auch dort eine wüste Prügelorgie feierte.

Alle Hinweise deuten auf Fremdsteuerung

Und es wurde nicht nur geschlagen und geplündert, es wurde auch vergewaltigt und gemordet. Die SA warf Juden ins Wasser und ertränkte sie; sie schlug und stach nieder, von Haß fortgerissen oder aus sadistischer Veranlagung, immer aber verführt von den Rachegesängen ihrer Führer.‹

Nein, Herr Graml, so war es gewiß nicht! Solche Szenen haben sich höchstens in ihrer Phantasie abgespielt. Daß einzelne Ausschreitungen vorgekommen sind, ist schlimm genug. Aber es bedeutet keine Hilfe für die Betroffenen, wenn nachträglich das geschehene Unrecht ins Unglaubwürdige verzerrt und gerade dadurch in Frage gestellt wird.

Nach 1945 wurde eine Anzahl von Gerichtsverfahren durchgeführt zur Feststellung und Bestrafung derjenigen, die sich damals an den Ausschreitungen beteiligt hatten. Obwohl es sich in den meisten Fällen um Ereignisse handelte, die sich in kleinen Ortschaften abgespielt haben, fällt auf, daß überall, in jedem einzelnen Fall, der vor Gericht verhandelt wurde, immer wieder gleichlautende Zeugenaussagen zu Protokoll gegeben wurden: Unbekannte, Ortsfremde sind gekommen und waren entweder die Anführer oder Anstifter zu den Krawallen.

Selbstverständlich soll hier nicht behauptet werden, daß kein einziger Parteiführer oder SA-Mann sich aus eigenem Antrieb an den Krawallen beteiligt hätte. Das wäre Unsinn. Es gab sicher eine Menge, die eine antijüdische Einstellung hatten und sie in dieser Nacht durch Teilnahme an den Ausschreitungen unter Beweis stellten.

Aber es geht hier nicht um die Teilnehmer, sondern um die eigentlichen Anführer und Initiatoren der antijüdischen Demonstrationen. Alle Hinweise deuten auf Fremdsteuerung durch eine zentrale Stelle, die ihre Provokateure gezielt eingesetzt hat, und zwar nach einem einheitlichen Schema, da anders die zeitlich und organisatorisch übereinstimmend verlaufenden Aktionen nicht zu erklären sind.

Es mag verwundern, daß auf anonyme Befehle und Aufforderungen hin solche Ausschreitungen stattfinden konnten. Aber ›anonym‹ bedeutet lediglich, daß die Anrufer unbekannt waren und man in allen Fällen, wo man es nachprüfen konnte, auch bei den am Telefon vorgeblich genannten Dienststellen nichts von ihnen gewußt hat.

Wer steuerte diesen Wahnsinn?

Die Befehlsempfänger glaubten in jedem einzelnen Fall, eine ordnungsgemäße Anweisung zu bekommen, nach der sie sich richteten. Von wem diese Befehle ausgingen, können wir heute nur aufgrund folgerichtiger Überlegungen schließen, da eine objektive Forschung sich bisher diesem Abschnitt unserer Geschichte verweigert hat.

Ganz offensichtlich sollten ›Befehle von oben‹ vorgetäuscht werden, also ist die logische Folgerung, daß es sich um ›Befehle von oben‹ eben nicht gehandelt hat. Die Gründe und Gegenbeweise sind bereits ausführlich erläutert worden.

Auch der ehemalige Gauleiter von Magdeburg-Anhalt bestätigte, daß ›ihr gleichzeitiger Ablauf auf eine außerhalb des Gaues erfolgte zentrale Steuerung schließen lasse‹. In mehreren Fällen waren den Akteuren, die nach dem Klirren der Fensterscheiben meist fluchtartig in der Dunkelheit verschwanden, nach kurzer Zeit Gruppen asozialer Elemente gefolgt, die Schaufenster plünderten:

Es sind im ganzen 101 Synagogen durch Brand zerstört, 76 Synagogen demoliert, 7500 zerstörte Geschäfte im Reich.

Im Jahr 1938 gab es in Deutschland noch etwa 1420 Synagogen. 177 von diesen 1420 sind weder ›sämtliche‹ noch ›die Mehrzahl‹ noch auch nur ein beträchtlicher Teil der jüdischen Gebetsstätten. Es sind rund 12 Prozent.

Es ist keine Frage, daß auch die Zerstörung nur einer einzigen Synagoge eine Schande gewesen wäre. Aber um das Ausmaß der damaligen Aktionen zu beurteilen, ist es doch wohl ein wesentlicher Unterschied, ob man sagt: ›In jener Nacht wurden in Deutschland sämtliche Synagogen in Brand gesteckt‹ – oder ob es heißt: ›Von den 1420 in Deutschland bestehenden Synagogen fielen in jener Nacht 177 den antijüdischen Aktionen zum Opfer.‹

Ähnlich ist das Zahlenverhältnis auch bei den demolierten jüdischen Geschäften. Die von Heydrich genannte Zahl von 7500 bezieht sich auf eine Gesamtanzahl von etwa 100 000 jüdischen Geschäften und Warenhäusern im Deutschland des Jahres 1938.

Für die Anzahl der Todesfälle beziehen sich die Zeitgeschichtsschreiber auf diesen Bericht des Obersten Parteigerichts, das Ende November 1938 die Untersuchungen wegen der stattgefundenen Ausschreitungen in der ›Kristallnacht‹ aufgenommen hatte. Es kam zu dem Ergebnis, daß sich insgesamt 91 Fälle von Tötungen im Zusammenhang mit den Vorkommnissen jener Nacht ereignet haben sollen.

Das Ganze ein abgekartetes Spiel

Leider konnte ich auch diesen Originalbericht nicht einsehen, da er sich im ›Berlin Document Center‹ befindet, das zur Zeit nur Alliierten zugänglich ist. Eine Mikrofilm-Wiedergabe des Dokumentes befindet sich im Institut für Zeitgeschichte, München, und konnte von mir angesehen werden. Auf meine Bitte um Überlassung einer Ablichtung bekam ich vom Institut für Zeitgeschichte die Nachricht, daß das wegen der schlechten Filmqualität nicht möglich sei; der Text sei nur über das Mikrofilmgerät zu ›entziffern‹. Eine nähere Untersuchung auf die Echtheit dieses Dokuments war deshalb nicht möglich.

Wenn tatsächlich Adolf Hitler oder Dr. Goebbels oder Himmler die antisemitischen Ausschreitungen gewollt hätten, wäre es dann nicht völlig unverständlich, daß sie, unmittelbar nachdem sie Kenntnis davon hatten, strikte Befehle erließen, diese Ausschreitungen sofort abzustoppen?

Denn – um es noch einmal in Erinnerung zu rufen – als während des Kameradschaftsessens im Alten Rathaus in München die ersten Nachrichten über die Unruhen in Hessen ankamen, veranlaßte Dr. Goebbels nach einer für ihn typischen »Gemütsentladung« seine Gauleiterkollegen, in ihren Heimatdienststellen anzurufen und dort für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen. Das gleiche gilt für die SA; auch Stabschef Lutze erteilte Befehle, sich unter keinen Umständen an antijüdischen Aktionen zu beteiligen.

Nach Mitternacht erfuhr Adolf Hitler von den Vorkommnissen. Jetzt erging von höchster Stelle der Befehl, diesen ›Wahnsinn‹ sofort zu unterbinden. Himmler ließ durch Fernschreiben SS und deutsche Polizei anweisen, für den Schutz der jüdischen Bevölkerung zu sorgen. Gleichzeitig gab der ›Stellvertreter des Führers‹ eine Anordnung über Fernschreiben an alle Gauleitungen: Brandlegungen dürfen auf gar keinen Fall und unter gar keinen Umständen erfolgen.

Alle diese Befehle sind überliefert, liegen uns schriftlich vor. In den Fällen, wo Schaufensterscheiben zerstört worden waren, standen SA-Männer Wache, um das Geschäft vor Plünderern zu schützen. Soweit Plünderungen vorkamen, wurden sie unnachsichtig verfolgt.

Wie lassen sich diese nicht wegzuleugnenden Tatsachen mit der These vereinbaren, die gleichen Führungskreise hätten die Übergriffe erst organisiert? Das ist jenseits jeder vernünftigen Logik und läßt sich daher überhaupt nicht diskutieren.

Das Spiel damals durchschaute niemand

Im Gegenteil: Ohne die schnelle und geistesgegenwärtige Reaktion der deutschen Führung wäre das Unheil möglicherweise weit größer gewesen. Nur weil an zahlreichen Orten Parteiführer, SS und Polizei auftraten, um die von den Provokateuren aufgehetzten Menschen zu beruhigen und notfalls Juden in Schutzhaft zu nehmen, gelang es, die

Revisionismus

Die Reichskristallnacht

Krawalle verhältnismäßig schnell einzudämmen.

Als der Morgen des 10. November anbrach, war der ganze Spuk vorbei. Die Menschen kamen wieder zur Besinnung. Selbst Leute, die in der Nacht die ›günstige Gelegenheit‹ ergriffen und Schaufenster geplündert hatten, brachten, in den meisten Fällen freiwillig, ohne die offizielle Aufforderung abzuwarten, die Sachen wieder zurück oder übergaben sie der Polizei. Der Aufruf von Dr. Goebbels, von allen ›Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum sofort abzusehen‹, verfehlte nicht seine Wirkung und machte allen die Haltung der Regierung klar.

Daß das Ganze ein abgekartertes Spiel war, eine großaufgezogene Aktion deutschfeindlicher Gruppen – sowohl der Mord als auch die von den Provokateuren initiierten Krawalle –, durchschaute damals niemand.

Ganz offensichtlich gibt es nur eine Gruppe, der an inneren Unruhen absolut nichts gelegen sein konnte, sondern die im Gegenteil strikt darauf bedacht sein mußte, daß im Innern des Reiches Ruhe und Ordnung herrschten – nämlich die deutsche Führung.

Sowohl der Reichskanzler Adolf Hitler als auch sein Reichspropagandaminister Dr. Goebbels und der Chef der deutschen Polizei, Heinrich Himmler, würden es als einen persönlichen Tort empfunden haben, wenn es in Deutschland zu Krawallen gekommen wäre. Sie hätten das Gefühl haben müssen, in ihrer Aufgabe versagt zu haben. Denn die vordringliche Aufgabe der Führung des Deutschen Reiches lag nicht darin, antisemitische Unruhen zu schüren, sondern die innere Einigkeit des deutschen Volkes herzustellen und sein Ansehen im Ausland zu stärken.

Diese Tatsachen, die sich durch die gesamte Politik der Friedensjahre einwandfrei belegen läßt, scheint heute völlig aus dem öffentlichen Bewußtsein verschwunden zu sein. Sämtliche Maßnahmen, die im Dritten Reich gegen Juden getroffen worden sind, betrafen immer nur ihre Ausgliederung aus dem deutschen Volkskörper.

Diese Feststellung ist keine generelle moralische Rechtfertigung für die damals erlassenen gesetzlichen Verfügungen. Niemand kann so blind oder verbohrt sein zu leugnen, daß vielen tausend Juden durch die erzwungene Auswanderung aus Deutschland bitteres Unrecht geschehen ist. Leider gibt es aber auch keinen anderen Staat auf der Erde, dessen Politik moralischen Maßstäben standhält.

Aber diese gesetzlichen Maßnahmen waren doch etwas wesentlich anderes als antisemitische Krawalle, wie sie in der Kristallnacht vorgekommen sind.

Warum man sich ausgerechnet einen der intelligentesten Führer der NSDAP, Dr. Joseph Goebbels, als Initiator dieser Veranstaltung ausgedacht hat, bleibt unerfindlich. Sicher hätte er nicht mit solch primitiven Mitteln versucht, die Juden zu Märtyrern zu machen. Ihm hätten wohl andere Möglichkeiten zur Verfügung gestanden, wenn er es tatsächlich darauf angelegt hätte, antisemitische Umtriebe zu veranstalten.«

Soweit die Zitate aus dem Buch von Ingrid Weckert. Nach dieser Untersuchung kann man nur staunen, mit welch unverfrorener Bestimmtheit der Leiter der Zentralstelle in Ludwigsburg, Adalbert Rückert, in seinem Buch »NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse« schreibt: »Mit Zustimmung Hitlers gab Goebbels an alle Parteien Weisung zu dem sogenannten spontanen Progrom in der Nacht vom 8. bis 9. November 1938, das später auch offiziell unter der Bezeichnung ›Reichskristallnacht‹ bekannt geworden ist.«

Nicht einmal das Datum hat Rückert richtig genannt. □



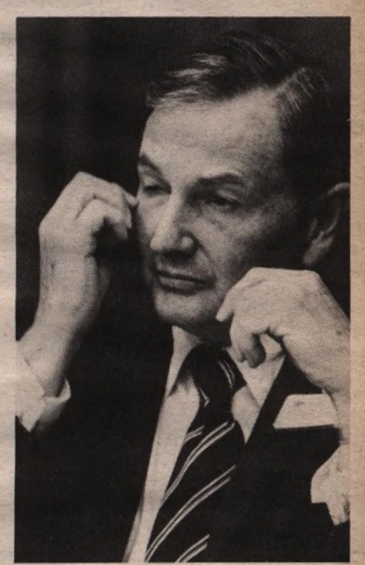
Trilaterale Kommission

Ostasien den Krieg erklärt

Peter Blackwood

»Das groß angekündigte Jahrhundert des Pazifik kann sehr wohl schon über uns sein – aber nur, wenn der politische Prozeß die wirtschaftliche Entwicklung in der Region einholt. Die große Neuigkeit aus Ostasien in den vergangenen zwei Jahren – aus den Philippinen, aus Korea, Taiwan und China – kann sein, daß dieser Prozeß bereits im Gange ist. Aber es bleiben ebenso große Fragezeichen übrig. Die trilateralen Länder müssen aufpassen und darauf vorbereitet sein, eine bedeutende tragende Rolle zu spielen.« Dies ist die Schlußfolgerung des neuen Berichts »East Asia in Transition: Challenges for the Trilateral Countries« (Ostasien im Übergangsstadium: Herausforderung für die trilateralen Länder), angefertigt und vorgelegt auf der letzten Vollversammlung der Trilateralen Kommission im April 1988 in Tokio.

Die Mitglieder der Trilateralen Kommission, zu deren schlimmsten Sünden die Förderung des schlechtesten US-Präsidenten in der Geschichte gehört, nämlich der des Jimmy Carter, haben es darauf angelegt, ihr Elend in Asien zu verbreiten. Dieser Bericht ist eine 80seitige Rechtfertigung für das Herumtrampeln auf der staatlichen Souveränität der ostasiatischen Nationen, für die Zerstörung ihrer Volkswirtschaften unter der Regierung des total bankrotten und in Mißkredit geratenen Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, und das Hineinschleusen der Republik Korea, die jetzt zu den großen Schwerindustrie-Nationen gehört, in die Organization for Economic Cooperation and Development (OECD).



David Rockefeller hat 1973 die Trilaterale Kommission als ein internationales Absprachegremium gegründet.

Die Bedürfnisse den Bankern unterordnen

Dieser Schritt wird Korea und andere ostasiatische Länder in den gesamten internationalen Finanz-»Prozeß« hineinzerren, der die Vereinigten Staaten in einem rostigen, nach-industriellen Rumpf verwandelt hat, die Menschen in Afrika dem Hungertod aussetzt, und die ehemals mächtigen westlichen Nationen vor den Füßen der Sowjets erzittern läßt.

Der Bericht greift alle Überbleibsel staatlicher Souveränität in wirtschaftlichen und politischen Beziehungen an, verurteilt »bilaterale« Abkommen zwischen den einzelnen Ländern in dieser Region und fordert, daß nationale Beziehungen den Bedürfnissen der internationalen liberalen Finanz-Elite unterzuordnen sind. Die Autoren wollen Japan, wo es noch eine starke Interessengemeinschaft gibt, der die wirtschaftliche Entwicklung, der technologische Fortschrit und die staatliche Souveränität am Herzen liegt, zum trilateralen Vollstrecker der Region machen.

Die Autoren verlangen, daß Japan seine regulierte Finanzmarkt- und Zinssatzpolitik auf-

gibt, und sie sagen, Tokio müsse »in jeder Hinsicht internationalisiert« sein, einschließlich Sprache, Anwälte und »Offenheit im Zugang zu amtlichen und privaten Informationen«.



Margaret Thatcher ist bei der Verwirklichung der trilateralen Pläne eine enge Verbündete von Rockefeller.

Dies ist teilweise bereits erreicht worden: Japaner waren Gründungsmitglieder der Trilateralen Kommission. Aber jetzt wird Japan von einer besonders gerissenen Finanzbande in London unter Feuer genommen.

Großzügiges Angebot von Dienstleistungen

Wäre die hinter der Trilateralen Kommission stehende Finanzmacht nicht so mächtig, würde man den Bericht eher als spaßig bezeichnen. Die Trilaterale Kommission bietet großzügig ihre vollen Dienstleistungen an, darunter die Erziehung der jungen Eliten Ostasiens an der Harvard University in Unterwanderung.

Und, als Beleidigung der Intelligenz jedes einzelnen in Ostasien, loben die Autoren die »äußerste Sorgfalt und Diskretion« bei der Art in der »Einfluß von außen« genutzt wird, um Regierungen in der Region zu stürzen, so wie es die Vereinigten Staten auf den Philippinen getan haben.

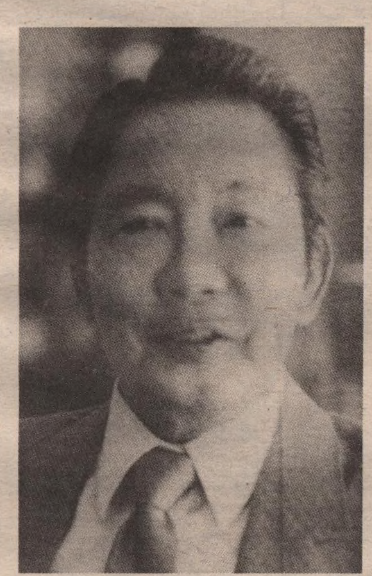
Der Bericht wird sogar pathetisch, wenn er von dem »Unverständnis und der Sorge« der Trilateralen Kommission über die Art und Weise spricht, in der der sehr entschlossene Führer Singapurs, Lee Kuan Yew, die dortige amerikanische Botschaft wegen ihrer Versuche, die Opposition in Singapur zu fördern, bestrafte.

Ein kurzer Überblick über die Verfasser des Berichts sagt viel aus. Richard Holbrooke, jetzt Generaldirektor bei Shearson Lehman Hutton Inc., der größten einzelnen Finanzinstitution der Welt, war stellvertretender Ministerialdirektor für ostasiatische und pazifische Angelegenheiten während der gescheiterten Carter-Regierung. Holbrooke half während der Johnson-Regierung mit, das amerikanische Fiasko des Vietnam-Krieges in Gang zu halten.

Holbrooke, zusammen mit Robert Scalapino von der University of California in Berkeley, war einer der Amerikaner, der Einladungen der Sowjets zu ihrer Wladiwostok-Konferenz im Oktober 1988 über das Thema »Die Asien-Region: Dialog, Frieden und Zusammenarbeit« annahm. Die Sowjets schlugen auf der Konferenz besondere Wirtschaftszonen, Arbeitsgemeinschaften und eine Verstärkung der Handelsbeziehungen mit asiatischen Ländern vor.

Hauptförderer des Projektes »Europa 1992«

Scalapino war mit von der Partie, weil er dabei Hilfestellung



Der verbannte philippinische Präsident Ferdinand Marcos erlebte, was die Trilateralen unter »politischer Evolution« verstehen.

geleistet hatte, was die Autoren den »Trilateralen Prozeß« nennen, dem dieser Bericht zugrunde liegt.

Der zweite Autor ist Roderick McFarquhar, Direktor des John King Fairbank Center for East Asian Research an der Harvard University. MacFarquhar war vorher an Großbritanniens Royal Institute of International Affairs, auch als Chatham House bekannt, dem führenden Politik-Denktank des liberalen Establishments in England. Das RIIA wurde aus der von dem verstorbenen Cecil Rhodes gegründeten verschwörerischen britischen »Round-Table«-Gruppe gesponnen, und sein »Anglo-Soviet Round-Table« ist ein führender westlicher »Black channel« in die UdSSR.

Der dritte Autor ist Kazuo Nukazawa, Generaldirektor von Japans Keidanren, die Federation of Economic Organizations, die sich mit internationalen Angelegenheiten befaßt, Nukazawas Karriere brachte ihn zum Japan Economic Institute of America und zur Rockefeller-Stiftung des liberalen Establishments. David Rockefeller war es, der 1973 die Trilaterale Kommission gründete.

Weitere Personen, die am »Trilateralen Prozeß« beteiligt waren, sind zwei, die den Staatsstreich gegen den langjährigen Verbündeten der USA, Ferdinand Marcos, in jeder Hinsicht von Manila und Washington aus leiteten, nämlich der ehemalige amerikanische Botschafter für Manila, Stephen Bosworth, und der ehemalige US-Staatssekretär Michael Armacost.

Unter den vielen anderen, die aufgeführt sind, befinden sich auch Hauptförderer des Projektes »Europa 1992« zur Abschaffung der Zollgrenzen auf dem Kontinent im Jahr 1992 und nicht lange danach auch der staatlichen Souveränität. Zu ihnen gehört der ehemalige NATO-Spitzenmann und bekannte »Auskuppler« Lord Carrington; Viscount Etienne Davignon, der die Zerstörung der europäischen Stahlindustrie entwarf; der altgediente französische Synarchist Paul Delouvrier; die altgedienten Politikmacher der Europäischen Gemeinschaft, Heinrich von Moltke und Karl-Heinz Narjes; und Sir Michael Palliser, Vorsitzender der Samuel Montagu Bank in London.

Diese Mannschaft stemmt sich dagegen, was sie die »alternde Führerschaft« der Nationen Ostasiens nennen, die Führer, die im Zweiten Weltkrieg kämpften und die nationalen Freiheitsbewegungen gegen die Kolonialmächte angeführt hatten, aber »deren Ansichten von Entwicklungen von schwindender Bedeutung für die jüngeren Generationen« geworden sind.

Die Autoren werfen Lee Kuan Yew, Ferdinand Marcos, den verstorbenen Chaing Ching-kuo der Republik China als alternde Anhänger der unbedingten Autorität in einen Topf mit dem Isolationisten Ne Win, der Burma zerstörte, Deng Xiaoping von Rotchina und Kim Il-sung von Nordkorea und lassen ihre internationalen Prioritäten deutlich erkennen dadurch, daß sie ihren Zorn auf Singapur, Malaysia und die ehemalige philippinische Regierung richten, während sie voller Lobes darüber sind, wie »aufgeschlossen für die Kräfte des Wandels« Deng Xiaoping ist. In Wahrheit haben Dengs »Reformen« 50 Millionen Menschen zu heimatlosen, arbeitslosen und ziellosen Menschen gemacht.

In seinen Angriffen sehr pointiert

Der Bericht nennt die Ereignisse der vergangenen zwei Jahre auf den Philippinen und in der Republik Korea – den Sturz Marcos durch die US-Botschaft in Manila und die Fast-Destabilisierung Koreas – eine »politische Evolution«.

Aber obwohl die Autoren selbstgefällig über die Lage in Korea zu sein scheinen – »Südkoreaner sind reif für die Demokratie«, so schätzen sie die Entschärfung der umsturz-ähnlichen Situation des Jahres 1987 durch Präsident Roh Tae-woo ein –, wird keine Staatsregierung so leicht zu stürzen sein wie Marcos, ein Mann, der voller Vertrauen zu Ronald Reagan war, und dennoch mußten auf den Philippinen kommunistische Umstürzler, der IWF, das gesamte internationale Presse-Corps und schließlich US-Präsident Ronald Reagan selbst eingespannt werden, um Marcos zu Fall zu bringen.

Trilaterale Kommission

Ostasien den Krieg erklärt

Die ostasiatischen Länder sind sicherlich an vielen Fronten verwundbar, aber es gibt in diesen Nationen politische Gruppierungen, denen die nationale Souveränität und Wirtschaftsentwicklung sehr am Herzen liegt. Diese völkischen Interessengemeinschaften erkennen auch das, worüber die Trilateralen lügen: die sowohl von der Sowjetunion als auch von der Volksrepublik China ausgestoßenen Drohungen und die Tatsache, daß das US-Außenministerium und der CIA sie wiederholt betrogen haben.

Der Bericht ist daher in seinen Angriffen sehr pointiert. Präsident Lee Kuan Yew von Singapur hat, zusammen mit der Regierung von Malaysia, die Ehre, als nächster für eine »Marcos-Behandlung« an der Reihe zu sein. »Alles beherrschende Sorgen um die Stabilität und um die Inzaumhaltung potentieller Unruheherde sind nach wie vor bei der Führerschaft-Generation vorhanden«, schreiben die Autoren.

»Lew Kuan Yew auf der kürzlich stattgefundenen Gipfelkonferenz der ASEAN (Association of Southeast Asians Nations) in Manila deutet eine gewisse Skepsis an: ›Unsere Jungen haben keine Erinnerung an vergangene Konflikte. Sie halten die letzten 20 Jahre des Friedens und des Wohlstands für den normalen Ablauf der Ereignisse.‹ Ironischerweise hat Lees Besorgnis um die Brüchigkeit der Errungenschaften der letzten Jahrzehnte ihn dazu veranlaßt, strenge Maßnahmen gegen den freien Meinungsaustausch zu ergreifen, die seine echten Errungenschaften auswaschen könnten. Diese Maßnahmen wurden weithin kritisiert, aber die Besorgnisse, die sie widerspiegeln, werden von vielen Mitgliedern der sich entwickelnden Regierungseliten, ungeachtet ihrer Generationszugehörigkeit, geteilt.«

»Die Rolle und Fähigkeit der trilateralen Nationen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region schwankt von Land zu Land«, stellen die Autoren in ihrem Abschnitt mit der Überschrift »Empfehlungen« fest. »Outsider können oft eine bedeutende Rolle in anderen Ländern der Region spielen, besonders wenn die Begrenzungen des Einflusses von außen verstanden werden und jedes Eingreifen mit äußerster Sorgfalt und Diskretion erfolgt.

Eine Rolle für Großbritannien

Dies trifft offensichtlich am meisten auf die Vereinigten Staaten zu, die weiterhin den bedeutendsten externen Einfluß auf politische und strategische Ereignisse in der Region verkörpern. Dieser Einfluß wurde während der bemerkenswerten Ereignisse in Manila und Seoul in den vergangenen zwei Jahren wirksam geltend gemacht, und es besteht die Hoffnung, daß dies weiterhin so bleibt.

Wenn die EG-Länder, Japan und Kanada 1985 und 1986 ihre Positionen in Manila koordiniert hätten – sie waren sich einig in ihrer gemeinsamen Einschätzung des Unglücks, das ein Fortbestehen des Marcos-Regimes darstellte –, dann hätten sie vielleicht eine Wirkung auf Marcos erzielt. Bis jetzt war uns abgesehen von einer gemeinsamen Ad-hoc-Anstrengung der EG-Botschafter kurz vor dem Ende nichts von irgendeiner bemerkenswerten Aktion seitens der Europäer, Kanadier und Japaner bekannt. Bezüglich anderer Länder, wie Malaysia und Singapur, sind wir unter den gegebenen Umständen gespannt, ob das Vereinigte Königreich, zumindest auf privater Ebene, eine Rolle spielen könnte.«

Das Vereinigte Königreich kommt diesem Wunsch nach. Im Juli 1988 hielten sowohl Devan Nair, der in Ungnade als Präsident in Singapur zurücktrat, als auch ein nicht namentlich genannter Malaysianer, der während der Sicherheitskrise im Jahr 1987 von der Regierung Mahathir eingesperrt worden war, Vorträge am Royal Institute in London.

Universitäten spielen auch mit, besonders bei der Unterwanderung der kommenden Generation. »Es gibt eine Vielfalt indirekter Rollen für trilaterale Länder. Eine der wichtigsten, von höchst dauerhaftem Wert, ist die Beschaffung von Ausbildungsmöglichkeiten in trilateralen Universitäten«, stellt der Bericht fest.

»Die Erziehung von vielversprechenden Einzelpersonen in trilateralen Ländern ist wahrscheinlich ein bedeutender Faktor bei der Unterstützung des Liberalisierungs-Prozesses. Seoul National University und Taiwan University gehörten zu den obersten zehn Zubringerschulen der Welt zu Studienprogrammen an der Harvard University.«

Nieder mit den Volkswirtschaften

»Bezeichnenderweise kommen die Pressionen zur Durchsetzung von offeneren politischen Systemen hauptsächlich von den neuen, größeren und noch besser ausgeklügelten technokratischen und Business-Eliten – die in steigendem Maße über höhere Grade aus führenden trilateralen akademischen Instituten verfügen«, stellt der Bericht fest.

Eine breitere Attacke wird gegen Japan und Korea sowie gegen die anderen »neu-industrialisierten Länder« (NIC): Taiwan, Hongkong und Singapur geritten.

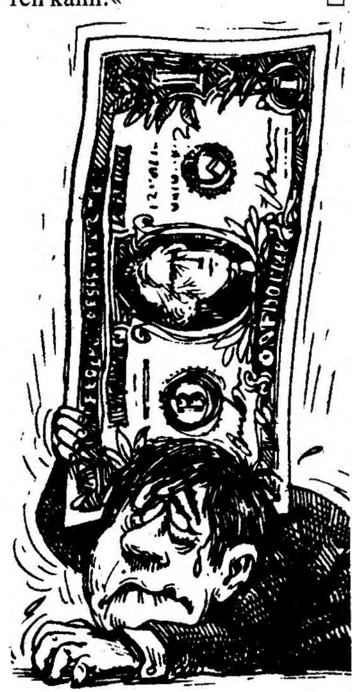
»Wenn auch bilaterale Annäherungen nicht ganz und gar zurückgewiesen werden können«, so tönen die Autoren, »so bleiben doch die seit dem Zweiten Weltkrieg errichteten Wirtschafts-Institutionen – besonders IWF, IBRD, GATT und OECD – die Stützen des Weltwirtschaftssystems. Regionale und bilaterale Abmachungen können nur Übergangs- oder zeitweilige Hilfen zur Stärkung des globalen Regimes sein.

Die Notwendigkeit, dem Bilateralismus und Wirtschafts-›Blockismus‹ aus dem Wege zu gehen, wird auf diese Länder einen starken Druck ausüben, ihre eigenen Märkte zu öffnen, ihre Wechselkurse schmiegsamer anzupassen und multilaterale und globale Institutionen kräftiger zu unterstützen . . . Ostasiatische Länder waren die Begünstigten dieser Institutionen; man kann nun von ihnen erwarten, mit positiven Beiträgen zu beginnen, anstatt nur Empfänger von Begünstigungen zu bleiben. Daher sollte ihre positive Beteiligung von den trilateralen Staaten ermutigt werden. Revisionen auf gleicher Ebene, die Lösung von Streitfragen und die Koordination der Politik innerhalb der verschiedenen globalen und regionalen Institutionen sollten gefestigt werden.

Die trilateralen Länder sollten besonders darauf bedacht sein, bilaterale und regionale Abmachungen zu formen und so in den Griff zu bekommen, daß sie mit einem schließlich zustandekommenden Freihandelsregime vereinbar sind.

Ostasiatische Länder mit Handelsüberschüssen sollten sich stärker bemühen, ihre Inlandsmärkte zu öffnen für Dienstleistungen sowie für Güter. Eine schrittweise Liberalisierung auf Finanz-, Kapital- und Devisenmärkten ist ebenfalls dringend notwendig.«

Japan, dem größten Gläubiger der Welt, wird eine Sonderbehandlung zuteil: Um die Verwendung des Yen auf breiterer Basis als Ersatz für den unstabilen Dollar zu gewährleisten, »müssen Japans Finanzmärkte für kurzfristige Regierungs-Bürgschaften, Handelspapiere und andere Papiere sowie Produkte frei von Regulierungen sein, und die Zinssätze müssen die Marktkonditionen innerhalb und außerhalb Japans widerspiegeln. Als größte Gläubigernation muß Japan auch seine Märkte international voll integrieren, so daß die Weltwirtschaft reibungsloser funktionieren kann.« □



David Rockefeller

Gorbatschow macht es amtlich

Warren Hough

Eine der längsten Liebesaffären der Neuzeit – das intime Verhältnis zwischen östlichen Kommunisten und westlichen Banker in den vergangenen 60 Jahren – wird jetzt öffentlich und von Michail Gorbatschow amtlich gemacht.

Diesen Schluß ziehen amerikanische Experten für auswärtige Angelegenheiten in Washington und New York aus den Bemühungen des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschow, seine Regierung umzustrukturieren und ihr internationales Image zu verbessern.

Rockefeller ein sowjetischer Verbündeter

Einer der Meilensteine dieses Vorstoßes – Gorbatschows geplantes gemeinsames Auftreten mit David Rockefeller am 9. Dezember 1988 im Manhattan-Convention-Center zur Eröffnung der ersten sowjetischen Handelsmesse, die jemals in den Vereinigten Staaten gezeigt worden ist – mußte im letzten Moment annulliert werden.

Unsichere Verhältnisse im Heimatland zwangen Gorbatschow dazu, seinen Schmaus abzubrechen; ein verheerendes Erdbeben tobte durch das sowjetische Armenien, und der oberste Militärbefehlshaber nahm plötzlich seinen Hut, als Gorbatschow in seiner Ansprache vor den Vereinten Nationen gerade weitgehende Truppenverringerungen ankündigte.

Aber am Vormittag des 8. Dezember 1988 verbrachte der sowjetische Führer seine letzte Stunde in New York damit, eilig bei einem Frühstück in der sowjetischen UN-Mission mit Rockefeller und anderen Finanzleuten zusammenzutreffen.

Werner Pellegrini, ein Wirtschaftsexperte, der für die Vereinten Nationen arbeitet, meinte dazu: »Rockefeller und die Russen sind schon seit Jahrzehnten Verbündete. Ohne die Chase Manhattan gäbe es vielleicht kein kommunistisches Land hinter dem eisernen Vorhang.«

Dr. Pellegrini bezog sich dabei auf die Chase Manhattan Bank, das Finanz-Flaggschiff der Rokkefeller-Dynastie. 1920 fanden die Bolschewisten sich nach einer Serie von blutigen Schlachten als Herren von Moskau wieder. Aber sie standen vor einer wirtschaftlichen Katastrophe. Es war die Chase – damals als Chase National Bank of New York bekannt –, die den Bolschewisten zur Hilfe eilte, ihnen die finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung zuteil werden ließ, die sie zum Überleben benötigten.

»Die Bolschewisten hatten sich ihren Weg zur Macht erkämpft«, berichtete Dr. Kuzma Larionow, ein angesehener russischer Historiker, der jetzt in einem New Yorker Vorort lebt. »Aber sie waren plötzlich Herrscher über eine Nation, die wirtschaftlich gesehen schlafsüchtig war. Das Eisenbahntransportwesen, die Schiffahrt, die Ölproduktion, die Lebensmittelversorgung, die elektrische Energieversorgung – alles war zusammengebrochen. Hungersnot breitete sich in allen Regionen jenes gewaltigen Landes aus – mit Ausnahme der Ukraine.«

Armand Hammer, der Milliardär und aggressive Händler – im amerikanischen Slang »wheeler-dealer« genannt –, hat lange Zeit behauptet, der erste amerikanische Geschäftsmann gewesen zu sein, der mit dem neuen Sowjet-Regime Handelsbeziehungen anknüpfte.

Armand Hammers führende Rolle

»Hammer war kein Geschäftsmann als er Moskau 1919 erstmals besuchte«, sagte Larionow. »Er reiste dorthin als Abgesandter der amerikanischen Kommunistischen Partei, in der sein Vater, Julius Hammer, eine führende Rolle spielte.

Die Hammers waren wohlhabende Kommunisten nach dem jetzt wohl bekannten Muster der links-gedrallten New Yorker Bourgeoisie. Hammer fand schnell Mittel und Wege, um aus den politischen Verbindungen seines Vaters mit den Roten Kapital zu schlagen.

Er erwarb von den rasenden Kommissaren in Moskau mehrere Handelskonzessionen und beutete sie gerissen aus. Darunter befand sich ein Monopol-Vorzugsrecht auf die Vermarktung von Bleistiften, Federhaltern und anderen Schreibwarenartikeln in der Sowjetunion – ein lukratives Geschäft in einer sprießenden Bürokratie.

Aber die wirklichen Probleme des Sowjetregimes reichten weit über solche Verbrauchsartikel hinaus. Man brauchte Hilfsfonds – Bargeld und Kredite –, um die Eisenerz- und Manganbergwerke, das verkrüppelte Eisenbahnwesen und die Stromleitungen in Gang zu bringen.

In den zwanziger Jahren, als kein anderer westlicher Financier das Risiko eingehen wollte, Kapital in derartige Unternehmen zu stecken, besorgte die Chase die Finanzierung, entweder direkt oder in der Gestalt von Konsortial-Anleihen.

Die Ölproduktion in Baku, die Manganbergwerke in Chiatura, das Eisenbahnwesen, alles kam wieder in Gang, nachdem die Chase die wesentliche Finanzierung hineingepumpt hatte.«

Die führenden Banker der Roten

»Ganz gleich, wie sehr sich die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen über die Jahre hinweg verschlechterten, die diskreten Beziehungen zwischen Moskau und Chase blieben bestehen.«

Die Rockefeller waren es auch, die den Roten in der kritischen Zeit, als sie es am dringendsten brauchten, eine wirtschaftliche Rettungsleine zuwarfen, erläuterten diese Experten.

Als Gegenleistung wurden die Rockefellers als führende Banker des Kommunismus anerkannt. 1972 eröffnete Alfred Wentworth, ein hochstehender Vizepräsident der Chase Manhattan Bank und langjähriger Vertrauter der Rockefellers, das erste Auslandsbank-Zentrum, das die Lizenz erhielt, in Moskau Geschäfte zu tätigen: Es war die am Karl-Marx-Platz 1 ansässige Chase-Filiale.

David Rockefeller heimste in der ersten Dezember-Woche des letzten Jahres eine noch reichere Belohnung für seine langjährige Unterstützung der Sowjetunion ein.

»Gorbatschow hat öffentlich seine Absicht bekundet, dem westlichen Finanzsystem beizutreten«, führte Pellegrini aus. »Er borgt in beträchtlichem Umfang auf den internationalen Märkten fast 20 Milliarden Dollar in den letzten Monaten, und Chase hat einen Hauptanteil an einigen der größten Konsortial-Anleihen.«

Folgende Projekte gehörten zu den zwischen Gorbatschow und Rockefeller am 8. Dezember 1988 besprochenen Projekte:

Eine fünfjährige Industrie-Bürgschaft zur Entwicklung der sowjetischen Automobil-Produktion in der Größenordnung von rund sechs Milliarden Dollar, für die die Chase die Garantie übernimmt.

Ein Handelsabkommen zwischen der Sowjetunion und der Europäischen Gemeinschaft für das Chase 17 Prozent der gesamten Finanzierung übernimmt.

Eine Neuordnung der sowjetischen Wirtschaft, die es Einzelpersonen erlaubt, Anteile an großen sowjetischen Unternehmen zu erwerben, was letztendlich zur Einrichtung einer Börse in Moskau führen wird. Chase Manhattan wird als wichtigster Berater für dieses Programm fungieren. □

Banker-Journal

Ibero-amerikanische Politiker schließen sich dem IWF an

Sieben der sogenannten Gruppe der acht Contadora Support-Group-Staaten – Panama wurde suspendiert – kamen darin überein, jeden Vorwand einer Konfrontation mit den Gläubigerländern fallen zu lassen. Während sie sich einerseits lauthals über die Schäden beklagten, die in die zehn Milliarden gehen, die der Schuldendienst pro Jahr ihren Volkswirtschaften zufügt, schlugen die Präsidenten von Brasilien, Mexiko, Peru und Uruguay, vor, eine Liste mit möglichen Schuldenverringerungs-Vorschlägen zu erarbeiten, die den industriellen Staaten dann vorgelegt werden soll.

Der brasilianische Finanzminister Mailson da Nóbrega gab dazu folgende Stellungnahme: »Alle Teilnehmer waren sich darüber einig, daß nur diejenigen Länder, die wirtschaftliche Anpassungsprogramme in Angriff genommen haben, an allen Schuldenentlastungs-Programmen, die sie erreichen könnten, teilnehmen dürfen.«

Die Anpassungs-Programme, von denen hier die Rede ist, entsprechen genau den vom Internationalen Währungsfonds (IWF) auf diktierten Sparmaßnahmen, die sich seit 1982 auf jede Volkswirtschaft des Kontinents verheerend ausgewirkt haben.

Die Schuldenerklärung befreit außerdem die internationalen Banken und den IWF von ihrer Hauptverantwortung für das Heraufbeschwören eines wirtschaftlichen Desasters, indem sie besagt: »Wir erkennen an, daß unsere Entwicklung im Grunde von uns selbst abhängt. Unsere Region steht in verantwortlicher Weise und entschlossen der größten Krise ihrer Geschichte gegenüber.«

Aus brasilianischen diplomatischen Quellen verlautet, daß hinter den Kulissen der ehemalige amerikanische Außenminister George Shultz dem brasilianischen Außenminister Paulo Tarso Flecha de Lima versicherte, daß die USA bereit seien zur kosmetischen Änderung des Zahlungsplanes beizutragen, wenn damit das internationalistische Finanzregime des IWF, das im Grunde gegen die Interessen der Völker gerichtet ist, aufrechterhalten wird. □

Jugoslawiens Probleme mit den Preisen

Die jugoslawische Regierung, die am Abgrund eines Militärputsches, Bürgerkrieges oder beides entlangschaukelt, hat weitere drastische Erhöhungen der Lebensmittelpreise angekündigt. Das Land hat auf Betreiben des Internationalen Währungsfonds (IWF) eine wilde Sparpolitik eingeführt. Seine Inflationsrate beläuft sich derzeit auf rund 250 Prozent.

Nahrungsmittelpreise und ihre Erhöhung waren bereits vor den jüngsten Preiserhöhungen Ursache für den Ausbruch von Protesten der einzelnen Volksgruppen des Landes. □

Die Weisheiten von Alan Greenspan

»Goods Shrink and Trade Grows« (»Güter schrumpfen und der Handel wächst«) lautet die Schlagzeile in einem nachindustriellen Kauderwelsch des Vorsitzenden des Federal Reserve Systems der USA – einer Art privat kontrollierter Bundesbank, Alan Greenspan. Er behauptete fest und steif, der Welthandel sei »expandierend«. Dann gibt er Statistiken bekannt, die beweisen, daß der Welthandel eben nicht expandierend ist.

Greenspan argumentiert, der Welthandel sei expandierend auf der Grundlage einer deutlichen Verkleinerung der wirtschaftlichen Produkte. Zum Beispiel sind Rundfunkgeräte verkleinert worden und wiegen nicht mehr soviel. »Ganz klar, je geringer das Volumen und je niedriger das Gewicht ist, um so leichter ist es, die Güter zu transportieren«.

Aber er expandiert auch nicht, gibt Greenspan zu: »Würde man alle die Tonnen von Getreide, Baumwolle, Erz, Kohle, Stahl, Zement und dergleichen, die von Amerikanern produziert werden, zusammenfassen, dann würde das Gesamtvolumen auf Pro-Kopf-Basis wahrscheinlich kaum größer sein, als es, sagen wir einmal vor 50 oder 75 Jahren, war.«

»Es ist daher nicht überraschend, festzustellen, daß auf dem See- und auf dem Luftwege versandtes Gewicht pro realer Dollar amerikanischer Ausfuhren in den letzten zwei Jahrzehnten durchschnittlich um mehr als zweieinhalb Prozent gefallen sind. Versandgewichte pro realer Dollar amerikanischer Einfuhren haben sich durchschnittlich um mehr als vier Prozent pro Jahr verringert.

Auf weltweiter Basis ist der reale Wert mit einer jährlichen Quote von über fünf Prozent gestiegen, wobei das Wachstum des weltweiten Brutto-Sozialproduktes beträchtlich ins Hintertreffen geriet. Tonnagemäßig war der Anstieg natürlich viel geringer.«

Welcher Handel der USA war denn nun »expandierend«? Greenspan argumentiert in dieser Form weiter: »Die außergewöhnliche Verkleinerung der Güter erschwert es, den Protektionismus zu erhalten, und läßt die wirtschaftliche Integration, sowie den ›Europa-1992-Plan‹, nach welchem alle europäischen Zollschranken fallen sollen, um so notwendiger erscheinen. Dies alles erfordert eine größere Koordination der Wirtschaftspolitik der Industrieländer, um eine Destabilisierung der Kapitalströme zu verhindern.«

Schließlich, so bemerkt Greenspan noch, »setzt Koordination voraus, daß ihr die Aufgabe der vollen Souveränität über die Belange einer Nation vorausgeht«. □

Bolivien plant Kokain auszuführen

Bolivien plant, Coca-Paste und Kokain zu »medizinischen Zwecken« auszuführen. Regierungsbeamte teilten mit, die Sowjetunion habe einen Auftrag auf 220 Pfund Kokain und 10 Tonnen Coca-Paste pro Jahr für 10 Millionen Dollar erteilt.

Der stellvertretende Planungsminister Anibal Aguilar sagte, legale Coca-Exporte erfordern eine Genehmigung des International Narcotics Control Board der Vereinten Nationen. Der Deputy Minister for Social Defense, Jorge Alderete, fügte hinzu, daß Bolivien auch in Erwägung ziehe, »die peruanische Politik« des Verkaufs von beschlagnahmten Drogen zu übernehmen. □

Brasiliens Inflation wächst weiter

Die brasilianische Inflation wächst weiter, trotz der besten Bemühungen der Regierung dieses Landes, den Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) nachzukommen. Die Inflation steigt in einer für die Armen verheerenden Art und Weise. Das Ergebnis dieser Entwicklung ist voraussehbar. Zwischenfälle von Plünderungen von Supermärkten durch verzweifelte Menschen, die versuchen ausreichend Lebensmittel sich zu besorgen, um zu überleben, werden aus verschiedenen Teilen des Landes gemeldet.

Die Geschäftswelt und der IWF verlangen, daß die Löhne indexmäßig von den Preisen abgekoppelt werden. Dies würde schlagartig eine Verringerung der Reallöhne um 10 bis 30 Prozent bewirken.

Die interne öffentliche Schuldenlast stieg 1988 um 45 Prozent. Der Schwarzmarkt-Cruzado, die brasilianische Währung, steht derzeit 66 Prozent über dem amtlichen Wechselkurs, was naturgemäß die Kapitalflucht anheizt. □

Argentinien in Zahlungsverzug

Argentinien ist seinen Verpflichtungen im Zinsdienst für die 40 Milliarden Dollar betragende Auslandsschuld nicht nachgekommen, indem es die zum letzten Quartalsende fällig gewordenen Zahlungen nicht leistete. Da es mit der Zinszahlung mehr als 90 Tage in Verzug geraten ist, zwang Argentinien amerikanische Banken seine Anleihen auf eine »Nicht-Zuwachs-Grundlage« zu stellen.

Die unterbliebenen Zinszahlungen haben zur Folge, daß die Aktien der kreditgebenden Banken in Mitleidenschaft gezogen wurden. Sie brachten einen Verlust von 36 US-Cents für Manufacturers Hanover, 20 Cent für Chase Manhattan und 16 Cent für die Bank of America. Diese Schätzungen wurden von Experten des Bankhauses Oppenheimer & Co. vorgenommen.

Die argentinische Regierung unter ihrem Präsidenten Raúl Alfonsins hat die Wirtschaft des Landes bei ihren Bemühungen, die Auslandsschulden zu bezahlen und den Vorschriften des Internationalen Währungsfonds (IWF) nachzukommen, praktisch kaputtgemacht. Alle Pressionen der argentinischen Regierung und ihres Präsidenten blieben außerdem erfolglos. □

Caracas Schulden sind ein Sicherheitsrisiko

Venezuelas oberste Verteidigungsbeamte griffen die Zahlung der Auslandsschulden des Landes als eine wesentliche Frage der nationalen Sicherheit an. Del Valle Alliegro, der Verteidigungsminister von Venezuela, nannte die Schulden eine Bedrohung der nationalen Sicherheit. Er sagte, die »Achilles-Ferse der Region ist das untereinander nicht meßbare Gewicht der lateinamerikanischen Auslandsschulden«. Er fügte hinzu, daß die Schuld »die Volkswirtschaften auffrißt und erstickt«, und daß »das Schuldenproblem nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein politisches und soziales Problem darstellt und starke Unruheherde für unsere politischen Systeme hervorrufen könnte«.

Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses in Venezuelas Senat, Alejandro Izaguirre, gab sein völliges Einverständnis mit Alliegro zum Ausdruck und meinte, daß die Schuldenlast jede Entwicklung vereitelt und zu Massenelend führt. »Die Regierung Venezuelas irrt, wenn sie glaube, die Banker hätten ein Herz.«

Selbst der führende Präsidentschaftskandidat Carlos Andrés Pérez, der nach Meinung von Insidern »im allgemeinen nur etwas sagt, wenn Henry Kissinger es zuerst gesagt hat«, fühlte sich veranlaßt, mit Äußerungen zur Verteidigung der Aussagen Alliegros hervorzutreten: »Er hat recht, wenn er versichert, daß die lateinamerikanischen Auslandsschulden ein Sicherheitsproblem darstellen. Die Regierungen Lateinamerikas sollten gemeinsam verhandeln, um zu einer Lösung zu kommen.« □

Rio de Janeiro ist bankrott

Die Stadt Rio de Janeiro meldete als Folge der Aktionen des brasilianischen Staatspräsidenten José Sarney, die darauf abzielten, einen Bürgermeister politisch totzumachen, der immerhin versucht hatte, die Lebensbedingungen der Stadt zu verbessern, Konkurs an. Bürgermeister Braga, der erst kürzlich gewählt wurde, hatte sich sofort dafür eingesetzt, 140 neue Schulen zu bauen; er verdoppelte die Zahl der Kliniken auf 300 und brachte fünf Industrie-Entwicklungsprojekte auf den Weg. Er bestand auch auf großzügige Erhöhungen der Löhne und Gehälter über die Inflationsrate hinaus.

Braga verteidigte sein Vorgehen mit den Worten: »Es war ein kalkuliertes Risiko. Aber in einer Stadt mit soviel Gewalttätigkeit und Armut ist es auch ein unglaubliches Risiko, keine sozialen Investitionen vorzunehmen.«

Die Lage war zwar schon lange gespannt, aber sie funktionierte bis im Dezember 1987 gewaltige Überflutungen 40 000 Menschen obdachlos machten. 40 Millionen Dollar an Hilfeleistungen, die von Sarney zugesagt worden waren, trafen niemals ein. Dann senkte Sarney die Hochkonjunktur, indem er Rio und alle anderen Städte dazu verpflichtete, keine Auslandsdarlehen mehr aufzunehmen. Rio mußte auf den inländischen Markt gehen, um seine Kreditwünsche zu befriedigen. Inländische Kredite werden jedoch nur gegen außergewöhnlich hohe Zinsen vergeben und waren dadurch praktisch uninteressant.

Sarney hat durch sein Vorgehen erreicht, daß die Städte nicht nur alle neuen Anleihen und Kredite stoppten, sondern daß sie auch 25 Prozent des Kapitals ihrer bestehenden noch offenstehenden Auslandsanleihen zurückführten.

Ergebnis: Braga konnte seine Löhne und Gehälter nicht mehr zahlen und 113 000 Angestellte des öffentlichen Dienstes, alle Lehrer und ein Großteil des ärztlichen Personals traten in den Streik. □

Große britische Bank baut Personal ab

Morgan Grenfell, eine der größten Investment-Banken in der Londoner City, hat 450 Mitarbeiter entlassen und die meisten ihrer Effektenbörsen- und Obligations-Handelsunternehmen geschlossen. Die Firma bezog sich auf geringe Marktvolumen in der ganzen Welt seit dem Börsenkrach vom 19. Oktober 1987.

Sprecher von Morgan Grenfell sagen, die Firma habe in den ersten Monaten von 1988 Verluste in Höhe von mehr als 33,5 Millionen Dollar verzeichnet.

Die 450 Angestellten sind ein Viertel der Londoner Belegschaft. Es handelt sich um eine der größten Entlassungswellen in der Geschichte der City of London. Mehr als 12 000 Arbeitsplätze gingen dort seit Oktober 1987 verloren. Wie es heißt, haben einige der bei Morgan Grenfell Entlassenen bis 370 000 Dollar pro Jahr verdient, plus persönliche Vorrechte wie Sportwagen.

»Das sind schlimme Nachrichten«, meinte ein Londoner Börsenmakler. »Und das kann sein, daß dies nur der Anfang ist.«

In Wirklichkeit kam der Schritt nicht unerwartet, aber er ist Teil eines Vorstoßes, um »die Arbeitskräfte der City dem schwachen Geschäft anzupassen«.

Seit dem »Big Bang« von 1986 – der Entregulierung der Londoner Märkte – haben sechs Firmen ihre Geschäfte in konvertierbaren Sicherheiten und Optionsanleihen eingestellt. Morgan Grenfell ist die erste große Investment-Bank, die das gleiche tat.

Experten des Bankgeschäfts sagen, daß sich die Verluste auf dem Londoner Markt für mündelsichere Wertpapiere wahrscheinlich auf rund 100 Millionen Pfund im Jahr 1988 belaufen.

Etwa 1500 weitere Arbeitsplätze im Wertpapiergeschäft könnten in den kommenden Monaten noch verloren gehen, heißt es in einer von der City of London und der London Stock Exchange in Auftrag gegebenen Studie. □

Gewinnbeteiligung für Zöllner

Die Grenzbeamten in Belgien, Griechenland, Frankreich, Irland, Luxemburg und Portugal legen bei der Kontrolle des Reisegepäcks mehr Sorgfalt an den Tag als die Zollbediensteten anderer EG-Länder. Grund: Sie sind am »Gewinn« der beschlagnahmten Waren beteiligt.

Die Zollbediensteten dieser sechs Länder erhalten einen bestimmten Prozentsatz des »Ertrags« nach Abzug der Abgaben und Kosten. Diese Praxis steht nach Auffassung der EG-Kommission nicht im Widerspruch zum Gemeinschaftsrecht. □

Deutsche Bank

Die Macht hinter den Kulissen

Günther Jansen

Eine jüngst vom Magazin »Stern« veröffentlichte Studie des Meinungsforschungsinstituts Forsa belegte eindeutig die von CODE in den vergangenen Ausgaben gerichteten Vorwürfe eines riesigen Machtmonopols der Deutschen Bank, das diese rigoros zur Anhäufung von noch mehr Macht benutze. Nach einer kurzen Darstellung der von Forsa ermittelten Ergebnisse sollen an dieser Stelle noch einmal einige frühere Machenschaften der Deutschen Bank, speziell im Zusammenhang mit dem Elektrokartell und der Atomlobby, aufgezeigt werden.

So hat Christiane Oppermann vollkommen recht, wenn sie ebenfalls im »Stern« über die Wirtschaftsmächtigen in diesem, unserem Lande schreibt: »Wenn sie den Daumen heben oder senken, können ganze Regionen aufblühen oder an den Rand des Ruins geraten.«

Lassen Sie uns Frau Oppermann weiter zitieren: »Die Industriebeteiligungen und Kreditvergaben der Banken und die Geldanlagen der Industrie sichern wechselseitigen Einfluß.«

Aufgrund des Depotstimmrechts kontrollieren die Banken sich allesamt selber. Und Walter Martius von der Schutzgemeinschaft kommt von daher zu folgendem Schluß: Die faktische Macht in deutschen Aktiengesellschaften werde von den Banken und nicht von Anteilseignern ausgeübt.

bei der einst maroden AEG, wo Filetstücke unter Freunden verteilt wurden, beispielsweise an Bosch, Mannesmann und die Allianz. Nachdem die Elektrofirma gesundgeschrumpft worden war, wurde der Rest von Daimler (Großaktionär: Deutsche Bank) geschluckt. Auch als jüngst das Handelshaus Klöckner & Co. ins Trudeln kam, fackelte die Deutsche Bank nicht lange und übernahm gleich die ganze Firma. Tausende kleiner Anteilseigner waren über Nacht ihr Kapital los. Die persönlich haftenden Gesellschafter Jörg und Peter Henle wurden nicht zur Kasse gebeten. Bruder Jörg sitzt im Aufsichtsrat der Deutschen Bank.

Die ständige Kommunikation der wirtschaftlichen Machteliten untereinander klappt bestens. Wechselseitig trifft und berät



Die deutschen Banken verfügen über Kommandozentralen von denen Parlamentarier und Minister nur träumen können, mit denen sie politische Fakten schaffen.

Forsa hatte 306 Führungskräfte aus den größten deutschen Konzernen ganz offiziell die Frage nach den Mächtigsten im Lande gestellt. Als mächtigste Personen wurden daraufhin Bundeskanzler Kohl, DGB-Chef Breit, IG-Metall-Chef Steinkühler sowie der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, und Daimler-Boß Reuter genannt. Daß die Politiker und Gewerkschaftler aber nur quasi als Feigenblatt vorgeschoben wurden, ergibt sich aus der Antwort der Führungskräfte, wenn nicht nach Namen, sondern nach Institutionen gefragt wird. Dort stehen mit 23 Prozent die Top-Manager ganz vorne, erst mit jeweils 17 Prozent folgen dann die Politiker und die Gewerkschaftler. Und das Parlament gilt nur noch bei einem Prozent als mächtige Institution.

Positionen werden verschleiert

Wie gut es diese Wirtschaftsmächtigen geschafft haben, ihre Positionen zu verschleiern, ergibt sich aus den Antworten von ganz »normalen« Bürgern. Hier werden Kohl, von Weizsäcker und Genscher als die Mächtigsten im Lande angesehen. Nur zwei Prozent der insgesamt 1831 Befragten nannten Herrhausen und Reuter. Und ein Mann wie Erwin Conradi, deutscher Statthalter von Otto Beisheim, dem die Metro gehört und der große Beteiligungen unter anderem an Kaufhof und Hurler hält, wurde dagegen überhaupt nicht genannt. Und dies, obwohl vor Beisheims Einkaufsmacht selbst Branchenriesen wie Nestle und Unilever kuschen.

Das Ergebnis von Hauptversammlungen liege zu 99 Prozent schon vorher fest.

Abhängig von dem was die Banker wollen

Frau Oppermann weiter: »Wenn es in Firmen ihres Einflußbereichs nicht so gut läuft, übernehmen die Banker auch schon mal direkt das Kommando, wie

man sich gegen gutes Geld in Aufsichts- oder Beiräten. Von echter Kontrolle kann bei dieser gegenseitigen Abhängigkeit kaum noch die Rede sein.«

Ein paar Absätze später schreibt Frau Oppermann: »Nur selten freilich wird die Abhängigkeit der Politik von dem, was Industrielle und Banker denken und wollen, so offenkundig wie beim



Andreas Kleffel, langjähriges Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, spielte eine unrühmliche Rolle und ist schuld an der finanziellen Misere des einstigen Textil-Konzerns Girmes.

Einstieg von Daimler-Benz beim Rüstungs- und Technologiekonzern MBB. Angeschoben hatte die Verhandlungen zwar der frühere Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann. Doch die Bedingungen diktierten nur wenig später Alfred Herrhausen von Deutschlands mächtigstem Geldhaus, der Deutschen Bank, die zugleich Großaktionär bei Mercedes ist, und Edzard Reuter von Deutschlands größtem Konzern, Daimler-Benz.

Ein festgefügtes Geflecht von Beteiligungen

Wenn deutsche Bankiers und Industrielle ihrem weltweiten Business nachgehen, bleibt die Politik meist außen vor. Die Kommandozentralen verfügen längst über Stabsabteilungen und technische Hilfsmittel, von denen Parlamentarier und selbst Minister nur träumen können. Die Wirtschaft schafft international Fakten, während die Politik sich gerade erst abmüht, auch mal über den nationalen Tellerrand hinauszugucken.

Wenn die Manager mit Arbeitsplatzabbau und Standortverlagerung drohen, bleibt den Politikern kaum noch etwas anderes übrig, als den Forderungen der Industrie nachzugeben . . . Vieles spricht dafür, daß die Schaffung des europäischen Binnenmarktes ab Januar 1993 die Abhängigkeit der Politik von der Wirtschaft noch vergrößern wird . . . Europa- und weltweit entstehen wirtschaftliche Machtkonglomerate, die von den nationalen demokratischen Institutionen nicht mehr kontrolliert werden können.

Deutsche Bank



Josef Abs, heute Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates, hat von Anfang an dafür gesorgt, daß die Deutsche Bank im Atomgeschäft die entscheidende Rolle spielt. Heute ist er als Berater des Vatikans für Erzbischof Marcinkus tätig.

Die Deutsche Bank kontrolliert über ein festgefügtes Geflecht von Beteiligungen, Kreditvergaben, Aufsichtsratsmandaten und Depotstimmrechten schätzungsweise 400 Unternehmen dieser Republik – und nicht die kleinsten.

Nicht viel anders ist es bei Europas größtem Versicherungskonzern Allianz. In aller Stille bestimmt deren Chef Wolfgang Schieren entscheidend mit, was in der Wirtschaft läuft. Er gebietet allein über 100 Milliarden DM Kapitalanlagen, zumeist Prämiengelder der Versicherten. Er kann damit sogar den Großbanken das Fürchten lehren. Nachdem die Deutsche Bank jetzt eine eigene Lebensversicherung gründet, droht Schieren seinem Kollegen Herrhausen angeblich mit dem Abzug von Allianz-Geldern, das würde Provisionsverluste in zweistelliger Millionenhöhe bedeuten – pro Monat.«

Dies schert Herrhausen aber nicht sonderlich, weil er durch die neue Versicherung noch größere Einnahmen für die Deutsche Bank erwartet.

Soweit die sicherlich sehr interessanten Ausführungen Frau Oppermanns, die auch gleichzeitig einen guten Einstieg zu dem Rückblick »Deutsche Bank und die Kartelle« bilden.

Eines der ältesten und einflußreichsten Kartelle ist das 1930 von neun Unternehmen, darunter Siemens und AEG, gegründete weltweit operierende Elektrizitätskartell IEA (International Electrical Association). Sinn dieses Kartells war es, die Konkurrenz auf dem Weltmarkt der elektrischen Ausrüstung unter Kontrolle zu bringen. Und das besonders Interessante ist, daß auch hier wieder die Deutsche Bank mitmischt; denn einer ihrer Mitbegründer war 1870 Georg Siemens, der sie dann auch 30 Jahre lang leitete. So ist es dann auch nicht verwunderlich, daß Georg Siemens damals für die Deutsche Bank im Aufsichtsrat der AEG vertreten war.

Kurt Rudolf Mirow schreibt dazu in seinem sehr zu empfehlenden Buch »Die Diktatur der Kartelle – Materialien zur Vermachtung des Weltmarktes«, Rowohlt-Taschenbuchverlag: »So gelang es noch vor dem Ersten Weltkrieg unter der Oberaufsicht der Deutschen Bank zwei durch Kooperation verbundene, absolut marktbeherrschende Großunternehmen zu schaffen, deren Stellung bis heute, Weltkriege und Krisen überdauernd, unangetastet geblieben ist.«

Die Strategie ist klar

Zurück zur IEA – wobei die folgenden Ausführungen auf Mirow und einem Postulat an den Schweizer Nationalrat basieren –. Um sich die Länder untertan zu machen, geht die IEA laut Mirow, wie nachfolgend am Beispiel eines afrikanischen Landes illustriert, vor:

»Ein Land macht eine internationale Ausschreibung (für die Elektrifizierung bestimmter Netze, für den Bau eines Elektrizitätswerkes usw.). Nur zwei bis drei Gesellschaften des Kartells reichen eine Offerte ein: Für die gleiche Arbeit bieten sie die gleichen Leistungen zu sehr unterschiedlichen Preisen an. Ein Angebot ist wesentlich tiefer als alle anderen. Die Strategie ist klar, aber oft erfolgreich. Die Regierung des afrikanischen Landes entscheidet sich spontan für den so viel niedrigeren Preis, der so ›günstig‹ erscheint, in Wirklichkeit aber ein Kartellpreis, also überhöht ist. So sichert sich die Firma, die das zu hohe Angebot gemacht hat, die Herrschaft über den Markt des Landes.«

Mirow führt in seinem Buch einen für Brasilien geltenden Kartellvertrag auf, der im August 1967 von sechs Unternehmen, darunter Brown Boveri, abgeschlossen worden sein soll, und der die Bekämpfung der einheimischen Produktion zum Ziel gehabt habe. Dieser Vertrag,

Deutsche Bank

Die Macht hinter den Kulissen

der dem Abkommen der IEA entspreche, enthalte unter anderem folgende Bestimmungen:

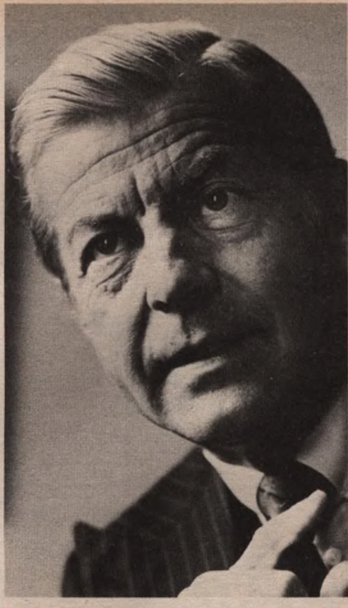
»Artikel 12: Es ist verboten, eine Offerte ohne vorherige Absprache mit dem Koordinator einzureichen;
Artikel 23: Der in der Sitzung beschlossene Endpreis schließt eine Taxe von zwei Prozent ein, die das Mitglied, das den Vertrag erhält, in einen Reservefonds für Kampfmaßnahmen einzuzahlen hat;
Artikel 24: Die Preise sind in der in Artikel 6 erwähnten Sitzung – an der alle Vertragspartner teilnehmen – zu genehmigen;
Artikel 27: Drängt sich eine Kampfmaßnahme auf, so sind die benötigten Mittel zuerst bei der Gesellschaft zu entnehmen, welche die größte Reserve angehäuft hat;
Artikel 50: Kündigt eine Gesellschaft dieses Abkommen, wird sie von den anderen systematisch bekämpft.«

Durch die Kartellierung des Elektro-Weltmarktes verstärkte die IEA die Überschuldung der Länder der dritten Welt, die sie sich gefügig mache, und damit auch das Elend, die Arbeitslosigkeit, die Verzweiflung und den Hunger der Bevölkerung. Sie erweise sich also als eine der brutalsten Erscheinungen der imperialistischen Aggression gegen die in Armut lebenden Völker. So heißt es jedenfalls in dem dem Schweizer Nationalrat vorgelegten Postulat.

Die Spiele von Siemens und Deutsche Bank

Wieder zurück zu Mirow: »Eine Preisniveauliste der IEA teilt die Länder der Welt in Niedrig- und Hochpreisländer ein. So gehörten zum Beispiel Dänemark, Venezuela, Hongkong und der Iran zu Hochpreisländern, während andere wie Irland, Spanien, Paraguay und Brasilien zeitweise in einzelnen Sektionen zu den privilegierten, wenig zahlenden Ländern gehörten.

Im sogenannten ›Factory Committee‹ (Komitee der Fabriken)



Friedrich-Wilhelm Christians sagte als langjähriger Deutsche-Bank-Vorstandssprecher: »Wir sind uns völlig im klaren darüber, wie verwundbar unser Ansehen als Macht ist.«

wird das Auftreten unerwünschter Konkurrenten, besonders neuer Industrien in Niedriglohn-Entwicklungsländern, behandelt. In wöchentlichen Treffs bestimmt man nach bestem Planwirtschaftsmodell, welchem Land man es gnädig gestatten könne, Herstellerland zu werden. Selbstverständlich ist es völlig uninteressant, sich allzuviele Konkurrenten aufzuhalsen.

Die Know-how-Vergabe wird an strikte Kartellregeln gebunden.

Der Kampf gegen Außenseiter wird vom Kampfkomitee geführt, das als erstes einen Kampfführer einsetzt. Die Kampfmaßnahmen folgen einem gut ausgearbeiteten ›Instruction Book for Fighting Proceedings against Non-Members‹, wobei das Exportkomitee Nichtmitglieder in specific and general outsiders einteilt. Specific outsiders sollen nur unterworfen und dem Kartell eingefügt werden, general outsiders müssen jedoch vernichtet werden.

In der Elektroindustrie finanzieren von Kartellmitgliedern gespeiste Kampffonds das gemeinsame Vorgehen gegen Nichtmitglieder, den sogenannten non-members. ›Vier Prozent des FOB-Wertes (FOB = free on board, eine Zahlungsart im Außenhandel; der Verfasser) eines jeden Transformatorenauftrags werden in einen gemeinsamen Pool eingeschossen‹, steht in Absatz 5 der am 23. Mai 1972 im Bundeskartellamt in Berlin registrierten vierten Ausgabe des ›Agreement P(H)C‹, des weltweiten Transformatorenkartells.«

Friedrich Christian Delius hatte es Anfang der siebziger Jahre gewagt, zu behaupten, daß es im Falle Bergmann Kreditmanipulationen gegeben habe. Daraufhin wurde am 13. September 1974 im Namen des Volkes folgendes Urteil verkündet:

»Die Beklagten haben es bei Vermeidung der für jeden Fall der Zuwiderhandlung festzusetzenden gesetzlich zulässigen Geld- oder Haftstrafen zu unterlassen, folgende Behauptung wörtlich oder sinngemäß aufzustellen und/oder zu verbreiten: Die Deutsche Bank habe kurz vor dem Ersten Weltkrieg im Einvernehmen mit der Firma Siemens der ökonomisch gesunden Bergmann-Elektrizitäts-Werke AG die Kredite entzogen, um diese Firma in die Hände von Siemens zu bringen.«

Banker meiden unnötige Risiken

Mirow schreibt hierzu: »Der Prozeß gegen Delius war sicherlich das Ergebnis strategischer Überlegungen. Da aufmerksamen Beobachtern vielleicht unangenehme Parallelen zwischen dem historischen Fall Bergmann und heutigen Zusammenbrüchen an sich gesunder Betriebe hätte auffallen können, mußten weitere Untersuchungen und Publikationen unterbunden werden.

Bankiers meiden gern unnötige Risiken. Die prekäre Situation der non-members internationaler Kartelle ist ihnen bekannt.

Es ist somit nicht verwunderlich, daß in den sechziger Jahren unabhängige Unternehmen in dem Moment, in dem sie leichtsinnigerweise begannen, in Ländern wie Brasilien Elektroausrüstungen zu fertigen, von der Deutschen Bank AG Geschäftsverbindungen, die seit mehr als 80 Jahren bestanden, aufgekündigt und alte Kredite, teilweise durch Kontenbeschlagnahmung, kurzerhand gestrichen wurden.

Der Zufall wollte es ferner, daß diese Maßnahmen der Deutschen Bank 18 Monate nach Gründung eines brasilianischen Importkartells getroffen wurden, einem Verein, in dem Siemens im Rahmen der Außenseiterbekämpfung in den folgenden Jahren für eine führende Rolle bestimmt war.«

1960 wurde der IEA in den USA aufgrund der dortigen strengen Antitrustgesetze die weitere Tätigkeit verboten. Der Präsident des amerikanischen Gerichts, das diesen Fall verhandelte, gab folgenden Kommentar von sich: »Wir stehen vor einem der schockierendsten Beispiele kriminellen Verhaltens in einem Bereich, der zu den wichtigsten unserer Wirtschaft gehört.«

In den übrigen Ländern der Welt setzt die IEA jedoch ihre Tätigkeit fort. In dem an den Schweizer Nationalrat gerichteten Postulat wurde dieser aufgefordert, dem Treiben der IEA, die ihren Sitz in Lausanne hat, Einhalt zu gebieten. Dieses wurde aber mit der Begründung abgelehnt, die Schweizer Kartellgesetze ermöglichen nur dann ein Eingreifen, wenn entweder in der Schweiz oder auch im Ausland getroffene Abmachungen auch Auswirkungen auf die Schweiz haben. In der Schweiz getroffene Abmachungen, die sich in anderen Ländern auswirken, könnten von den Schweizer Behörden dagegen nicht unterbunden werden. Der betreffende Antrag wurde von daher abgelehnt.

So ist es dann auch nicht verwunderlich, daß die Deutsche Bank von Anfang an beim Atomgeschäft mitspielte. So war der legendäre langjährige deutsche Bank-Vorstandsvorsitzende und heutige Ehrenvorsitzende Josef Abs – der seinen Namen einmal wie folgt buchstabierte: »A wie Abs, B wie Abs und S wie Abs« – bereits Mitglied der am 26. Januar 1956 gegründeten Deutschen Atomkommision, in der der erste und bisher einzige deutsche Atomminister, Franz-Josef Strauß, den Vorsitz führte.

Die unrühmliche Rolle von Andreas Kleffel

Als Vorsitzender der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) forcierte Abs viele

Jahre die Atomenergie. Abs folgten dann der damalige Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, der wenig später von Terroristen ermordet wurde, und der langjährige Deutsche-Bank-Vorstandssprecher Friedrich-Wilhelm Christians.

Daneben ist die Deutsche Bank seit 1974 – abgesehen von ihren Beteiligungen an Unternehmen der Nuklearindustrie – Mitglied des Deutschen Atomforums und damit verpflichtet, »alle Bestrebungen zu fördern, die mit der Entwicklung und Nutzung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken zusammenhängen«.

Eine unrühmliche Rolle spielte auch das langjährige Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Andreas Kleffel, der für die Bank viele Jahre im Aufsichtsrat des Düsseldorfer VEBA-Konzerns saß – heute vertritt Vorstandssprecher Herrhausen persönlich die Belange des größten deutschen Geldhauses bei VEBA –. Kleffel gehörte sowieso zu den umstrittensten Männern der Deutschen Bank. So werfen ihm Aktionärsgruppen vor, in der Altbanken-Angelegenheit die Interessen der Altbank-Aktionäre, die konträr denen des Vorstandes der Deutschen Bank-Neubank waren und sind, verraten und auch wesentliche Schuld an der finanziellen Misere des einstigen deutschen Textil-Renommierkonzerns Girmes zu haben.

Zitieren wir hierzu Ernst-Otto Cohrs, der an dieser Stelle vor einigen Jahren folgendes schrieb: »Wieder wurden Mißstände im Bereich der Atomenergie aufgedeckt: Männer der Wirtschaft und Bankiers haben sich so sehr in den Dienst der Atomkraft gestellt, daß sie selbst vor falschen Informationen nicht zurückschrecken. Bekannt wurde, daß Mitglieder für die Genehmigungsverfahren von Atomkraftwerken der wichtigen Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzkommission nicht unabhängig sind. In der Hauptversammlung des VEBA-Konzerns bestritt die Verwaltung diesen Tatbestand, ohne ihn widerlegen zu können.

Die VEBA-Verwaltung, von einer Aktionärin gefragt, behauptete wider besseres Wissen, einer der Gutachter, Diplom-Ingenieur Erhard Keltsch, sei nicht Mitglied des Präsidiums und des Verwaltungsrats des Deutschen Atomforums. Das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und Mitglied des Aufsichtsrats der VEBA, Dr. Andreas Kleffel, der an der Hauptversammlung teilnahm, schwieg zu den Falschinformationen der VEBA-Verwaltung. Später ›klärte‹ er in einer schriftlichen Stellungnahme die Aktionärin lediglich in einem nichtssagenden Satz darüber auf, daß ihre Ansicht ›insoweit auf einem Irrtum‹ beruhen müsse.«

Atom-Interessen des Rothschild-Clans

So braucht es dann nicht besonders erwähnt zu werden, daß alle führenden Repräsentanten seit jeher sich der Atomenergie verschrieben haben und ihre gesamte wirtschaftliche und politische Macht für einen weiteren Ausbau dieser Energieform einsetzen. Und dies, obwohl heute immer deutlicher wird, daß die Gefahren der friedlichen Nutzung der Atomenergie weitaus größer sind als immer dargestellt.

Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang dabei folgendes: Seit Jahren halten sich hartnäckig Gerüchte, daß die Deutsche Bank in Wirklichkeit Interessenvertreter der Rothschild-Gruppe ist. So gibt es beispielsweise in jedem wichtigen westlichen Land eine eigene Rothschild-Bank – nur nicht in der Bundesrepublik.

Und dies, obwohl der Stammvater der Rothschilds, Mayer Amschel, als einziger seiner damaligen Dynastie in Deutschland blieb. Ein weiteres gewichtiges Indiz für eine Verbindung Deutsche Bank – Rothschild ist, daß eine der wichtigsten und lukrativsten Unternehmungen des weltweiten Rothschild-Clans eben die Atomenergie ist. So kontrollieren die Rothschilds auch, wie Peter Blackwood in seinem Buch »Die Netzwerke der Insider« schreibt (Diagnosen-Verlag) den größten Teil der Welturanreserven.

Die vorhergehenden Ausführungen haben aufgezeigt, welche Machtposition die Deutsche Bank nicht nur national, sondern auch international inne hat. Ihre führenden Repräsentanten verneinen dies natürlich. So sagte Christians einmal: »Diese Bank ist eine der demokratischsten Institutionen, die ich kenne, und wir sind uns völlig im klaren darüber, wie verwundbar unser Ansehen als Macht ist.«

Ähnlich klingt es bei Herrhausen, der abwiegelnd sagt: »Wir haben Macht. Aber Macht in dem Sinne, wie andere Institutionen in unserer Gesellschaft sie auch haben: Kirchen, Medien, Schulen, Gewerkschaften, politische Parteien.« Herrhausen spricht sowieso viel lieber von »Einfluß« statt von »Macht«.

Lassen Sie uns hier abschließend noch kurz einige Passagen aus dem Buch »Die Geldverleiher« von Anthony Sampson zitieren: »1968 hatte die Deutsche Bank Alfred Krupp gezwungen, sein Privatreich aufzugeben und Krupp in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln, woraufhin Abs, der mich gerade in den Ruhestand verabschiedet hatte, plötzlich als Vorsitzender von Krupp wieder auftauchte. Sein Spinnennetz von Aufsichtsratsposten führte schließlich zu einem als ›Lex Abs‹ bekannten Sondergesetz, das die Anzahl der Direktorenposten, die ein Mann innehaben konnte, begrenzte – was aber letztlich kaum mehr war als eine Beruhigungspille für die Öffentlichkeit – wie mir ein Kopf der Deutschen Bank versicherte –, denn zur Ausübung ihrer Macht sind Bankiers nicht unbedingt auf Aufsichtsratsposten angewiesen.

Berater und Prophet von Helmut Kohl

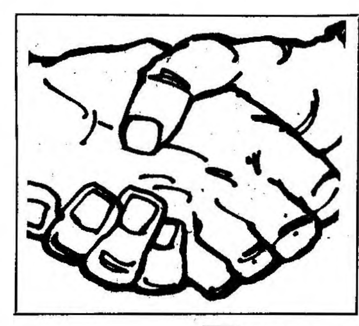
Ende 1976 eröffnete die Deutsche Bank eine Niederlassung in London, im Jahr darauf ließ sie sich auch in Paris nieder. Doch dank ihrer finanziellen Potenz war sie trotz dieser geringen internationalen Präsenz zur Ausübung einzigartiger Autorität fähig; erschien ihr Namen ganz oben auf einem ›Grabstein‹ (darunter versteht man Anzeigen in den großen Finanzzeitungen der Welt, in denen mitgeteilt wird, wer zu dem internationalen Bankenkonsortium gehört, das Anleihen, sei es von Staaten, Unternehmen oder Projekten, vergibt; je weiter oben eine Bank steht, desto besser ist es; der Verfasser), dann reichte das – wie bei Morgan – aus, eine Anleihe zu nobilitieren, und wie Morgan konnte sie sich eine Strategie des Vogel-friß-oder-stirb leisten, weil die anderen Banken Angst davor hatten, im Regen stehen gelassen zu werden.

Proteste ihrer Aktionäre konnten ihr viel weniger anhaben als amerikanische oder britische Banken, und als sie sich dann auch in Südafrika engagierte, zunächst insgeheim und dann ganz offen, brauchte sie sich nicht um Mißfallensäußerungen kirchlicher oder radikaler Kreise zu scheren. Die Deutsche Bank hatte immer noch einen guten Draht zur Bundesregierung.«

Und dies gilt auch heute noch. Alfred Herrhausen ist Berater des Bundeskanzlers. Und ohne ein Prophet zu sein, kann man davon ausgehen, daß viele von Kohls wirtschaftspolitischen Initiativen, beispielsweise die zur Schaffung des aus deutscher Sicht verdammenswerten Europäischen Binnenmarktes, von Herrhausen ausgingen.

Sampson schreibt über den erst vor drei Jahren aus Altersgründen zurückgetretenen früheren Vorstandsvorsitzenden der Bank, Wilfried Guth, der heute Aufsichtsratsvorsitzender der Bank ist: »Wilfried Guth, der angesehene Sprecher des Gesamtvorstandes der Deutschen Bank – vielleicht der einflußreichste europäische Bankier überhaupt.«

Heute kann der Name Guth gegen den Namen Herrhausen ausgetauscht werden. Angesichts der Machtfülle, die die Banken sich in den vergangenen Jahrzehnten aufgebaut haben, ist es an der Zeit, ihnen die Flügel zu stutzen. Es kann nur gehofft werden, daß eines hoffentlich nicht zu fernen Tages die richtigen Politiker hierzu an die Regierungsgewalt kommen. □



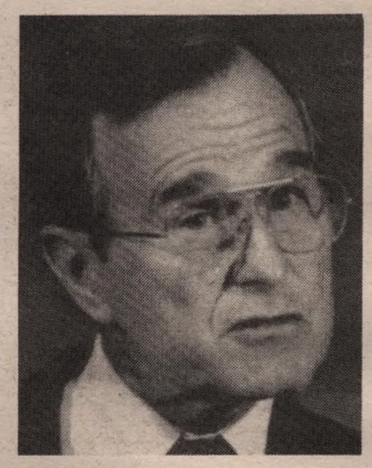
US-Dollar

Entdeckt Bush das Gold?

C. Gordon Tether

Die Wahl von George Bush zum amerikanischen Präsidenten bedeutet die Wiederaufnahme der Gespräche um die Zukunft des Dollars und des Goldes. Während des Trubels der amerikanischen Präsidentschaftswahl war die Rede davon, das unmittelbare Ziel der internationalen Zusammenarbeit auf dem Finanzsektor habe sich in den vergangenen ein oder zwei Jahren herausgebildet, den Dollar vor Amtsübernahme der neuen US-Regierung zunächst in ruhigem Fahrwasser zu halten. Das ist nun auch so geschehen.

Da die Ankündigungen von George Bush vor seiner Wahl zum amerikanischen Präsidenten die internationalen Märkte davon überzeugt hatten, daß das neue Regime im Weißen Haus eine beträchtliche Abwertung des Dollar eher begrüßen als ihr widerstehen würde, trat eine Verkaufswelle ein, die schnell die gemeinsamen Stützungsanstrengungen der einzelnen Zentralbanker überrannte. Die Wechselkurse, die sich schließlich herausbildeten, ließen den Dollar wesentlich oberhalb des Niveaus liegen, auf dem er am Vorabend der Präsidentschaftswahl im Verhältnis zu allen anderen Hauptwährungen gestanden hatte.



Der Erfolg von George Bush hängt davon ab, wie er mit den Dollar-Problemen fertig wird.

Eine Quelle der Stärke und Schwäche

Darüber hinaus blieb das Vertrauen in den Dollar auf einem derartigen Tiefstand, daß bei den Finanzexperten die weit verbreitete Tendenz vorherrschte, dahingehend zu argumentieren, daß die Lage sich erst einmal wesentlich verschlechtern müsse, bevor sie wieder besser werden würde. Natürlich verbesserte sich die Lage nicht gerade durch die Versicherung des neuen amerikanischen Finanzministers, Nicholas Brady, daß ihn das, was mit dem Dollar geschieht, nicht interessiere.

Angesichts der Tatsache, daß sich die Welt um nichts weniger dreht als um einen Dollar-Standard, mag dies wie ein Drehbuch für eine herannahende Dollar-Explosion aussehen, die das internationale Währungssystem – am stärksten natürlich den amerikanischen Anteil daran – bis auf seine Grundfesten erschüttern würde. Es ist jedoch wichtig sich vor Augen zu halten, daß die starke Verwicklung der übrigen Welt in den Dollar für diese Währung sowohl eine Quelle der Stärke wie auch der Schwäche sein kann.

Ein offensichtlicher Grund hierfür muß darin gesehen werden, daß, weil rund Dreiviertel der Devisenreserven anderer Länder in Form von Dollar gehalten werden, jeder weitere stärkere Verfall im internationalen Wert der US-Einheit eine schwere Auswaschung jener Reserven bedeuten würde.

Chance eine Dollar-Krise zu vermeiden

Ein weiterer Grund ist die Tatsache, daß die meisten anderen Währungen sich sehr wohl der Nachteile einer Funktion als Reserve-Währung für die übrige Welt bewußt sind. Sie sind daher sehr darum bemüht, zu vermeiden, in eine Situation hineinzugeraten, in der der Dollar derart in Verruf geraten ist, daß sie unter Druck gesetzt werden könnten, einen viel größeren Arbeitsanteil auf ihre Schultern zu nehmen.

Mit anderen Worten, die Vereinigten Staaten sollten mit der Bereitschaft der anderen das Tempo bestimmenden Ländern rechnen können, sowohl den Dollar so weit zu stützen wie die Umstände es zulassen, als auch davon abzusehen, seine Schwierigkeiten dadurch noch zu vergrößern, daß sie bestrebt sind, ihre eigenen offiziellen Reserven zu lichten.

Die Liquidation privater Dollar-Bestände auf der ganzen Welt ist natürlich viel schwieriger zu steuern. Doch wenn es weiterhin offensichtlich ist, daß sich der Bürokratismus um den Dollar schart, dann ist dies ein Problem, das verhältnismäßig leicht zu zügeln sein dürfte, wenn man erst einmal hinnimmt, daß der Dollar im Sinne der Kaufkraft-Parität einen realistischen Stand erreicht hat.

Festzustellen ist, daß eine gute Chance besteht, eine größere Dollar-Krise zu vermeiden, dies heißt nicht, daß das Dollar-Problem so weiterlaufen kann wie es während der Reagan-Regierung gelaufen ist. Es ist bezeichnend, daß außerhalb der Vereinigten Staaten die Bereitschaft nicht mehr vorhanden ist, die noch vor kurzem bestand, die Diversifizierung der Reserven – kurz gesagt, der Verringerung des Dollar-Elements darin – als Tabuthema zu betrachten.

Insbesondere die Japaner haben offen erklärt, daß die Zeit gekommen ist zu Vereinbarungen für eine gleichmäßigere Verteilung der Rolle des Dollar in der Arbeitsweise des internationalen Handels- und Zahlungssystems. Und Japan als die große Gläubiger-Nation unserer Zeit befindet sich in einer immer stärker werdenden Position, in solchen Dingen den Ton anzugeben.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß Washington nicht mehr in einer Position ist, um in der arroganten Weise wie es jahrzehntelang getan hat mit gespreizten Beinen über dem internationalen Währungssystem zu stehen, könnte es sein, daß nun der Weg für eine schon lange notwendige Reform dieses Systems frei ist.

Die Situation ist nicht leicht zu entwirren

Man muß nicht betonen, daß die durch langjähriges Mißmanagement geschaffene Situation nicht leicht zu entwirren sein wird. Daher werden lange und schwierige Verhandlungen erforderlich sein, noch bevor die ersten Schritte unternommen werden können, um den Grund für eine annehmbare Struktur zu legen.

Aber allein die Tatsache, daß jetzt langsam erkannt wird – sogar in einem gewissen Grade auch in den Vereinigten Staaten selbst –, daß Wege gefunden werden müssen, um die Verwicklung des Dollar in internationalen Finanzgeschäften aller Art zu verringern, weist auf einen Weg hin, die Reformsache in Angriff zu nehmen, der bislang wirksam verschlossen war. Es betrifft die Rolle des Goldes.

Wie ich bereits in einem früheren Artikel ausführte, ist die Rolle, die das Gold spielt, um die internationalen Währungsräder am Laufen zu halten, eingefroren, seitdem US-Präsident Richard Nixon im Jahr 1971 das 35-Dollar-pro-Unze-Fenster der amerikanischen Schatzkammer schloß.

Nun sehen die Dinge anders aus: Es gab sogar vor einigen Monaten einen Vorschlag seitens des amerikanischen Finanzministeriums, daß dem Gold gestattet werden könnte, bei einem neuen Währungs-Meßsystem eine Rolle zu spielen.

Es wäre nicht ganz und gar überraschend, wenn am Beginn der Umgestaltung des internationalen Währungssystems erkannt würde, daß die Gründe, die dafür sprechen, das Gold wieder ins Bild zurückzuholen, zumindest einer näheren Betrachtung wert sind. □

USA

Was sollte Bush jetzt tun?

Jim Townsend

Der neue amerikanische Präsident George Bush ist im Amt. Die nächsten vier Jahre können sehr wohl für die beiden großen amerikanischen Parteien, die Republikaner und Demokraten, das Ende bedeuten. Der Zusammenbruch einer der beiden großen Parteien oder beider wird eintreten, wenn die Wirtschaftskatastrophe, die jetzt von Wirtschaftswissenschaftlern, Politikern und politischen Kommentatoren vorausgesagt wird, eintritt.

Wenn George Bush als neuer amerikanischer Präsident die vorausgesagte Katastrophe verhindern will, muß er sofort eine klare, neue Gesetzgebung und neue Programme in Angriff nehmen. Er muß sofort Vorbereitungen treffen, um die Herrschaft des privaten Federal Reserve System, der sogenannten US-Bundesbank, zu beenden und die Kontrolle über das amerikanische Geldsystem wieder dem Schatzamt der Vereinigten Staaten übergeben, wohin sie nach der Verfassung der USA auch gehört.

Den Raub der Banker beenden

Bush muß sofort eine Maschinerie in Gang setzen, um die Plünderung der Vereinigten Staaten durch ausländische Wirtschaftsmächte zu beenden. Wenn der Flut im Ausland hergestellter Produkte ein Ende gesetzt wird, werden Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen, denn die amerikanischen Firmen werden diese Lücke schließen.

Bush muß sofort einen nationalen Sonderausschuß gründen, der die Empfehlungen der Grace-Kommission untersucht und jene empfiehlt, die in der allerkürzesten Zeit durchgesetzt werden können. Noch bevor sein Sonderausschuß ihm die Empfehlungen der Grace-Kommission mitteilt, muß der neue US-Präsident ein Einfrieren aller Stellenausschreibungen, Beförderungen und aller neuen Programme beim Bund anordnen. Er muß alle Bundesangestellten in den Ruhestand versetzen, die das Rentenalter erreicht haben, und eine Gesetzgebung verabschieden, nach der verhindert wird, daß Bundesangestellte mehr als eine staatliche Pension erhalten.

George Bush sollte eine Untersuchung über das gesamte Eigentum anordnen, das sich im Besitz der US-Bundesregierung befindet, und alle Unternehmen, die sich im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft befinden, sollten von der Regierung verkauft werden.

Weiter sollte eine Untersuchung über Grund und Boden erfolgen, der im Besitz der amerikanischen Regierung ist. Mit Ausnahme jenes Teils, der für staatliche Zwecke benötigt wird – für Verteidigungszwecke, Teststationen, öffentliche Gebäude und Parks –, sollte das Land an die einzelnen Bundesstaaten zurückgegeben oder an private Käufer verkauft werden.

Strenge Untersuchung der Auslandshilfe

Der neue Präsident sollte sofort etwas zum Abzug amerikanischer Truppen aus der Bundesrepublik und Südkorea unternehmen. Beide Länder sind wirtschaftlich stark genug, um die Kosten zum Aufbau ihrer eigenen Verteidigungsstreitmacht zu tragen, damit ihre Sicherheit nach Rückzug der US-Truppen gewährleistet ist.

Im Zusammenhang mit dem Rückzug amerikanischer Truppen aus dem Ausland sollte die militärische Hilfe gegenüber allen fremden Ländern einer Prüfung unterzogen werden und außer in jenen Fällen, wo der Kommunismus eine direkte Bedrohung darstellt, sollte die Hilfe eingestellt werden.

Der US-Präsident sollte eine intensive Untersuchung der rund 150 Ländern zur Verfügung gestellten Auslandshilfe vornehmen lassen, und wenn die jeweils an der Macht befindlichen Regierungen nicht nachweisen können, daß das Volk einen direkten Nutzen aus dieser Auslandshilfe zieht, sollte sie eingestellt werden. Nächstenliebe beginnt zu Hause und die Amerikaner können jeden überflüssigen Pfennig für die Abwendung der Not im eigenen Land gebrauchen, den die Regierung nicht an ausländische Regierungen ausgeben muß.

George Bush muß vom amerikanischen Kongreß die Durchführung von Abschnitt 30 des Federal Reserve Act verlangen. Damit müssen die Vereinigten Staaten Bundesschulden in Milliardenhöhe ablösen und das Vermögen der Federal Reserve von mindestens 300 Milliarden Dollar übernehmen.

Der neue Präsident muß den US-Kongreß zur Verabschiedung einer Gesetzgebung veranlassen, mit der die gegenwärtigen Bankengesetze umgestaltet werden und dem fraktionellen Reserve-Banking-System ein Ende gesetzt wird. In Zukunft dürfen Banken und Sparkassen Kredite nur noch auf der Basis einer hundertprozentigen Einlage vergeben, wie das bei den Sparkassen der Fall war, bevor sie unter das Währungskontrollgesetz des Jahres 1980 fielen.

Ein Schlag gegen die Drogenhändler

Außerdem ist eine Gesetzgebung zu verabschieden, nach der die Zinsen für ein Darlehen nicht mehr als fünf Prozent betragen dürfen.

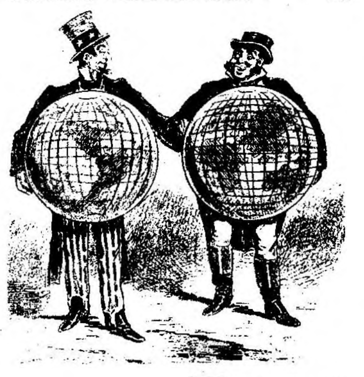
Zu der Banken-Gesetzgebung sollte auch gehören, daß Einleger von Geldsummen über 25 000 Dollar nachweisen müßten, daß das Geld auf legale Weise erworben wurde. Wenn den Banken Strafen drohen, die sie nicht nur hohe Geldsummen kosten, sondern den Bankdirektoren auch eine Gefängnisstrafe einbringen können, hätte der Drogenhandel sehr viel von seinem Anreiz verloren.

Die Drogenhändler müssen die Möglichkeit haben, aus ihren illegal erworbenen Gewinnen einen Nutzen zu ziehen, sonst liegt kein Sinn darin zu riskieren, ins Gefängnis zu kommen oder von einem Rivalen erschossen zu werden. Wenn auch ein großer Teil ihrer Profite ihren Weg außer Landes finden würden, so wäre das doch schwierig und gefährlich.

Weil die besagten Profite außer Landes gebracht werden müßten, könnten die Beamten der staatlichen Drogenbehörde der USA einen großen Teil der Profite der Drogenhändler abfangen. Die Drogenhändler würden weniger werden, da das Banken-Establishment ihre Profite nicht mehr weiterleitet und nur wenige Händler wüßten, wie sie mit den riesigen Bargeldsummen umgehen müßten.

Der neue Präsident muß auch den Versuch der Regierung stoppen, das Land in ein Establishment »sowjetischen Stils« zu verwandeln. Die ganzen Bestrebungen der neuen Regierung müssen in Richtung freie Marktwirtschaft gehen. Amerika an erster Stelle, Abbau der bürokratischen Kontrolle, Rückkehr zu einem verfassungsrechtlich verankerten Währungssystem und eine Regierung, die wirklich auf dem Boden der Verfassung steht.

Die Zukunft der Partei des neuen Präsidenten George Bush als politische Kraft hängt von diesen Aktionen ab und das amerikanische Volk wird dabei der Gewinner oder Verlierer sein. □



Die Schule als Szenarium der Gewalt

Etwa 100 000 Schüler werden jährlich im Bundesgebiet bei Schlägereien auf dem Schulhof verletzt: Knochenbrüche, Prellungen, Schürf- und Platzwunden, Brandwunden durch Quälereien mit Feuer oder glühenden Eisen. Gewalt auch gegen Sache: zerstörte Bänke, Tafeln und Stühle, herausgerissene Waschbecken, aufgeschlitzte Turnkästen, wofür der Steuerzahler zusätzlich 50 Millionen DM allein im Jahr 1987 bezahlen mußte.

Die Täter werden oft nicht erwischt. Die Gründe für diese Gewaltausbrüche und für diesen Vandalismus? Zuviel Fernsehen, in dem die Gewaltszenen glorifiziert werden. Verödete Elternhäuser – in jedem zweiten Haushalt arbeiten beide Elternteile. Die Kinder sind sich selbst überlassen. Zu großer Wohlstand, dadurch bedingt kein gesundes Verhältnis zu geistigen und materiellen Werten.

Der Erlanger Professor Karl Beckmann machte noch auf folgenden Grund aufmerksam: »Auf die Vermittlung von Werten und Normen wird in der Schule weitgehend verzichtet. Deshalb nimmt die Orientierungslosigkeit zu.« □

Sowjets setzen auf Mikrowellen-Waffen

Die Entwicklung von Mikrowellen-Waffen – pulsierende elektro-magnetische Strahlung, die dazu verwendet wird, elektrische Anlagen zu stören, Waffen unschädlich zu machen und Einzelpersonen zu desorientieren oder zu töten – befindet sich auf der Tagesordnung im Verteidigungsprogramm der Sowjets, behauptete Dr. Theodore Taylot auf einer Wissenschaftler-Tagung in London.

»Neutronen, Gammastrahlen, Röntgenstrahlen, Plasmas, Radiowellen, Sichtlicht sind alles Beispiele der neuen Art von Systemen«, sagte er, »jedes einzelne hat das Potential irgendetwas zu zerbrechen oder zu zerstören.«

Dr. Taylor, der bis 1956 Forscher am Los Alamos National Laboratory der USA war, ist jetzt stellvertretender Direktor der National Security Agency (Staatliche Sicherheits-Agentur), die für ein weites Feld von nachrichtendienstlichen und Sicherheitsfunktion verantwortlich ist und sich mit fortschrittlichen Technologien beschäftigt.

Indem er im einzelnen auf einige der Wirkungen dieser neuen Waffen einging, meinte er, daß »Mikrowellen alle Arten von komplizierten Wirkungen erzielen können, die schwer voraussehbar sind, die aber auf sehr niedrigem Leistungspegel Verwirrung hervorrufen«. Solche Systeme können dazu verwendet werden, um Kommando- und Steuerzentren anzugreifen, meinte Taylor. □

War T. S. Eliot ein Antisemit?

Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« beschäftigt sich in einem Bericht aus London mit einem knappen, beißenden Kommentar im »Jewish Chronicle«, der Zeitung der jüdischen Gemeinde in England, die einen Streit über T. S. Eliots Antisemitismus entfachte. Die Zeitung kritisiert die Beteiligung prominenter Juden an einem Spendenaufruf in London Library, jener 1841 von dem Historiker Thomas Carlyle gegründeten Institution, die so etwas wie die Hausbibliothek des britischen intellektuellen Establishment ist, anläßlich des hundertsten Geburtstages von Eliot. Eliot sei angeblich »kein Freund der jüdischen Gemeinde« gewesen.

Der jetzige Präsident der London Library, Noel Annan, ein aktives Mitglied des Oberhauses und ehemaliger Vizekanzler der Londoner Universität, hat zu Recht darauf hingewiesen, wie der »Jewish Chronicle« unterstellt, es für einen Juden falsch sei, diesen Spendenaufruf zu unterstützen, »dann dürfen wir ihn alle nicht unterstützen«.

In »A Cooking Egg« mokiert sich Eliot über den Kapitalisten Sir Alfred Mond, den Mitbegründer des größten Chemiekonzerns Großbritanniens ICI, dessen Vater, der Chemiker Mond, übrigens den Palazzo Zuccari in Rom gekauft hat, in dem heute die Bibliotheca Hertziana untergebracht ist:
»Mir wird nicht Moos im Himmel mangeln / Ich mache die Bekanntschaft mit Alfred Monds. / Wir werden weich gebettet sein / Auf fünfprozentigen Staatsschuldenfonds.«

Dann gibt es außer Klipstein und Krumpacker, den zwei Karikaturen in dem Fragment gebliebenen Stück »Sweeney Agonistes«, noch den ausnehmend unattraktiven Blaustein, den nach Chicago emigrierten Wiener Juden mit den »glanzlos verquollenen Aug'« in »Burbank with a Baedecker: Blaustein with an Cigar«.

Dieses sardonische Gedicht über zwei Touristen in Venedig wird von Eliots Kritikern wegen der Zeilen, »Die Ratten unterwühlen den Bau / Der Jude unterwirft das Gros, / Rebbach in Fell«, besonders gern als Beweis für die Antipathie des Dichters gegen die Juden angeführt. □

In der DDR herrscht Mangel an Grundnahrungsmitteln

Nach einem Bericht, den Staats- und Parteiführer Erich Honekker dem Politbüro der SED gab, sehen sich die Menschen in der DDR einer Knappheit von Grundnahrungsmitteln wie Brot und Milchprodukte gegenüber. Er berichtete, daß von 205 Planzielen in dem Staatsplan für Verbrauchsgüter 95 nicht erreicht wurden.

Die Versorgung mit Fleisch und Fleischprodukten, Obst und Gemüse aller Art ist unzureichend, und die Lage hat sich weiter verschlechtert durch die enttäuschende Getreideernte in Mitteldeutschland im letzten Sommer. Nach westlichen Schätzungen erlitt die DDR bei ihrer Getreideernte einen Verlust von 10 bis 12 Prozent.

In den vergangenen Monaten nahm die DDR wiederholt Verbindungen mit westlichen Getreide- und Futtermittelhändlern sowie Lebensmittelexporteuren auf, um die Versorgung für ihre Bevölkerung zu verbessern. □

Prinz Philip beschäftigt sich mit russischer Theologie

Dr. Martin Palmer, ein gnostischer Berater für Britanniens Prinz Philip, arbeitet eng mit der Russisch-orthodoxen Kirche und den Sowjets bei einem Projekt zur Überarbeitung religiöser Liturgien und Gebete nach »ökologischen Richtlinien« zusammen.

Palmer lobt die orthodoxe Kirche, weil sie eine »völlig andere Tradition, eine ausgeklügeltere Auslegung des ersten Buches Moses hat als die Traditionen im westlichen Christentum und im Judentum.

»Die orthodoxe Kirche steht unserer Arbeit äußerst wohlwollend gegenüber«, meint Palmer. »Die Orthodoxen sehen sich als Priester der Schöpfung, nicht als Eigentümer der Schöpfung. Das ist eine viel dynamischere und weniger utilitarische Ansicht als westliche Ansichten.«

»Die Sowjets im allgemeinen«, sagt Palmer, »halten sehr viel mehr von ökologischen Notwendigkeiten. Sie haben soeben eine neue ›Umwelt-Verfassung‹ herausgebracht, die in irgendeiner Form in das sowjetische Gesetz einbezogen wurde, und die über das Stadium der Rechtfertigung der Natur auf der Grundlage anthropozentrischer Ansichten hinausgeht. Auf diese Weise ha-

ben sie sich ihrer Begründung, warum man sich um die Natur kümmern soll, über die extrem utilitarischen Ansichten westlicher ökologischer Gruppen hinaus bewegt.« □

Schweizer heiße Gelder erschüttern die Weltmärkte

Wird die Schweiz ihre traditionelle Rolle als verschwiegener Banker für einige der fettesten Heißgeld-Konten der Welt aufgeben? Diese Aussicht läßt die Märkte für Investment-Papiere von Wall Street bis Beirut erzittern. Die Schweizer werden anscheinend durch einen Straftatskandal, in dem die Behörden bisher nur zwei Tatverdächtige identifiziert haben, dazu gedrängt, ihr Rechtssystem zu ändern.

Aber die beiden angeblich Ungläubigen, gegen die zur Zeit ermittelt wird, sind bekannte Persönlichkeiten. Der Rechtsanwalt und Millionär Hans W. Kopp wurde der »Leonard Garment von Zürich« genannt, das heißt ein Macht-Makler, der besser wegen seiner einflußreichen Verbindungen als wegen seiner Eigenschaft als Rechtsgelehrter bekannt war. Seine Frau und langjährige Partnerin, eine geborene Elizabeth Ikle, stieg zu Ruhm und Macht auf, als sie Polizei- und Justizminister der Schweiz wurde, als erste Frau, die in dem konservativen Land jemals in den Kabinettsrang berufen wurde.

Inzwischen mußte Frau Kopp zurücktreten unter der Beschuldigung, daß die Rechtsanwaltspraxis, die sie mit ihrem Ehemann in Zürich gegründet hat, als Fassade für ein großes internationales Verbrechens-Syndikat, darunter eine Art Drogen-Mafia, gedient hatte. Die Affäre hat bereits überwältigendes Beweismaterial für Straftaten auf hoher Ebene hinsichtlich beträchtlicher Geldwäscherei, Goldschmuggel und mit Drogen verbundener finanzieller Manipulationen hervorgebracht.

Um den Sturm der Kritik einzudämmen, ist die Schweiz dabei, ein Gesetz zu erlassen, nach dem es für jeden Schweizer Anwalt oder Bankbeamten ein strafrechtliches Vergehen sein wird, Gelder oder Einlagen zu verwalten, »die in dem Verdacht stehen, in irgendeiner Weise von krimineller oder ungesetzlicher Herkunft zu sein«.

Wenn das Gesetz in Kraft tritt, dann wird diese Maßnahme »die lange Ära beenden, in der Leute, die Bargeld zu verbergen hatten, zuerst an die Schweiz dachten«.

Nach Insider-Informationen standen schon 1972 besorgte Fragen über das Verhalten der Kopps im Raum. »In jenem Jahr erhielt der Disziplinar-Ausschuß der Schweizer Rechtsanwaltskammer einen aufsehenerregenden Bericht«, teilte ein der Ermittlungsbehörde nahestehender Schweizer Journalist mit. »Es gab Beschwerden über seltsame Praktiken in der Anwaltspraxis der Kopps. Als man annahm, eine der jüngeren weiblichen Kollegin oder Angestellte habe einen Fehler oder eine Unterlassung begangen, mußte sie sich, so wird berichtet, nach vorne beugen, ihre Röcke heben und still halten für ein paar Schläge mit dem Rohrstock, die ihr von Kopp beigebracht wurden.«

Es gibt genug dokumentarisches Beweismaterial für derartige unzulässige Vorfälle, »um jeden Anwalt lebenslang von der Anwaltskammer auszuschließen«. Aber Kopp hatte mächtige Verbündete. Er wurde lediglich für sechs Monate vom Dienst suspendiert. Die Akte wurde geschlossen und die möglicherweise explosiven Vorfälle kamen niemals in die Nachrichten.

Elizabeth Ikle-Kopp hatte 1979 die Federführung bei der Gründung einer spekulativen Wagnis-Kapitalgesellschaft, die als Trans-K.B.Ltd. bekannt war. Die Gründung brach ein Jahr später zusammen und hinterließ Verluste in einer Gesamthöhe von mehr als 10 Millionen Dollar und eine kleine Armee verstimmter Kapitalanleger, die wissen wollten, wohin das Geld geflossen war.

Die Kopps erlitten jedoch keine sichtbaren Rückschläge. Sie häuften weiter Wohlstand an, angeblich mehr als irgendjemand ahnte. Dann kam die nächste Klage gegen sie: Am 30. März 1983 teilte ein Buchhalter, der bei der Steuererklärung der Anwaltspraxis der Kopps mitgewirkt hatte, Schweizer Bundesbehörden mit, daß Kopp in betrügerischer Weise einen Großteil seines Einkommens verschweige.

»Dies erwies sich als eine weitere beunruhigende Strafanzeige, die zu nichts führte«, meinte ein Untersuchungsbeamter des US-Kongresses. »Die Kopps kamen ungeschoren davon. Dieses Paar hatte besondere Schutzengel in der Schweizer Regierung.«

Und scheinbar auch in Washington. Wir erfuhren, daß ein geheimnisvoller amerikanischer hundertfacher Millionär und berühmter Israel-Unterstützer ebenfalls in die Kopp-Affäre verstrickt ist. Als Folge davon wurde auch gegen ihn ermittelt. Obwohl seine Identität zur Zeit durch amerikanische Bundesuntersuchungsbeamte geheimgehalten wird, ruht diese Untersuchung ebenso wie die Schweizer Untersuchung des Falles Kopp.

Im vergangenen Jahr bekam die scheinbare Immunität der Kopps Risse. Schweizer Behörden, die auf den Hinweis eines Informanten tätig wurden, verhafteten Yasar Musullulu, einen berüchtigten internationalen Dealer. Musullulu stand in den USA auf der Fahndungsliste wegen Anklagen, die ihn mit der Sippschaft der sogenannten Pizza Connection, einem der größten Drogen-Verteilerring, der jemals von US-Bundesbehörden aufgedeckt wurde, in Verbindung bringen.

Um einer Ausweisung zu entgehen – und wie sich herausstellte ungeschoren aus der Schweiz herauszukommen –, führte der türkische Drogenmagnat Schweizer Polizeibeamte zu dem luxuriösen Wohnsitz, den er in Zürich unter einem angenommenen Namen bewohnte.

»Ich wohne im zweiten und dritten Stock«, stellte Musullulu fest. Und das Erdgeschoß? »Das ist das Büro von Dr. Kopp, unseres Schweizer Agenten.«

Der lange unterdrückte Skandal brach mit der Macht einer Sprengbombe aus. »Die Frage lautete nicht nur, ob Kopp als Fassade für Drogenhändler gedient hatte und wie sich herausstellte auch für Goldschmuggler. Die Frage lautete vielmehr: Was sind die Verbindungen seiner Frau Elizabeth Ikle – unseres Polizei- und Justizministers – mit dieser internationalen Verschwörergruppe des Verbrechens«, bemerkte der Schweizer Journalist.

Über diese Frage hinaus verfolgten Ermittlungsbeamte in Washington eine noch geheimnisvollere Frage: Wie sind die Verbindungen – falls welche bestehen – von Fred Ikle, der als einer der einflußreichsten staatlichen Sicherheits-Bürokraten der Reagan-Regierung galt, zu diesem Skandal?

Fred und Elizabeth Ikle, die Vetter und Cousine sind, unterhielten während der sieben Jahre, als Ikle Staatssekretär der Reagan-Regierung diente, enge und liebevolle Beziehungen zueinander, heißt es aus Informationsquellen.

Und während Elizabeth zumindest vorübergehend nicht mehr an der Macht ist, wird Fred zur Last gelegt, daß er die Pläne für die amerikanische Verteidigungsdoktrin entworfen hat, die das US-Militär während der Bush-Regierung übernehmen soll – eine Position mit außergewöhnlicher Einflußnahme auf langfristige amerikanische Strategie.

Zumindest in einem Anklagepunkt scheint Fred Ikle jedoch bereits verloren zu haben. Während die Verbindungen seiner Cousine zum Drogensyndikat in der Schweiz verbreitet wurden, war es eine eiserne Politik des US-Verteidigungsministeriums – entwickelt von Fred Ikle – das amerikanische Militär von jeder Teilnahme am Krieg der US-Regierung gegen Drogenschmuggler fernzuhalten.

Nun aber da beide Ikles nicht mehr im Amt sind, kündigte das US-Verteidigungsministerium an, daß Einheiten der US-Nationalgarde bald mit Luft-Patrouillen und anderen Unterstützungsaktionen beginnen werden, um die Drogenschmuggel-Routen zu überwachen und zu verstopfen. □

Sowjetunion

Besonderheiten der Außenpolitik

Beat Christoph Baeschlin

Die Besonderheiten der sowjetischen Außenpolitik sind rasch aufgezählt: vorerst ein fast krankhafter Wille zur Macht. Die marxistisch-lenistische Doktrin wirkt als Motor für diesen zügellosen Ausdehnungsdrang. Das messianische Element dieser Heilslehre gibt dem System eine Ruhelosigkeit, aber auch seine weitblickende Planmäßigkeit.

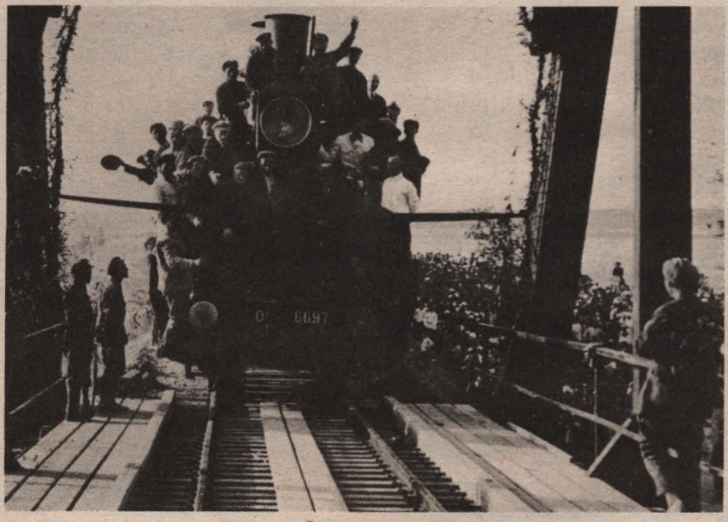
Für den Westen sind diese Sonderbarkeiten unfaßlich. Keine westliche Macht ist heute vom Drang zur Schaffung eines wahren imperialen Gebildes erfüllt, wie es das römische Reich oder das mittelalterliche deutsche Kaiserreich oder die Kolonialgroßreiche der Neuzeit waren. Die westlichen Staaten besitzen keine Dynamik, keinen Ausdehnungsdrang und daher auch keinen Eroberungswillen mehr.

Ein Kolonialreich nach alter Väter Sitte

Die westlichen Staaten sind – gemessen an der Sowjetunion – müde Gebilde, besonders die Staaten Westeuropas. Auch die beabsichtigte Schaffung eines geeigneten Westeuropa quillt nicht aus politischem oder imperialem Willen, sondern ist in Überlegungen wirtschaftlicher Nützlichkeit und durch den politischen Wunsch zur Einbindung Westdeutschlands begründet. Der Motor zur Schaffung dieses wirtschaftlichen Großraums ist unsichtbar. Darum gibt es keine Gefühlswelle in den entsprechenden Völkern.

Weil heute sowjetischer Messianismus sattem und trägem Nützlichkeitsdenken gegenübersteht, haben wir die internationale Spannung. Diese wird also vor allem durch den sowjetischen Willen zur Macht erzeugt.

Bis zur Ära Gorbatschows erzielte die sowjetische Dynamik viele Fortschritte und machte Eroberungen. So entstand ein Kolonialreich nach alter Väter Sitte, wie die Weststaaten ein solches nicht einmal mehr zu träumen wagen. Da nach altfränkischer Art vorgegangen wurde, merkten die Meinungsmacher und Politiker des Westens nicht einmal, was wirklich geschah. Politische Blindheit packte die Menschen im Westen wie eine körperliche Unzulänglichkeit. Darum ist die westliche Politik ein Nebelmeer.



»Die kapitalistische Welt einholen« ist seit 1917 die Devise des Kremls und seiner Heilslehre.

In seiner Blindheit ist der Westen unfähig, eine andere Besonderheit der Sowjetunion zu erkennen; nämlich die Anmaßung der Sowjets, sich als die großen moralischen Schiedsrichter und weltweiten Tugendbolde aufzuspielen, ohne ihrerseits im entferntesten irgendwelche Moralgrundsätze anzuerkennen. Somit praktiziert die Sowjetunion eine Heuchelei von gigantischen Ausmaßen. Ebenso stur wird eine methodische Lügenkampagne nach der anderen geführt: die Desinformation. Das sind die beiden Methoden, womit der Westen sturmreif geschossen wird.

Die Haltung des Westens seit 1945

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges ist die dynamische Kraft der sowjetischen Politik eine herrschende Konstante in der Weltpolitik. Die westlichen Demokratien reagierten auf die sowjetische Herausforderung mit träger Hilflosigkeit. Ein ganz dem Nützlichkeits- und »Fortschritts«-Kult verpflichtetes Denken und Handeln machte es dem Westen unmöglich, wirksame geistige Kräfte zu mobilisieren.

Man hätte sich ernsthaft auf die geistigen Werte besinnen können, die einst Europas Glanz und Größe bewirkt hatten. Statt dessen wurde der als »Neubeginn« bezeichnete Augenblick von 1945 mit einer bewußten Hinwendung und Rückblende auf die Grundsätze von 1789 erfüllt.

Die träge Hilflosigkeit der westlichen Welt äußerte sich vorab im intellektuellen Bereich. Besonders verheerend wirkt die seit der Jahrhundertmitte alles beherrschende Masseninformation. Eine unaufhaltsam scheinende geistige Schwächung und ein Absinken in intellektuelle Primitivität breitete sich wie eine ansteckende Krankheit aus. Die Massenmedien stehen weitgehend in der Verfügungsgewalt sozialismus-trunkener Pseudointellektueller. Die Massenpresse ihrerseits ist beherrscht von kapitalistischen Unternehmen, die einzig das Ziel verfolgen, Massenauflagen abzusetzen. Dazu ist ihnen jedes Mittel gut und jedes Entgegenkommen an den Ungeist der Zeit.

Der politisch-ideologische Linkstrend ergab sich da ganz von selbst, denn der Marxismus ist die Hauptkraft beim Abbau und bei der Zerstörung aller abendländisch-christlichen Werte und Wertvorstellungen. Das bewirkt einen Zustand geistiger Schwäche.

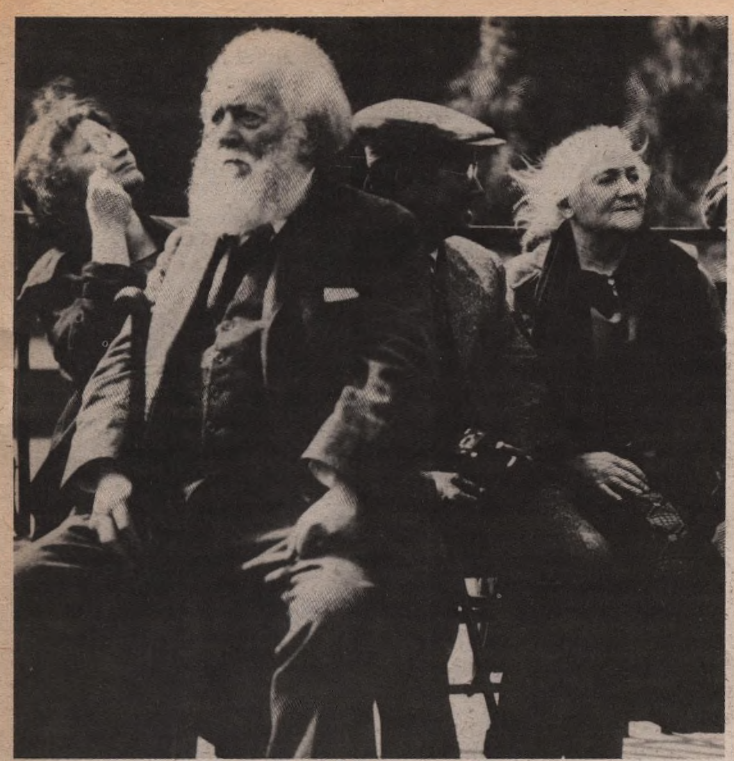
Im Kielwasser der »wertfreien Information« schwimmen Schule, Politik, Elternhaus und Kirche unwillkürlich mit. In diesem muffigen Meinungsklima wird es mit der Zeit kritiklos hingenommen, daß Kritik nur gegenüber allen christlich-abendländischen Gedanken und Werten zulässig ist, das heißt gegenüber allen fruchtbaren Gedanken.

In dieser Situation planmäßiger Auflösung aller kulturellen Werte gibt es nur noch den höheren Lebensstandard, das größere Warensortiment und die verlokkenderen Urlaubsangebote, die den Westen gegenüber dem doktrinären Nihilismus des sozialistischen Ostens profilieren.

Schwindender Wille zur Selbstbehauptung

Die westlichen Menschen sind erfüllt von der faden Sehnsucht, in Ruhe gelassen zu werden und sich um nichts kümmern zu müssen. So schwindet jeder Abwehrwille dahin. Wir haben es mit nichts Geringerem zu tun, als mit der Verkümmerung der Lebenskraft. Die westlichen Industrieländer verzeichnen eine bedenkliche Abnahme der Lebenstüchtigkeit. Ein Zustand der Erschöpfung hat sich ausgebreitet. Dieses Erschlaffen wird durch die heute in der Meinungsmache vermittelte Intelligenz-Feindlichkeit bedenklich gefördert.

Die um sich greifende nihilistische Berieselung durch die Massenmedien züchtet das Gefühl heran, man habe sich jedes Verteidigungswillens zu schämen.



Klara Zetkin und Sen Katajama am Roten Platz in Moskau 1925. Wußten sie, daß ihre Revolution ein Spielchen der internationalistischen Banker ist?

Noch schlimmer: unterschwellige Furcht wird verbreitet, Verteidigungswille, Verteidigungsbereitschaft, ja bereits die Erwähnung des sowjetischen Angriffsgeistes bedeuten »eine Gefahr für den Frieden«.

Gleichzeitig wird Abscheu und Verachtung geschürt vor natürlichen Gefühlen wie Vaterlands-Verbundenheit, Volksbewußtsein, Familiensinn, Bewunderung für die großen Gedanken und Taten der Altvordern. All das wird verdächtigt als verwerfliche Gesinnung, als nahe verwandt mit schreckhaften Dingen, die da heißen: Faschismus, Rassismus, Nazismus. Wer klare Definition dieser Begriffe fordert, muß gewärtigen, daß er Schläge bekommt.

So ist das Problembewußtsein in den Völkern der westlichen Welt verdunkelt, in mancher Hinsicht sogar abgetötet worden. Sind doch die westlichen Meinungsmacher bemüht, den Völkern beizubringen, der Vormarsch der kommunistischen Sache sei nur eine fixe Idee krankhafter Antikommunisten. Die westlichen Massenmedien haben die Gewohnheit, uns beibringen zu wollen, es sei eine banale »Normalisierung der politischen Verhältnisse«, wenn der sowjetische Einfluß in Nicaragua, in Äthiopien, in Mozambique sich festigt.

Die Durchdringung des westlichen Informationswesens mit marxistisch-leninistischen Denkschemata hat bedenkliche Ausmaße erreicht.

Noch bedenklicher aber ist, daß die christlichen Landes- und Freikirchen dieser Ideologie keinen Widerstand mehr entgegensetzen. Nicht nur in den kirchlichen Führungsgruppen greift die geistige Kapitulationsbereitschaft um sich, sondern sie ist feststellbar auf allen Stufen bis hinunter zu den Theologiestudenten. Darum wird in mächtigem Chorgesang das Klagelied gesungen: »Nur krankhafte, unter antikommunistischem Verfolgungswahn leidende Menschen können behaupten, die Kirchen seien von marxistischen Atheisten unterwandert.«

So weiß der gewöhnliche Kirchenchrist überhaupt nicht mehr, was eigentlich gilt und woran er sich halten soll. Weil die Kirchenführer keine Klärung der Situation wünschen, ist die Gemeinde gezwungen, im Nebel ihren Weg zu suchen. Wie soll sich einer im Dickicht theologischer Desinformation zurechtfinden zwischen der Gott-ist-tot-Lehre, dem feministischen Unsinn, dem atheistischen Marxismus, der unter dem Deckmantel sogenannter Befreiungstheologie eingeschleppt wird?

Die Südafrika-Hetze ist das Schulbeispiel sowjetischer Auswertung der westlichen Verwirrung im Meinungswesen. Es ist das deutlichste Beispiel von planmäßiger sowjetischer Desinformation und künstlicher Schaffung einer Massenpsychose weltweiten Ausmaßes. Das ist aber nicht alles.

Die russische Revolution wurde nur durch die tatkräftige Unterstützung internationaler Banker ein Erfolg. Sie sahen in dieser Revolution einen weiteren Schritt zur Weltregierung.

Anti-Südafrika-Hysterie als Desinformation

Am Stichwort Südafrika wird sichtbar, daß in den westlichen Industrienationen die intellektuellen Fähigkeiten verwelken: die Fähigkeit, sich ein selbständiges Urteil zu bilden, verkümmert, weil die Intelligenz der westlichen Völker verkümmert. Die Meinungsmache betreffend Südafrika beweißt, daß im Westen eine offensichtliche Verdummung um sich greift. Diese politische Verdummung tat sich vorerst bei den Meinungsmachern und Politikern weltlicher und kirchlicher Couleur kund.

Was jedermann über Südafrika wissen könnte, ist folgendes: In der Republik Südafrika leben fünf Millionen Weiße neben etwa drei Millionen Mischlingen und Indern, umgeben von einer Masse von annähernd 25 Millionen Schwarzen, die aus zahlreichen, teilweise miteinander rivalisierenden Volksgruppen bestehen, von denen die Zulus den größten Stamm bilden. Die politische und wirtschaftliche Führung des Landes liegt ganz in der Hand der Weißen. Durch eine kürzlich eingeführte Verfassungsänderung ist auch den Indern und Mischlingen ein Mitspracherecht in der Staatsführung zugestanden worden – allerdings noch nicht den Schwarzen. Diese Tatsachen könnten auch bei uns bekannt sein.

Was ebenfalls jeder wissen könnte, obwohl es meist verschwiegen wird, ist der wichtige Umstand, daß Südafrikas Völker einen beachtlichen Wohlstand genießen. Damit hebt sich dieses riesige Land vom übrigen Afrika sehr vorteilhaft ab. Denn: ein fast ununterbrochenes Elendsgebiet erstreckt sich vom Südufer des Mittelmeeres bis hinunter zum Sambesi. Fast alle einstigen Oasen verhältnismäßigen Wirtschaftswachstums sind in einem wirtschaftlichen Chaos ertrunken. Verwahrlosung, Kriegswirren und unverdrossen angeheizte Bevölkerungsexplosion haben fast alles zunichte gemacht, was an wirtschaftlichen Grundlagen von der weißen Kolonialherrschaft übernommen wurde.

Die Weißen als Ordnungskraft

Auch Südafrika erlebt eine beängstigende Bevölkerungszunahme, vor allem der Schwarzen, deren Wachstum durch Geburtenüberschüsse und durch massive Einwanderung bestimmt ist: illegale Einreise von Arbeitssuchenden und Massenflucht aus kommunistischen Nachbarländern, besonders aus

Besonderheiten der Außenpolitik

Mozambique. Trotzdem konnte der ansehnliche Lebensstandard aufrechterhalten werden, dank der weißen Führung, die als politische Ordnungskraft und wirtschaftliche Daseinsfürsorge wirkt. Eine einzige Zahl genügt, um den Wohlstand Südafrikas anschaulich zu machen: die Anzahl der in Südafrika registrierten Automobile ist gleich hoch, wie die Zahl der Automobile im ganzen übrigen Afrika bis zum Mittelmeer.

Die Weißen halten bis heute die Entwicklung ganz Südafrikas mit Südwestafrika und den Homelands inbegriffen unter Kontrolle. Diese Afrikaner europäischer Herkunft sind als einzige Volksgruppe in der Lage, das Zusammenleben der verschiedenen Rassen und Stämme zu sichern. Ihr Ansehen und ihr Organisationstalent bieten Gewähr, daß Rassen- und Stammesgegensätze nicht zu blutigen Kämpfen und Massenabschlachtungen führen.

Auf dem Gebiet der Volkswirtschaft sind die Weißen die einzigen, die das Funktionieren einer liberalen Industriegesellschaft ermöglichen können. Trotz Blockade wächst das Wirtschaftsvolumen. Dank der technischen und organisatorischen Begabung der Führungsschicht wird der internationalen Herausforderung erfolgreich begegnet.

Wegen seines märchenhaften Rohstoffreichtums und wegen seiner geopolitischen Schlüsselstellung möchte der Ostblock dieses Land unter seine Kontrolle bringen. Solange die ausgesprochen antikommunistischen Weißen dort die Herrschaft ausüben, kann Südafrika nicht in die Knie gezwungen werden. Aus diesem Grunde leitete Moskau geschickt die angeblich moralische Ächtung dieses Staatswesens ein. Aus diesem Grunde begann die surrealistische Verunglimpfungskampagne gegen Südafrika.

Ohne die Erfahrungen in den »befreiten« Staaten Schwarzafrikas zu berücksichtigen, fordert eine weltweite Meinungsmache gebieterisch die sofortige Einführung der parlamentarischen Demokratie westlichen Typus mit einem Volkswahlsystem, das jedem Einwohner ohne Rücksicht auf Rasse und Bildungsstand gleiches Wahlrecht bietet.

Im Chor antworten die meisten Politiker und Meinungsmacher der westlichen Staaten, indem sie diese angeblich moralische Forderung zu ihrer eigenen machen. In dieses Weltgeschrei stimmen viele zu Instrumenten des marxistischen Atheismus umfunktionierten Theologen und Kirchenführer ein und fordern »Gerechtigkeit«. Unter strammer Führung des Weltkirchenrates ist die der christlichen Religion wesensfremde Forderung nach politischer Gleichberechtigung zu einem Hauptstück des christlichen Glaubens erhoben worden.

Afrika und die Demokratie

Wenn westliche Politiker und Meinungsmacher die marxistischen »Moral«forderungen nachplappern, beweisen sie damit ihr Unvermögen oder ihre Feigheit zu selbständigem Denken. Es braucht wahrlich keinen großen Scharfsinn, um die biedere Erfahrungstatsache wahrzunehmen, daß in Afrika 40 Staaten mit den Grundsätzen westlicher Demokratie ausgerüstet, ihren Weg in die politische Selbständigkeit angetreten haben. Alle vierzigmal mit dem Ergebnis sofortigen Strauchelns und Versinkens in Diktatur und Bürgerkrieg, in Terror und Anarchie.

In keinem afrikanischen Staatswesen hat die Demokratie Bestand gehabt, weil diese Staatsform afrikanischem Denken und Fühlen wesensfremd sind – erinnern wir uns an die europäische Geschichte – und eine lange Zeit der Einübung braucht. Churchill sprach einmal sehr zugespitzt von 700 Jahren – nämlich seit der Magna Charta 1215. In allen 40 Fällen des Abgleitens der Demokratie in die unvermeidliche Despotie ergab sich parallel dazu die ebenso unvermeidliche Zerrüttung der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Aus dieser Erfahrungstatsache ergibt sich logischerweise: Die Forderung nach politischer Gleichberechtigung aller Bewohner Südafrikas bedeutet unausweichlich, daß damit die Forderung nach Diktatur und Willkürherrschaft, ja nach blutigen Wirren und Bürger- oder Rassenkrieg aufgestellt wird. Im weiteren ist die Forderung nach dem uneingeschränkten Mitbestimmungsrecht der Schwarzen in Südafrika gleichzeitig die Forderung nach Zerrüttung der südafrikanischen Volkswirtschaft. Der heuchlerische Ruf nach »Gerechtigkeit« bedeutet in der Praxis einen Ruf nach Hungersnot, Massenelend und endlosen Bürgerkriegen mit Rassenkämpfen und Massenabschlachtungen.

Die sowjetischen Polit-Strategen sind intelligent genug, um das alles vorauszusehen und einzukalkulieren, ja zu beabsichtigen. Im Gegensatz dazu sind die westlichen demokratischen Staats- und Meinungslenker leider so naiv, daß sie die unvermeidlichen katastrophalen Folgen ihrer unentwegten Forderungen nicht sehen. Sie stimmen dem zu, um von den amoralischen »Moralisten« der Linken nicht als »Reaktionäre« oder als »Rassisten« bezichtigt zu werden, sie schreien und fordern aus purer Feigheit.

Unsere westlichen Moralprediger und Kirchenleute schreien gegen Südafrika, ohne daß ihrer angeblichen moralischen Entrüstung auch nur die Spur ethischen Ernstes oder irgendeine Spur von Verantwortungsbewußtsein innewohnt. Die Entrüstung dieser Leute ist nicht nur in ihrer Feigheit begründet, sondern in einem absoluten politischen Unvermögen, die Hintergründe zu erfassen.

Die Sowjetunion als »Gewissen der Welt«

Ein weiterer Gesichtspunkt, der außer acht gelassen wird bei der naiven Forderung nach politischer Gleichberechtigung für alle Einwohner Südafrikas, ist der folgende: die sich als moralische Schiedsrichter aufspielende Sowjetunion möchte verheimlichen, daß ihr Regime die Beseitigung aller christlich-abendländischen Moralvorstellungen bedeutet: Recht und moralisch ist nur, was dem Regime nützt.

Die sowjetische Desinformation und Meinungslenkung übersieht daher wissentlich, daß in Südafrika die Rechtsstaatlichkeit herrscht, also ein dem demokratischen Westen angeblich so hochwichtiger Grundsatz. Ebenso wird absichtlich verschwiegen, daß in Südafrika das Recht auf Meinungsäußerung besteht. Es herrscht weder intellektueller noch ideologischer Meinungsterror; es gibt keine Verfolgung aus religiösen oder rassischen Gründen wie in den sozialistischen Nachbarstaaten.

Es ist grotesk, daß der Westen sich von einer der unmoralischsten Mächte, die es je gegeben hat, vorschreiben läßt, daß man aus »moralischen Gründen« nicht mit Südafrika Fußball spielen dürfe. Andererseits sei es »moralisch«, mit Leuten Fußball zu spielen, deren Regierung zum Beispiel die Christen grausam verfolgt, Meinungsfreiheit verbietet, die Gewerkschaftsfreiheit untersagt und in Afghanistan, Eritrea, in Angola und Mozambique ganze Völkerschaften wie Insekten vernichtet, weil sie sich dem sowjetischen Terror nicht unterwerfen wollen. Wer es wagt diese Riesenheuchelei beim Namen zu nennen, wird als Antikommunist und »Kalter Krieger« beschimpft.

Der »Fall Südafrika« zeigt mit dramatischer Deutlichkeit, daß die westliche Meinungsmache ferngesteuert ist. So weit das Auge reicht, gibt es im Westen kaum eine unvoreingenommene Meinungsbildung über Südafrika. In der gegenwärtigen Situation kann in Südafrika die Ordnungskraft der Weißen durch nichts anderes ersetzt werden als durch die totale Zerrüttung aller gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen.

Man stelle sich bloß vor, die Staatsmacht falle zweifelhaften Figuren in die Hand wie den ANC-Terroristen. Die vom Haß durchdrungenen Menschen würden ein Terrorregime à la Uganda unter Amin oder à la Mozambique errichten. Südafrika würde unverzüglich auf das Niveau des gesamtafrikanischen Massenelends herabsinken und blutige Bürgerkriegswirren ohne Ende würden das Land heimsuchen.

Eine derartige Entwicklung würde von unseren westlichen Moralisten und Polit-Theologen voraussichtlich mit größter Gelassenheit aufgenommen.

»Man« würde dann ganz einfach über Südafrika schweigen, wie »man« seit langem über Mozambique, Angola, aber auch Kuba schweigt, wo eines unseligen Tages die angebliche politische und soziale Gerechtigkeit Einzug hielt und Massenelend und blutigen Terror brachte.

Die träge Hilflosigkeit des Westens

Bemerkenswert ist, daß unsere westlichen Meinungsmacher und Politiker und unsere rabiaten Theologen nicht intelligent genug sind, um zu merken, daß sie sich fieberhaft einsetzen, damit die Sowjetunion militärische Stützpunkte errichten kann. Militärische Stützpunkte in Südafrika werden die Sowjetmacht in die Lage versetzen, den Welthandel weitgehend unter ihre Kontrolle zu bringen und die Versorgung mit zahlreichen Rohstoffen vollständig zu monopolisieren. Und wenn es einmal so weit kommt, daß die westlichen »Moralisten« die Wirtschaftsmacht Südafrikas in Trümmer gelegt haben, dann werden die Sowjetmacht und ihre Statthalter sich keinen Deut mehr kümmern, ob nun wirklich der letzte Schwarze an den Volkswahlen teilnehmen kann. Derartige bürgerliche Zimperlichkeiten und Vorurteile werden dann mit Verachtung übergangen.

Die großen Gewissen der Menschheit möchten dann nicht mehr durch unangebrachte Bemerkungen gestört werden. Plötzlich werden sie dann keine Zeit mehr haben, für die leidenden Menschen in Südafrika. Denn ihr Gerechtigkeitsfanatismus wird dann schon auf neue moralisch-politische Jagdgründe losgelassen, auf Völker und Landstriche, wo das marxistisch-leninistische Heil sein Unwesen noch nicht begonnen hat.

Dann wird auch die Erkenntnis allen Schlummernden aufgehen, daß das weltweite Moralgeheul betreffend Südafrikas nichts anderes als eine politische Strampelübung war. Endlich wird es dann auch den arglosen Seelen offenbar, daß es sich um nichts anderes gehandelt hatte, als um die Wegbereitung für den Vormarsch des Sowjetmarxismus.

Der »Fall Südafrika« ist das große Lehrstück, woraus wir die Erkenntnis schöpfen sollen, daß der sowjetische Wille zur Macht für alle westlichen Länder eine wahre Gefahr darstellt. Denn was bei uns noch an nationaler und kultureller Identität und an politischer Selbständigkeit übrigbleibt, ist durch die Sowjetisierung tödlich bedroht. Es ist die große Sonderbarkeit unserer westlichen Meinungsmache und Politik, vor dieser Bedrohung die Augen zu schließen und sich einzureden, diese bestünde nur in der Einbildung krankhafter Reaktionäre.

Wer die Beziehungen zwischen West und Ost mit kühlem Sinn betrachtet, kann sich nur wundern, wie es möglich war, daß der wirtschaftlich gigantische Westen in so kläglicher Weise nach der Pfeife der Sowjetunion tanzt. Der Ostblock ist weltwirtschaftlich ein lachhaftes Federgewicht. Aber politisch, ideologisch und militärisch hat er weltweit die Führung inne. Der Ostblock übertrifft den Westen bei weitem an Intensität, an Ausstrahlung an Offensivgeist.

Unsere in marxistischen Denkstrukturen mehr und mehr erstarrende westliche Welt hat fast keine Lebenskraft mehr. Wir haben hochproduktive Industrien und überspitzt komplizierte Wirtschaftsmechanismen, die unerhörte Mengen an Waren aller Art ausstoßen, aber wir suchen vergebens nach irgendwelchen Ideen, irgendwelchen geistigen Leitlinien, irgendwelchen Zielvorstellungen, zu denen unser hektisches Tun hinführen soll.

Zeitalter kläglicher Dekadenz

Als Belohnung für den zum Selbstzweck gewordenen Kult des Nutzens winken simple Vergnügungen. Darin ist heute auch alles inbegriffen, was in geistig anspruchsvolleren Zeiten als Laster bezeichnet wurde. Folglich leben wir in einem Zeitalter kläglicher Dekadenz, kulturell sozusagen in einem Zustand zunehmender Verwesung.

Dieser Zustand ist um so erstaunlicher, als er dem Charakter unserer westlichen europäischen Völker keineswegs entspricht. Jahrhundertelang waren unsere Völker erfüllt von großen Gedanken, denen sie ihre ungewöhnlich reichen geistigen und künstlerischen Fähigkeiten dienstbar machten. Erst nachdem ein primitiver Kult des Nutzens alle großen Gedanken ausgelöscht hatte, sank das geistige Niveau und erstarben die künstlerischen Fähigkeiten.

Am Ende ist auch die Intelligenz krank geworden. Das wurde vor allem im politischen Gebiet offensichtlich. Die Stichworte dieser Krankheit lauten: Jalta, Berliner Mauer und »Helsinki«.

Dort ist der Sowjetunion ein Vormarsch und eine Einflußzone zugestanden worden, die jeder Vernunft spotten. Die törichte militärische und politische Entblößung, die von den Westmächten praktiziert wurde, zeigt, was für ein hohes Maß an Verblendung und Unverstand am Werk war.

Hatten doch die Westmächte 1939 dem Deutschen Reich den Krieg erklärt, um das Selbstbestimmungsrecht und den territorialen Bestand Polens zu schützen. Mit dem Jalta-Abkommen verzichteten die Westmächte vollständig auf dieses ursprüngliche Kriegsziel. Polen wurde diskussionslos derjenigen Macht ausgehändigt, die zu der Auslöschung dieses Staates im Jahr 1939 entscheidend beigetragen hatte.

Mehr noch: In Jalta war derselbe Stalin zugegen, der sich 1939 schwer schuldig gemacht hatte am Untergang Polens. Wäre Stalin 1939 für die Aufrechterhaltung eines polnischen Staates eingetreten, hätte Hitler das möglicherweise zugestanden. Aber schon der bloße Vorschlag hätte der Sowjetunion in der Sache ein Alibi geboten.

Die Abmachungen von Jalta bedeuten eine klare Kapitulation der Westmächte vor der Sowjetunion. Da die Westmächte alleinige Verfügungsgewalt und Herstellungsfähigkeit der Atombombe hatten, besaßen sie die absolute militärische Überlegenheit. Sie waren folglich in der Lage, jede beliebige und vor allem jede vernünftige Regelung durchzusetzen. Sie taten es aber nicht, und zwar aus ideologischer Verblendung.

Der von den Westmächten in Jalta und Potsdam 1945 zum Ausdruck gebrachte Dilettantismus wurde 30 Jahre später durch völkerrechtliche Verträge gefestigt und zementiert. Nämlich im Helsinki-Abkommen von 1975.

Das Konzil der Polit-Religionen

Den Sowjets wurde de iure zugestanden, was seit 30 Jahren ohne Rechtstitel gegolten hatte: die Ausdehnung des sowjetischen Kolonial- und Herrschaftsbereiches bis weit über die Hälfte des deutschen Raumes hinweg. Da immer noch kein Friedensvertrag mit Deutschland bestand – auch heute nicht – begnügte man sich 1975 mit einem Ideologie-Abkommen, dessen Inhalt man auf Lateinisch so formulieren müßte: Cuius Regio, Eius Religio (wessen Herrschaft, dessen Religion beziehungsweise Ideologie).

Im Zeitalter der säkulären Polit-Religionen bedeutet das: wessen Herrschaftsbereich einer bewohnt, dessen politisches Bekenntnis muß er glauben. Das bedeutet schlankweg: die geographische Festlegung der Verbindlichkeit politischer Glaubenssätze. Auf der Westseite der Scheidelinie – auch »Eiserner Vorhang« genannt – sind die Völker genötigt, an die Unfehlbarkeit der parlamentarischen Demokratie zu glauben, und auf der Ostseite sind die Völker gezwungen, an die leninistisch-marxistische Diktatur als an die unfehlbare höchste Wahrheit zu glauben.

Die lachhafte Ernsthaftigkeit, mit der die Vertreter des freien Westens am Konzil der Polit-Religionen von Helsinki mitwirkten, ist eines der eindeutigsten Symptome des kulturellen Niederganges und der intellektuellen Schwäche des Westens. Die Abwertung der Intelligenz ist kaum je so kraß zum Ausdruck gekommen. Die tiefe Intelligenzkrise der westlichen Welt ist zu ermessen am Umstand, daß in Helsinki gewichtige Zugeständnisse an den Ostblock gemacht wurden, ohne eine wesentliche Gegenleistung einzuhandeln.

In Helsinki hat der Westen den Sowjets zwei riesige Geschenke gemacht. Erstens: Die faktische Anerkennung der Rechtmäßigkeit aller im Gefolge des Zweiten Weltkrieges annektierten

Sowjetunion

Besonderheiten der Außenpolitik

oder unterworfenen Gebiete (DDR, Polen, baltische Staaten, Tschechoslowakei und andere). Zweitens: Eine großzügige Wirtschaftshilfe, womit die am Sozialismus totkrank darniederliegende sowjetische Volkswirtschaft vor der totalen Pleite gerettet wurde.

Westliche Politiker hielten sich für überaus kühn und weitblikkend, weil sie »wagten«, von der Sowjetunion Gegenleistungen für ihre folgenschweren Zugeständnisse und Finanzgeschenke zu verlangen. Die westlichen »Forderungen« bestanden aus folgendem:

Die Sowjetunion soll sich außenpolitisch mäßigen, das heißt, sie soll keine neuen Kriegsabenteuer beginnen. Die andere Forderung lautete: Die Sowjetunion soll die Menschenrechte in ihrem Machtbereich respektieren.

Die Sowjets haben beide frommen Wünsche lächelnd entgegengenommen und gleichzeitig festgestellt, daß ihr Prophet Lenin gesagt hat, als er den Lehrsatz aufstellt: »Alle demokratischen Regime sind schwach und außenpolitisch total wirkungslos.«

Verständnis für den Kommunismus

Mit der Berlin-Krise vom August 1961 wurde das große Zeichen gesetzt: Der Westen hißte die Flagge der Kapitulation vor der Sowjetunion. Besser gesagt: Mit der Berlin-Krise von 1961 erhob der Westen seine Kapitulationsbereitschaft zur herrschenden politischen Doktrin.

Und was noch schwerer wiegt: Der Westen verzichtete von da an auf die Allgemeingültigkeit seines Demokratieverständnisses. Jede Forderung nach Anwendung westlicher Demokratie für die Länder des Ostblocks und deren Protektorate in Asien, Afrika und Lateinamerika verurteilt der Westen selber schaudernd als »Kalten Krieg«. Der Westen anerkennt somit die Diktatur leninscher Prägung als gleichwertige »Demokratie« wie die westlich-parlamentarische Variante. Die Menschheit entdeckt staunend die Weisheit der Formel: Cuius Regio, Eius Religio.

In der Praxis wirkt sich das so aus: Bis 1961 war Antikommunismus die von allen bürgerlichen und den großen politisch neutralen Zeitungen eingenommene Haltung und galt selbstverständlich auch in Funk und Fernsehen westlicher Länder. Ab 1962 war das nicht mehr der Fall: Der Antikommunismus kam aus der Mode.

Mit den Studentenunruhen von 1968 erfuhr die Tendenzwende eine beträchtliche Beschleunigung. In steigendem Maße wurde nun »Verständnis für die berechtigten Anliegen des Kommunismus« zur großen Mode. In den siebziger Jahren starb der Antikommunismus langsam aus. Nur Leute, die sich nichts daraus machten, als altväterlich zu gelten, bekannten sich noch zum Antikommunismus.

Dann kam eine neue Generation von Redakteuren an die Reihe, junge Leute mit hohen Gehältern. Diese hatten keinen antikommunistischen Hang und begriffen überhaupt nicht, warum die in den Ruhestand getretene Generation mit antikommunistischen »Scheuklappen« und »Vorurteilen« belastet war.

Damit wurde der sowjetische Wille zur Macht unversehens als legitime, das heißt, berechtigte Eigentümlichkeit des Ostblocks anerkannt. Von da an erhielt der Antikommunismus seine heutige Bewertung als negative Einstellung. Deshalb wird logischerweise jeder westliche Abwehrwille gegen den kommunistischen Expansionsdrang als böse bewertet.

Als die westliche »Ideologie« umkippte

Die Ende 1960 erfolgte Wahl Kennedys zum Staatspräsidenten der USA ist ein Meilenstein des ideologischen Umschwungs in der westlichen Welt. Und dann erfolgte in der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 der Mauerbau in Berlin. Mit einer Emsigkeit, die nicht einmal von den Heinzelmännchen von Köln jemals übertroffen wurde, entstand »über Nacht, eh man's gedacht«, dieses Riesenbauwerk. Alle westlichen geheimen und nicht-geheimen Nachrichtendienste waren angeblich vollständig überrascht darüber. Niemand wollte Vorbereitungsarbeiten beobachtet haben.

Und nun erhob sich ein rituales Wehgeschrei über den Mauerbau.

Doch die führenden Männer des Westens reagierten mit völliger Gelassenheit und blieben kühl bis ans Herz hinan. Kennedy befand sich während dieses unerhörten Ereignisses mit seiner Jacht auf hoher See auf Urlaubsfahrt. Ein Funkspruch aus Washington rief ihn an Land.

Nach Durchsicht der Depeschen stellte er angeblich »beruhigt« fest, daß die Zufahrtswege nach Berlin ja nicht blockiert waren und der Straßen- und Eisenbahnverkehr ohne jede Behinderung funktionierten. Damit gab er sich zufrieden und setzte seine Urlaubsfahrt auf hoher See fort, als wäre nichts passiert.

Kennzeichnend war auch die Haltung Generals de Gaulle: Als er endlich nach Paris zurückgekehrt war, zog er aus dem Mauerbau die einzige Folgerung, es müßten nun unverzüglich Verhandlungen mit den Sowjets aufgenommen werden, um die »Spannung abzubauen«.

Der Mauerbau in Berlin war also offensichtlich ein abgekartetes Spiel zwischen den Machthabern in Ost und West, und einmal mehr wurde das Spiel auf dem Rücken Deutschlands ausgetragen. Waren doch einige Wochen vorher Kennedy und Chruschtschow in Wien zu einem höchst direkten und geheimen Gespräch zusammengekommen. Dabei hatte Chruschtschow zweifellos das Zugeständnis für drastische Maßnahmen erhalten, um den Zusammenbruch des sozialistischen Systems verhindern zu können. Denn der Massenauszug der Deutschen aus der DDR nach Westdeutschland hatte die Ausmaße einer Völkerwanderung angenommen.

Der »demokratische« Westen mußte Wohlwollen zeigen, mußte Feuerwehrmann spielen und verhindern helfen, daß der Bankrot das Sowjetsystem nicht hinwegfege. Und der Westen tat es!

So ging es, und so geht es noch heut! Immer wird eine neue Erklärung gefunden, um den Völkern des Westens die westliche Liebesdienerei gegenüber den Sowjets schmackhaft zu machen, vor allem die Wirtschafts- und Finanzhilfe an den Ostblock, um die Pleite des sozialistischen Polit- und Wirtschaftssystems zu vermeiden oder wenigstens aufzuhalten.

Tests für die weltpolitische Wirklichkeit

Wenn man die Kraftlinien der Weltpolitik genau unter die Lupe nimmt, erkennt man, daß unsere geschwätzigen Informationsdienste die Tatsachen eher vertuschen anstatt sie uns klar darzulegen. Darum tun wir gut daran, bei weltpolitischen Großereignissen mit etwa folgenden Tests eine Art »Neunerprobe« vorzunehmen.

Erstens: Auf sowjetische Herausforderungen antwortet der Westen vorwiegend mit Kapitulationsbereitschaft.

Beispiel: Berliner Mauerbau, Helsinki, kommunistische Expansion in Asien, Afrika, Lateinamerika.

Zweitens: Wenn die Sowjets angreifen, wird von der kommunistisch beeinflußten Meinungsmache des Westens versucht zu erklären, es handle sich um Verteidigung. Wenn der Westen sich verteidigen will, schreit die mächtige pro-sowjetische Lobby im Westen, das sei Angriff und Provokation.

Klassische Fälle: NATO-Nachrüstung, Fabrikation der Neutronenbombe, der sogenannte Krieg im Weltall.

Drittens: Wenn West und Ost sich verständigen, geschieht das üblicherweise auf Kosten Deutschlands.

Beispiel: Jalta, Berliner Mauerbau, Helsinki, Atomsperrvertrag.

Mit diesen drei Tests kommt man vielleicht der weltpolitischen Wirklichkeit näher als mit den weise-tönenden Kommentaren unserer westlichen Informationsmedien. □

Sowjetunion

Gorbatschow auf wackligem Boden

Mike Blair

Eine Geheimdiensteinschätzung des amerikanischen CIA über den Status des sowjetischen Generalsekretärs Michail Gorbatschow in der Kreml-Hierarchie enthüllte, daß der Vater von Glasnost, einer angeblichen »neuen Öffnung«, im Hinblick auf seine Macht nicht auf dem festen Boden steht, wie viele westliche Kreml-Beobachter glauben.

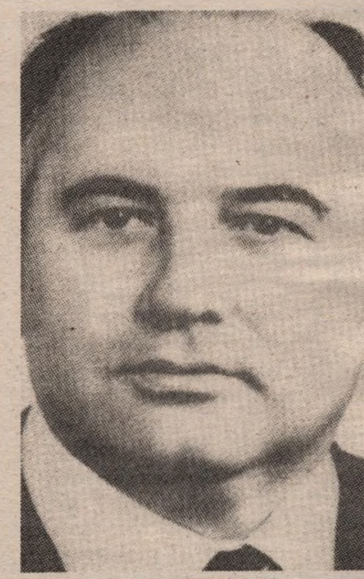
Dem Bericht des stellvertretenden CIA-Direktors Robert M. Gates zufolge, hat Gorbatschow innerhalb des mächtigen zwölf Mann starken Politbüros eine schwache Position. Gates meint, er »kann nur auf drei oder vier der zwölf Politbüromitglieder zählen, die voll hinter ihm stehen und ihn beharrlich unterstützen.

Gefährliche Position durch schwache Erschütterung

Während es so aussah, als sei Gorbatschow in der Lage, seinen Stand im Politbüro zu festigen, als es ihm Ende September 1988 gelang, den langjährigen ehemaligen sowjetischen Außenminister Andrei A. Gromyko aus dem Politbüro und von dem weitgehend repräsentativen Posten als Staatspräsident zu entfernen, konnte er wenig tun, um das Organ von sich zu überzeugen.

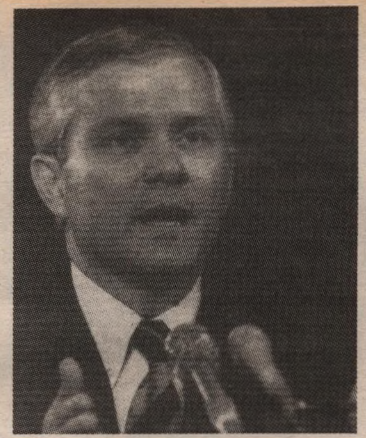
Zu der Zeit gelang es Gorbatschow auch, Pyotr N. Demichev, den ersten Vizepräsidenten, und Wladimir I. Dolgikh, den nationalen Parteisekretär für die Industrie, von ihren Posten im Politbüro zu drängen. Sie waren jedoch nicht stimmberechtigte Mitglieder des Politbüros.

Gorbatschow ist es nicht gelungen, seine beiden stärksten Gegner im Politbüro, Yegor K. Ligachev, der vom Ideologiechef auf den Posten des Leiters der Landwirtschaftskommission versetzt worden war, und Viktor M. Chebrikov, der vom KGB-Chef zum Leiter einer Kommission über Rechtspolitik ernannt wurde, zu eliminieren. Sie sind weiterhin in mächtigen Positionen und werden seine Politik weiterhin kritisieren.



Die unmittelbare Gefahr für Michail Gorbatschow sind die Unruhen ethnischer Minderheiten, die ihm bald das Amt kosten können.

Dem verstorbenen Victor Herman, einem Amerikaner, zufolge, der fast 40 Jahre in sowjetischen Arbeitslagern und im internen Exil in der UdSSR verbrachte, wird die sowjetische Regierung von drei Schlüsselelementen regiert: dem KGB, der Roten Armee und der Kommunistischen Partei. Immer zwei halten das dritte Element in Schach. Wenn eines zu mächtig wird, vereinigen sich die anderen beiden, um das Machtgefüge auszugleichen, indem sie die Aktivitäten des dritten eindämmen.



Robert M. Gates, stellvertretender CIA-Direktor, behauptet, Gorbatschow habe eine schwache Position im Politbüro.

Herman nennt als ein Beispiel die Zeit, als Nikita Chruschtschow Generalsekretär war. Die Partei wurde damals zu mächtig und wurde von der Roten Armee und dem KGB gebremst, die seinen Rücktritt vom Amt erzwangen.

Die Partei hat die Kontrolle

Derzeit scheint die Partei allmächtig zu sein und der KGB sowie die Rote Armee stehen außen vor und schauen zu, was für Gorbatschow nichts Gutes bedeutet.

Kreml-Beobachter werden feststellen, daß derzeit die Rote Armee und der KGB nicht voll im Politbüro vertreten sind. Der derzeitige Verteidigungsminister Dmitri T. Yazow und der neue KGB-Chef Wladimir A. Kryuchkow sind nicht Vollmitglieder des Politbüros. Beide sind nicht stimmberechtigt.

Herman hat dies vor seinem Tod vor zwei Jahren innerhalb der Sowjethierarchie vorausgesehen und prophezeite, daß die Rote Armee schließlich etwas unternehmen werde, um wieder die herrschende Kraft in der kommunistischen Regierung zu werden.

Eine Kombination aus Roter Armee und KGB, die gegen Gorbatschow und seine angeblichen Glasnost-Reformen arbeitet, versetzt den Sowjetführer in eine schwache Position.

Wenn die gegenwärtigen Unruhen im Sowjetimperium andauern und stärker werden wie in den Staaten des Baltikums, Litauen, Estland und Lettland, sowie in den südlichen Staaten Armenien, Azerbaijan, der Ukraine und Kasachstan, könnte das Regime Gorbatschow gestürzt werden und auch nur aus dem Grund, um die Unruhen einzudämmen.



Viktor M. Chebrikow ist in einer mächtigen Position ein starker Gegner Gorbatschows.

Gates sagte, Gorbatschow riskiere eine große Instabilität durch Lockerung der politischen Kontrollen in diesen Staaten des sowjetischen Weltreichs, die seinen Untergang bedeuten könnte.

Der CIA hat in der Sowjetunion seit dem Jahre 1987 »rund 600 bürgerliche Unruhen gezählt, von denen die Hälfte mit Problemen ethnischer Minderheiten zu tun hatten«, erklärte Gates. Er sagte, es habe in neun der 15 Sowjetstaaten, die die UdSSR ausmachen, »große nationalistische Demonstrationen gegeben«.

Gates bezeichnete die Unruhen als »die unmittelbarste Gefahr für Gorbatschow, die ihm bald das Amt kosten könnte«. □

John Demjanjuk

Mysteriöser Tod eines Anwalts

Fred Blahut

Die Chancen, daß John Demjanjuk, der im Ruhestand lebende Automechaniker aus Cleveland, USA, in der Lage sein wird, sich ordentlich vor dem israelischen Obersten Gericht zu verteidigen, um zu versuchen, ein gegen ihn verhängtes Todesurteil auf Tod durch den Strang außer Kraft setzen zu lassen, verminderten sich mit dem mysteriösen Tod eines seiner Anwälte im November 1988. Der Name dieses Anwaltes war Dov Eitan.

John Demjanjuk war aufgrund von fragwürdigem Beweismaterial, das dem amerikanischen Office of Special Investigations (OSI) vom sowjetischen KGB zur Verfügung gestellt wurde, seiner amerikanischen Staatsbürgerschaft entkleidet und nach Israel ausgewiesen. Das OSI behauptet, der in der Ukraine geborene Demjanjuk sei während des Zweiten Weltkrieges Wachtposten im Haftlager Treblinka gewesen und wurde dort »Iwan der Schreckliche« genannt.

Eitan war sich seiner Sache sicher

Dieser »Iwan«, so sagen KGB und OSI, war verantwortlich am Tod von »Tausenden von Juden, Zigeunern und anderen in Treblinka«.

Demjanjuk hat stets behauptet, daß er unschuldig ist; daß es sich hier um einen Fall verwechselter Identität handelt. Im Frühjahr 1988 wurde er von einem israelischen Gericht für schuldig befunden und zum Tode verurteilt. Seine Berufsverhandlung vor dem Israeli Supreme Court war ursprünglich für Anfang Dezember 1988 angesetzt worden, ist nun jedoch bis zum 5. Mai 1989 vertagt worden.

»Wie kann er einen fairen Prozeß bekommen, wenn Dinge wie Eitans Tod geschehen?«, fragte ein Freund der Familie.

Eitan war ein wohl bekannter und streitsüchtiger israelischer Anwalt, der früher als Richter an einem Landgericht tätig war. Er schloß sich im August 1988 der Demjanjuk-Verteidigungsmannschaft an und zum Zeitpunkt seines Todes war er bereit, mit gutem Beweismaterial vor das oberste israelische Gericht zu treten. Der Freund der Familie: »Eitan war sich seiner Sache sicher.«



Dov Eitan war im Fall John Demjanjuk sehr engagiert. Er soll aus der 15. Etage in den Tod gesprungen sein.

Ed Nishnic, Demjanjuks Schwiegersohn, stellt Berichte der »Jerusalem Post« in Frage, wonach Eitan Selbstmord begangen haben soll. Den Polizeiberichten zufolge soll der Anwalt aus der 15. Etage des Hotels Ayalon, eines der wenigen Hochhäuser in Jerusalem, in den Tod gesprungen sein.

Eitan hinterließ keine Notiz, um seine Motive zu erklären, aber der stellvertretende Sprecher der Polizei, Alex Lapidot, sagte, die Polizei sei sicher, daß es Selbstmord war.

»Da war überhaupt keine Notiz, gar keine«, sagte Lapidot. »Wir versuchen herauszubekommen, was dahintersteckt, aber es gibt kein kriminelles Element in dieser Sache. Es war Selbstmord, hundert Prozent!«

Eitan wollte die Wahrheit aufdecken

Nishnic bestreitet diesen Punkt. »Das war kein Selbstmord. Darauf möchte ich alles wetten«, sagte er. Nach Mitteilung des Freundes der Familie war Eitan über die Handhabung des Falles durch das dreiköpfige Richter-Gremium, das Demjanjuk wegen »Nazi-Kriegsverbrechen« verurteilt hatte, entsetzt.

Nishnic sagte: »Eitan wollte der Welt gegenüber die Wahrheit über den Demjanjuk-Prozeß aufdecken. Und ich glaube, daß es Leute gibt, die bis zum Äußersten zu gehen bereit sind, wie sie es schon in den vergangenen zwölf Jahren getan haben, um die Wahrheit zu verschweigen.«

»Die Familie Demjanjuk suchen jemanden, um Eitan zu ersetzen«, sagte der Freund der Familie, »aber das ist sehr schwierig. Die ganze Atmosphäre kann nicht zu einem fairen Prozeß führen. Jeder Anwalt wird sich die Sache zweimal überlegen. Es ist eine sehr gefahrvolle Berufung.«

Der Freund beschuldigte das israelische Gericht, alle Zeugen der Verteidigung und alle, die in irgendeiner Weise mit der Verteidigung zu tun haben, einschüchtern zu wollen. »Jeder dieser Zeugen wurde unter Druck gesetzt«, sagte er. »Man ist nur daran interessiert, sie herabzuwürdigen und in Verlegenheit zu bringen und zu vernichten.«

»Die Leute haben kein Interesse daran, zu hören, was die Zeugen zu sagen haben. Die Wahrheit interessiert sie nicht. Sie wollen nur die Wahrheit unterdrücken, so daß ihre Lügen Bestand haben.«

John Gill, ein Anwalt aus Cleveland, der Demjanjuk vorher verteidigt hatte, sagte in einem Rundfunk-Interview, daß der Prozeß die Emotionen in Israel noch mehr aufgewühlt hat. »Dies ist ein tragisches Geschehen«, sagte Gill. »Ich denke, daß es einen Weg geben muß, um den Fall zu untersuchen, um festzustellen, ob daran etwas faul ist. Ich sage aber nicht, daß dem so sein könnte oder ist. Aber ich glaube, daß dies erforscht werden muß, um zu wissen, was in bezug auf Dov Eitan Sache ist.«

Vorwürfe gegen die US-Regierung

Nishnic sagte weiter, Eitan sei guter Laune gewesen, als einer seiner Kollegen noch am Tage vor dem »Selbstmord« mit ihm sprach. Der Anwalt freute sich schon darauf, Demjanjuk zu verteidigen und sagte, er sei nicht darüber beunruhigt, möglicherweise bedroht oder unter Druck gesetzt zu werden, berichtete Nishnic. Eitan sollte 60 Prozent der Berufung vortragen.

Der Freund der Familie klagte die amerikanische Regierung wegen dieser Situation an. »Demjanjuk darf überhaupt nicht angeklagt werden, und die wissen das genau. Das US-Justizministerium unterdrückt alles, was bisher zur Verteidigung dieses Mannes zutage getreten ist. Man trägt alle möglichen Lügen und Verdrehungen vor, alles auf Kosten des Steuerzahlers.«

Er sagte, Demjanjuks Familie braucht nun einen anderen »Kreuzfahrer« wie Eitan, der sich der Herausforderung stellt.

In einer ähnlichen Entwicklung schleuderte ein »Überlebender des Holocaust« einem anderen Verteidiger Demjanjuks, der aus Israel ist, Säure ins Gesicht. Durch den Angriff auf Yoram Sheftel wurde eines seiner Augen verletzt. Eine in der Nähe stehende Frau erlitt eine leichte Augenverletzung, teilte die Polizei mit.

Ein siebzigjähriger Mann wurde nach diesem Angriff, der sich während der Bestattung Eitans auf dem Friedhof Sanhedria zutrug, festgenommen. Reporter teilten mit, der Mann, der als Yisrael Yehezkeli identifiziert wurde, sei häufiger Zuschauer beim Demjanjuk-Prozeß.

Nishnic teilte mit, er befürchtet, daß der Angriff auf Sheftel »die Versuche behindern könnten, einen profilierten israelischen Strafverteidiger an Bord zu bringen, um Eitan zu ersetzen«. □

Frankreich

Desinformation um LePen

P. Samuel Foner

Wieder einmal ergeben sich die Medien des Establishments in einer ihren liebsten Beschäftigung zum Zeitvertreib, das heißt in der Praxis, zu versuchen, etwas verschwinden zu lassen durch die Verkündigung, daß es schon verschwunden ist oder zumindest im Verschwinden begriffen ist. Diesmal ist das Ziel Frankreichs Front National (FN) und ihr Führer Jean-Marie LePen.

Eine kürzlich in der »New York Times«, der selbst ernannten »Zeitung der verbürgten Tatsachen« für die Vereinigten Staaten, veröffentlichte Story ist für diese Vorgänge recht anschaulich. Unter der Schlagzeile »Religious War Ignites Anew in France« (»Religionskrieg flammt in Frankreich erneut auf«) brachte die »New York Times« zunächst jeden, der rechts von den französischen Sozialisten steht, Christen im allgemeinen, Katholiken im besonderen, jene die als religiöse Fanatiker und jeden, der gegen die sozialistisch-kommunistische Regierung des Präsidenten François Mitterrand ist, miteinander in Verbindung.

In den Abfallkübel der Geschichte

Dann verkündete die Zeitung, daß diese sogenannten »Intégristes« in den Abfallkübel der Geschichte gehören. Und schließlich wurde man in dieser Story belehrt, daß dies rechtmäßig zu geschehen hat, weil LePen und die Front National – durch Schlußfolgerung – die Dinge in die Luft sprengen oder niederbrennen werden, falls sie nicht verschwinden.

Letzteres bezog sich auf den Brandanschlag auf ein Kino am linken Ufer der Seine, in welchem der umstrittene Film »Die letzte Versuchung Christi« aufgeführt wurde. Es gab Proteste gegen die Vorführung dieses Films, die die Medien des französischen Establishments »rechtsstehenden katholischen Gruppen« zuschrieben. Eine Story in einer Pariser Zeitung brachte den Brandanschlag mit einem Verbündeten von LePen in Verbindung.

Es muß erläutert werden, daß es heute in Frankreich »de rigueur« ist, antikatholisch zu sein, und radikale Aktivitäten werden gewöhnlich »Katholiken des rechten Flügels« zugeschrieben, eine Anklage, die offentsichtlich keinerlei Untermauerung bedarf, um in den Medien des Landes verwendet zu werden.

Eine weitere Taktik besteht darin, jede Person oder jede Gruppe, die nicht die Billigung des Establishments findet, kaltzustellen. Die »New York Times« versucht ihren Lesern zu beweisen, daß die Front National der Vergangenheit angehört, indem sie auf den Mangel an Presseberichten darüber verweist, wohlweislich verschweigend, daß die Presse der selbstverkündete Feind der Front National und LePens ist.

Edgar Bronfman gegen LePen

Der französische Nationalist ist schon seit Jahren Gegenstand unglaublicher Verfolgungen in Frankreich und international, er selbst ist das Opfer der Gewalt, während die Medien versuchten, ihm das Etikett der Gewalttätigkeit anzuhängen. Erst kürzlich starb LePens rechte Hand, Jean Parie Stirbois, 46, bei einem rätselhaften Autounfall.

LePen und seine Nationale Front scheuen nicht die offene Diskussion über Einwandererprobleme.

Stirbois hatte einer Versammlung der Front National beigewohnt, und zehn Minuten nachdem er die Versammlung mit dem Auto verlassen hatte, kam er zu einer scharfen Kurve in der Straße. Es sollte hinzugefügt werden, daß er mit der Straße vertraut war, weil er sie oft befahren hatte.

An diesem Abend jedoch versagte die Lenkung, der Wagen fuhr über eine Böschung und Stirbois wurde getötet. Freunde des Verstorbenen sagen, es gebe Beweise für Sabotage, und der Funktionär der Front National sei ermordet worden.

Die Medien des französischen Establishment schweigen sich über diese Angelegenheit aus, abgesehen davon, daß sie sich hämisch darüber freuen, daß dieser Verlust die Front National zweifellos schädigen wird.

Der Tod von Stirbois war nur der letzte in einer langen Serie von gegen LePen und die Front National gerichteten Gewalttaten. Anführerin der gegen LePen gerichteten Kräfte ist die LICRA (Liga gegen Rassismus und Antisemitismus), ein europäischer Zweig der Anti-Defamation League der B'nai B'rith Loge. Die Liga stößt ständig Drohungen gegen LePen und die Front National aus, wobei sie sich in ihren Drohungen und Meldungen den Medien gegenüber identifiziert.

LePen wird natürlich routinemäßig als Antisemit bezeichnet, was alle Angriffe auf ihn zu entschuldigen scheint, während jene gelobt werden, die diese Angriffe durchführen – eine in den Vereinigten Staaten oft auch angewendete Taktik gegen jene, die die Weisheit der Elite in Frage stellen.

Angriffe gegen LePen wurden von keinen geringeren zionistischen Persönlichkeiten wie Edgar Bronfman gebilligt, dem Schnaps-König und Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, und Felix Rohatyn, einem internationalen Banker, dessen Einfluß weit über sein Heimatland, die Vereinigten Staaten, hinausreicht.

Ein Stachel im Fleisch

Stirbois war der zweite Funktionär in der Front National, der ermordet wurde. Der erste war Marcel Duprat, ein Professor für Geschichte, stellvertretender Vorsitzender der Front National und Aktivist, der für das Establishment ein Stachel im Fleisch war.

LePen war selbst mehrere Male die Zielscheibe von Angriffen. Im Jahr 1978, während einer politischen Massenversammlung, wurde er von einer Gruppe angegriffen und, als er auf dem Boden lag, bohrte ihm eine Frau ihren hohen Absatz ins Auge.

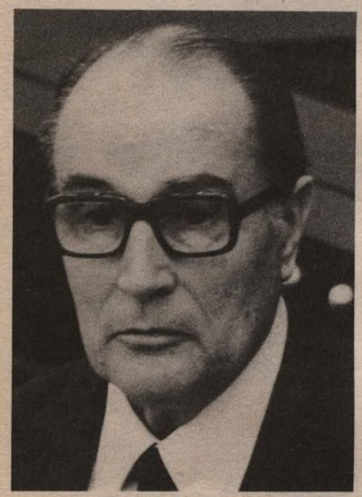
Frankreich

Desinformation um LePen

Als Folge davon hat LePen heute nur noch eine Auge.

Vor zwölf Jahren wurde der Hauptsitz der Front National in Paris in die Luft gesprengt. Die Polizei konnte die Schuldigen nicht ermitteln, ganz ähnlich wie bei dem Zwischenfall beim Institute for Historical Review in Torrance, US-Bundesstaat Kalifornien. Dort konnte die Polizei die Übeltäter dieses Akts von Terrorismus ebenfalls nicht ermitteln.

Und vor zwölf Jahren wurde in das Appartement, wo LePen mit seiner Frau und seinen drei Kindern wohnte, eine Bombe geworfen. Vier Menschen wurden in dem neunstöckigen, aus 18 Appartements bestehenden Gebäude getötet und weitere verletzt, doch LePen und seine Familie kamen mit dem Schrecken davon.



François Mitterrand setzt die vom ihm ins Leben gerufene Spezialeinheit CRS, die aus Sozialisten und Kommunisten besteht, gegen LePen und die Front National ein, um sie aus dem öffentlichen Leben Frankreichs auszuschalten.

Im Mai 1988 erfolgte ein weiterer Angriff auf die Hauptdienststelle der Front National in Paris. Ein Alarm wurde ausgelöst, die Feuerwehr und in der Nähe wohnende Mitglieder der Front National alarmiert. Die Leute von der Front National eilten zu der Dienststelle, nur um festzustellen, daß der gesamte Bereich von einer Sperrkette einer erst kürzlich von Mitterrand ins Leben gerufenen Spezialeinheit, Compagnies Republicains de Sécurité oder CRS genannt, abgeriegelt war.

Diese Spezial-Sicherheitskräfte wollten niemand an das Gebäude heranlassen, während sich eine Gruppe von Terroristen innerhalb des Gebäudes aufhielt, den Ort verwüstete und Feuer anlegen konnte.

Dann geschah etwas Erstaunliches: Die Terroristen verließen das Gebäude, bestiegen ihre Autos und fuhren ohne Behinderung mitten durch die Sperrketten der CRS hindurch, während die CRS immer noch die Leute von der Front National zurückhielt. Die Dienststelle wurde fast völlig zerstört.

LePen ist nicht auf dem Weg nach unten

Viele Franzosen stellen Mitterrands Aufstellung dieser neuen Sicherheits-Einheit in Frage, wie man sagt, aus Sozialisten und Kommunisten bestehend. Die CRS war übrigens am letzten Präsidentschaftswahlkampf aktiv beteiligt.

Aber trotz aller Belästigungen ist LePen nicht auf dem Weg nach unten. Er ist sogar noch populärer als im Jahr 1987, als er in einer landesweiten Wahl 14,4 Prozent der Stimmen errang. Bei einer kürzlichen Volksabstimmung über die Frage Neukaledoniens, gegen die LePen und die Front National – allein unter den politischen Parteien Frankreichs – opponiert hatte, holte der Standpunkt der Front National in Marseilles 39 Prozent der Stimmen.

In dem Bericht der »New York Times« wird die Tatsache erwähnt, daß LePen keine Abgeordneten in der Nationalversammlung hat und die Kommunisten über 32 Abgeordnete verfügen. Was aus dem Bericht jedoch nicht hervorgeht, ist die Tatsache, daß Kommunisten zwei Millionen Stimmen errangen und 32 Abgeordnete bekamen, während LePens Front National 4,5 Millionen Stimmen holte und keine Abgeordneten bekam, eine Folge der Neuordnung des französischen Wahlverfahrens, das von Mitterrand und seinen kommunistischen Verbündeten ausgeklügelt wurde. □

Israel

Wer ist Jude?

Victor Marchetti

Die Streitfrage »Wer ist Jude?« wütet leidenschaftlich in Israel und mit noch mehr Erregung in der amerikanischen jüdischen Gemeinde – aber aus anderen Gründen. Ironischerweise betrachten die Israelis die Frage nicht als tiefgehendes theologisches Problem, sondern vielmehr als eine praktische Sache von weitgehend sozialer Bedeutung mit irdischen, aber geschätzten Konsequenzen für den Lebensstil. Für die amerikanischen Juden greift die Frage jedoch direkt zum Herzen ihres jüdischen Wesens, der amerikanisch-jüdischen Kultur und ihrer Auffassung vom Judentum.

Jene Juden in Israel, die über die hartnäckigen Versuche der ultra-orthodoxen Rabbis, den Juden nach ihrer eigenen Vorstellung neu zu definieren, äußerst erbost sind, sind die im religiösen Sinne nicht praktizierenden, wohlhabenderen und gebildeten Stadtbewohner, meist von europäischer Abstammung und mit sozialistischen Wurzeln.

Verstoß gegen die Bürgerrechte

Für sie stellt das vorgeschlagene Wer-ist-Jude-Gesetz zwar keine Bedrohung dar, doch eine denkbar ärgerliche Unanehmlichkeit. Wenn die ultra-orthodoxen Rabbis sich in dieser Sache durchsetzen, so argumentieren die weltlichen Juden, dann ist es nur noch eine Zeitfrage bis sie die Macht haben, andere rabbinischen Verordnungen durchzusetzen, wie das Schließen von Lichtspielhäusern und das Verbot von Fußballspielen am Sabbath. Die nichtpraktizierenden Juden sehen hierin einen unerhörten Verstoß gegen ihre Bürgerrechte.

So finden sich weltliche israelische Juden, die den Ultra-Orthodoxen oder den »Schwarzhüten«, wie sie oft genannt werden, leidenschaftlich kritisch gegenüberstehen, aber sie haben für das Wer-ist-Jude-Problem, so wie es die amerikanischen Juden betrifft, ebenso kein Verständnis oder Sympathie.

»Da amerikanische Juden doch niemals die Absicht haben, nach Israel zu gehen, was kümmert es uns, wenn diese hierüber verärgert sind«, fragte ein hoher Funktionär der Labor-Partei in Israel.

Ein Likud-Mitglied der Knesseth, der zufällig Eigentümer der Betar-Fußballmannschaft ist, sagte, er sei über das Wer-ist-Jude-Gesetz nicht beunruhigt. Er betonte jedoch, er sei voll und ganz gegen irgendeine ultra-orthodoxe Gesetzgebung, die in sein Privatleben eingreift.

Es herrscht eine steigende Frustration

Was die Besorgnis der amerikanischen Juden betrifft, so fügte er hinzu: »Wenn sie wirklich nach hierher kommen wollen und sie nach dem Reform-Ritus konvertierte Partner haben, dann können sie auch die bescheidene Geste machen und sich unseren Gesetzen anpassen. Und was die Beziehungen mit der Israel-Diaspora – jene Juden, die außerhalb Israels leben – betrifft, die brauchen uns ebenso sehr wie wir sie. Ich lasse mir jedenfalls nichts aufdiktieren.«

Es gibt noch andere Gründe, warum weltliche israelische Juden die wachsende Macht der Ultra-Orthodoxen fürchten, aber dies hat ebenfalls nichts mit den Besorgnissen der amerikanischen Juden zu tun. Viele Israelis sind der Ansicht, zuviele Regierungsgelder seien bereits zur Unterstützung der religiösen Schulen der Schwarzhüte bestimmt. Und es herrscht eine steigende Frustration vor, be-



Die Herkunft der Juden hat immer fasziniert und Wissenschaftler sowie Laien beschäftigt.

sonders unter Veteranen, über die große Anzahl von ultra-orthodoxen Studenten, die keinen Militärdienst abzuleisten brauchen.

Bei näherem Hinsehen wird daher das »Wer-ist-Jude-Gesetz« eher zu einer Frage der amerikanischen Judenheit als zu einer israelischen Frage. Während israelische Verfechter der Gesetzgebung beharrlich beteuern, die Auswirkungen seien nur geringfügiger Natur, weil einzig und allein solche konvertierte Juden davon betroffen sind, die sich unter dem Rückkehr-Gesetz um eine israelische Staatsbürgerschaft bemühen, legt die große Mehrheit der amerikanischen Juden das vorgeschlagene Gesetz als direkte Bedrohung ihrer Legitimität aus.

Ein amerikanischer Reform-Rabbi hat gesagt: »Dieses Gesetz hat nur wenig reale Bedeutung, wenn es nur auf das Rückkehr-Gesetz angewendet wird. Aber das ist nicht sein eigentlicher Zweck. Sein eigentlicher Zweck ist nicht die Frage, wer Jude ist, sondern vielmehr wer ein Rabbi ist. Es ist ein cleverer Versuch seitens der orthodoxen Führung in Israel und Amerika alle anderen jüdischen Systeme zu entrechten.«

Viele amerikanische Juden sind nicht irgendeinem formellen Zweig des Judentums angeschlossen und 90 Prozent derjenigen, die einem solchen angeschlossen sind, gehören nicht zu nicht-orthodoxen Gruppierungen – Konservative, Reform oder Reconstructionist (Wiederaufbau-Verfechter).

Amerikanische Vettern als Feiglinge angesehen

Hier liegen die Gründe dafür, daß so viele führende Persönlichkeiten der amerikanischen Judenheit in den letzten Monaten nach Israel gereist sind, um ihren Einfluß gegen das Wer-ist-Jude-Gesetz geltend zu machen.

Bei dem überraschend guten Abschneiden der ultra-orthodoxen religiösen Parteien bei den kürzlich stattgefundenen allgemeinen Wahlen des jüdischen Staates wuchs bei den amerikanischen Juden die Besorgnis, daß entweder die Likud- oder Labor-Partei sich einigen würden, um das Gesetz mit der Unterstützung durch die Ultra-Orthodoxen durch die Knesseth zu bringen.

Die Bemühungen der amerikanischen Juden wurden jedoch von Israels politischen Führern zurückgewiesen. Drohungen mit oder gar Anspielungen auf Einstellung der amerikanisch-jüdischen Finanzhilfe für Israel, um die Politiker unter Druck zu setzen, das Wer-ist-Jude-Gesetz fallenzulassen, lösten starke, manchmal sogar ärgerliche Reaktionen aus – wodurch die grundlegenden Reibungen, die traditionsgemäß zwischen jenen, die ins jüdische Heimatland zurückgekehrt sind und ihren Brüder in der Diaspora bestanden, zutage traten.

Israelis haben schon immer die Juden in der Diaspora, vor allem die amerikanischen Juden, mit ziemlicher Abneigung betrachtet. Obwohl die Israelis den Wert der amerikanischen Juden in bezug auf das Herausquetschen dringend benötigter Gelder und Waffen aus dem amerikanischen Kongreß voll anerkennen, neigen sie dennoch dazu, ihre amerikanischen Vettern als Feiglinge anzusehen, die sich für das gute Leben entschieden haben und die Last des Aufbaus und den Schutz des Judenstaates und nach israelischer Auslegung des zukünftigen jüdischen Volkes den Israelis und deren Kindern überlassen.

»Das israelische Modell besteht darin, daß es eine in der ganzen Welt verstreute jüdische Nation gibt, und die Juden von Israel sind deren Vorhut«, führte David Sidorsky, Professor für jüdische Philosophie an der Columbia Universität kürzlich vor dem amerikanischen Kongreß aus. »Anderswo ist die Peripherie die Nachhut. Der Kampf findet an der Front statt, und die Peripherie bezahlt die Rechnungen, sorgt für die Unterstützung. Und dies ist etwas was die amerikanische jüdische Gemeinde nicht akzeptiert, daß die Juden aus der Diaspora nach Israel kommen sollen, es bis zu Aliya schaffen, um in ihre eigentliche Heimat zurückzukehren, so daß Israel stark sein wird und überleben kann. Die israelische Linke will, daß amerikanische Juden umsiedeln und ihre Stimmen und Stimmzettel in das immer kleiner werdende Friedenslager einbringen und außerdem westliche Werte, wie die Achtung vor dem religiösen Pluralismus und der Freiheit der Meinungsäußerung, nach Israel einführen. Aber die amerikanischen Juden wollen lieber in New York und Los Angeles bleiben und lediglich Geld nach Israel schicken.«

Der Realität ins Auge sehen

Die Rechten freuen sich auf einen Massenansturm von sowjetischen Juden, die bereit wären, sich in den besetzten Gebieten anzusiedeln, als Gegengewicht zu der wachsenden palästinensischen Bevölkerung dort. Doch die sowjetischen Juden wollen lieber nach Amerika auswandern, und ihre amerikanischen Vettern sind sehr darum bemüht, ihnen dabei zu helfen, anstatt sie zu ermutigen, nach Israel zu gehen. Diese Tatsache sorgt naturgemäß für noch mehr Reibungen in den ohnehin stürmischen Beziehungen zwischen den Israelis und der jüdischen Diaspora.

Auf einer kürzlich stattgefundenen Konferenz jüdischer Intellektueller in New York nahm Irving Howe, Herausgeber von »Dissent«, ein liberales jüdisches Magazin, zu dieser Streitfrage »Wer ist Jude?« Stellung.

Er führte aus: »Dies enthüllt bis zu welchem Ausmaß Israel die Religion amerikanischer Juden geworden ist. Ginge es nicht um die Verehrung Israels, dann müßten sie nach innen auf ihre Religion schauen und wären dann gezwungen, der Realität ins Auge zu schauen, daß dort wenig davon vorhanden ist.« □



Engere Verbindungen der UdSSR zu Israel

Die »Society for Friendship and Relations with Israel« ist in der Sowjetunion mit amtlicher Unterstützung der sowjetischen Regierung ins Leben gerufen worden: Die Organisation war einer der Sponsoren einer Tagung zum Gedenken an die Babi-Yar-Massaker von Juden in der Nähe von Kiew während des Zweiten Weltkrieges.

Obwohl die Sowjets zwar auch im vergangenen Jahr eine solche Gedenkfeier genehmigt hatten, war es jetzt zum ersten Mal, daß staatlich geförderte Organisationen daran teilnahmen. Anwesend war auch das von den Sowjets geleitete Antizionistische Komitee sowie Mitglieder der israelischen Konsular-Delegation in Moskau. □

Antisemitismus in Japan

Die israelische Botschaft in Tokio hat beim japanischen Außenministerium gegen die Bücher eines Bestsellerautors protestiert, die scharfe antisemitische Akzente haben. »Wir wollen sie wissen lassen, daß wir diesen Fall sehr ernst nehmen«, erklärt ein israelischer Diplomat.

Der in Osaka lebende Autor Masami Uno behauptet in den beiden Bänden, daß die gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme Japans auf eine Verschwörung des »internationalen jüdischen Kapitals« zurückzuführen seien. Die Bücher haben eine Gesamtauflage von 650 000 Exemplaren erreicht. Der Autor verficht darin die Meinung, daß amerikanische Großunternehmen wie IBM, General Motors, Ford, Exxon und AT & T von im Hintergrund die Fäden ziehenden Kreisen kontrolliert würden.

Er behauptet auch, daß diese Insider-Kreise eine Kampagne gegen Japan gestartet haben und für den Höhenflug des Yen gegenüber dem Dollar verantwortlich sind. In dem Band »Wer Judäa versteht, versteht die Welt« schreibt Uno, daß die große Depression von 1930 von diesen Insider-Kreisen verursacht wurden. Für 1990 würden sie eine neue Depression planen. Dieses Buch steht weit oben auf der gegenwärtigen Bestsellerliste in Japan.

Im zweiten Band »Wer Judäa versteht, versteht Japan« wird die Behauptung aufgestellt, die Nationalsozialisten hätten im Zweiten Weltkrieg weit weniger Juden umgebracht, als allgemein gesagt wird. Beide Bücher werden nach Angabe der Zeitung »Yomiuri Shinbun« von japanischen Geschäftsleuten gekauft.

Neben diesen beiden Bestsellern sind gegenwärtig auch mehrere andere Publikationen mit ähnlichen Themen in den japanischen Buchläden zu finden. Mehrere behandeln eine angebliche »Verschwörung des Weltzionismus«. Ein Buch hat den Titel »Das Geheimnis der jüdischen Macht zur Weltherrschaft«. Der Autor ist Eisaburo Saito, ein liberal-demokratischer Abgeordneter im Oberhaus. □

Israels Streitkräfte ändern ihre Strategie

Die israelischen Streitkräfte (IDF) sind beunruhigt. Trotz beträchtlicher amerikanischer Militärhilfe schrumpfte das Budget der IDF seit 1982 allmählich zusammen und wird sich unter dem wirtschaftlichen Anpassungsprogramm der neuen Regierung der nationalen Einheit weiter verringern. Als Folge davon sind die IDF dabei, ihre strategischen Verteidigungsanlagen zu überdenken.

Der stellvertretende Generalstabschef Generalmajor Ehud Barak enthüllte, daß der in diesem Jahr vorgeschlagene Haushalt von vier Milliarden Dollar nicht ausreicht, um den Gesamtbedarf für die derzeitigen Einsätze der IDF zu decken, der sich drastisch erhöht hat wegen der palästinensischen Unruhen und wegen der Vorbereitungen der Streitkräfte, um mit dem Langzeitproblem einer vereinten arabischen Bedrohung aus dem Osten, die seit dem Ende des irakisch-iranischen Krieges gewachsen ist, fertig zu werden.

Der vorgeschlagene Haushalt setze sich zusammen aus 2,2 Milliarden Dollar in israelischen Schekel und 1,8 Milliarden Dollar in amerikanischen Hilfeleistungen. Aber, so führte er aus, beide Währungen, besonders der Schekel, haben wegen der Inflation und dem Sturz des Dollars im Verhältnis zu ausländischen Währungen an Kaufkraft verloren. Der Plan der neuen Regierung, den Schekel um 12 Prozent abzuwerten, wird die reale Höhe des IDF-Budgets weiter verringern.

Aufgrund der kommenden Haushaltseinschränkung und der noch immer unbestimmten Tragweite des neuen Sparplans der israelischen Regierung setzt sich daher langsam eine neue unheilvolle Konzeption in den Gehirnen der israelischen Militärplaner fest.

Vor der Kombination von sich verringernden Mitteln und steigenden Bedürfnissen – sowie wachsenden arabischen Fähigkeiten zur Führung eines Raketen- oder chemischen Krieges – stehend, sind israelische Militärdenker dabei, eine Strategie der »realistischen nuklearen Abschreckung« zu entwickeln, heißt es aus Informationsquellen des US-Verteidigungsministeriums.

»Sie verfügen schon seit Jahren über eine nukleare Einsatzbereitschaft« sagte ein Beamter des Pentagons, »aber sie neigten dazu, diese einerseits als begrenzte Erstschlag- und andererseits als Verzweiflungs-Untergangs-Einsatzfähigkeit zu betrachten. Nun fangen sie an, diese als echte Abschreckung, als praktische Alternative zur konventionellen Kriegsstrategie, die bislang in ihrer militärischen Strategie überwog, zu betrachten.

Dies bringt es mit sich, daß sie ihre Sechs-Tage-Krieg-Mentalität und ihre Hoffnung, einen militärischen Endsieg über die Araber zu erringen, aufgeben müssen. Und das heißt auch, daß sie den Plan für ein Großisrael fallenlassen müssen. Das wird für sie eine bittere Pille sein, die sie zu schlucken haben.« □

Amerikanische Israel-Lobby in Klage namhaft gemacht

Sechs ehemalige amerikanische Regierungsbeamte haben bei der Federal Election Commission (Bundes-Wahlausschuß) eine Klage eingereicht. Sie beschuldigen eine mächtige israelische Lobby-Gruppe der »Verschwörung und Kollusion«, das heißt sittenwidriges Zusammenwirken zur Vortäuschung eines Sachverhalts, bei Verstößen gegen amerikanische Gesetze.

Die Klage, die im Januar eingereicht aber in den überregionalen Medien heruntergespielt wurde, lautet dahingehend, daß das American Israel Public Affairs Committee in Kollusion mit 53 politischen Aktions-Ausschüssen (PAC) als Lobby-Gruppe US-Bundesgesetze dadurch übertrat, daß es Finanzmittel dazu benutzte, Kandidaten für den US-Senat und das Repräsentantenhaus entweder zu wählen oder zu bekämpfen, je nachdem, wie diese zu Israel standen.

Sollten die Beschuldigungen vom Wahlausschuß als berechtigt anerkannt werden, dann könnten die Israel-freundlichen PACs für schuldig befunden werden, durch die US-Bundesregierung auferlegte Eingrenzungen ihrer politischen Aufgaben überschritten zu haben, da das Gesetz will, daß alle Beiträge von Schwester-Ausschüssen von einer einzelnen Gruppe geleitet werden.

Aus der Klage geht hervor, daß das American Israel Public Affairs Committee unter Bruch seines eingetragenen Status als Lobby-Organisation Gelder und freiwillige Helfer durch PACs geschleust hat.

Zu den ehemaligen amerikanischen Regierungsbeamten, die Klage gegen die Israel-Lobby-Maschine erheben, gehören der ehemalige US-Staatssekretär George Ball, der ehemalige Botschafter für Qatar Andrew Killgore, der ehemalige Botschafter für Saudi-Arabien James Akins und der im Ruhestand lebende

Admiral Robert J. Hanks, der die Nahost-Einsatzgruppe der amerikanischen Marine leitete.

Auch der ehemalige Chefinspektor der US-Information Agency Richard Curtiss und der ehemalige Republikaner Paul Findley, der behauptet, er sei aufgrund eines Feldzugs der Israel-Lobby-Gruppe im Jahr 1982 bei einer Nachwahl besiegt worden.

In einer vorbereiteten Erklärung klagte einer der ehemaligen Regierungsbeamten, Curtiss, an, daß die schreckliche Fähigkeit der Lobby, Unterstützung durch den US-Kongreß zu mobilisieren, nicht auf einen Appell an das amerikanische nationale Interesse sondern auf Drohungen durch ein besonderes Interesse, das auf Verschwörung und Kollusion zurückgreift, beruht.

Die von den ehemaligen Regierungsbeamten erhobenen Anklagen wurden von der Arab-Anti-Discrimination-League, einer großen arabisch-amerikanischen Organisation erarbeitet und begründet.

In der Klage wird der amerikanische Wahlausschuß aufgefordert, die Israel-Lobby dazu zu zwingen, sich als politisches Aktions-Komitee eintragen zu lassen.

Wenn das geschieht, dann muß die Lobby-Gruppe über alle ihre Tätigkeiten beim Federal Election Committee Berichte vorlegen. Dies würde die Anstrengungen der Gruppe stark einschränken, weil sie dann nicht mehr hinter den Kulissen operieren könnte, um Mitglieder des US-Kongresses dazu zu zwingen, Israel zu unterstützen, ein Land, das mit drei Milliarden Dollar pro Jahr der größte Empfänger amerikanischer Auslandshilfe ist. Es würde die Bemühungen der Gruppe beschneiden, Hilfeleistungen und Waffenverkäufe an arabische Länder zu blockieren.

Die Israel-freundliche Gruppe meinte dazu, daß ihre Mitglieder »mit Stolz an dem amerikanischen politischen Prozeß, dies innerhalb der Gesetzgebung des Landes zu tun, beteiligt sind«. Im Vertrauen ist man überzeugt, daß der Wahlausschuß »sich bald einigen wird«.

Die ehemaligen amerikanischen Regierungsbeamten glauben, daß die amtliche Politik Washingtons immer zugunsten Israels und nachteilig für die politischen und wirtschaftlichen Interessen Amerikas in der arabischen Welt ist. Es gibt nur einige wenige araber-freundliche PACs in den USA, und diese werden immer um mindestens zehn zu eins von den Pro-Israel-PACs finanziell an die Seite gedrückt.

Aus der Klage geht hervor, daß das Pro-Israel-Komitee tatsächlich die Bemühungen von einem Dutzend PACs koordiniert und diese dazu benutzt, Millionen in die Hände von Kandidaten für den US-Senat und das Repräsentantenhaus fließen zu lassen.

Die ehemaligen Regierungsbeamten zitierten in ihrer Klage zwei interne Denkschriften des Pro-Israel-Komitees, um ihre Anklagen zu untermauern. In einer wird einem Kollegen eindringlich nahegelegt, sich dessen sicher zu sein, daß Pro-Israel-PACs gewissen Kandidaten für den Senat Gelder zukommen lassen. Außerdem wird in der Klageschrift die Überlappung von Mitgliedern sowohl der Lobby-Gruppe als auch der 53 Pro-Israel-PACs dargestellt. □

Die Probleme der B'nai B'rith Loge

Nach Ansicht des israelischen Journalisten David Makovsky, Verfasser eines Beitrages in der jüngsten Ausgabe des Magazins für Kultur und Meinung der amerikanischen Juden »Moment«, steht die B'nai B'rith Loge vor großen Problemen.

»Wenn die Leute in diesen Tagen über B'nai B'rith reden, dann tun sie das gewöhnlich in der Vergangenheit«, sagt Makovsky. »B'nai B'rith hat im Leben der amerikanischen Juden soviele Errungenschaften abgehakt, und dennoch ist sie, wie ein Großteil ihrer amerikanischen Mitglieder, in die Jahre der Dämmerung hineingeschlittert. Sie befindet sich derzeit in einer verzweifelten Krise und ihre einzige Hoffnung liegt in der Tatsache, daß sich ihre neue Führung dessen schmerzlich bewußt ist, daß sie etwas Dramatisches tun muß, um ein Schicksal der B'nai B'rith Loge abzuwenden, das im Institutionsleben schlimmer als der Tod ist, die Unbedeutsamkeit.

Einst die führende Gemeinde-Organisation der amerikanischen Juden ist B'nai B'rith jetzt von finanziellen Schwierigkeiten und schwindender Mitgliederzahl befallen. Die meisten seiner derzeitigen Mitglieder sind 65 Jahre und älter, und die Institution setzt sich nicht mehr für die Belange junger jüdischer professioneller Aktivisten ein.

In einer Anstrengung, sich selbst wieder aufzurichten, schaut die B'nai B'rith auf ihren selbstbewußten Präsidenten Seymour Reich, den ehemaligen Vorsitzenden der Bürgerrechtsabteilung der Anti-Defamation League (ADL), um die internen Zwistigkeiten zu schlichten, jüngere Mitglieder zu besänftigen und die Position des Verbandes im Leben der amerikanischen Juden zu festigen.

Während andere amerikanische jüdische Organisationen in den letzten 20 Jahren einen Aufschwung erlebten – seit Israels siegreichem Sechs-Tage-Krieg von 1967 –, ging die Mitgliedschaft der B'nai B'rith um ein Drittel zurück. 1969 hatte sie etwa 200 000 Mitglieder. Bis 1987 ging diese Zahl auf rund 136 000 zurück. Und B'nai B'riths eigene interne Planungsberichte warnen: »Alle Vorausberechnungen deuten auf eine fortgesetzte und beschleunigte Spirale nach unten hin.«

In den letzten zwei Jahrzehnten hat B'nai B'rith gegenüber den glanzvolleren und politisch angriffslustigen Organisationen, dem United Jewish Appeal, dem Jewish National Fund, dem American Israel Public Affairs Committee (AIPAC), und seiner eigenen Schöpfung und Filiale, dem ADL, gegenüber das Rennen verloren. Heute ist der ADL für alle praktischen Zwekke ein seperates Ganzes, das auf Kosten seiner Eltern an Größe und Einfluß immer mehr zunimmt.

Ein Grund beim Untergang der B'nai B'rith ist ihre Unterkunft- und Dienstleistungsorganisation. Ungefähr in der Art solcher Bruderschafts-Institutionen wie der Kiwanis Club und die Knights of Columbus organisiert, hing die B'nai B'rith weitgehend von Freiwilligen ab, die in großzügiger Weise ihre Zeit zur Verfügung stellten, um an würdigen Gemeindeanliegen mitzuwirken, zum Beispiel um den armen und älteren Menschen zu helfen.

Die heutigen expandierenden und aktivistischen jüdischen Verbände neigen dazu, mehr Israel-orientiert zu sein und sich von professionellen Karrieremachern leiten zu lassen. Diese Organisationen haben nicht nur die jüngere Generation als Mitglieder angelockt, sondern auch das Geld der älteren Generation, um ihre kampflustigen politischen Tagesordnungen zu fördern.

Der neue Präsident der B'nai B'rith hat sich zum Ziel gesetzt, all dies zu ändern. Reich hat langsam damit begonnen, die interne Bürokratie der Organisation wachzurütteln, die alten Hilfskräfte auf die Weide zu schicken und neues Blut hereinzuholen – weitgehend aus dem ADL.

»Ich will die B'nai B'rith für diejenigen attraktiv machen, die unsere Arbeit fortsetzen wollen«, sagt er.

Was Reich mit »unsere Arbeit« meint, wird am besten charakterisiert durch eine ganzseitige Anzeige der B'nai B'rith in der »New York Times«. Sie lautete: »Israel ist heute ein Land, das sich im Belagerungszustand befindet – durch palästinensische Araber, durch eine feindliche Presse, durch heuchlerische Regierungen. Es ist Zeit für amerikanische Freunde des jüdischen Staates aufzustehen und sich zählen zu lassen, um stolz unsere Identifizierung mit seiner Regierung und seiner Sache zu bekunden. B'nai B'rith nimmt diesen Standpunkt ein.«

Gleichzeitig mit seiner pro-israelischen Orientierung unter Reich hat sich die B'nai B'rith auch politisch nach rechts bewegt, und geht dabei soweit, den israelischen Botschafter für die USA, Mosche Arad, öffentlich dafür zu tadeln, daß er sich kürzlich mit dem »palästinensischen Sympathisanten« Jesse Jackson traf. Mit dieser Verhaltensweise hat die B'nai B'rith die Abdankung von ihrer historischen Mission der sozialen Dienstleistung signalisiert und wetteifert jetzt aktiv mit AIPAC. □

Israel

Grausamer Zionismus

Mark Lane

Naim Giladi, ein im Irak geborener sephardischer Jude, gehörte dort zum zionistischen Untergrund und war später ein israelischer Offizier, der für seine Verdienste im Kampf ausgezeichnet wurde. Er war Journalist und politisch aktiv in Israel, wo er Mitbegründer der Sephardi Black Panther Party war. Er lebt heute in New York City und ist ein ausgesprochener Kritiker des zionistischen Extremismus von Israels Likud-Block und dessen Führer, Premierminister Yitzhak Shamir.

Als junger Zionist im Irak schmuggelte Giladi in den vierziger Jahren Juden nach Israel. Giladis Ansicht nach benötigte der neue jüdische Staat dringend Menschen, um seine Grenzen zu verteidigen, und um der Welt zu zeigen, daß Juden, besonders jene in den naheliegenden arabischen Staaten, in das neue Israel auswandern wollten.

Der teuflische Plan der Agenten

Viele Juden im Irak waren jedoch nicht gar so dringend darum besorgt, das Land zu verlassen, wo sie fast 2000 Jahre gewohnt hatten. Viele von ihnen waren gebildet und wohlhabende Bankiers, Geschäftsleute, Rechtsanwälte und dergleichen. Um sie zu ermutigen, »es bis Aliya zu schaffen« (nach Zion zurückzukehren), heckten israelische Agenten einen teuflischen Plan aus. Sie zündeten in einer bedeutenden Synagoge in Bagdad eine Bombe und machten dafür die irakische Regierung verantwortlich. Der Plan gelang. Iraks Juden verließen das Land zu Tausenden.



Graf Folke Bernadotte war im Mai 1948 im Auftrag der UN der Vermittler im Palästina-Konflikt und wurde von der Stern-Bande ermordet.

Giladi wurde von den irakischen Behörden verhaftet und zum Tode verurteilt, es gelang ihm jedoch zu fliehen und seinen Weg nach Israel zu machen. Was Giladi nach Ankunft in dem Heimatland sah, war für ihn eine bittere Enttäuschung. Die irakischen Juden – wie die anderen sephardischen oder orientalischen Juden aus arabischen Ländern – wurden von der israelischen Regierung, die von aschkenasischen oder europäischen Juden dominiert wird, keineswegs mit offenen Armen aufgenommen.

Die »arabischen Juden« – die von ihren aschkenasischen Vettern für Sephardies verwendete abwertende Bezeichnung – wurden in die Grenzgebiete verfrachtet und dort gezwungen, in Zeltdörfern zu wohnen. Dies war nicht etwa so, weil es anderswo in Israel keine Wohnungen gegeben hätte, sondern weil die Neuankömmlinge im Falle einer arabischen Invasion als menschliche Stolperdrähte dienen sollten.

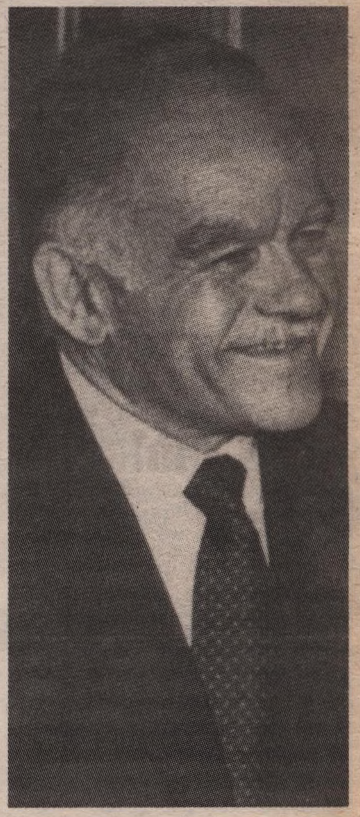
Die Sephardis hielten nichts destoweniger durch, arbeiteten schwer am Aufbau des neuen jüdischen Staates und kämpften in seinen Kriegen gegen die Araber. Doch nach Jahren derartiger Entbehrungen und Diskriminierung gründeten Giladi und eine Gruppe von sephardischen Aktivisten Anfang der siebziger Jahre die Partei der Schwarzen Panther von Israel, um eine Stimme in der Regierung zu bekommen.

Gemäßigte Haltung gegenüber Araber

Als Protestbewegung einer Volksgruppe verlangten die Schwarzen Panther Lösungen für die sozialen Probleme der sephardischen Juden und gleiche Chancen für alle nicht-aschkanesischen Teile der Bevölkerung einschließlich der Palästinenser. Sie setzten sich auch für eine gemäßigte Haltung der Israelis gegenüber der arabischen Welt und Anerkennung der palästinensischen Volksbewegung ein. Zwei Mitglieder der Partei wurden schließlich in die Knesseth gewählt.

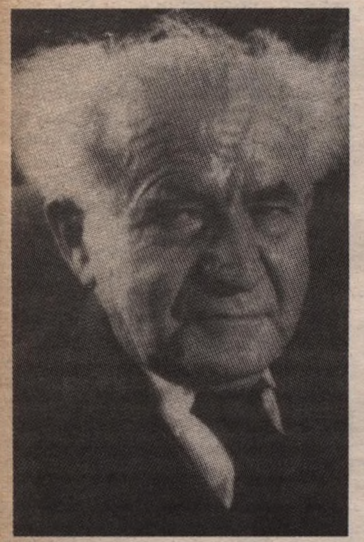
Giladi, der für zahlreiche politische Zeitschriften im Inland und Ausland schreibt, arbeitet derzeit an einem Buch über die Ursprünge des zionistischen Staates. Der Titel seines Buches lautet »Cruel Zionism« (»Grausamer Zionismus«). Er sagt, dies sei ein angemessener Titel, denn er wolle die fast unglaubliche Unbarmherzigkeit hervorheben, mit der die frühen Zionisten ihr Ziel der Gründung des Staates Israel verfolgten. Ein von ihm zitiertes Beispiel ist der Ankara-Brief.

Das wenig bekannte Dokument gestattet einen einzigartigen Einblick in die Denkweise der revolutionären Zionisten, der Gründungsväter Israels, und wie weit diese bereit waren zu gehen, um ihre Ziele zu erreichen.



Yitzak Shamir änderte seinen Namen als er vom Terrorismus in die israelische Politik überwechselte.

Aber um die Bedeutung des Ankara-Briefes voll zu verstehen, ist eine kleine Vorgeschichte nützlich.



David Ben-Gurion war Israels erster Präsident, aber er hatte nicht die Kontrolle über die Dinge.

Der legendäre revolutionäre Zionist Avraham Stern, der sich Yair – nach Eleazar ben Yair, dem Kommandeur bei Masada, der während der jüdischen Revolution von 73 nach Christi lieber den Selbstmord seiner Garnison befahl, als sich den Römern zu ergeben – nannte, war ein fanatischer Eiferer von äußerster Wichtigkeit.

Kurz nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs trennte sich Stern von der Irgun, der zionistischen terroristischen Untergrundbewegung, zu der Menachem Begin gehörte. Stern gründete eine neue und noch radikalere Gruppe, die er die »echte« Irgun nannte, und die später als Stern-Bande bekannt wurde. Yitzhak Shamir war der Einsatzleiter der Bande, als diese 1944 Lord Moyne, den im Gastland wohnenden britischen Minister für den Nahen Osten und 1948 Graf Bernadotte, den Sondervermittler der Vereinten Nationen für Palästina, ermordeten.

Kontaktaufnahme mit dem Dritten Reich

Stern brach mit der Irgun, da er glaubte, sie widme sich nicht in ausreichendem Maße der Durchsetzung seiner 18 Grundsätze zur Erfüllung der zionistischen Zielsetzung. Zu seinen Grundsätzen gehörte die Gründung eines jüdischen Staates mit Grenzen wie im ersten Buch Moses, 15,18 festgelegt: »Vom Strom Ägyptens bis an den großen Euphrat«.

Und dazu gehörte auch ein »Bevölkerungsaustausch« mit den Arabern – eigentlich ein Euphemismus für die Vertreibung der Palästinenser – und der Bau eines dritten Tempels in Jerusalem, an der Stelle der islamischen Moschee, des Felsendoms.

Als der Zweite Weltkrieg härter wurde, versuchte Stern mit Mussolini ein Abkommen zu treffen, wonach Italien einen zionistischen Staat in Palästina anerkennen sollte, als Gegenleistung für den Kleinkrieg der Stern-Bande gegen die dort stationierten Briten.

Später sandte Stern einen Agenten aus, um deutschen Regierungsbeamten in der Türkei ein ähnliches Arrangement vorzuschlagen. Werner Otto von Hentig berichtet darüber in seinem bereits 1962 erschienenen Buch »Mein Leben eine Dienstreise« (Verlag Vandenhoeck + Ruprecht, Göttingen):

»Die merkwürdigste Delegation kam aus Palästina selbst. Der Führer, ein vorzüglich aussehender jüngerer Offizierstyp, erbot sich, mit den Nationalsozialisten gegen die eigenen Leute, vor allem die orthodoxen Zionisten zusammenzuarbeiten, wenn ihnen Hitler die Eigenstaatlichkeit eines jüdischen Palästina gewährleiste. So viele Personen, so viele Probleme, so viele hoffnungsvolle Forderungen an das Reich. Ich aber sollte, ja durfte lediglich informieren.

Unabweisbar stellten sich zwei Aufgaben: Erstens unsere arabischen Freunde vor den gröbsten Übergriffen der Mandatsmacht zu bewahren und sie möglichst aus den Gefängnissen und Lagern zu befreien, und zweitens die Anfragenden nicht unbefriedigt oder im Zweifel über unsere tiefere Gesinnung und innerste Haltung zu lassen.

Für einen israelischen Nationalstaat

Riad el Solh konnte ich auf einem Tee-Empfang, wo er mich öffentlich herausfordernd nach der deutschen Politik und ihren Zielen fragte, nur darauf hinweisen, daß eine Regierung häufig aus bestimmten politischen Rücksichten eine von der unveränderlichen nationalen Politik zeitweise abweichende Haltung einnehmen müsse.

Die ›Politik des deutschen Volkes‹ aber sei, die Unabhängigkeit der arabischen Länder miterkämpfen und zu sichern. Das sei unsere alle augenblicklichen Meinungen und Maßnahmen einer Regierung überdauernde Einstellung. Riad el Solh verstand mich ohne weiteres.

Der jüdischen Delegation aber hatte ich auf ihr Bündnisangebot nur sagen können, daß die von ihr gestellte Bedingung ganz bestimmt niemals mit Rücksicht auf unsere arabischen Freunde und unsere allgemeinen Grundsätze angenommen werde könne, daß aber ich persönlich schon immer für einen israelitischen Nationalstaat in einer klimatisch bevorzugten und ausreichenden Siedlungsraum gewährenden Gegend eingetreten sei.

Hatte ich doch sogar Hitler einmal in einer Denkschrift den Gedanken nähergebracht, daß es für die deutsche Politik stets vorteilhaft sein würde, mit einem souveränen Staatswesen und einer verantwortlichen Regierung zu tun zu haben, als mit anonymen, nicht faßbaren und deswegen um so gefährlicheren, über den Erdball verteilten Mächten.«

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde eine Kopie von Sterns Vorschlag an das Dritte Reich in den Akten der deutschen Botschaft in Ankara gefunden.

Das Ankara-Dokument ist vom 11. Januar 1941 datiert. Es trägt die Überschrift »Grundlegende Merkmale des Vorschlags der Nationalen Militär-Organisation (NMO, das heißt Irgun) bezüglich der Lösung der Judenfrage in Europa und der Beteiligung der NMO am Kriege an der Seite Deutschlands«.

Nachstehend einige Auszüge: »Die Evakuierung der jüdischen Massen aus Europa ist eine Vorbedingung zur Lösung der Judenfrage; aber dies kann nur ermöglicht und vollendet werden durch Ansiedlung dieser Massen in der Heimat des jüdischen Volkes, Palästina, und durch die Errichtung eines jüdischen Staates in seinen historischen Grenzen.

Die NMO, der der gute Wille der deutschen Reichsregierung und ihrer Behörden gegenüber der Tätigkeit der Zionisten innerhalb Deutschlands und gegenüber den zionistischen Auswanderungsplänen wohlbekannt ist, vertritt die Ansicht, daß:

Erstens gemeinsame Interessen bestehen könnten zwischen einer Neuordnung Europas im Einklang mit den deutschen Vorstellungen und den wahren nationalen Bestrebungen des jüdischen Volkes wie sie von den NMO verkörpert werden.

Kriegsteilnahme an der Seite der Deutschen

Zweitens eine Zusammenarbeit mit dem neuen Deutschland und einem erneuerten völkisch-nationalen Hebräerreich wäre möglich.

Und drittens die Errichtung des historischen Judenstaates auf nationaler und totalitärer Basis, gebunden durch einen Vertrag mit dem Deutschen Reich, wäre im Interesse einer dauerhaften und gefestigten zukünftigen deutschen Machtposition im Nahen Osten.

Ausgehend von diesen Überlegungen, bietet die NMO in Palästina, unter der Bedingung, daß die oben erwähnten nationalen Bestrebungen der israelischen Freiheitsbewegung seitens des Deutschen Reiches anerkannt werden, die aktive Kriegsteilnahme an der Seite des Deutschen Reiches an.

Dieses Angebot der NMO, das sich auf Einsätze auf militärischer, politischer und nachrichtendienstlicher Ebene in Palästina und, entsprechend unseren entschlossenen Vorbereitungen auch außerhalb Palästinas bezieht, wäre mit militärischer Ausbildung und Organisation von jüdischem Menschenmaterial in Europa unter der Führung und dem Kommando der NMO verbunden. Diese militärischen Einheiten würden am Kampf zur Eroberung Palästinas teilnehmen, falls man sich für eine solche Front entscheiden sollte.

Die indirekte Beteiligung der israelischen Bewegung an der

Isral

Grausamer Zionismus

Neuordnung Europas, die sich bereits im Stadium der Vorbereitung befindet, wäre mit einer positiv-radikalen Lösung des europäischen Judenproblems im Einklang mit den oben erwähnten nationalen Bestrebungen des jüdischen Volkes. Dies würde die moralische Grundlage der Neuordnung in den Augen der gesamten Menschheit außerordentlich verstärken.

Die NMO ist in ihrer Ideologie und ihrer Gliederung nahe mit den totalitären Bewegungen Europas verwandt.«

Auch der Historiker Lenni Brenner beschäftigt sich in seinem Buch »The Iron Wall«, veröffentlicht von Zed Books Ltd., 57 Caledonian Road, London, 1984, mit diesen geschichtlichen Vorgängen.

Lenni Brenner schreibt über das Stern-Shamir-Memorandum an Hitler: »Um sich zu vergewissern, daß sie es tatsächlich mit den Achsenmächten zu tun hatten, sandten die Stern-Leute Naphtali Lubinczik zu Alfred Roser, einen Agenten des Militärischen Nachrichtendienstes, und Otto Werner von Hentig aus dem Außenministerium. Am 11. Januar sandten sie das Memorandum der Stern-Leute, in dem eine Zusammenarbeit vorgeschlagen wurde, an deren Botschaft in Ankara, wo es nach dem Kriege gefunden wurde.

Das Dokument mit der Überschrift ›Grundlegende Merkmale des Vorschlags der Nationalen Militär-Organisation in Palästina bezüglich der Lösung der Judenfrage in Europa und der Beteiligung der NMO am Krieg an der Seite Deutschlands‹ versetzte Shamir in eine brisante historische Perspektive, und es war daher angebracht, es im Wortlaut wiederzugeben.

Radikale Lösung der Judenfrage

Es lautet: Es wird oft in den Reden und Äußerungen des nationalsozialistischen Deutschlands festgestellt, daß eine Neuordnung Europas die radikale Lösung der Judenfrage durch Auswanderung erforderlich mache – ›judenreines Europa‹ – . . .

Die Lösung des Judenproblems auf diese Weise, die somit ein für alle Mal die Befreiung des jüdischen Volkes mit sich bringen wird, ist das Ziel der politischen Aktivitäten und des langjährigen Kampfes der israelischen Freiheitsbewegung, der Nationalen Militärischen Organisation (Irgun Zvai Leumi) in Palästina . . .

Die Zusammenarbeit der israelischen Freiheitsbewegung wäre auch auf der Linie einer der kürzlichen Reden des deutschen Reichskanzlers, in der Herr Hitler betonte, er würde jede Kombination und Koalition ausnutzen, um England zu besiegen und zu isolieren.

Ein kurzer allgemeiner Überblick über die Formation, das Wesen und die Tätigkeit der NMO in Palästina:

Die NMO hat sich teilweise aus der jüdischen Selbstverteidigung in Palästina und der Revionistischen Bewegung (Neue Zionistische Organisation) entwickelt, mit der die NMO durch die Person von V. Jabotinsky bis zu dessen Tod lose Verbindung unterhielt.

Die england-freundliche Haltung der Revisionistischen Organisation in Palästina, die eine Erneuerung der Personalunion verhinderte, führte im Herbst dieses Jahres zum völligen Bruch zwischen ihr und der NMO sowie zu einer darauffolgenden Spaltung in der Revisionistischen Bewegung.

Das Ziel der NMO ist die Errichtung eines jüdischen Staates in seinen historischen Grenzen.

Im Gegensatz zu allen zionistischen Tendenzen lehnt die NMO die koloniosatorische Infiltration als einziges Mittel, das Vaterland zugänglich zu machen und nach und nach in Besitz zu nehmen, ab und setzt ihre Parole ›Kampf und Opfer als das einzig wahre Mittel zur Eroberung und Befreiung Palästinas‹ in die Tat um.

Wegen ihrer militanten Eigenschaft und ihrer england-feindlichen Haltung ist die NMO unter den ständigen Verfolgungen durch die britische Verwaltung gezwungen, ihre politische Tätigkeit und die militärische Ausbildung ihrer Mitglieder in Palästina geheim durchzuführen.

Die Kampfkraft kann niemals erlahmen

Die NMO, deren terroristische Aktivitäten schon im Sommer des Jahres 1936 begannen, wurde nach Veröffentlichung des Britischen Weißbuches besonders gut bekannt durch eine erfolgreiche Intensivierung ihrer terroristischen Tätigkeit und Sabotage an britischem Eigentum im Sommer 1939. Zu dem Zeitpunkt waren die Aktivitäten, sowie tägliche geheime Radiomeldungen, fast in der gesamten Weltpresse beobachtet und diskutiert.

Die NMO unterhielt unabhängige politische Dienststellungen in Warschau, Paris, London und New York, bis zum Beginn des Krieges.

Die Dienststelle in Warschau befaßte sich hauptsächlich mit der militärischen Organisation und der Ausbildung der zionistischen Jugend und stand in enger Verbindung mit den jüdischen Massen, die, besonders in Polen, den Kampf der NMO in Palästina trugen und in jeder Art und Weise begeistert unterstützten. Zwei Zeitungen wurden in Warschau verlegt: ›Die Tat‹ und ›Befreites Jerusalem‹. Dies waren Organe der NMO.

Die Dienststelle in Warschau unterhielt enge Beziehungen zu der ehemaligen polnischen Regierung und zu jenen Militärkreisen, die den Zielen der NMO die größte Sympathie und Verständnis entgegenbrachten.

So wurden im Jahre 1939 ausgewählte Gruppen von NMO-Mitgliedern von Palästina nach Polen entsandt, wo ihre militärische Ausbildung in Kasernen von polnischen Offizieren vervollständigt wurde.

Die Verhandlungen zum Zwekke der Aktivierung und Konkretisierung ihrer Unterstützung fanden zwischen der NMO und der polnischen Regierung in Warschau statt – der Nachweis darüber findet sich leicht in den Archiven der ehemaligen polnischen Regierung – und wurde wegen des Kriegsbeginn abgebrochen.

Die NMO ist ihrer Ideologie und ihrem Aufbau eng mit den totalitären Bewegungen in Europa verwandt.

Die Kampfkraft der NMO kann niemals lahmgelegt oder ernsthaft geschwächt werden, weder durch starke Verteidigungsmaßnahmen der britischen Verwaltung und der Araber, noch durch die der jüdischen Sozialisten.

Lubinczik teilte den Nazis mit, daß wenn die Deutschen glaubten, ein zionistischer Staat könne politisch zweckmäßig sein, die Stern-Leute dem ›Madagaskar-Plan‹, das heißt der Deportation europäischer Juden auf die Insel Madagaskar unter deutscher Herrschaft, zustimmen könnten.«

Soweit der Auszug aus dem Buch von Lenni Brenner »The Iron Wall«. □



»O Gott, Shimon, jetzt kommt er als Friedensengel!«

Israel

Die Stimmung nach der Wahl

Mark Lane

Bei den spannungsgeladenen und wirren Nachwirkungen der hektischen allgemeinen Wahlen im November 1988 in Israel wurde die Stimmabgabe als Sieg für die Unnachgiebigen, die sogenannten »hardliners«, und, etwas überraschend, für die religiöse Rechte gesehen. Doch im kalten Licht des darauf folgenden Morgens trat langsam eine nüchterne Betrachtung zutage: Die Wahlergebnisse spiegeln nicht unbedingt eine so habicht-ähnliche Wählerschaft wider, wie man erwarten konnte.

Aus Interviews der »Jerusalem Post« mit Wähler überall in dem kleinen Land geht hervor, daß »die Wählerschaft sich nicht für Groß-Israel entschieden hat, wie weithin angenommen wurde, sondern für eine Regierung, die bereit ist, für einen wahren Frieden territoriale Zugeständnisse zu machen«.



Yitzhak Shamir gehört zu den führenden Politikern, die zum Thema territorialer Kompromiß hinsichtlich Westbank keine Flexibilität zeigen.

Shamir ein gerissenerer Taktiker als Peres

Die Masse derjenigen, die für den Likud-Block des Premierministers Yitzhak Shamir gestimmt hatten, sagten, sie seien für einige Änderungen an dem Allon-Plan – ursprünglich vorgetragen durch Außenminister Shimon Peres und der Labor-Gruppierung –, der eine Rückgabe des Gaza-Streifens und des größten Teils der West Bank unter die arabische Souveränität im Rahmen eines sicheren Friedensabkommens fordert.

Die meisten der Likud-Wähler sagten, sie hätten Shamirs Partei gewählt, weil sie überzeugt seien, daß der zähe kleine Premierminister bei territorialen Konzessionen in zukünftigen Friedensverhandlungen ein gerissenerer Taktiker als Peres sein würde.

Nur etwa ein Drittel der interviewten Likud-Anhänger schlossen Land-für-Frieden-Zugeständnisse ganz und gar aus. Aber auch hier bestanden die Bedenken nicht etwa wegen eines ideologischen Engagements für Groß-Israel. Statt dessen beruhten sie auf der Furcht, daß die Gebiete, falls von den Arabern wiedererlangt, benutzt werden könnten, um Israels Sicherheit zu bedrohen.

Darüber hinaus, obwohl die bedeutenden Punkte Gebiet und Frieden im Wahlkampf eine beherrschende Rolle spielten, ist es alles andere als sicher, daß diese Sachfragen in den Gedankengängen der Wähler von ausschlaggebender Bedeutung waren. Ein Großteil der Stimmen der Sephardim (orientalische Juden) gingen an den Likud-Block, weil dieses ärmere, weniger gebildete Element der Bevölkerung daran glaubt, daß der Likud mehr tun wird, um ihr Los zu verbessern. Traditionsgemäß hatten die Sephardim auf der Seite des Arbeiter-Blocks gestanden.

Wirtschaftliche Erwägungen spielten in den Köpfen vieler Aschkenazim (europäische Juden), die für den Likud gestimmt hatten, auch eine große Rolle. Es gab auch unter dieser Gruppe eine zunehmende Enttäuschung über die Versprechen und die Politik der sozialistischen Arbeiter-Gruppierung (Labor), besonders bei der wachsenden Geschäftswelt.

Was die starke Entfaltung der ultra-orthodoxen Parteien, der möglichen Partner des Likud-Blocks in einer knappen Koalitionsregierung betrifft, so hat dies unter den Likud-Wählern fast so viel Unmut hervorgerufen wie unter jenen, die für Labor stimmten. Außer der religiös-westlichen Reiberei, die sich aus der neuerworbenen Macht der Ultra-Orthodoxen ergibt, ist ihr Einsatz für Groß-Israel weitgehend passiver und religiöser Natur und beruht weniger auf einer doktrinären politischen Ideologie.

Sogar unter einigen weniger bekannten Knesseth-Mitgliedern des Likud-Blocks aus den Mannschaftsrängen herrscht eine unterschwellige Ambivalenz gegenüber der territorialen Frage vor. Sie erachten andere Probleme als gleichwertig oder von größerer Bedeutung für Israels Überleben.

Reuven Rivilin, der aus einer Familie mit engen Bindungen an die alte revolutionäre Bewegung Irgun stammt, die Yitzhak Shamir hervorbrachte, bezeichnet sich selbst als »liberalen und leidenschaftlichen Verfechter von Bürgerrechten und Demokratie«.

Aber er sagt: »Ich glaube nicht, daß sie (die Palästinenser) wirklich mit uns zusammenleben wollen.« Deshalb meint er, daß Araber-Problem werde nur gelöst, »wenn es hier weitere drei oder vier Millionen Juden gibt«.

Tzahi Hanegbi, ein ehemaliger radikaler Student auf dem rechten Flügel, sagt, er würde gerne im »Immigration and Absorption Committee« (Einwanderungs- und Eingliederungs-Ausschuß) der Knesseth dienen. Mit einer in Amerika geborenen Frau, sieht Hanegbi – dessen Mutter die Unruhestifterin Geula Cohen, ein ehemaliges Mitglied der Irgun und Knesseth-Mitglied aus der rechtsgerichteten Tehiya-Partei ist – ein starkes Bedürfnis, Israels Anziehungskraft für ausländische Juden zu verbessern.

Er sagt, er habe viel über die Gefühle der Nicht-Orthodoxen in der Diaspora gelernt, und daß, wenn das »Wer-ist-Jude-Gesetz in der Knesseth zur Abstimmung kommt, mein Gewissen meine Richtschnur sein wird« – ungeachtet der Parteilinie des Likud.

Der Aufstand als Hauptproblem

Und sogar Yoash Tsiddon-Chatto von der auf dem rechten Flügel angesiedelten Tsomet-Partei tut die terriorialen Belange der anderen Parteien des Flügels ab. »Tehiya«, sagt er, »ist nur um Grenzen besorgt« und Moledet, die für die Übersiedlung der Palästinenser aus Israel eintritt, »hat einen Wunsch, kein Programm. Wünsche werden besser an der westlichen Klagemauer als in der Knesseth zum Ausdruck gebracht«.

Chatto, der 1940 nach Palästina auswanderte und ein erfolgreicher Industrieller ist, glaubt, Fragen wie Lebensqualität, Wirtschaft, Bildung und Verfassungs- und Wahlreform seien die Grundfragen, denen Israel gegenüberstehe.

Es ist in der Tat vielsagend, daß derartige Erwägungen, derartig bequem erworbene Meinungen über die Richtung, die das Land einschlagen sollte, immer noch verbreitet werden – trotz des Drucks, der Israel durch den palästinensischen Aufstand auferlegt wird. Obwohl die übrige Welt den Aufstand als Hauptproblem für den Frieden in der Region erachtet, haben die Israelis ihn während des Wahlkampfes und danach bei den Verhandlungen über eine Regierungsbildung weitgehend ignoriert, und lassen auch jetzt noch nicht erkennen, daß der Aufstand der Gleichung eine neue Komponente hinzugefügt hat. □

Zionismus

Mehr Hilfe für Israel

Mark Lane

Ein neuer Plan wurde von Freunden Israels in der amerikanischen, akademisch-wirtschaftlichen Gemeinde auf den Weg gebracht, um den US-Kongreß und die neue Regierung unter George Bush davon zu überzeugen, daß die USA über die kommenden Jahre hinweg noch mehr wirtschaftliche Hilfe an Israel leisten sollten. Es ist ein geschickter Schachzug, der von seinen Verfechtern als »eine Blaupause für die wirtschaftliche Wiedergeburt Israels« bezeichnet wird.

Die »Blaupause« wurde vom Institute for Advanced Strategic and Political Studies (Institut für fortgeschrittene strategische politische Studien) in Jerusalem konzipiert. Sie wurde angefertigt von zwei amerikanischen Wirtschaftsexperten, Alvin Rabushka von der Hoover-Institution an der Stanford Universität und Steve Hanke von der John Hopkins Universität sowie von der Friedberg Commodity Management Inc., einer Torontoer Firma. Ihnen wurde umfangreiche Hilfestellung zuteil durch eine breite Schar von israelischen Gelehrten, Regierungsbeamten und Banker. Die israel-freundliche Heritage-Stiftung, ein konservativer Washingtoner Denk-Tank, brachte die meisten amerikanischen Ideen ein.



Vater und Sohn pflanzen einen Baum in Shiloh auf dem von den Israelis besetzten Westufer.

Verzicht auf sozialistische Tradition

Die Hauptstoßrichtung der Blaupause ist darin zu sehen, daß Israel durch Verzicht auf seine sozialistischen Traditionen und Übernahme eines Systems des freien Unternehmertums und des freien Marktes von seinem hilfeabhängigen wirtschaftlichen Status eines Dritte-Welt-Landes in den kommenden fünf bis zehn Jahren zu einem Status ähnlich dem der asiatischen Tiger – Singapur, Hongkong, Taiwan und Südkorea – aufsteigen könnte. Nach den Plänen der Verfasser würde Israel nach diesem Zeitraum keine amerikanische Hilfe mehr benötigen.

Die Frage der fortbestehenden militärischen Abhängigkeit Israels von den USA wurde jedoch höflich übergangen, ebenso wie eine große Zahl anderer kritischer Erwägungen, unter denen die palästinensische Frage keineswegs die geringste ist.

In der Tat, die Blaupause behandelt Israel so, als befinde es sich in einem sozio-politischen Vakuum, einer künstlichen wirtschaftlichen Umgebung, die keines der vielen offensichtlichen Inlandsprobleme aufweist, von denen das winzige Land schon seit Jahren geplagt wird und die seine nackte Existenz bedrohen.

Die Ehe zwischen Zionismus und Sozialismus

Der einzige nicht-wirtschaftliche Faktor, auf den Bezug genommen wird, und das auch nur beiläufig, ist Israels Unfähigkeit, talentierte westliche Einwanderer anzulocken und seine gebildeten Bürger daran zu hindern, zu anderen fruchtbareren Weiden auszuwandern.

Der einzige Zweck, der von der Blaupause für Israels wirtschaftliche Wiedergeburt wirklich erfüllt wird – natürlich abgesehen davon, die USA mit List dazu zu verleiten, dem jüdischen Staat noch mehr Hilfe angedeihen zu lassen unter dem Vorwand, daß dies zu Israels Selbstversorgung führen wird – besteht darin, den wirtschaftlichen Schlamassel, in den Israel sich hineingeritten hat und in dem es nun hoffnungslos versunken ist, zu unterstreichen. Der Rest der Blaupause ist Wunschdenken, verquickt mit einem Wirtschafts-Kauderwelch, das darauf angelegt ist, die amerikanische Regierung zu beeindrucken.

Die Autoren bemerken, daß die Ehe zwischen Zionismus und Sozialismus das eigentliche Grundübel der derzeitigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Israels ist. Sie schreiben:

»Vor der Neusiedlung von Eretz Israel, die in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts begann, lebte eine kleine jüdische Gemeinde im Land. Sie war in Jerusalem konzentriert und lebte von einer Almosen-Lebenshaltung, als ›haluka‹ bekannt. Die Spenden, die das Kapital flüssig hielten, wurden von Juden in der ganzen Welt als Botschafter (shlihim), die sich auf dieses Geschäft spezialisiert hatten, eingeholt.

Die Zionisten, die den Umsiedlungsprozeß in die Wege leiteten und deren Nachfolger, die den Staat Israel gründeten, sahen verächtlich auf solche Almosen herab und versprachen, eine Produktionsgesellschaft aufzubauen, die nicht mehr von Almosen abhängig sein soll. Dieses Versprechen blieb jedoch unerfüllt.

Heute ist Israel immer noch eine Almosen-Gesellschaft. Es bezieht immer noch etwa 15 Prozent seines Bruttosozialprodukts in Form von Almosen.

Dies ist nicht das einzige Versprechen, das unerfüllt blieb. Der Staat Israel wurde als Hafen für Juden gegründet. Eine Zeitlang diente er auch diesem Zweck, als Juden in den neuen Staat hineinströmten. Diese ungestümen Tage gehören jedoch der Vergangenheit an. Juden sind jetzt kaum noch daran interessiert, nach Israel auszuwandern.

Die Saat der Trauben des Zorns

Insbesondere sowjetische Juden haben sich als besonders genaues und unbequemes Schlechtwetter-Barometer für Israel erwiesen, weil sie sich mehr und mehr dazu entschlossen haben, eine Ansiedlung in Israel zu umgehen. Und als ob dies noch nicht genug wäre, verlassen auch immer mehr Israelis ihr Land für immer.

Die Saat, die diese Trauben des Zorns hervorgebracht hat, wurde vielleicht unbeabsichtigt, während der Zeit der Neuansiedlung in Eretz Israel von Zionisten eingebracht. Zu jener Zeit schloß der Zionismus ein Ehebündnis mit dem Sozialismus. Für die ersten Zionisten, die aus rückständigen Gebieten Osteuropas auswanderten, war der Kapitalismus der Feind, und im Sozialismus sahen sie das Mittel zur Erfüllung ihrer zionistischen Träume. Bis zum heutigen Tag sind die ehelichen Bindungen zwischen Zionismus und Sozialismus fest geblieben.

Die Ehe zwischen Zionismus und Sozialismus ließ Israel ohne politische Konkurrenz im wirtschaftlichen Bereich liegen. Es kann daher kaum überraschen, daß die Wirtschaft von Kopf bis Fuß sozialistisch ist, und Privateigentum, freie Märkte und Preise mit größtem Argwohn betrachtet werden. Folglich leidet Israel an einer sozialistischen wirtschaftlichen Lähmung: nämlich unter Wachstumsraten, die niedriger sind, als sie es sein würden, wäre die Wirtschaft nach kapitalistischen Richtlinien ausgerichtet.

Die ›raison d'etre‹ des Zionismus ist die Neubesiedlung von Eretz Israel. In der Schlußanalyse kann daher der Erfolg des Zionismus durch Beobachtung der Einwanderung von Juden in das Land, das jetzt Israel heißt, bewertet werden. Da Sozialismus zu einem trägen Wirtschaftswachtum führt – zum sozialistischen Nachhinken – wird er den Zionismus unweigerlich zerstören. Die Juden sind ein sehr bewegliches Volk und lassen sich vielleicht eher als jedes andere Volk von wirtschaftlichen Möglichkeiten anlocken. Mit seinem Sozialismus und dem daraus resultierenden langsamen Wirtschaftswachstum war Israel in der Vergangenheit und wird es auch in der Zukunft daher nicht in der Lage sein, Juden anzulocken und festzuhalten, und somit kann das Hauptziel des Zionismus niemals erreicht werden.

Die unheilige Ehe zwischen Zionismus und Sozialismus ist in der Tat tödlich. Wenn keine Scheidung zustandekommt, wird der Sozialismus den Zionismus vernichten.

Außer diesem zionistisch-sozialistischen Bündnis wurde sehr vielen Israelis beigebracht zu glauben, daß die ungewöhnlichen Sicherheitsbedürfnisse des Staates eine Wirtschaft erforderlich machen, die nach sozialistischen Richtlinien organisiert ist. Dieses Argument ist jedoch eine Ente erster Ordnung.

Drastische Änderungen für eine Neugeburt

Israel hat wiederholt jede wesentliche wirtschaftliche Regel, die im Buch steht, mißachtet. Als Folge davon leidet seine sozialistische Wirtschaft unter trägem Wachstum. Dieses sozialistische Nachhinken zerstört nicht nur den Zionismus, sondern verstößt auch gegen die nationale Sicherheit.

Wenn Israel den Zionismus fördern und seine nationale Sicherheit gewährleisten will, dann muß es sich beeilen, den Sozialismus abzubauen und sich dem Kapitalismus anzuschließen.«

Die Blaupause für Israels wirtschaftliche Neugeburt verlangt nach drastischen Veränderungen in der Art und Weise, wie das Land seine Geschäfte tätigt, nämlich starke Senkungen bei den »Überweisungszahlen an die Öffentlichkeit«, der sogenannten sehr geschätzten Sozialhilfe. Aber dies ist viel leichter gesagt als getan, zumal das Fürsorgewesen weitgehend von amerikanischen Almosen und anderen Spenden aus dem Ausland finanziert wird.

Israels Pro-Kopf-Einkommen wird auf etwas über 7000 Dollar geschätzt, wovon rund 1000 Dollar oder 14 Prozent von den USA und weitere vier bis fünf Prozent vom Weltjudentum – meistens von Amerikanern– und durch westdeutsche Wiedergutmachungsleistungen beigesteuert werden.

Trotz all dieser Auslandshilfe – oder vielleicht gerade deswegen – operierte die Regierung ständig mit großen Haushaltsdefiziten und wachsenden Schulden, schon seit dem Sechs-Tage-Krieg im Jahr 1967. Die Regierungsausgaben schossen in die Höhe, und die Inflation ging zeitweilig bis zu zweistelligen Ziffern in die Höhe. Die Besteuerung paßte sich natürlich an und entmutigte sowohl die Gründung neuer Geschäftsunternehmen als auch den Außenhandel.

Staatseigene Unternehmen und die von den Gewerkschaften ausgeteilten kräftigen Ohrfeigen sind eine schwere Belastung für die Wirtschaft. Die staatseigenen Betriebe sind dafür bekannt, daß sie wenig leistungsfähig und überverwaltet sind und nur zu oft einer staatlichen Nothilfefinanzierung in Form einer Bürgschaft bedürfen. Die übermäßige Macht der von der Regierung unterstützten Gewerkschaften hat den Arbeitsmarkt verzerrt und eine immer kleiner werdende Produktivität bewirkt.

Dies alles führte wiederum zu einer stagnierenden Wirtschaft, die Auslandsinvestitionen und die Einwanderung von Juden abschreckt. In der Tat, Israel erlebt zur Zeit sowohl eine Kapitalflucht als auch einen bedeutenden Verlust an findigen Köpfen.

Doch die Entwerfer der Blaupause glauben, man könne die Lage in fünf bis zehn Jahren ins Gegenteil verkehren, wenn nur der zionistische Staat vom Sozialismus auf den Kapitalismus umschalten würde – natürlich mit Unterstützung durch die amerikanische Regierung.

Für jeden objektiven Beobachter ist die Lage jedoch fast hoffnungslos – vor allem im Hinblick auf die steigenden politischen und insbesondere auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der palästinensischen Freiheitsbewegung. Israel, das große zionistische Experiment, existiert nur auf der Grundlage von ausländischer Hilfe und Almosen und wird nur solange weiterbestehen, wie dieser Strom weiterfließt. So kann man in dieser sogenannten Blaupause zu Israels ökonomischer Wiedergeburt nur einen weiteren Trick sehen, um den jüdischen Staat mit Geldern des amerikanischen Steuerzahlers über Wasser zu halten.

Ein amüsanter interner Scherz

Daß diese Blaupause nichts weiter ist als der Beginn eines neuen Feldzugs, um den amerikanischen Steuerzahler zu prellen, wird unterstrichen durch die merkwürdige Art und Weise, in der der Plan der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Erstens wurde die Blaupause vom israelischem Institut für fortgeschrittene strategische und politische Studien – das gewöhnlich solche Dinge wie Israels Teilnahme an der Strategischen Verteidigungs-Initiative (SDI) und andere amerikanische Militärausgaben mit hohem Kostenaufwand fördert – und von zwei amerikanischen Wirtschaftlern, Rabushka und Hanke, entwickelt.

Zweitens, anstatt den Plan dadurch in Gang zu bringen, daß sie einen offensichtlich israelfreundlichen Washingtoner Denk-Tank – wie die Heritage Foundation oder das American Enterprise Institute – für sie in die Bresche springen ließen, entschieden sich die Israelis für das freiheitliche CATO-Institut.

Die Freiheitlichen, die einer utopischen Lebensauffassung huldigen, sind entschieden gegen das Big Government und gegen Besteuerung. Sie standen in der Vergangenheit der amerikanischen Wirtschaftshilfe für Israel kritisch gegenüber.

Aber die kleine, auserwählte Zuhörerschaft, die zur Vorstellung des neuen israelischen Wirtschaftsplans geladen war, war mit wenigen Ausnahmen eine Versammlung von Israel-Freunden. Auf der Teilnehmerliste waren solche treuen Zionisten verzeichnet wie der ehemalige Insider der Carter-Regierung Stuart Eizenstat und der Volkswirt Herbert Stein. Einige amerikanische Regierungsbeamte aus dem Handelsministerium, dem Finanzministerium und dem Verteidigungsministerium waren ebenso anwesend wie einige Assistenten aus dem US-Kongreß.

Sogar der von den Gästen zur Schau gestellte innere Humor ließ stark durchblicken, daß die ganze Blaupausenidee alles andere als ein aufrichtiger, realistischer Vorschlag war. Der Humor brachte Stellungnahmen hervor wie die von Stein, der sagte: »Ich mache mir über Israels ›brain drain‹ (Einbußen an findigen Köpfen) keine Sorgen; die Juden haben schon immer Menschen nach Amerika ausgeführt.«

Eine weitere Stellungnahme, abgegeben von einem der Beamten aus dem US-Finanzministerium in bezug auf Israels Leistungen nach dem Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten, besagte: »Sie glaubten, sie würden etwas für nichts bekommen. Als die Dinge nicht so liefen, wie sie sich das gedacht hatten, fingen sie an zu betrügen.«

Es war alles sehr amüsant, sozusagen ein interner Scherz. Das ist auch die Blaupause für die ökonomische Wiedergeburt Israels, aber der Scherz geht zu Lasten des amerikanischen Steuerzahlers. □

UFO

Geheimnis der deutschen Flugscheiben

Ralf Ettl

Aus dem Dunkel des Ungewissen stoßen sie plötzlich hervor. Fliegende Untertassen: UFOs. Eine Invasion aus den Tiefen des Weltalls? Oder Produkt überspannter Phantasie? Und doch: Zumindest hat es sie gegeben, die »Flugscheiben«, die oft nebulös angekündigte »Wunderwaffe«, die das Schicksal Deutschlands noch hätte wenden sollen.

Längst hat sich Phantasie und Wirklichkeit der Flugscheiben miteinander vermengt. Eine regelrechte UFO-Literatur hat sich entwickelt – zumeist fernab jeglicher Realität, bizarre Märchen, aus einem Funken Wahrheit erwachsen, dessen eigentlichen Kern niemand kennt.

Wahrheit oder Fälschung

Ein UFO-Bericht, der in unsere Hände gelangte, soll nun für sich sprechen. Wahrheit oder Fälschung? Wer kann es entscheiden? Hier der wörtliche Bericht: »Ein Raumschiff, eine UFO-Untertasse, kommt verhältnismäßig tief geflogen. Es ist vielleicht etwas schneller als ein Sportflugzeug, gibt aber nur singende Laute von sich. Es fliegt in meiner Richtung. Ich habe noch Zeit, es zu fotografieren, wie es über mich wegfliegt. Es hat unten drei runde Auswüchse, und in der Mitte einen dunkelblauen Punkt mit einem weißen Kreuz.

Das ganze Raumschiff ist hellblau. Es ist ziemlich groß und macht irgendwie einen beängstigenden Eindruck. Es sieht sehr fremdartig aus. Es fliegt ruhig weiter. Ich kann dann sehen, daß es irgendwo tiefergeht. Die Richtung merke ich mir. Es ist sowieso meine Richtung, in die ich muß. In der Umgebung sind nur Betriebe, wo jetzt kein Mensch ist.



Seit 1944 tauchen UFOs nachgewiesenermaßen auf. Wer verfügt über solche neuartigen Flugapparate? Die Alliierten sind es nicht. Also »Außerirdische«?

Hinter einer Mauer steht das Raumschiff in der Dämmerung. Aber es ist alles noch gut zu erkennen. Die drei Auswüchse an der Unterseite sind mit Rollen versehen, die untergelegt worden sind, wie es aussieht. Es handelt sich je um eine Achse mit ziemlich großen Rädern.

Der Lastwagen mit dem Kran macht etwas im Hintergrund, was sich nicht erkennen läßt. Es sind nur zwei Mann zu sehen. Einer unter dem Raumschiff und einer oben auf dem Dach, wo eine Luke sein muß, denn er ist darin verschwunden. Alles ist hier sehr still.

Auf dem Raumschiff ist ein Kreuz, das aussieht wie ein Wehrmachtszeichen im Negativ. Fenster hat das Raumschiff keine, aber zwei versetzte runde Öffnungen, vor denen vielleicht ein Gitter ist, aber kein Glas.

Die Untertassenscheibe hat an den Rändern merkwürdige Platten, die ein bißchen wie Schaufeln von Turbinenrädern aussehen, aber etwas anderes sein müssen.

Die drei Auswüchse unten und das ähnlich aussehende Gebilde ganz oben haben Rohre, die wie Geschütze aussehen. Für Antennen sind sie viel zu dick.

Das Raumschiff hat einen Durchmesser von schätzungsweise etwa zwischen 18 und 20 Metern. Es wirkt bedrohlich.

Außer dem Lastwagen stand abseits ein NSU Ro 80 mit Solinger Nummer. Dann kam noch ein grüner VW, und die Beobachtung konnte nicht mehr fortgesetzt werden.

Eine neue Nazi-Waffe?

Sonntagmorgen. Weil mich alle nur ausgelacht haben und die Polizei sagte, ich wäre betrunken, weil ich ein paar Bier getrunken hatte, gehe ich am nächsten Morgen wieder hin. Es ist Sonntag. Gearbeitet wird nicht. Es ist wieder keiner da außer mir. Aber ich sehe das Raumschiff starten. Es flog schon in der Luft, als ich heran war. Es legte sich schräg und machte eine scharfe Kurve. Dann wurde es schnell und flog davon.

In der nächsten Woche sind dann mehrere UFOs in Bayern gesehen worden. Ich bin überzeugt davon, daß ›mein‹ Raumschiff eines davon war. Aber meine Fotos wurden nicht verwendet. Ich habe dann gehört, daß ein Tankwart mein UFO auch fliegen gesehen hat. Er sagte mir dann, sie hätten ihn für betrunken gehalten, und er hätte dann gesagt, er hat bloß einen Witz gemacht. Aber in Wirklichkeit haben wir das Raumschiff gesehen.«

Sollte dieser Bericht auf Wahr-

Geheime Kommandosache

ø 14,40m.

3,2 m

0,20 m

Trägeransatz

Obere Kugelhälfte

Untere Kugelhalfte

Trägerplatten

3 Düsen-Triebwerke für Vertikalflug

Tank für Treibstoff

2 Düsen-Triebwerke für Horizontalflug

Flügelblätter

Zentrierring

Stand und Landestütze

Tanks für Treibstoff

Ausgleich Zahnungen

Die Experimente mit Flugscheiben geschahen unter strengster Geheimhaltung und Konstruktionspläne sind darum eine Seltenheit.

heit beruhen, so hieße das nicht weniger als daß deutsche Flugscheiben in Deutschland starten und landen; und dies ganz gewiß nicht im Rahmen der NATO-Streitkräfte. Ist der Bericht echt? Das läßt sich schwer feststellen.

Am 14. Dezember 1944 verbreitet die »New York Times« die erste konkrete UFO-Meldung der Geschichte unter der Schlagzeile »Floating Mystery Ball Is New Nazi Air Weapon«.

Es heißt in dieser Meldung: »Das oberste Hauptquartier der Alliierten Expeditionstruppe, 13. Dezember 1944: Eine neue deutsche Waffe ist an der westlichen Front erschienen; das wurde heute enthüllt. Flieger der amerikanischen Air Force berichteten, daß ihnen silberfarbene ›Kugeln‹ im deutschen Luftraum begegnet sind. Die Kugeln begegneten ihnen einzeln oder in Schwärmen; einige erschienen fast durchsichtig.«

Dies entspricht der Beschreibung eines durch Elektro-Gravitations-Antrieb fliegenden »UFOs«.



Unerklärlich erscheinende Gebilde sind oft die Ursache für angebliche Begegnungen mit UFOs. Diese Wolkenformationen über São Paulo bilden sich durch Luftwirbel an Berghängen.

In der Folge häuften sich die Meldungen über deutsche Flugkörper geheimnisvoller Machart. Besonders kurz nach Kapitulation der Wehrmacht wurden über Nordeuropa ganze Serien von »Ghost Rockets« gesichtet – wie man die unbekannten Flugobjekte damals nannte –, und zwar namentlich im Luftraum Skandinaviens, wo in Norwegen noch bis zuletzt deutsche Truppen standen.

Wer konnte über solche völlig neuartigen Flugapparate verfügen? Die Alliierten waren es jedenfalls nicht, das stand fest. Also »Außerirdische«? Und ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt? Welche Technologiemacht kam überhaupt als Verursacher der »UFOs« in Frage? Allein die Deutschen; zumal deren Arbeit an Flugscheiben bekannt war und ist.

Welches Geheimnis steckt hinter diesem Geheimnis?

Seit 1944 tauchten »UFOs« nachgewiesenermaßen auf. Bis 1947 zeigte sie sich hin und wieder, von 1947 an dann immer häufiger. Welches Geheimnis steckt aber hinter diesem Geheimnis?

Die Esoterik des Dritten Reiches liegt bis auf den heutigen Tag unter einem dichten Schleier aus Rätselhaftigkeit und Geheimhaltung. Ihre führenden Männer kamen aus den Kreisen der Thule-Gesellschaft und der SS. Ihre Ideen unterschieden sich sicherlich in vielen von der durch die NSDAP betriebenen Politik. Rudolf Heß dürfte einer der ihren gewesen sein. Die »Schwarze Sonne« war ihr heimliches Zeichen, Jahrtausende altes Geheimwissen bildete die Grundlage, von der die Esoteri-

UFO

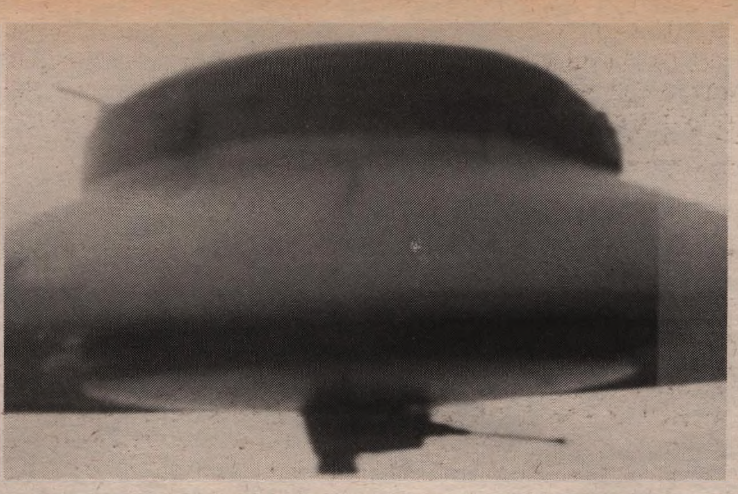
Geheimnis der deutschen Flugscheiben

ker des Dritten Reiches ausgingen. Sie waren die ersten Menschen dieses Jahrhunderts, die nach vollkommen neuen Wegen suchten – gewissermaßen waren sie auch die ersten »Grünen«, die eine neue Harmonie zwischen Mensch und Natur anstrebten.

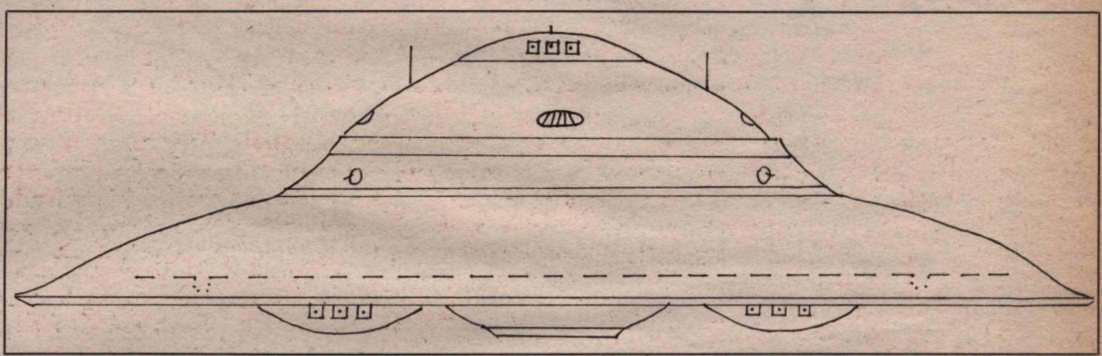
Das Zeichen der »Schwarzen Sonne« finden wir bereits in babylonischen und assyrischen Tempeln, auch Phönizier und Karthager kannten das Symbol und den dahinterstehenden Glaubensgedanken. Im babylonisch-assyrischen Kulturraum wurde die »Schwarze Sonne« – das innere Licht Gottes – oft in Form eines Kreuzes dargestellt.

Assyrische Könige trugen dieses unserem Ritterkreuz ganz und gar gleichende Zeichen. Und der babylonische Reichsadler – der Sonnenadler – trug es auf seinen Schwingen. Manche babylonische Darstellung zeigt diese »magische Sonne« auch in schlichter Kreuzform.

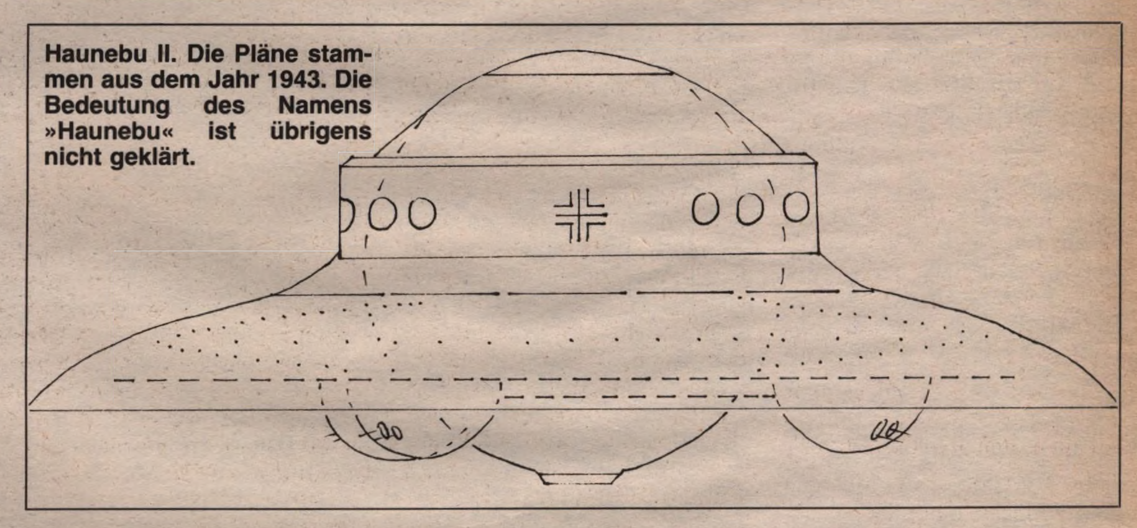
Der Ursprung dieses Kreuzes ist also um Jahrtausende älter als das Christentum. Und doch fügt sich die Lehre Christi vom Heiligen Geist durchaus in das Bild der magischen »unsichtbaren Sonne«, je nach dem, wie man den Sinn des Symbolismus



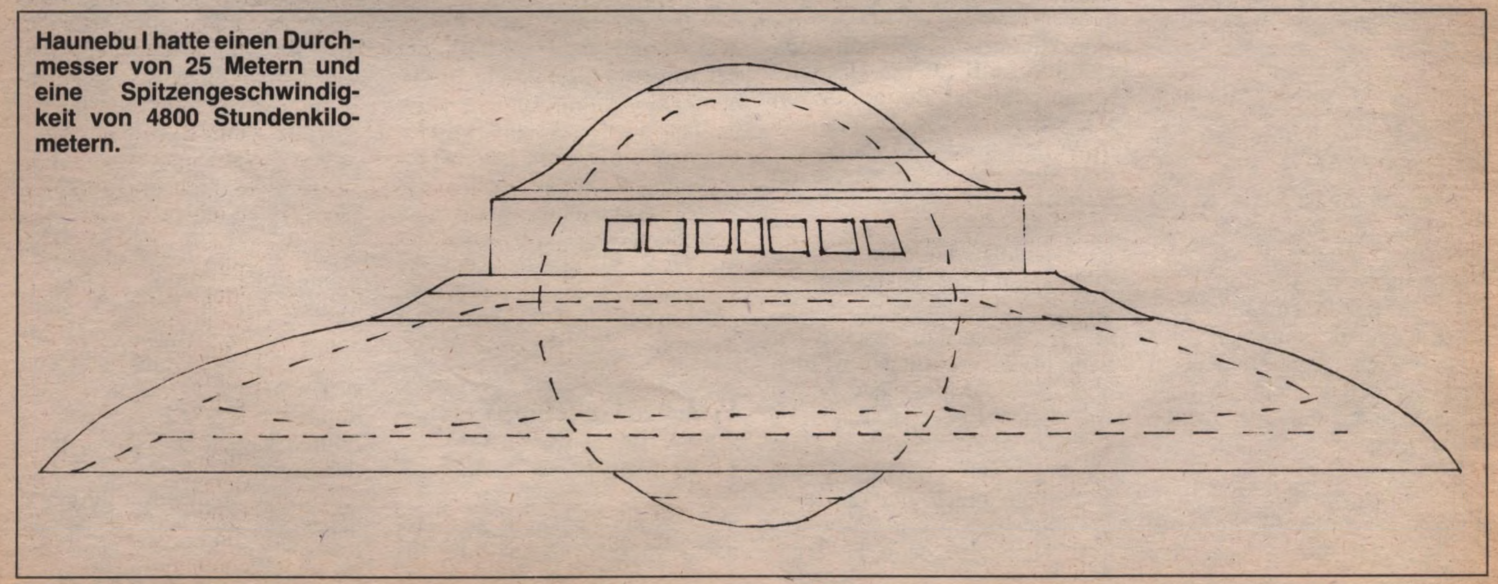
Auf dieser Aufnahme sind einige Details der Flugscheiben auszumachen. Das Geheimnis ist also Wirklichkeit.



Eine Skizze des Haunebu III. Die Flugscheibe hatte einen Durchmesser von 71 Metern und eine Spitzengeschwindigkeit von 7000 Stundenkilometern.



Haunebu II. Die Pläne stammen aus dem Jahr 1943. Die Bedeutung des Namens »Haunebu« ist übrigens nicht geklärt.



Haunebu I hatte einen Durchmesser von 25 Metern und eine Spitzengeschwindigkeit von 4800 Stundenkilometern.

»Schwarze Sonne« auffassen will.

Wir wissen nicht, welche geheimnisvollen Gedanken die Esoteriker des Dritten Reiches im einzelnen verfolgten. Vielleicht kannten sie die Offenbarung des »Neuen Babylon«, das im Lande der Mitternacht aufgehen wird, wenn der »Dritte Sargon«, der Befreier von Unterdrückung und Fremdherrschaft, kommt.

Auf der Suche nach neuen Energien

»Ihr bewegt falsch!« Dieser Ausspruch des Erfinders Viktor Schauberger – der zu jenen Esoterikern zu rechnen ist – spricht einen der wesentlichsten Punkte der Sache an. Heutzutage würde man sagen: Die Suche nach »alternativer Energie«. Doch damals ging es um noch sehr viel mehr: Nämlich um eine andere Wissenschaft, eine grundsätzlich andere Technik. Vereinfacht könnte man sagen: Implosion statt Explosion!

Die Esoteriker hatten erkannt, daß alle göttliche Gestaltung stets aufbauend ist – niemals aber zerstörend. Eine Technik, die auf der Explosion beruht also auf Zerstörung – kann somit nicht im Sinne des göttlichen Prinzips sein.

Alle Verbrennungsmotoren beispielsweise – ob der Kolbenmotor oder ein Raketenantrieb – arbeiten mit Explosionsprinzip und also mit zerstörerischen Kräften; ihre Auswirkungen müssen also schädlich sein, da das widergöttliche Prinzip das satanische ist.

Die mittlerweile allgemein anerkannte Umweltzerstörung durch Explosionstechnik – zu der auch die Kernenergie gehört –, Abgase und so weiter macht deutlich, daß die Forderung nach der anderen Technik, wie sie seinerzeit erhoben wurde, ihre Berechtigung hatte.

Viktor Schaubergers Experimentalflugkreisel arbeiteten mit den Kräften der Levitation. Inwieweit die unbemannten Schauberger-Sonden zum praktischen Einsatz gelangten, ist heute nicht mit Gewißheit zu sagen.

Auf der Suche nach neuen Energie- und Antriebsquellen spielten immer wieder auch esoterische Prinzipien eine Rolle. Solche Forschung galt besonders der Entwicklung von Elektrogravitations- und Tachyonenantrieben. Hier schien der Kern der »anderen Technik« gefunden zu sein: die rohstoffunabhängige, billige und saubere Energie der Zukunft.

Die Sonderabteilungen »U-13« und »SS-E-IV« arbeiteten konzentriert an der Verwirklichung dieser Technik. An den Tachyonenflugkreisels des Typs »Haunebu II« kann man den mutmaßlichen Aufbau einer solchen Flugscheibe studieren.

Die technische Grundlage des Antriebs dürfte die Erfindung des deutschen Kapitäns Hans Coler gewesen sein. Es ist bekannt, daß noch 1944 die Serienproduktion von Coler-Tachyonenkonvertern bei AEG und Siemens vorbereitet wurde. Der Coler-Antrieb benötigte eine verhältnismäßig geringe Anfangsenergie – etwa aus einem Elektroakkumulator –, um aktiv zu werden.

Nach relativ kurzer Zeit wurde der Coler-Konverter dann nicht nur energieautark, sondern auch energieerzeugend, ohne dabei jedoch den sogenannten »Energiesatz« zu verletzen. Hier entstand nicht etwa Energie aus dem Nichts, sondern es fand vielmehr eine Umwandlung von Kräften des Erdgravitationsfeldes in nutzbare Elektrizität statt.

Ein Prinzip von genialer Einfachheit – sofern man es beherrscht. Die »E-IV-« beherrschte es offenbar.

Der Beginn der »V-7«

Die Kuppel und ein oberer Teil innerhalb des diskusförmigen Flugkörpers des Haunebu-II waren für die Besatzung bestimmt. Die Kuppel dürfte die Kommandozentrale beherbergt haben, und das untere Deck die Mannschaftsräume. Wahrscheinlich war ein solcher Flugkreisel so ausgelegt, daß er – ähnlich einem Schiff – für längere Zeit selbständig operieren konnte; also auch über Wohn- und Schlafräume verfügte.

Die eigentliche Antriebsquelle dürfte in dem kugelförmigen Mittelpunkt zu sehen sein, während die darum gelagerte Scheibe wohl das Triebwerk an sich bildet.

Aber es wurde auch mit Flugscheiben konventioneller Antriebsart experimentiert – vielleicht als Vorstufe, solange noch keine unkonventionellen Triebwerke in ausgereifter Form zur Verfügung standen.

Unter der Bezeichnung »V-7« wurden verschiedene Flugscheiben konstruiert und als Prototypen gebaut. Es ist leicht vorstellbar, daß hier eine Parallelentwicklung stattfand, die der zwischen V-1 und V-2 im Prinzip vergleichbar wäre.

Im Juli 1944 begannen die Entwicklungsarbeiten am Schriever-Habermohl-Flugkreisel, einem senkrecht startenden und landenden Rundflugzeug mit Düsenantrieb. Ende 1942 fanden erste praktische Erprobungen statt, bei denen gravierende Konstruktionsmängel auftraten. Das erste Versuchsmodell ging gleich beim Start zu Bruch.

Das Nachfolgemodell besaß nun eine neu konstruierte Tragschraube und zwei schwenkbare Walter-Düsenrohre. Die große Steuerflosse fiel nun völlig weg.

Aber auch das zweite Versuchsmodell erfüllte nicht die gesetzten Erwartungen.

Und auch der nächste Prototyp dieser Bauart erfüllte nicht die Erwartungen, die an ein als Langstreckenbomber gedachtes Fluggerät gestellt wurden.

Ebenfalls seit 1942 arbeitete Dr.-Ing. Richard Miete an einem diskusförmigen Flugkörper, der bessere Aussichten auf Erfolg bot. In Zusammenarbeit mit dem italienischen Forscher Giuseppe Belluzzo entstand eine weitere V-7-Variante.

Es kam nun zu einem Zusammenwirken von Miete-Belluzzo und Schriever-Habermohl, als dessen Ergebnis die erste legendäre V-7 fertiggestellt wurde. Miete berichtete darüber Adolf Hitler:

»Am heutigen 17. April 1944 ist unter meiner Leitung und in Gegenwart von drei Obersten der Luftwaffe über dem baltischen Himmel die ›Vergeltungswaffe 7‹ erprobt worden. Die folgende Zusammenstellung enthält die allgemeinen Eigenschaften und die erzielten Leistungen des Flugkörpers:

Die V-7, ein Überschall-Hubschrauber, der mit 12 Turboaggregaten der Type BMW 028 ausgerüstet ist, hat beim ersten Testflug eine Höhe von 20 803 Metern, beim zweiten Aufstieg eine Höhe von 24 200 Metern erreicht. Am Boden entwickelte der Motor eine Leistung von 5500 C. V. an den Düsen und eine Schubkraft von 2600 Kilopond; in der Luft waren es 5400 C. V. und 2900 Kilopond Schub. Als Grundtreibstoff diente Helium. 22 Kubikmeter waren ausreichend für einen Flug von 16 Stunden und zehn Minuten.

In Peenemünde erfolgte der Start von einem vertikalen Turm aus mit Hilfe einer Zusatzrakete innerhalb von 15,8 Sekunden. Der Apparat könnte im Prinzip auch mit Kernenergie betrieben werden.«

Strengste Geheimhaltung sorgte dafür, daß Fotos von Flugscheiben Seltenheit blieben.

Immer neue Super-Waffen wurden entwickelt

Noch eine weitere Flugscheibenentwicklung reifte heran: die Typenreihe »Vril«, von der sogenannten »Schumann-Gruppe« geschaffen, die höchst wahrscheinlich mit der SS-E-IV in enger Verbindung stand.

Die Arbeiten an den unkonventionellen Fluggeräten standen aber nicht nur in einem Wettlauf mit Zeit und Kriegsverlauf, sondern auch in ständiger Rivalität zu den zahlreichen konventionellen Waffenprojekten. Wer bekam die nötigen Rohstoffe, Materialien und Arbeitskräfte?

Eine Zersplitterung der Kräfte und Verzettelung der Möglichkeiten setzte allerorten ein. Immer neue Superwaffen wurden entwickelt, erprobt, in kleiner Stückzahl gebaut.

Die eigentlichen »Wunderwaffen«, von denen so oft die Rede war, sahen anders aus, nicht feuerspeiend und tosend, sondern still und geheimnisvoll.

UFO

Geheimnis der deutschen Flugscheiben

Eine Zwischenstufe bildete das Projekt »Feuerball«, die Alliierten gaben diesen Flugkörpern den treffenden Namen »Foo-Fighters«.

Die »Feuerbälle« wurden in der Wiener Neustadt entwickelt, unter der Leitung der »Technischen Truppe der SS«. Es handelte sich dabei um unbemannte, ferngesteuerte Flugsonden, denen ihre Erbauer den Spitznamen »Fliegende Schildkröte« gegeben hatten. Tatsächlich ähnelte die äußere Form einem Schildkrötenpanzer. Erst in der Luft ergab sich aufgrund spezieller Treibstoffbeimengungen ein stark leuchtendes Halo, das den Eindruck eines Feuerballs hervorrief.

Mittels Funk wurde der »Feuerball« in die Nähe alliierter Flugzeuge manövriert, dann übernahmen Infrarotsensoren die weitere Steuerung aufgrund der Motorabgase der Feindmaschinen.

Sinn und Zweck dieser Feuerbälle war vor allem die Störung des feindlichen Radars. Eine Weiterentwicklung sollte, mit speziellen Klystronröhren versehen, die Zündanlagen der feindlichen Flugzeuge außer Kraft setzen. Solche Strom- und Zündabschaltungseffekte gehören bald zu einer der typischsten Merkmale fast aller UFO-Einsätze.

Das strengst gehütete Geheimnis

Verfolgt man UFO-Berichte der Zeit nach 1945, so ist immer wieder von Stromausfällen und Zündstörungen die Rede. Es dürfte kein Zufall sein, wenn auch anläßlich des großen Stromausfalls in New York UFOs gesichtet wurden.

Dies führt uns nun wieder zu den sagen-umwobenen Elektro-Gravitations-Tachyonen-Flugkreisel der Haunebu-Serie, die von den Geheimabteilungen U-13 und SS-E-IV entwickelt und gebaut worden waren.

Bis zum Waffenstillstand im Mai 1945 verfügte das Großdeutsche Reich über Elektrogravitations-Flugkreisel der Typen Haunebu und Vril; außerdem wahrscheinlich über mehrere einsatzbereite Miete-V-7.

Vorhanden waren auf alle Fälle zwei Haunebu I – mit einem Durchmesser von 25 Metern und einer Spitzengeschwindigkeit von 4800 Stundenkilometer –, sieben Haunebu II – mit einem Durchmesser von 26,30 Metern und einer Spitzengeschwindigkeit von 6000 Stundenkilometern –,ein Haunebu III – mit 71 Metern Durchmesser und einer Spitzengeschwindigkeit von rund 7000 Stundenkilometern –, sowie 17 kleine Vril I.

Die Verbindungen zwischen der Abteilung U-13 mit der »Operation Uranus«, in der Namen wie Professor Kamper, Dr. Frazer und Rolf Engel auftauchen, und der SS-E-IV, deren Leitung Dr. Erich Schumann innegehabt haben dürfte, liegen im Dunkel der Geheimhaltung – wie der gesamte Bereich SS-E-IV und Schumann-Gruppe das strengst gehütete Geheimnis des ganzen Zweiten Weltkrieges gewesen zu sein scheint.

Das Antriebssystem der Haunebu-Flugkreisel, der sogenannte »Thule-Tachyonator«, war ein Tachyonen-Elektrogravitationsantrieb in Kombination mit einem Vande-Graaff-Bandgenerator, dem Coler-Magnetapparat, einem Coler-Energie- und Stromerzeuger sowie einem Marconi-Wirbelstrom-Kegeldynamo. Eine Elektrogravitations-Scheibentragschraube drehte sich innerhalb eines ringförmigen Rotors, an dessen Innenseiten sich zahlreiche Elektromagneten befanden.

Die Steuerung der Flugkreisel erfolgte über Magnetfeld-Impulser – also durch Umschalten.

Beim Durchlesen der technischen Angaben wird klar, daß hier etwas im Entstehen war, das allem bis dahin und bis auf den heutigen Tag Bekannten turmhoch überlegen sein mußte. Die Bedeutung des Namens »Haunebu« ist übrigens nicht geklärt. Der Name ist so geheimnisvoll wie das Gerät selbst.

Interessant ist wie sich die UFOs-Flugkreisel und ähnliche unbekannte Flugkörper in der Presse darstellen. In der US-Zeitschrift »Examiner« vom 26. Januar 1988 findet man folgende Schlagzeile »UFO-Geheimnis gelöst«. Und inhaltlich heißt es dann:

»Das Rätsel um die ›Außerirdischen‹ ist längst gelöst: Die ›Außerirdischen‹ sind in Wirklichkeit Nazis, die ein neues Reich schaffen wollen. Die Regierungen dieser Welt sind darüber bestens informiert – aber zugleich völlig verängstigt. Wenn sich eine ernste Wirtschaftskrise entwickeln sollte, würden die Nazis mit den fliegenden Untertassen landen.«

Und überall tauchen UFOs auf

In UFO-Berichten ist aber nicht nur von fliegenden Untertassen die Rede. Mitunter wird auch über riesige zigarrenförmige Raumschiffe geschrieben, die ganz offenbar Mutterschiffe für fliegende Untertassen seien.

In der Tat war die Idee zu einem Mutterschiff für Flugscheiben in Deutschland schon 1944 geboren worden – vielleicht sogar früher, also gleich parallel zu den ersten Flugscheibenentwicklungen.

Man gab diesem Projekt den weitreichenden Namen »Andromedagerät«, ein Riesenraumschiff von 109 Metern Länge, angetrieben von vier Thule-Triebwerken und zur Aufnahme von einem Haunebu II und mehreren Vril bestimmt, die aus seitlich angelegten Luken aus- und einfliegen können. Auch eine Bewaffnung durch ausfahrbare Geschütze war für das Andromedagerät vorgesehen.

Verschiedene Fotos aus verschiedenen Zeiten und Weltgegenden sind gemacht worden, bei Nacht und bei Tage. Und die Riesenzigarren setzen Flugscheiben ab.

Der Amerikaner George Adamski fotografierte ein solches Raumschiff, aus dem UFOs herauskommen, von denen er eins besonders gut fotografierte und das in verblüffender Weise einem Haunebu II ähnelt.

1952, gleich nach dem von Adamski veröffentlichten Haunebu-Foto, werden alliierte Stellen rege. Ein geheimes CIA-Papier besagt: »Ein weltweites Meldesystem wurde geschaffen und allen großen Militärflughäfen wurde der Befehl erteilt, unidentifizierte Flugobjekte abzufangen. Der CIA empfiehlt dem Nationalen Sicherheitsrat, welche Art der Informationspolitik gegenüber der Öffentlichkeit angewendet werden soll, damit das Risiko einer Panik vermindert wird.«

UFO-Fotos werden fortan beschlagnahmt, man fürchtet sich vor den fliegenden Untertassen, denn man weiß, daß sie nicht außerirdischer Herkunft sind.

Bald darauf entsteht in Hollywood der Film »Earth vs. Flying Saucers«, ein Film von außerordentlich brillanter Tricktechnik, doch mittlerweile ist er spurlos verschwunden.

Aber Haunebu-UFOs überfliegen mittlerweile alliierte Militärbasen, ohne daß eine Abwehr möglich wäre. Der Fall des von einem UFO abgeschossenen Jagdfliegers Mantell im Jahr 1947 rückt wieder in die Erinnerung auf.

Woher kommen die UFOs?

UFO-Berichte gab und gibt es zahlreiche und viel Unsinn ist darunter. Märchen von Venusmenschen und kleinen grünen Männern. Ein kalifornischer Getreidehändler entdeckte ein gelandetes UFO, dessen Besatzung nicht etwa »Marsianisch« sprach sondern deutsch.

Die Reaktion der US-Behörden auf seine Meldung: Verhaftung und schließlich in die Irrenanstalt mit diesem Menschen, den jedermann als völlig normal kannte. Hätte er kleine grüne Männchen gesehen, vielleicht auch blaue oder solche mit vier Köpfen vom Saturn – sicherlich wäre ihm kein Schaden entstanden.

George Adamski ließ es nicht auf so etwas ankommen. Er hatte halt Venusier gesehen. Und die blonde Person, die höchst irdisch anzusehen aus dem Haunebu-II-Raumflugkreisel gestiegen war, war natürlich ein Venusier. Und Adamski wurde nicht verhaftet, denn er hatte gesehen, was man sehen darf.

Die sonderbaren Zeichnungen, die Adamski bei dem Raumschiff vorfand, zeigen zwar Kreuze – und auf dem zigarrenförmigen Raumschiff waren die Zeichen der »Schwarzen Sonne« gewesen, doch sie kamen angeblich von der Venus.

George Adamski hatte allerdings einen Co-Ufologen zur Seite gestellt bekommen, der auch Co-Autor seines Buches »Fliegende Untertassen sind gelandet« wurde: Desmond Lesly.

Lesly ist zufällig ein Verwandter von Winston Churchill. Und von nun an wurde endgültig erklärt, daß ein Haunebu-II-Flugkreisel kein Haunebu-II-Flugkreisel, sondern ein Erkundungsraumschiff von der Venus sei. Und die Venusier sehen irgendwie sehr deutsch aus. Wie diese allerdings das venusische Klima vertragen, ist noch ungeklärt.

Woher kommen die UFOs, wenn nicht von fremden Planeten?

Der Beantwortung dieser Frage werden wir vielleicht näherkommen, wenn wir um einige Jahrzehnte zurückblicken: in das Jahr 1938 und zur damaligen deutschen Antarktis-Expedition unter Kapitän Ritscher.

Im Auftrag Hermann Görings unternommen, hatte diese Expedition nicht allein wissenschaftliche, sondern wohl auch militärische Hintergründe. Das damalige Deutsche Reich war eingekreist von feindlich gesonnenen Staaten.

In der Antarktis entdeckten die Deutschen nun eisfreie Gebiete, Territorien, die bald von höchster Wichtigkeit für das Reich werden sollten. Hier der Originalauszug aus der »Zeitschrift für nationalsozialistische Wirtschaftspolitik« vom 5. Mai 1939:

»Angehörige der deutschen Antarktiksexpedition von 1938/39 vollziehen die Inbesitznahme des unbewohnten Landes für das Reich.«

Gibt es U-Boot-Bunker im ewigen Eis?

Göring und die deutsche Luftwaffe hatten sich also ein Stützpunktterritorium geschaffen. Vielleicht auch auf Drängen der Verfechter der »anderen Wissenschaft« hin, die damals schon wußten, welche technischen Möglichkeiten sie zu verwirklichen gedachten.

Auf dem Höhepunkt der Schlachten des Zweiten Weltkrieges kam auf Großadmiral Dönitz und die deutschen U-Boote eine geheimnisvolle Sonderaufgabe zu, deren Einzelheiten bis heute im Dunkel liegen:

Die Absatzbewegung von Reservestreitkräften, des »letzten Bataillons«.

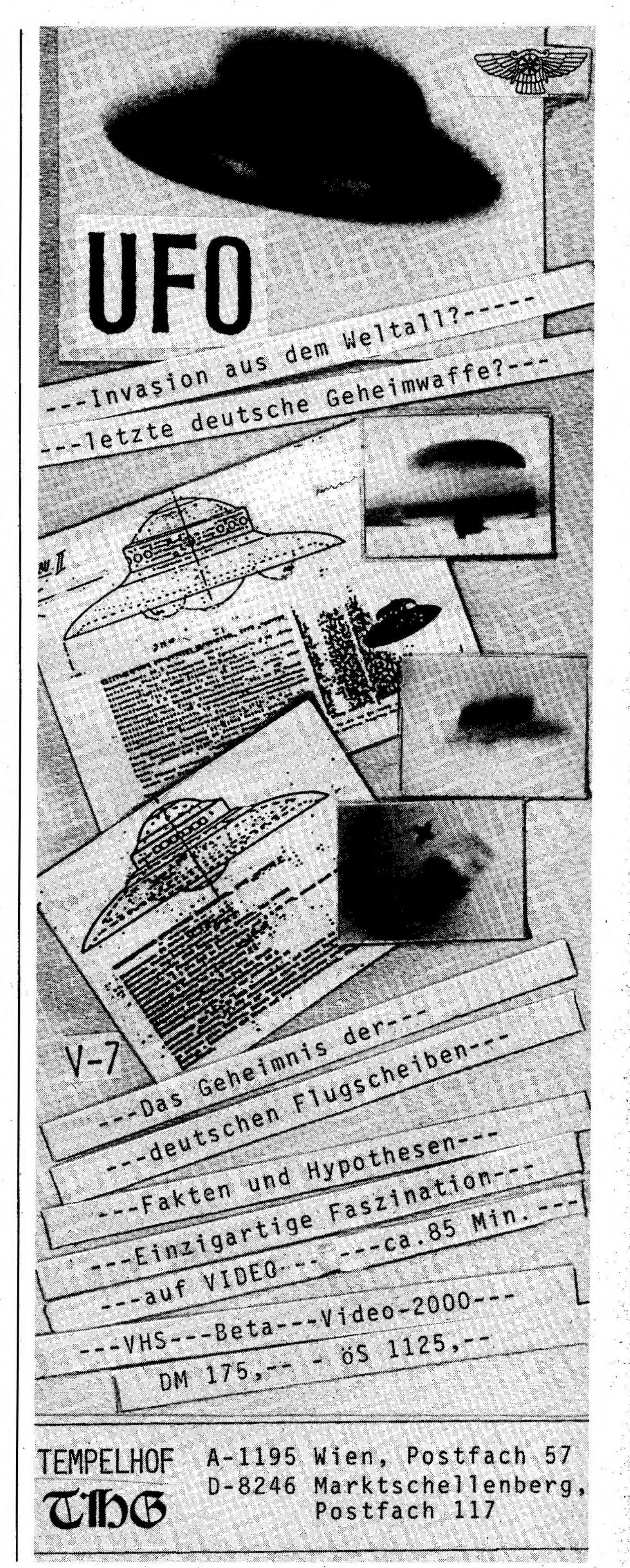
Deutsche U-Boote durchkreuzten zu jener Zeit alle Weltmeere, teils als Jäger, teils als Gejagte. Voluminöse Fracht-U-Boote waren entstanden, und völlig neue U-Boot-Typen befanden sich im Bau.

In dieser Zeit entstanden viele seltsame Dinge, von denen Genaues nicht bekannt ist: Menschen und Gerät wurden per U-Boot verschifft. Ständige U-Boot-Kontakte mit den japanischen Freunden und Verbündeten wurden unterhalten. Bald besaß die deutsche Marine einen U-Boot-Stützpunkt im Fernen Osten, um noch besser mit Japan zusammenwirken zu können.

Vieles spricht dafür, daß nun auch japanische Forscher und Geistesfreunde an den Projekten der »anderen Wissenschaft« mitwirkten. Der U-Boot-Verkehr zwischen Japan und Deutschland war außerordentlich rege. Und was eine Vereinigung deutschen und japanischen Erfindergenies zu leisten vermochte, das können wird uns gerade heutzutage gut vorstellen.

Welche geheimen Ziele steuerten deutsche U-Boote während dieser Kriegsphase an? Eines dieser Ziele hieß vermutlich Antarktis.

Die den U-Boot-Krieg betreffenden Papiere unterliegen noch immer strengster alliierter Geheimhaltung, was gewiß kein Zufall ist. So sind denn auch bis heute an die 100 deutsche U-Boote des Zweiten Weltkrieges unauffindbar: Sie sind weder vom Feind vernichtet gemeldet noch als selbst versenkt bekanntgegeben worden; sie sind ganz einfach spurlos verschwunden. Eine ganze U-Boot-Flotte. Dar-



UFO

Geheimnis der deutschen Flugscheiben

unter der legendäre Typ XXI. Können aber 100 U-Boote einfach verschwinden?

Oder haben sie vielleicht mit den seit 1945 immer wieder einmal gesichteten »Gespenster-U-Booten« etwas zu tun? Gibt es vielleicht irgendwo U-Boot-Bunker im ewigen Eis? In den offiziellen Unterlagen heißt es schlicht: Verbleib ungeklärt . . .

Die deutschen U-Boot-Werften hatten mit gutem Grund eine Modulbauweise für U-Boote entwickelt. U-Boote – vor allem der neuen Typen 21 und 23 – wurden dergestalt in Einzelmodulen vorgefertigt, daß sie mit verhältnismäßig einfachen Mitteln an einem beliebigen Ort endmontiert werden konnten. Und große Fracht-U-Boote des Typs X waren in der Lage, solche Einzelbauteile zu transportieren. Auch hinter dieser Entwicklung dürfte ein besonderer Sinn gesteckt haben: Vorbereitungen auf den »Krieg nach dem Krieg«?

Deutschland hat nicht kapituliert

Am 8. und 9. Mai 1945 aber schweigen in Europa die Waffen. Der Großadmiral und Reichspräsident Karl Dönitz unterzeichnete die Kapitulation der drei deutschen Wehrmachtsteile – das Deutsche Reich hingegen kapitulierte nie.

Und dann tauchten die UFOs am Himmel der Erdenwelt auf. Und sie ähnelten wohl nicht zufällig deutschen Konstruktionen.

Bald überflogen »fliegende Untertassen« sogar das Capitol in Washington. Die Stadt brach in Panik aus. Auf den Radarschirmen wurden die Flugbewegungen der UFOs verfolgt. Es war eine offene Herausforderung. Doch die US-Regierung ließ sich nicht zum Kampf provozieren und die UFO-Macht schien nicht den ersten Schuß abgeben zu wollen. Das war im Juli 1952 gewesen.

Inzwischen hatte es aber bereits massive Konfrontationen zwischen den Alliierten und der UFO-Streitmacht gegeben.

Im Winter 1946/47 unternahm die US-Navy unter Führung von Admiral Richard E. Byrd eine großangelegte Antarktisinvasion – nur oberflächlich als wissenschaftliche Expedition getarnt.

Das Unternehmen trug die Code-Bezeichnung »High Jump« – zu Deutsch: Hochsprung. Nach gründlichen Vorbereitungen lief »High Jump« am 13. Februar 1947 an, um schon am 3. März überstürzt abgebrochen zu werden, nachdem mehrere Kampfflugzeuge spurlos verschwunden waren. Einzelheiten wurden nicht näher bekannt.

Admiral Byrd sagte nach dem Abbruch seiner Mission, es sei bittere Wirklichkeit, daß im Falle eines neuen Krieges die Vereinigten Staaten von Fliegern angegriffen werden könnten, die in der Lage sind, von einem Pol zum anderen zu fliegen. Es müßten Schutzmaßnahmen gegen eine Invasion von Fliegern getroffen werden, die aus dem Polargebiet kommen. Er hob die Notwendigkeit besonderer Wachsamkeit entlang des gesamten antarktischen Eisgürtels hervor.

Die Invasion des deutschen Gebiets Neuschwabenland war mißlungen. Sonderbare Kräfte schienen da am Werke zu sein und sich gegen die Alliierten verschworen zu haben.

Alles dies bewegt sich aber natürlich im Bereich der Spekulation, des Zusammensetzens zahlreicher Mosaiksteine, die ein ungefähres Bild logischer Möglichkeiten ergeben, Möglichkeiten, die jedenfalls logischer sind als die Annahme, etwa wild gewordene Killer-Pinguine hätten Admiral Byrd samt seiner 4000 Mann in die Flucht geschlagen. Aber vielleicht wurde es den Alliierten in der Antarktis auch ganz einfach zu kalt? Oder sie hatten plötzlich keinen Spaß mehr an »High Jump«?

UFOs blieben jedoch weiter am Himmel der Erde, jedenfalls mehrten sich Berichte und Fotos, von denen sicherlich viele, wenn auch nicht alle, einen realen Hintergrund haben.

1958 aber war es soweit. Die Alliierten starteten ihre nächste große Antarktisunternehmung. Und diesmal fuhren sie stärkere Geschütze auf: nämlich Atomwaffen.

Die Dimension Weltall

Am 27. August, 30. August und 9. September 1958 wurden je eine Atomrakete in Richtung Neuschwabenland geschickt. Die drei Kernsprengköpfe explodierten über dem Himmel der Antarktis.

Doch auch der Kernwaffeneinsatz konnte den vermeintlichen Gegner und Bedroher der alliierten Weltherrschaft wohl nicht ausschalten. Vielleicht gab es ihn gar nicht? Aber wozu dann all der Aufwand und all die Verschleierung?

Die UFOs jedenfalls flogen weiter. Aber es kommen noch unfaßlichere Dinge im Zusammenhang mit der deutschen Flugscheibenentwicklung auf uns zu: Die Dimension Weltall.

Waren die ersten Menschen im All wirklich Russen und Amerikaner? Oder waren es Deutsche und Japaner?

Es gibt Fragmente eines Berichts, der von einer Selbstopferungs-Unternehmung mit dem einzigen gebauten Flugkreisel Haunebu III spricht: der Flug zum Mars.

Das 71-Meter-Durchmesser große Haunebu III konnte – rechnerisch – mit seinem Elektrogravitationsantrieb eine Entfernung von 75 264 000 Kilometern zurücklegen – also die Entfernung Erde – Mars. Dann aber war der Elektrogravitationsantrieb bei den damals verfügbaren Legierungen verbraucht und mußte ausgewechselt werden. Eine Marsreise war also eine Reise ohne Wiederkehr.

Dennoch entschloß sich die SS-E-IV im Frühjahr 1945 zu einem solchen Verzweiflungsakt. Vielleicht hoffte man, tatsächlich Hilfe durch außerirdische Verbündete zu gewinnen? Allein die wahrhaft verzweifelte Kriegslage jener Tage macht solche Gedanken begreifbar. Nichts blieb unversucht. Denn dieser Krieg war ein Vernichtungskrieg gegen das ganze deutsche Volk und nicht nur ein Kampf gegen Hitler. Churchill und Roosevelt hatten dies unumwunden ausgesprochen.

Kommt ein Krieg der Sterne?

Wenn es etwas gibt, das die herrschenden Mächte dieser Welt heute offenbar nicht beherrschen – so sind es die UFOs. Eine Blamage gleichermaßen für die Westmächte wie für die Sowjetunion: UFOs tummeln sich über ihre Territorien wie sie Lust haben. Weder Waffen noch Geld oder Logenklüngel vermögen sie aufzuhalten.

Vieles des hier Geschilderten scheinen unhaltbare Hypothesen zu sein, unvorstellbar, unglaublich. Aber ein Blick auf das sich vervollständigende Mosaik muß einfach nachdenklich stimmen. Zu viele Steine dieses Mosaiks stellen handfeste Fakten dar.

Das sind nicht alles Erfindungen oder Trugbilder. Es muß etwas daran sein an alledem. Selbst wenn der eine oder andere Punkt schließlich nicht treffend wäre, so muß bedacht werden, daß es womöglich noch viele konkrete Fakten gibt, von denen wir keine Zeugnisse besitzen.

Aus dem Blickwinkel dieser Möglichkeiten und Eventualitäten erscheint auch das vielbesprochene amerikanische SDI-Projekt plötzlich in einem anderen Licht, vor allem wenn man sich ins Bewußtsein ruft, daß die Amerikaner den Sowjets diese ihre Superwaffe auch zur Verfügung stellen wollen; ganz abgesehen davon, daß die Sowjetunion sicherlich längst an ihrem eigenen SDI arbeitet.

Ist der Zweck von SDI vielleicht der Versuch, eine erwartete Flugscheiben-Invasion abzuwehren, wie auch schon eine amerikanische Zeitschrift vermutete? Ist die Bedeutung des »Kriegs der Sterne« eventuell viel wörtlicher zu nehmen, als allgemein verstanden wird? □

Zitate

Wohlstand

Hans-Christian Röglin, Institut für angewandte Sozialpsychologie an der Universität Düsseldorf: »Der Mensch will zurück zur Natur, aber im Rolls Royce. Wir haben es mit einer Gesellschaft zu tun, die ›Ja‹ sagt zum Produkt und ›Nein‹ sagt zur Produktion.«

Deutschland

Dr. Rainer Barzel, CDU-Bundestagsabgeordneter: »Deutschland gab und gibt es als Bestandteil der Schöpfungsordnung. Meine Eltern und meine Großeltern waren, wie deren Vorfahren, Deutsche. Da gab es weder unser heutiges Bündnis noch den ›atlantischen Seebund‹. Und meine Verwandten und Freunde in der DDR sind Deutsche, ohne diesem ›Seebund‹ anzugehören. Gott hat die Menschen durch die Familie und in Völkern gewollt und geschaffen. Deutschland lebte durch die Zeiten – in vielen Formen, geeint oder zersplittert, geächtet oder geachtet, gerecht oder böse, klein oder groß. Wie andere Völker und Länder auch.«

National-sozialismus

Professor Wolfgang Mommsen, Vorsitzender des Verbands der Historiker Deutschlands: »Die rhetorisch unglückliche Form der Präsentation hat die Problematik nur verschärft. Die Rede zeigt teilweise sehr deutlich, daß auf ein relativ konventionelles Geschichtsbild ein neues demokratisches Verständnis der Rolle Deutschlands einfach draufgesetzt ist. Beides liegt sozusagen unvermittelt übereinander. Ein Beispiel: Ohne es zu wollen, redete Jenninger von Deutschen und Juden als zwei gegenüberstehenden Gruppen. Wobei völlig vergessen wurde, daß es sich bei diesen Juden um Deutsche gehandelt hat und nicht um eine andere ethnische Gruppe, der man potentiell feindlich oder auch nicht feindlich gegenüberstehen kann. Ebenso störend war die Schlußfolgerung, daß die außenpolitischen Erfolge Hitlers die Legitimität des Weimarer demokratischen Systems im Nachhinein untergraben hätten. Das wird man ganz sicher so nicht sagen können. Man wird vielmehr sagen, daß die Revisionspolitik soweit sie Hitler nach außen bis 1938 getrieben hat, zu guten Teilen auf Stresemanns Bemühungen aufgebaut hat. Im übrigen ist eben in Jenningers Rede unglücklicherweise nicht gesagt, daß die Revisionspolitik nur die Fassade gewesen ist, um die deutsche Bevölkerung für eine Politik zu gewinnen, die spätestens seit 1934 zielbewußt auf Auslösung eines europäischen, ja, eines Weltkrieges hingearbeitet hat.«

Anti-semitismus

Michael Fürst, Vorsitzender des Landesverbandes der jüdischen Gemeinde von Niedersachsen: »Ich wünsche mir eine sachliche Darstellung der Probleme. Konkret: Nicht jeder, der sagt, daß er mich oder Herrn Galinski nicht mag, muß ein Antisemit sein. Die politischen Gegebenheiten sind heute nicht mehr die, daß wir nur noch gegen den Antisemitismus zu kämpfen haben.«

Kirche

Johannes Gross, Herausgeber der Wirtschaftsmagazine »Capital« und »Impulse«: »Ist es Zufall, daß der Protestantismus da lebt und blüht, wo er nicht staatlich privilegiert und finanziert ist, sondern einzig durch freie Wahl der Gläubigen der Kirche und Gemeinde sich bildet?«

Deutsche Frage

Silvius Magnago, Landeshauptmann von Südtirol: »Das Deutschlandproblem löst man nicht mit größerer Durchlässigkeit der innerdeutschen Grenze, weil so noch nicht der freie deutsche Staat entsteht – vorausgesetzt natürlich, daß die Deutschen ihren gemeinsamen Staat wollen. Ein Art Selbstbestimmung sähe ich auch darin, wenn die vertriebenen Sudetendeutschen in ihre Heimat zurückkehren könnten, sofern sie es wollen, und daß sie dort als sprachliche Minderheit einen effizienten Schutz erhalten. Sie müßten in der CSSR als Deutsche überleben können. Auch die vertriebenen Schlesier, die Danziger, die Ostpreußen müssen das Recht haben, in ihre Heimat zurückzukehren, mit der Garantie, dort als Deutsche zu leben. Und das muß auch für ihre Nachkommen gelten, wenn sie es wünschen. Das sehe ich als mögliche Wiedergutmachung an. So könnte Europa befriedet werden.«

Menschen-rechte

Michail Gorbatschow, sowjetischer Partei- und Staatschef: »Die sowjetische Demokratie wird auf eine solide, normative Grundlage gestellt werden. Ich beziehe mich ganz besonders auf Gesetze über die Freiheit des Gewissens, Glasnost, öffentliche Vereinigungen und Organisationen sowie viele andere. In Haftanstalten gibt es keine Personen, die wegen ihrer politischen oder religiösen Ansichten verurteilt worden wären. Zusätzliche Garantien sollen in die neuen Gesetzentwürfe aufgenommen werden, durch die jegliche Verfolgung aus diesen Gründen ausgeschlossen werden soll. Natürlich bezieht sich dies nicht auf jene, die alltägliche kriminelle Taten oder Verbrechen gegen den Staat wie Spionage, Sabotage, Terrorismus und so weiter begangen haben, wie auch immer ihre politischen oder religiösen Ansichten sein mögen. Das Problem der Ausreise und der Einreise in unser Land, darunter die Frage der Ausreise zur Familienzusammenführung, wird in einem menschlichen Geist behandelt.«

Waffen

George Shultz, ehemaliger amerikanischer Außenminister: »Die Staatengemeinschaft sieht sich mit Verletzungen des ältesten und weitestgehend eingehaltenen Rüstungskontrollabkommen konfrontiert – des Genfer Protokolls von 1925, das den Einsatz von Giftgas und chemische Kriegsführung untersagt. Diese Geißel greift um sich. Das Protokoll wurde wiederholt verletzt. Der schreckliche Alptraum wäre die mögliche Kombination von chemischen Gefechtsköpfen auf ballistischen Raketen in Händen von Staaten, die der weltweiten Ablehnung ihres Einsatzes wenig Beachtung schenken.«

DDR

Ottfried Hennig, Staatssekretär im innerdeutschen Ministerium, CDU: »Die ›DDR‹ ist ein Staat, der Angst vor Gebeten und einer russischen Presseschau hat. Die derzeitige SED-Führung arbeitet unbeirrt für den Endsieg einer verlorenen Sache, des orthodoxen Kommunismus. Wir müssen der ›DDR‹-Führung klarmachen, daß es mit dem Steinzeitsozialismus dort nur ein schlechtes Ende nehmen kann. Wir müssen das Unrecht brandmarken: Daß an der Grenze noch immer auf Flüchtlinge geschossen wird – und zwar neuerdings sogar mit Hochgeschwindigkeitsgeschossen. Daß Kinder und Armee immer noch zum Haß erzogen werden. Daß politisches Strafrecht menschenrechtswidrig ist. Daß es noch niemals eine freie Wahl in der ›DDR‹ gegeben hat.«

Souveränität

Professor Helmut Schlesinger, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank: »Die internationale Kooperation sollte sich auf eine Grobabstimmung der Wirtschaftspolitik beschränken. Die Durchführung aber muß in der Verantwortung der jeweiligen Länder bleiben.«

Politik

Björn Engholm, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein: »Nicht der mündige Mensch ist das Ziel, sondern der amüsierfähige.«

Steinzeit-Sozialismus

Heinz Keßler, DDR-Armeegeneral, Mitglied des Politbüros der SED und Minister für nationale Verteidigung: »Wir wollen und wir brauchen keinen Quadratmeter fremden Bodens, keine Güter anderer Völker, keine militärische Eroberung von Rohstoffen oder Absatzmärkten. Unsere Staatengemeinschaft und unsere Parteien sind strikt gegen jeglichen Export der Revolution, aber auch gegen den Export der Konterrevolution und die Ausbeuterherrschaft mit ihrer Massenarbeitslosigkeit für die Werktätigen und ihren Superprofiten für die Konzernherren.« □

Endlich gesunde Luft

Kay Vogel

Die Gefahren der Luftverschmutzung werden oft unterschätzt. Schmutz- und Giftpartikel von Heizungen, Autos und Industrie dringen durch Tür- und Fensterritzen in die Räume ein und werden Tag und Nacht von den Bewohnern eingeatmet. Gefährlich ist die Luftverschmutzung, weil sie unspürbar, unsichtbar und oft auch geruchslos ist. Sie wird vom Menschen kaum beachtet oder zu spät. Hier kann der Vitar-Luftreiniger Abhilfe schaffen. Wissenschaftler stellten fest, daß viele chronische Krankheiten durch Luftverschmutzung verursacht werden. Zwar bekämpft man zu trockene Luft mit Befeuchtern, aber die viel schädlicheren Schwebepartikel bleiben unbeachtet.

Ein immer akuter werdendes Thema ist die Luftverschmutzung in der Tat. Verursacher sind neben Autos und Industrie auch Ölheizungen und sogar der Zigarettenrauch. Mit den Folgeerscheinungen hat jeder Bürger, vom Baby bis zur Großmutter, zu kämpfen. Die häufigsten Erscheinungen sind Kopfschmerzen, Abgespanntheit, Müdigkeit, Kratzen im Hals und vor allem Allergien. Wer über Monate oder gar Jahre hinweg in permanent schlechter Atemluft lebt, schädigt damit sein Immunsystem, da dieses, wie kaum ein anderes, auf hochwertigen Sauerstoff angewiesen ist.

Der Verlust körpereigener Abwehrkräfte

Ein Verlust der körpereigenen Abwehrkräfte kann katastrophale Folgen haben, das weiß man nicht erst, seit der Aids-Virus grassiert. Um diesem Übel abzuhelfen, werden inzwischen verschiedene Systeme angeboten, die allesamt eine wirksame Raumluftreinigung versprechen. Auch das Interesse auf der Verbraucherseite ist groß. Die Frage, die sich den Verbrauchern stellt, muß aber sein: welche Systeme sind zu empfehlen, wo liegen Vor- und Nachteile, wie tief muß man in die Tasche greifen, um eine vernünftige Lösung des Problems zu erreichen?

Altbekannt sind die sogenannten Luftbefeuchter. Ausgehend von dem Standpunkt, daß eine Luftfeuchtigkeit von 50 bis 60 Prozent wünschenswert ist, saugen diese Geräte Raumluft durch ständig bewässerte Befeuchtungsmatten oder rotierende Scheiben. Bei diesem Vorgang werden auch die Schmutzpartikel durch Feuchtigkeitsaufnahme schwerer. Sie können sich nicht mehr in der Atemluft halten und sinken auf Teppichboden, auf Tische oder anderes Mobiliar, beziehungsweise bleiben an der Tapete haften. Bei jedem Staubsaugen oder Wischen werden sie wieder aufgewirbelt.

Ein weiterer Nachteil zeigt sich darin, daß die Befeuchtungsmatten oder Filter von Zeit zu Zeit gewechselt werden müssen – lediglich ein System kommt ohne Mattenwechsel aus, wird dafür aber für einen unvergleichbar höheren Preis angeboten –, die Geräte müssen ständig, am besten täglich, gründlich gereinigt werden, der Raumluft wird Wärme entzogen und das, obwohl die Hochsaison der Befeuchter im Winter ist.



Richtig mit negativ geladenen Ionen belüftete Räume erhöhen nicht nur die Arbeitskraft, sondern auch die Freude am Sport.

Baubiologen warnen vor Überfeuchtung

Wird die Reinigung über einen gewissen Zeitraum vernachlässigt, sind die Filtermatten ideale Brutkästen für Bakterien. Hierauf hat die »Stiftung Warentest« in ihren Heften Nr. 12/1986 und Nr. 4/1987 hingewiesen. Richtigerweise wurde ebenfalls klargestellt, daß Baubiologen sogar vor einer Überfeuchtung der Räume warnen (Schimmelpilze), da durch die hervorragende Wärmeisolierungstechnik einmal vorhandene Feuchtigkeit nicht aus den Räumen weicht.

Fazit: Luftbefeuchter haben in zu trockenen Räumen durchaus ihre Daseinsberechtigung, dem Anspruch, Raumluftreiniger zu sein, werden sie keinesfalls gerecht. Besitzer von Befeuchtern sollten auf peinlichst genaue tägliche Reinigung achten. Zu den von den entsprechenden Firmen angebotenen Bioziden (chemische Keimabtöter) sei die Frage nach dem Sinn eines weiteren Chemie-Einsatzes im Privatbereich erlaubt.

Ein weiteres Raumluftreinigungs-System stellen die sogenannten Ionisatoren dar. Sie erzeugen sogenannte »Negativionen«. Gemeint sind damit elektrische Luftladungen, die negativ geladen sind. In der freien Natur gibt es genügend davon, im Kurortklima beispielsweise sehr viel mehr als in der Stadtluft. Solange diese Negativionen die ebenfalls vorhandenen Positivionen ausgleichen können, geht es uns gut. Fehlen jedoch die Negativionen, wie in Innenräumen meistens der Fall, verschlechtert sich rasch der Allgemeinzustand. So ist beispielsweise der Föhnwind extrem mit positiven Ionen überbeladen.

Die Gegenwart von negativ geladenen Ionen, die eingeatmet werden, ruft hingegen ein Gefühl von Euphorie und Arbeitsfreudigkeit hervor, das jedem Menschen als Nach-Gewitter-Wirkung bekannt ist. In der Tat ist nach einem Gewitter die Luft mit Negativionen geladen.

Bereits seit 200 Jahren arbeiten Wissenschaftler an diesem Phänomen, die wichtigsten Erkenntnisse konnten aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg gemacht werden. Seither wird auch an der Entwicklung von leistungsfähigen Ionisatoren gearbeitet. In der Hauptsache können vier Wirkungen von einem modernen Ionisator erwartet werden:

Mehr Sauerstoff im Blut

Erstens, eine keimtötende Wirkung. Die in der Luft befindlichen Krankheitskeime bekommen sozusagen einen elektrischen Schlag. Diese Schockwirkung reicht aus, um die Keime, also beispielsweise Grippeviren, abzutöten, Infektionen werden dadurch verhindert. Aus diesem Grunde werden Ionisatoren in Krankenhäusern der Schweiz, in Schweden, in der Bundesrepublik und Ungarn verwendet, aus dem gleichen Zweck aber auch in privaten Haushalten und Büros.

Mehr Sauerstoff im Blut: Durch ein reichliches Angebot von Negativionen wird das Eindringen von Sauerstoff ins Blut und das Herausatmen des schädlichen Kohlendioxids erleichtert. Am meisten profitieren davon Menschen mit Sauerstoffmangel, also auch viele Herzkranke. Auch Asthmatiker und Bronchitiker erleben eine deutliche Verbesserung ihres Zustandes, da durch die negativen Ionen auch die Flimmerbewegung des Flimmergewebes in den Bronchien gut angeregt wird, gleichzeitig wird die Schleimabsonderung wesentlich erleichtert.

Luftreinigende Wirkung: Die feinen Staubteilchen in der Luft sind positiv geladen. Bei negativer Aufladung durch den Ionisator setzen sich diese am Boden und auch an der Wand ab. Gerade die allerkleinsten, lungengängigen Staubteilchen werden so zum großen Teil aus der Luft entfernt, Gerüche vermindert, Stauballergiker und Bronchitiker haben weniger Beschwerden.

Schmerzlinderung: Als Folge von zu vielen positiven Ionen ist ein Ansteigen des Serotoningehaltes im Blut beziehungsweise im Gehirn zu verzeichnen. Hierdurch entsteht eine höhere Embolie- oder Thrombosegefahr beziehungsweise rasende Kopfschmerzen oder Migräne. Da Serotonin auch im Darm freigesetzt wird, können auch heftige Leibschmerzen die Folge sein.

Man kann zwar all diesem mit Medikamenten beikommen, doch sind damit auch häufig unerwünschte Nebenwirkungen zu erwarten. Ein Einsatz von Ionisatoren durch Ärzte hat gezeigt, daß damit der Einsatz chemischer Schmerzmittel auf die Hälfte und weniger reduziert werden kann.

Der Einsatz von Ionenerzeugern ist also durchaus logisch, doch leider sind auch diese Ionisatoren mit deutlichen Nachteilen behaftet. Viele von ihnen erzeugen Ozon, das zwar richtig dosiert durchaus gesund ist, aber die tatsächliche Ozonproduktion gilt es ständig – am besten von ärztlicher Seite – zu kontrollieren. Außerdem muß man, vor allem wenn die Ionisatoren als Raumluftreiniger eingesetzt werden, beachten, daß stärkere Verunreinigungen von Möbeln und Tapeten der Fall sein können.

Auch die Schulmedizin nutzt den Vitar

Um aber diese Negativmerkmale zu beseitigen, haben sich im Auftrag einer Schweizer Firma Ärzte, Biologen und Techniker zusammengesetzt, um die bisher weiteste Entwicklung auf dem Gebiet der Ionisatoren zu konzipieren. Der Vitar-Raumluftreiniger und Ionisator verfügt über eine zusätzliche Komponente, die den ionisierten Luftschmutz zuverlässig an einem am Gerät befindlichen Schmutz-Auffangstreifen bindet. Sofort nach der Erfindung dieses Geräts wurde der Vitar auf der internationalen Erfindermesse in Genf mit der Silbermedaille prämiert.

Daraufhin wurde er von der Universität Bern untersucht. Diese Untersuchungen zeigten, daß tatsächlich etwa 45 000 Keime pro Stunde beseitigt werden.

Die Universität Bern hat daraufhin den Vitar ausdrücklich empfohlen.

Wenig später folgte die europaweite Patentanmeldung, das Gerät wird seitdem erfolgreich in europäische und außereuropäische Länder exportiert. Vor nicht allzulanger Zeit konnte der Vitar auch in der Schulmedizin Fuß fassen, prominentes Beispiel hierfür ist die komplette Ausstattung des Nordsee-Kurhauses Wasserschloß in Neuharlingersiel.

Auch die Deutsche Stiftung für die Erforschung der Neurodermitis und Psoriasis konnte, nach einem intensiven Test, die hervorragenden unterstützenden Wirkungen feststellen.

Der einzige Nachteil des Geräts: Das Gerät ist nur für Räume bis zu 100 Kubikmeter Größe geeignet. Bei größeren Räumen müssen entsprechend mehr Geräte eingesetzt werden.

Der Schmutz-Auffangstreifen muß alle zwei bis drei Wochen abgezogen und durch einen neuen ersetzt werden. In gleichen Abständen muß das Gerät mit einem leicht angefeuchteten Tuch gereinigt werden, da Partikel insbesondere bei stärkerer Raumluftverschmutzung auch am Gerät sich niederschlagen.

Wird die Reinigung vergessen, schlägt sich der Schmutz im Umfeld des Gerätes nieder.

Anmerkung: Diese hier als Nachteile ausgelegten Effekte können selbstverständlich auch als Vorteile ausgelegt werden, da hierdurch gezeigt wird, in welchem Maße Staubpartikel angezogen werden.

Die ausgetüftelte Technik des Vitars sorgt für eine sichere Entfernung nahezu aller lungengängigen Schwebepartikel. Durch die räumliche Trennung der Ionisationsnadel vom Schmutz-Auffangstreifen wird eine Ozonproduktion verhindert. Da das Gerät ohne Zusatz – vor allem kein Wasser – betrieben wird, ist eine tägliche Wartung unnötig.

Die angelegte Hochspannung reduziert den Stromverbrauch um ein Watt im Jahr bei vorgesehenem Dauerbetrieb.

Was Besitzer des Vitars berichten

Es ist natürlich interessant, welche Auswirkungen die Entgiftung der Atemluft tatsächlich hat. Vor allem, ob tatsächlich genügend Bakterien, Pollen und Gifte entfernt werden, um Krankheiten effektiv vorzubeugen, bei bestehenden Krankheiten zu helfen oder sie gar zu beseitigen.

Der Grundtenor der Berichte: Bei Einsatz in Büroräumen, Praxen oder anderen Arbeitsräumen wird eine verbesserte Leistungsfähigkeit und eine viel später einsetzende Ermüdung festgestellt. In Smog-Gebieten bleiben die typischen Erkrankungen weitgehend aus.

In den von Föhn betroffenen Gebieten treten Föhnerkrankungen – Müdigkeit, Kopfschmerzen, Unwohlsein, Gefühle von Beklemmung und Bedrückung – weit weniger auf, dies als Folge der ausreichenden Versorgung mit Negativionen. Deutlich geringere Anfälligkeit gegen Allergien, in Einzelfällen abklingende Allergien. Erstaunlich geringes Auftreten von Erkrankungen der Atemwege – Asthma, Bronchitis. Bei bestehenden Krankheiten teilweise deutliches Abklingen der Beschwerden.

Und wie urteilt der Arzt? Der Chefarzt des Nordsee-Kurhauses Wasserschloß in Neuharlingersiel, Dr. med. Deilmann, berichtet vom Einsatz des Raumluftreinigers Vitar in seinem Haus: »Wir haben alle Schlafräume beziehungsweise Schlaf- und Wohnräume unserer Patienten mit diesem Gerät ausgestattet. Wir haben diese Maßnahme unter der Vorstellung durchgeführt, den Allergengehalt und die Staubbelastung für die allergiekranken Patienten in den Innenräumen zu vermindern.

Nach unserer Beobachtung funktionierten die Geräte einwandfrei. Der Wartungsaufwand ist für das Personal keine wesentliche zusätzliche Belastung. Obwohl in diesem Jahr eine deutlich stärkere Pollenbelastung als im Vorjahr bestanden hat, konnte durch den konsequenten Einsatz des Raumluftreinigers und Ionisators Vitar eine deutliche Verminderung des Medikamenteneinsatzes bei unseren Patienten beobachtet werden.« □

Weitere Informationen über den Luftreiniger Vitar erhalten Sie vom Vital-Versand, Stadtring 36, D-4460 Nordhorn.

Krebs

Vom Patt in der Medizin

Günter Carl Stahlkopf

Der eindeutig umwälzende Erfolg der Regena-Ganzheits-Regenerations-Therapie von Günter Carl Stahlkopf liegt in der Tatsache begründet, daß es sich nicht um eine Sonder-Therapieform handelt für spezifische Krankheitsbilder, sondern um einen umfassend ineinandergreifenden Ganzheits-Wirkprozeß, der letztlich bei allen Leiden auf die kleinste Lebenseinheit des Organismus, die Zelle, zurückläuft. Wer Krebs heilen will, hat darum dank dieser Therapie die zellregenerative Möglichkeit, alle chronischen Leiden anzufassen und auszuheilen.

Im Widerstreit zwischen Koch und Virchow um 1900 hat nicht Koch gesiegt und auch nicht Pasteur, sondern mein Vorbild Professor Virchow. Schon Pasteur sagte richtig und warnte vor der einseitigen Jagd auf Bakterien oder Mikroben: Nicht das Bakterium ist alles, sondern das Terrain, der Nährboden beziehungsweise das Milieu, auf dem der Keim oder das Virus lebt.

Es geht um die Gesundung der Zelle

Durch diesen entscheidenden Umdenkprozeß läßt sich die jetzige Patt-Situation, in der die Medizin sich befindet, ob Schule oder Naturheilwesen, herausführen in die einzig möglich rettende Alternativ-Lösung: Endlich eine echte Zellregenerations-Therapie zu betreiben, damit wir über diese die umfassend kausalen Ursachen für die gesunden oder pathogenen Nährböden erfassen.

Ein Organismus mit gesundem Zellularsystem, im Denkmodell eine Ur-Gesundheit oder bildlich »Adam-und-Eva-Gesundheit«, produziert einen gesunden Nährboden. Zelle, Lymphe und Blut, unter dem Begriff der humoralen Säfte sind gesund. Der innerzelluläre Stoffwechsel wie Gesamtstoffwechsel und die damit funktionsfähige körpereigene Abwehrkraft ist optimal und durch nichts mehr zu steigern.

Das heißt, sie kann bei einer vorliegenden Krankheit durch kein Medikament, also weder mit Maßnahmen der Erreger-Therapie, noch mit denen der heute angepriesenen »immunologischen Maßnahmen verbessert werden.

Ist dagegen das Zellularsystem und damit seine kleinste Einheit, die Zelle, pathogen erkrankt durch die verschiedenen möglichen Schäden an Zellmembran, am Zytoplasma der Zelle mit allen tausendfältigen Funktions- und Wirkmechanismen, am Zellkern, und damit am DNS- und RNS-System – also am genetischen Material –, dann ist zwangsweise das Lebensmilieu in der Zelle wie außerhalb des Zellverbandes über extrazelluläres Wasser bis zum Gesamtstoffwechsel des Gesamtorganismus ebenso zwangsweise erkrankt und pathogen.

Die alten Schwitzkuren

Wir haben danach den kranken Nährboden, der innerhalb der Zelle den Lebensbereich schafft für das Virus und außerhalb der Zelle im pathogenen humoralen Säftefluß den Lebensbereich der pathogenen Keime oder Bakterien. Es kann nun nicht kausal sein, wie bisher Erreger zu bekämpfen, sondern es kann nur völlig zweifelsfrei kausal sein, über die echt zellregenerative Gesundung des erkrankten Zellularsystems wieder zur Gesundung des innerzellulären Stoffwechsels mit humoralem Säftefluß zu kommen.

Die Folge davon ist, daß über diese Zellregeneration dem vorher pathogenen Lebensbereich in der Zelle und darüber hinaus die krankhaften Stoffe eines vorher kranken Stoffwechsels entzogen werden. Die weitere Folge, daß die Lebensgrundlage für Virus oder pathogenen Keim entweicht oder verlorengeht. Der Nährboden ist damit gesundet, das heißt, der kranke Keim kann nicht weiterleben. Er stirbt mangels »pathogener Nahrung« von selbst, ohne mit erregertötenden Antidoten beschossen werden zu müssen.

Dies sind Tatsachen, die nicht erst von mir erarbeitet zu werden brauchten, weil sie die verschiedensten »alten Naturheilweisen« bis heute praktizieren. Zum Beispiel die »alten Schwitzkuren«, ob nun mit den verschiedensten Einzelverdünnungen der klassischen Homöopathie unterstützt oder nicht oder ob mit schweißtreibenden Teeabkochungen vom Holunderblüten- und Lindenblütentee oder mit einem starken Grog von Rum oder Arrak – alles diente diesem einfachen Ziel der »Nährbodenreinigung«. Über dieses quasi künstliche Fieber, das sich zum Beispiel bei einer normalen Erkältung, Grippe oder auch Lungenentzündung bei noch nicht zu schwer geschädigtem Zellularsystem in Form dieser eben beschriebenen Abwehrkraft des Organismus von selbst bildet, scheidet der Organismus über das Hilfs- und Hauptorgan »Haut« mit dem Schweiß die pathogenen Stoffe oder Toxine aus, von denen der fälschlich als »Erreger« betrachtet verantwortlich für diese Krankheit, gelebt hat.

Das echte Heilwunder ist mit der Schwitzkur erreicht, weil nachher der Keim oder Bazillus durch die Nährbodengesundung abgestorben ist.

Interessant in diesem Zusammenhang ist, daß die meisten Krebskranken weder normale Erkältungskrankheiten noch Fieber bekommen, weil eben das Zellularsystem schon zu inaktiv, zu latent, zu degeneriert ist mit der Folge der mangelnden Abwehrkraft.

Ähnliches wird mit Kneipp-Kuren erreicht

Mit Lehm-Umschlägen wird ebenfalls eine starke Entgiftung über die Haut auf Blut und Lymphe bis in die Zelle hinein durchgeführt. In der Regena-Forschung wurde diese Tatsache ganz besonders berücksichtigt und therapeutisch ausgewertet, indem besonders Krebskranke damit behandelt werden, zur entscheidenden Unterstützung der peroralen (durch den Mund) Therapie nebst gezielter Ernährung.

Welches sind nun die Ursachen für die von mir als »Wurzel allen Übels« angegebene Zell-Erkrankung? Jede akute Krankheit, die nicht kausal und damit nicht schädigungsfrei ausgeheilt, sondern nur mit symptomatischen Therapiemaßnahmen eingeheilt wird, setzt Zellschäden. Diese Tatsache ist von namhaften Kreisen der konventionellen Medizin inzwischen bewiesen und wird von ihnen vertreten. Dazu einige Namen: Professor Hoff, Frankfurt, Professor Jores, Hamburg, und durch neueste Arbeiten des Pathologen Professor Thurner, Salzburg. Thurner kommt zur klaren Beweisführung, daß der Patient nicht an der Krankheit selbst stirbt, sondern an den Arzneimittelschäden.

Molière formulierte dies vor 300 Jahren mit den Worten: Der Mensch stirbt nicht an der Krankheit, sondern an den Medikamenten. Dieser Aussage schließen sich also heute führende Wissenschaftler an.

Das heißt ganz deutlich und unüberhörbar, daß jede symptomatisch eingeheilte, statt echt ausgeheilte Krankheit, über ihren damit bewirkten iatrogenen Schaden auf Zelle und Zellularsystem, die erste echte Ursache für die nächste chronische Krankheit wird, aus der sich dann die Ursachenkette aufbaut, die zum jetzigen medizinischen Patt geführt hat, indem die so symptomatisch eingeheilten chronischen Krankheiten neue Leiden zur Folge haben, die schlimmer sind als die vorher unterdrückte alte Krankheit.

Wenn man darüber im großen Bogen auf das Krebsgeschehen und dessen Ursächlichkeiten zurückkommt, bedeutet dies, daß das Krebsgeschehen in seiner tausendfältigen Unterschiedlichkeit letztlich der Endzustand oder die Teufelskrone von einer wiederum unterschiedlichen An-

zahl von nicht schädigungsfrei vorbehandelten akuten Krankheiten und chronischen Leiden mit ihren immer wieder ursächlichen Folgen der Schäden am Zellularsystem bis hinein in das genetische Material, mit allen daraus erwachsenden Einschränkungen des innerzellulären wie Gesamtstoffwechsels, wie besonders der Einschränkung oder gar Ausschaltung der körpereigenen Abwehrkraft ist.

Dieser Prozeß geht über Generationen. Das heißt, die Ursache für einen heute Krebskranken ist schon mindestens vor zwei bis drei oder mehr Generationen gelegt.

Die Probleme mit dem Impfen

Erwähnenswert in diesem Zusammenhang sind auch die Tatsachen, wie sich die verschiedensten Therapieformen der modernen Medizin mit Stich-Zeit-Seuchenbekämpfung seit Ende des letzten Jahrhunderts zellschädigend auswirken.

Der der Impfung zugrunde liegende »Effekt« einer damit angestrebten Immunisierung der Zelle im Sinn einer damit erreichten angeblichen Steigerung der Abwehrkraft über Antigen-Wirkung oder -Bildung ist bei ursächlicher Auswertung in Wahrheit ein ganz anderer. Es werden nämlich gar keine Antigene gebildet, die den Organismus und damit die Zellen vor Krankheitserregern schützen. Die Wirkung dieser Antigene wäre – unter wörtlicher Auslegung des Begriffes »Immunisierung« –, daß die Zelltätigkeit verändert wird in Richtung Latenz mit allen Folgen der wieder damit zwangsweise bewirkten inner- wie extra-zellulären Milieuveränderung bis in den humoralen Säftestrom hinein.

Das bedeutet also, daß dieser durch die Impfung künstlich bewirkte Milieuwechsel nicht mehr den Nährboden für den pathogenen Keim hat, so daß er in ihm nicht lebensfähig ist. Dieser Zellveränderungsvorgang ist also in Wahrheit für die Impfwirkung verantwortlich. Jede Impfung verändert also generell die Zellstruktur und die Zellphysiologie. Dies bewirkt unzweifelhaft eine Zelldegeneration, die bei strenger wissenschaftlicher Auslegung als pathogene Veränderung angesehen werden muß.

Jede Impfung und damit Immunisierung des Zellularsystems wirkt zuerst auf die Zellmembrane, verändert deren Durchlässigkeit unter anderen durch »Aufquellprozesse« des Häutchens, wodurch der osmotische Austausch durch die Beeinträchtigung der Ionen-Spalte behindert wie andererseits durch den Quellvorgang die Einengung und Veränderung der hochkomplizierten Zelltätigkeit eingeleitet wird. Sie wirkt sich von Impfung zu Impfung immer mehr degenerativ bis auf die Zellkerntätigkeit aus, so daß auch von hier wieder das genetische Material geschädigt wird. Ganz abgesehen davon, daß von hier der Circulus vitiosus seinen Anfang nimmt und er sich auf alle Körperfunktionen ursächlich »krankmachend« auswirkt.

Ich erkläre dies deshalb so deutlich, weil mit dem Impfschaden an der Zelle mit allen ihren Funktionen ein fast haargenauer pathogener innerzellulärer Stoffwechselprozeß eingeleitet wird, wie er sich im Vergleichsfall beim Krebsgeschehen entwickelt.
netwegen zu »demaskieren«

Vor über zehn Jahren sind im Hamburger Tropeninstitut durchgeführte Prüfungen zu dem Ergebnis gekommen, daß die Zelltätigkeit von Impfung zu Impfung in ihrer Aktivität rapide abnimmt mit dem Ende des »Zell-Todes«.

Krebs ist keine Spezialkrankheit

Weil diese Impfschäden derartig gravierend sind und tatsächlich die Zelltätigkeit in den Bereich des Krebsgeschehens hineinsteuern, sind sie tatsächlich über Jahrzehnte und Generationen laufend mit den weiteren zellschädigenden Maßnahmen der übrigen modernen Therapiemittel für eine Neukrebsbildung verantwortlich. Ich bezeichne diese Krebsart zum erstgenannten sogenannten Ur-Krebs mit Neu-Krebs-Geschehen.

Wir müssen darum in der Krebsforschung endlich aufhören, die Ursache dieses Leidens als »Spezialkrankheit« zu betrachten und dafür einen »Spezialerreger« zu suchen und verantwortlich machen zu wollen.

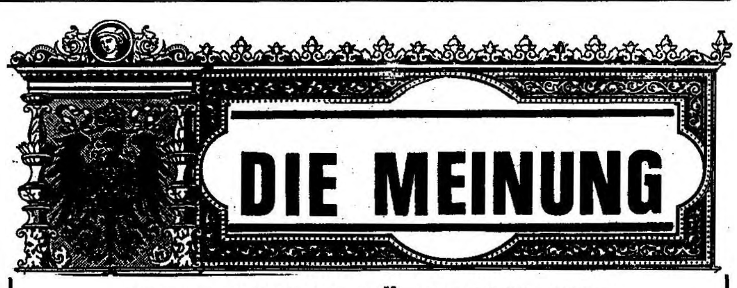
Wir müssen aber auch im Rahmen der Naturheilweisen endlich aufhören, im Denken auf »halbem Weg« steckenzubleiben, um einerseits richtig zu erkennen, daß das Krebsgeschehen ein umfassend ganzheitlicher Prozeß ist, um dann andererseits falsch zu folgern wie bisher, daß dieser Ganzheitsprozeß jetzt schon heilbar wäre, wenn man »Herde« sucht, um sie chirurgisch zuerst sanieren zu müssen, um dann unsere angeblich kausalen Naturheilweisemethoden zum Beispiel mit Mistelextrakten, Spurenelementen-Substitutionen einsetzen zu können. Das heißt, wiederum mit »immunologischen Maßnahmen« bestimmte Lymphozyten-Typen »umfunktionieren« oder mei-

oder bildlich gesprochen: sie zu »getäuschten Kettenhunden« machen mit dem Ziel, die sagenhaften Krebszellen zu fressen.

Dazu noch ein Hinweis über das sogenannte Herdgeschehen: Da sagt man tatsächlich in Kreisen der Naturheilweisen, das Herdgeschehen an Mandeln, Zähnen, Kiefer-Nebenhöhlen wäre eine Entgleisung oder ein Versagen der körpereigenen Abwehr. Es würde angeblich die ganzen Regulationsfunktionen des Organismus durcheinanderbringen und deshalb müßten diese Herde schnellstens chirurgisch saniert werden, damit man dann den Krebs erfolgreich ausheilen könnte mit ganzheitlichen Maßnahmen oder überhaupt auch andere schwere chronische Leiden wie Rheuma, Gicht oder Nierenerkrankungen kausal beseitigen.

Wie kann man von einem ganzheitlichen Krebsgeschehen sprechen, um andererseits ein Herdgeschehen nun entgegen aller Logik als spezifisch hinzustellen? Durch die chirurgische Herdsanierung beseitigt man doch nur die Wirkung und läßt die Ursache weiterbestehen, oder anders: Man beseitigt auch hier wieder nur das Symptom.

Das Herdgeschehen ist in Wahrheit nicht Ausdruck eines versagenden Abwehrsystems, sondern im Gegenteil unzweifelhaf-



Vom Patt in der Medizin

ter Beweis für ein noch – zumindest in diesem Bereich – voll intaktes Abwehrsystem. Es reinigt Blut und Lymphe von den Stoffwechselgiften wie zum Beispiel Eiweißzerfallprodukten (Eiter), die durch den pathogenen Stoffwechsel da oder dort anfallen, um sie im Fall der Angina dort abzulagern und nach Möglichkeit dort auszuscheiden, wo andere Ausscheidungs- oder Entgiftungsfunktionen über Darm oder Niere versagen.

Nicht chirurgisch sanieren

Oder im Beispiel an den »beherdeten Zähnen« dem Zahnzerfall auf Zeit entgegenzuwirken, bis der Arzt die kausalen Ursachen erkennt, und mit echten regenerativen Maßnahmen den Stoffwechsel zu gesunden über parallel dazu durchzuführende Maßnahmen der kausalen Blut- und Lymphentgiftung bis zu den Quellen dieser Gifte an der Zelle selbst.

Das heißt ganz deutlich, daß bei kausaler ganzheitlicher Therapie die Herdsanierung nicht durch chirurgische Maßnahmen erfolgen kann und darf, sondern über hier beschriebene regenerative Stoffwechselmaßnahmen, die wiederum nur wirksam sein können, wenn dafür die zugrundeliegenden Zellfunktionsstörungen beseitigt werden. Nur dies ist als Kausaltherapie echte Ganzheitstherapie.

Auf Einwände nach dem Motto: Wenn wir nicht chirurgisch sanieren, haben wir keinen Erfolg, kann doch nur sachlich geantwortet werden: Ein kausaler Erfolg ist es ja sowieso nicht, und außerdem beweist eine solche Auslegung nur, daß bisher ohne die Regena-Therapie die echten Möglichkeiten fehlten.

Die Quintessenz dieser Darstellung ist, daß über die Entgiftung des pathogenen Nährbodens in Zelle, humoralem Säftestrom und darüber hinaus in den nahrungs- und verdauungsverarbeitenden Darmtrakt, von der Mundhöhle bis zum Enddarm, wie auch im Nieren-Blasen-Ausscheidungsweg sowie auch im Reinigungs- und Entgiftungsweg der weiblichen Patienten »per vaginam«, dem pathogenen Keim oder Virus die Lebenssubstanzen entzogen werden, von denen der angebliche Erreger lebt.

Er stirbt ab ohne Antidot-Direktbeschuß in oft schnellerer Zeit ohne Schädigung des Zellularsystems.

Worauf beruht nun die Schädigung? In weitesten Ärztekreisen ist die Tatsache noch unbekannt, daß das Antidot als zum Beispiel Breitbandantibiotikum ja nicht nur den »falschen Erreger« tötet, sondern echt zerstörerische Einwirkungen auf das Zellularsystem hat, um wiederum den Teufelskreis in Richtung Neukrebsbildung zu intensivieren, indem allein schon die Anfälligkeit gegen die unterschiedlichsten chronischen Leiden verstärkt wird. Wie gesagt, das Krebsgeschehen ist Endstation!

Am schlimmsten wirken sich diese Therapie-Zellschäden im Entwicklungsstadium der Kinder aus. Die Mutter, die früher richtig zum Beispiel bei Erkältungen ein Fieber als Heilfieber begrüßte und durch Bettruhe und Schwitzen natürlich auskurieren ließ, ist durch die weltweite unverantwortliche Anti-Fiebermittelpropaganda verunsichert und verängstigt und verlangt vom Arzt die volle »Krankenkassenleistung« mit der Herunterdrückung desselben von möglichst einer Stunde zur anderen, damit das arme Kind nicht schwitzen braucht und weiter den möglichst »keimfrei« gehaltenen Spielplatz benutzen kann.

Antibiotika machen Grippeerreger gefährlich

Die Folgen kennen wir: Wenn weitere 10 bis 20 Jahre dieser »modernen Therapie« vergangen sind, wird der größte Teil dieser Kinder als dann Erwachsene nicht nur anämisch sein, sondern perniziös blutkrank und damit vorprogrammiert für den Blutkrebs. Auch hier das medizinische Patt.

Denken wir weiter an die Jahr für Jahr schwerer auftretenden Grippe-Epidemien und deren angeblich »vorsorgende« Vermeidung. Hier sind wir wieder bei der Impfung mit allen schon geschilderten Schadensfolgen. Die früher einmal harmlosen Grippeerreger sind wiederum unter Einfluß von Antibiotika zu gefährlichsten »Tierchen« geworden, und dem verantwortungsbewußten Arzt wird mehr als ungemütlich, wenn er seine moderne Handlungsweise am Erfolg beurteilen muß. Wäre ihm damit ein echter medizinischer Fortschritt gelungen, müßten die Krankheiten abnehmen. Das Gegenteil ist der Fall, und so zeigt sich auch hier wieder das medizinische Patt.

Die Medikamentenschäden dieser »Wunderpräparate« lösen neue tiefgreifende Krankheiten aus, gegen die dann noch erst wieder neue sogenannte »Heilmittel« als selbstverständliche »Wundermittel« entwickelt werden müssen.

Befassen wir uns mit den Folgen der Substitutionstherapie. Auch hier wieder klare Zellschädigung, denn substituieren wir Salzsäure oder Pepsinpräparate gegen Magendrüseninsuffizienz, dann manifestieren wir diesen Zustand, sklerotisieren die Magendrüsen mehr und mehr und müssen »Reagenzglas-Vorverdauung« mit der Dosis mehr und mehr verstärken.

Bei der Pankreasinsuffizienz wird aus dem Praediabetes ein Diabetes mellitus. Und so geht es weiter.

Selbstverständlich soll der lebenserhaltende Erfolg mit Insulin nicht bestritten werden, doch ist dies keine echte Heillösung, weil zum Beispiel beim fortpflanzungsbewußten Elternteil, der so substituiert behandelt wird, sein genetisches Material wiederum damit geschädigt wird, und zwangsweise Kind und Kindes-Kind die symptomatisch behandelten Therapie-Folgeschäden unschuldig an diesem Geschehen mit als genetische Bürde austragen müssen.

Bei anderen Hormon- oder auch schon Vitaminsubstitutionen ist es gleichwohl gefährlich. Wir halten die Erwachsenen oder die Eltern damit am Leben, um auch hier wieder über die damit bewirkte genetische Schädigung Kind und Kindes-Kind furchtbar zu belasten.

Die Wissenschaft soll deshalb nicht weiter immer wieder mit dem Hinweis kommen: Sollen wir den Seuchenkranken, den Diabetikern, den Geschlechtskranken, den hormonell gestörten Patienten oder sonstwie Infektkranken tatenlos sterben lassen?

Es gilt das medizinische Patt zu erkennen

Nein, wir sollen und müssen die jetzige Patt-Situation endlich erkennen und die einzigen richtigen Schlüsse daraus ziehen, nicht mehr wie bisher symptomatisch an der Wirkung einzuheilen, sondern ursächlich, zellregenerativ an der Ursache behandeln, was mit der Regena-Therapie möglich geworden ist. Es gilt das Patt zu erkennen, weil es schon jetzt gebrochen werden kann.

Bei der Hormontherapie soll nur noch ergänzend darauf hingewiesen werden, daß jede Hormonsubstitution, heute doch noch vorwiegend aus »tierischen Extrakten als körperfremde Substanzen« und dadurch schon mit krebsfördernden Auswirkungen auf den Organismus, auch hier in Richtung Neukrebs wirkt.

Auch hier wirkt die Hormonsubstitution pathogenetisch auf Zellmembrane, Zellinhalt und Zellkern im Sinne eines Krebsgeschehens. Es geht soweit, daß zu lange oder zu stark gegebene Hormongaben selbst den Zellkern zerstören und damit den Zell-Tod bewirken, wie an anderer Stelle am Beispiel der Impfseraschädigung an der Zelle schon erwähnt.

Bei der Strahlen-Therapie wissen wir auch, daß übernormal durchgeführte, intensive Sonnenbestrahlung zu schweren Zellschädigungen führt. Ungeachtet dessen gibt es nun in zunehmendem Maße »wissenschaftliche Sonnenanbeter« – auch wieder in Kreisen der Naturheilweisen –, denen diese obige normale Sonnenbestrahlung nicht ausreicht, um damit auch wieder in Verkennung von Ursache und Wirkung nunmehr mit »gebündelten« Sonnenstrahlenergien in Form zum Beispiel von Laserstrahlen Schmerzbeseitigung oder sogar Geschwulsteinschmelzung zu betreiben.

Die Verwirrung ist groß! Wie sollte es deshalb bestritten werden können, daß nun Röntgenstrahlen schädlich sind für das Zellularsystem? Sie werden geradezu eingesetzt, um »Zellwucherungen« oder Geschwulstbildungen oder letztlich doch Lebensfunktionen von Zellverbänden zu bremsen oder gar ganz auszuschalten.

Auch hiermit wird neben der Gesamtschädigung an der Zelle und ihren Funktionen der Zellkern am empfindlichsten geschädigt, so daß DNS- und RNS-System den Hauptschaden tragen, der bei Überschreitung einer unterschiedlichen Dosis irreparabel ist.

Nicht die Ursachen-Kette vergrößern

Bei einer echten, kausal-zellregenerativen Medizin beziehungsweise Therapie, die immer ein Sammelbegriff ist in der Umfassenheit der Verordnung der richtigen Arznei, der richtigen Ernährung, der gesunden Umwelteinflüsse bei sonst gesunden Lebenseinflüssen für den Kranken, wobei die sogenannte »Droge Arzt« auch noch eine entscheidende Rolle spielt, ist jede bisher übliche Strahlenbehandlung völlig überflüssig.

Der Röntgenapparat sollte in der Medizin nur noch dem Unfallarzt dienen. Hier kann er weiter Segen stiften, wozu er bei der Behandlung chronischer Krankheiten zukünftig nicht mehr zählen darf.

Aufgrund dieser eindeutigen Dokumentation über die iatrogenen Schäden einer jeden Symptom-Therapie, die alle erst beim akuten Fall beginnen, um über die damit ausgelöste Ursachenkette das chronische Krankheitsbild über die fortschreitende Degeneration des Zellularsystems über Generationen, enden immer wieder beim Neuzeit-Krebs. Dieser Gang der Dinge ist uns bisher noch gar nicht voll bewußt; das damit in Gang gesetzte Zerstörungs-System ist wirklich die gefährlichste biologische Bombe für die Menschheit.

Hätte die Welt nur auf Virchows Zellular-Pathologie aufgebaut und nicht auf Koch und Pasteur die Entwicklung ausgerichtet. Warum ist nun das Krebsgeschehen so gewaltig gestiegen wie eine »biblische Krankheit«, vergleichbar mit einem quasi Gottesgericht über uns gekommen?

Laut Statistik gibt es nur 5 bis 7 Prozent Krebskranke, als krebskrank vorprogrammiert ist jedoch fast jeder Zweite. Dieses erschütternde Bild wird sich aus Gründen der geschilderten Sachlage in den nächsten Jahrzehnten weiter verschlimmern, wenn wir nicht endlich zur Ursachen-Findung und damit zur Ursachen-Vermeidung zurückfinden, statt wie bisher die Ursachen-Kette vergrößern. □

In der nächsten Ausgabe von DIAGNOSEN setzen wir den Beitrag von Günter Carl Stahlkopf über die Zellregenerations-Therapie fort. Weitere Informationen über die Regena-Ganzheits-Regenerations-Therapie und über den Regena-Ärzte-Arbeitskreis mit den Anschriften der Mitglieder erhalten Sie von Günter Carl Stahlkopf, der diese Therapie erforscht und entwickelt hat. Seine Anschrift: Hof Bommerten, CH-9220 Bischofszell/TG.



CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Nicole Franke-Gricksch (Medizin), Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 72,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats. Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

Verlag Diagnosen GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11.

ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 29. März 1989 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

Vertrauliches

China

Wiederbelebung des Chikung-Kultes

Berichte von Nachrichtendiensten deuten auf eine Wiederbelebung des 200 Jahre alten Chikung-Kults auf breiter Grundlage auf dem chinesischen Festland hin. Chikung bedeutet Tiefatmungsübungen, um einen »Hochzustand« zu erzeugen und den Anfänger in die Lage zu versetzen, die Anlagen der geheimnisvollen Lebenskraft, »chi« genannt, auszubeuten.

Kult-Eingeweihte behaupten über ein Aura-Sichtvermögen, Heilkräfte und Langlebigkeit zu verfügen. Meister des Chikung versichern in der Lage zu sein, Löcher in Metall zu brennen, die molekulare Struktur des Wassers verändern und Glühbirnen durch Konzentration ihres chi zum Brennen bringen zu können.

Einer Reuter-Meldung zufolge sollen sich unter den schätzungsweise 60 Millionen Eingeweihten des Chikung hohe Funktionäre der Kommunistischen Partei befinden sowie chinesische Militärwissenschaftler sollen gerade dabei sein, die Behauptungen der Chi-Praktiken zu erforschen.

Es wird berichtet, daß Chikung-Experten in Peking vor Zuhörerschaften auftreten, die in die Tausende gehen. Auf Chikung-Versammlungen in Peking sollen sogar Massenhysterien ausgelöst worden sein. Bis vor kurzem wurde Chikung von den chinesischen Behörden als Hexerei geächtet. □

Angola

Kubaner bleiben als Farmer

Über die Friedensgespräche zwischen Angola, auf den Kap Verde Inseln, wurde ergänzend bekannt, daß Fidel Castro einen Plan vorgestellt hat, demzufolge gewisse Kontingente der kubanischen Streitkräfte in Angola angesiedelt, zu Farmern oder Facharbeitern ausgebildet werden und nicht mehr nach Kuba zurückkehren sollen. Hier dürfte es sich um die Aids verseuchten Truppenkontingente handeln.

Darüber hinaus hat ein Bericht aus Simbabwes Hauptstadt Harare den Friedensplan für Angola und Nambia gebremst, denn solch unverantwortliche Aussagen wie die des stellvertretenden Oberbefehlshabers der angolanischen Armee sind nicht angetan, die heiklen Verhandlungen zu beschleunigen. Er erklärte, daß die Lager des Afrikanischen National-Kongresses (ANC) in Angola bestehen bleiben und weiter funktionieren werden, da die von Südafrika, Angola und Kuba beschlossen Friedensgrundsätze nicht den ANC oder die SWAPO miteinbeziehen. Solche Bemerkungen sind für Südafrika und Südwestafrika/Nambia unannehmbar, denn sie haben den blutigen Weg erlebt, den der ANC und die SWAPO mit ihren feigen Terrorangriffen verfolgen. □

Brasilien

Sarney hält sozialistische Machtübernahme für möglich

Brasiliens Präsident Jose Sarney erklärte in einem Interview, er erachte eine marxistische Machtübernahme in Brasilien als unvermeidlich. Obwohl bislang nicht als Theoretiker des »Lenismus« bekannt, ging er noch weiter und behauptete, die sozialistische Weltrevolution sei ebenfalls unvermeidbar.

Brasilien geht auf eine »sozialistische Revolution und auf den Totalitarismus« zu und »niemand scheint in der Lage zu sein, das aufzuhalten«, meinte der brasilianische Präsident. Sarney bezog sich dabei auf die Siege der Marxisten und anderer Linken bei den Kommunalwahlen in ganz Brasilien am 15. November 1988. Dies, so Sarney, sei der Beweis dafür, daß das politische Zentrum brüchig und die Zeit für eine Übernahme durch die Linken reif sei.

Sarney übernahm keine Verantwortung für die Krise, noch tadelte er das Sparprogramm des Internationalen Währungsfonds (IWF), das er selbst eingeführt hatte, für die Fortschritte der Marxisten. □

Sowjetunion

Vorbereitungen für eine Achse mit China und Indien

Indiens Botschafter in Moskau, T. N. Kaul, sagte in einem Interview, die Möglichkeit einer Sowjet-China-Indien-Gipfelkonferenz könne nicht ausgeschlossen werden. Sowjetische Journalisten, die Michail Gorbatschow bei seinem letzten Besuch in New Delhi begleiteten, deuten an, daß ein derartiger Gipfel stattfinden könnte, aber es brauche noch etwas Zeit.

»Wenn sich die Beziehungen zwischen Indien und China verbessern, dann wird dies der Sowjetunion von Nutzen sein, und wenn sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China verbessern, dann ist das hilfreich für Indien«, meinte Kaul. Die drei Nationen sind lebenswichtig für jede Entwicklung in Asien und deswegen sind ihre Beziehungen untereinander wichtig. □

Taiwan

Grüne Revolte im Parlament

Ein Tumult brach im taiwanischen Parlament über Anklagen des linken Flügels aus, daß einige Parlamentarier »überaltert« sind. Die oppositionelle Demokratische Volkspartei (DPP), die Verbindung zu den Grünen in Deutschland pflegt, verurteilte eine Eingabe der regierenden Kuomintang (KMT) zur vorzeitigen Pensionierung älterer Abgeordneter. Der Antrag erfüllte nicht die Forderung der DPP auf Pensionierung aller älteren Abgeordneten. Bei den älteren Abgeordneten handelt es sich in der Regel um antikommunistische Veteranen des chinesischen Bürgerkriegs und aus der Zeit der Herrschaft Tschiang Kaischeks.

Die DPP behauptete, daß viele ältere KMT-Abgeordnete ins Parlament »berufen«, niemals gewählt wurden, und daher nicht im Amt bleiben dürften. Als der Antrag der KMT durchkam, brach die Hölle los. DPP-Mitglieder warfen Bücher und Mikrofone nach KMT-Mitgliedern und versuchten den Besprechungsraum der KMT zu stürmen. Aber den Forderungen der DPP wurde nicht entsprochen. Die Polizei mußte eingreifen, um die Ruhe wieder herzustellen.

Die Führer der DPP-Opposition wurden von Grünen und anderen Stützen sozialistischer Politik in der Bundesrepublik ausgebildet. Es sind die Verbindungsleute in einem gegen Taiwan gerichteten Entstabilisierungs-Komplott, Teil der regionalen Szene, die den Sturz des philippinischen Präsidenten Ferdinand Marcos und die Entstabilisierung Südkoreas, Singapurs, Malaysias, Burmas und Indonesien erlebt hat. Taiwan ist dazu verurteilt, auf Grund von Abmachungen unter den Supermächten an das kommunistische China ausgeliefert zu werden.

Ganz offensichtlich wird die Republik China »liberalisiert«. Ein sowjetisches Handelsbüro wird wahrscheinlich bald in Taibei eröffnet, und die Grenze wird für Rotchinesen geöffnet, die sich in Taiwan niederlassen möchten. □

China

Studie enthüllt Kinder-Unterernährung

Kinder in der Volksrepublik China leiden an Unterernährung, Rundwürmern und Unterentwicklung, berichtete die »China Daily«. In zwei Provinzen, Heilongjiang im Nordosten und Hunan im Südwesten, seien Schulkinder ernsthaft von Krankheiten auf Grund der Unterernährung und Schmutz betroffen, war aus Studien der Gesundheitsministerien beider Provinzen zu entnehmen. Kinder, die auf Grund von Unterernährung an Blutarmut leiden, sind empfänglich für Herz- und Lungenkrankheiten und haben hohen Blutdruck, und die meisten von ihnen sind kurzsichtig.

In der verarmten nördlichen Provinz Heilongjiang haben 75 Prozent der Schulkinder keine Mund- und Körperpflege und 50 Prozent leiden an Rundwürmern. In einer Schule der Stadt Schanghai leiden 56 Prozent der männlichen Schüler an unterentwickelten Genitialien, meistens wegen körperlicher Unterentwicklung, aber einige auch wegen mangelnder persönlicher Sauberkeit. □

Trilaterale Kommission

Gespräche mit Gorbatschow

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow hielt kürzlich in Moskau hinter verschlossenen Türen eine Sitzung mit einer Delegation der Trilateralen Kommission ab, bei der er gelobte, die Wasserleiche der sowjetischen Wirtschaft wieder zum Leben zu erwecken, um das Land in die »Weltwirtschaft zu integrieren« und um die Mitgliedschaft in weltweiten Wirtschaftsvereinigungen sich zu bemühen.

Der Sowjetführer machte auch längere Ausführungen zu seinen Plänen, die militärische Stärke der Sowjetunion zu verringern. Unter den Teilnehmern an der Sitzung zwischen Gorbatschow und der geheimnisvollen Gruppe internationaler Finanzleute und Politikern befanden sich Henry Kissinger, Außenminister unter den US-Präsidenten Richard Nixon und Gerald Ford; Valery Giscard d'Estaing, ehemaliger Staatspräsident von Frankreich; Yasuhiro Nakasone, der ehemalige japanische Premierminister.

Kissingers Anwesenheit war bemerkenswert. Er ist nicht nur Mitglied der Trilateralen Kommission, sondern auch der Schwesternorganisation, den Bilderbergern. Seine Anwesenheit beurteilten Beobachter als ein Zeichen der Ernsthaftigkeit der in der Sowjetunion und in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen stattfindenden Umwandlung, worin sich die Eingliederung der Sowjets in die geplante neue Weltwirtschaftsordnung widerspiegelt.

Wie bei allen Tagungen der Trilateralen Kommission durfte die Presse nicht darüber berichten. Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass veröffentlichte jedoch eine autorisierte Version dessen, was sich abgespielt hat. Daraus geht hervor, daß Gorbatschow der Delegation der Trilateralen Kommission mitteilte, er würde den sowjetischen Militärhaushalt um 14,2 Prozent kürzen und die Produktion von Waffen und militärischer Technologie um 19,2 Prozent verringern. Sowjetische Militärhaushalte sind geheim, aber westliche Experten schätzen ihn auf 116 Milliarden Dollar pro Jahr.

»Von den 500 000 Mann, die aus der Armee und der Marine herausgenommen werden«, zitierte Tass Gorbatschow, »kommen 240 000 aus dem europäischen Teil des Landes, 200 000 aus dem östlichen und 60 000 aus dem südlichen Bereich.«

Unter Bezugnahme auf die 10 000 Panzer, die aus Europa abgezogen werden sollen, sagte Gorbatschow: »5000 davon werden verschrottet, die übrigen werden in Zugmaschinen für zivile Zwecke umgebaut.« □

Japan

Neuer Supercomputer auf dem Markt

Die japanische Firma Fujitsu Ltd. hat einen neuen Supercomputer auf den Markt gebracht, der wie sie mitteilt, noch schneller als das jüngste Produkt ihres Hauptkonkurrenten auf diesem Gebiet, der Firma Cray Research of Minneapolis. Cray hatte im Februar 1988 eine starke Maschine der Öffentlichkeit vorgestellt, die Y-MP.

Supercomputer sind ein unentbehrliches Werkzeug für Ingenieure, Auto- und Flugzeugkonstrukteure, Molekularphysiker, A-Bomben-Hersteller, Entschlüsseler- und Geheimdienstexperten. Die Maschine kann äußerst komplexe Erscheinungen grafisch simulieren und sehr schnell Rechnungen durchführen, die sonst Tage, Monate oder gar Jahre in Anspruch nehmen würden. Nur die Vereinigten Staaten und Japan haben sie gebaut und im Konkurrenzkampf haben sie häufig um den Titel »schnellste Maschine« wahre Bocksprünge aneinander vorbei vollzogen.

Keiichior Uchida, der die Entwicklung der neuen VP-2000-Maschine bei Fujitsu leitet, meinte: »Wir wollen die schnellsten Einzelprozessoren der Welt entwickeln. Das haben wir auch erreicht.«

Die Fujitsu VB-2000 gewinnt dadurch an Geschwindigkeit, daß sie noch schnellere Bauteile in nur zwei Prozessoren enthält. Crays Y-MP enthält ihre Geschwindigkeit dadurch, daß sie über acht Prozessoren verfügt, die, obwohl sie einzeln langsamer sind, die Last der komplizierten Rechnungen gemeinsam tragen.

Die VP-2000 »scheint eine ziemlich gute Maschine zu sein«, urteilt die »New York Times«. »Aber jedermann glaubte, sie würde mehr Prozessoren beinhalten, als dies tatsächlich der Fall ist. Aber Mehrfach-Prozessoren benötigen die Software neuer Systeme. Die Aufgabe ist technologisch schwieriger zu lösen, als viele Leute glaubten dies für die Japaner sein würde.«

Nichtsdestoweniger leistet die neue Maschine laut Fujitsu vier Milliarden »Gleitkomma«-Funktionen, das heißt Grundrechenaufgaben wie Addition, pro Sekunde. Das sind mehr als zweimal so viel wie der Supercomputer leistet, den die neue Maschine ersetzen wird. □

Angola

Südafrikaner über Kubaner verärgert

Die südafrikanische Delegation verließ bei Verhandlungen über Angola und Namibia den Saal, als man ihnen offensichtlich jedes Recht verweigerte, Rückzüge kubanischer Verbände aus Angola überprüfen zu dürfen. Es blieb unklar, ob der südafrikanische Schritt eine endgültige Vereinbarung lediglich verzögern oder blockieren wird.

Südafrika hat seine eigenen Truppen bereits aus dem südlichen Angola abgezogen – wodurch die Lage der prowestlichen UNITA-Freischärler in Gefahr gebracht wurde – unter dem Einvernehmen, daß Kuba seine 50 000 Soldaten ebenfalls in Kürze aus Angola abzieht.

Die von Kuba unterstützte angolanische Delegation verurteilte den südafrikanischen Schritt als »Sensation erheischend«, und der kubanische Führer Fidel Castro sagte, die Südafrikaner dürften bei der Überprüfung der kubanischen Truppenabzüge keine Rolle spielen.

»Wenn wir dort noch weitere zehn Jahre bleiben müssen, dann haben wir auch die nötige Tapferkeit, ausreichende Kraft in unserem Volk und ausreichenden internationalistischen Geist dazu, dort zehn Jahre zu bleiben«, meinte Castro. □

Japan

Beunruhigt über Moskaus Politik

Die sowjetische Reaktion auf die Unruhen in Estland und anderen baltischen Staaten hat den japanischen »Optimismus abgeschwächt«, daß sich die Beziehungen zur UdSSR verbessern könnten. Die sowjetische Position in den baltischen Staaten wurde durch die gleichen Potsdamer Abkommen etabliert, auf die auch die sowjetische Besetzung der Kurilen-Inseln zurückzuführen ist.

Japanische Regierungsbeamte wurden durch die »scheinbare« Entfernung Iwan Kowalenkos als Leiter des Politbüros der sowjetischen kommunistischen Partei, der sich mit Japan befaßte, ermutigt, denn Kowalenko, der im Zweiten Weltkrieg ein sibirisches Kriegsgefangenenlager führte, ist ein Hardliner gegenüber Japan. Und, »wenn die Dinge mit China sich gut entwikkeln, dann gibt das Moskau mehr Freiheit, den Fall Japan zu behandeln«, soll ein japanischer Regierungsbeamter gesagt haben.

Aber die Sowjets haben kürzlich ihre Haltung hinsichtlich der Kurilen, die sie bei Kriegsende Japan entrissen, verhärtet. Außerdem, weil die Sowjetherrschaft über die Balten-Republiken in der Potsdamer Erklärung bestätigt wurde, »könnten estische Forderungen nach Souveränität Moskau davon abhalten, andere Bestimmungen des Abkommens« in bezug auf Japan zu ändern. □

Briefe

Betr.: Ostpolitik »Weizsäcker und Kohl liefern Deutschland aus«, Nr. 1/89

Es ist sonderbar und unverständlich, daß die Grundlage Ihrer Betrachtungen immer die Feindschaft zwischen Kapitalismus und Kommunismus beziehungsweise zwischen USA und UdSSR ist. Wissen Sie denn nicht, daß Ende des Ersten Weltkrieges die Beherrscher der USA, das heißt die Inhaber des internationalen Weltkapitals, ihre stärkste Waffe für die Enteignung der ganzen Welt, den Kommunismus, in Rußland an die Macht gebracht haben und laufend mit beachtlichen Geldbeträgen unterstützen?

Die Regierungen der USA und der UdSSR gehören demselben Volk an und kämpfen gemeinsam um die absolute Weltherrschaft.

Chaim Weizmann schreibt in »World Conquerors«, Seite 227: »Die Juden der ganzen Welt sind ein Volk, trotz der öffentlichen Gegensätze zwischen der USA und der UdSSR. Es ist nicht in unserem Sinne, daß der Westen den Osten, das heißt die vom Kommunismus unterdrückten Völker befreit, denn damit würde man die Juden auf der östlichen Halbkugel entmachten«.

Die blutigen Kämpfe zwischen Kapitalismus und Kommunismus werden planmäßig erzeugt, um die Völker für die Machtübernahme zu schwächen. Die jetzt beginnende Politik Gorbatschows, der nur die Befehle der wirklichen Machthaber ausführen muß, soll die Feindschaft zwischen USA und UdSSR abbauen, da nach den geheimen Plänen der gemeinsamen Regierungen in der USA und der UdSSR der Zeitpunkt gekommen ist, beide Staaten zu einem Einheitsstaat zu vereinigen.

Auf dem Wege zur absoluten Weltherrschaft sind sie nicht mehr aufzuhalten. Den letzten Versuch in Europa haben sie sofort restlos vernichtet.

Die Giftgaspolitik soll verhindern, daß außer der USA und der UdSSR andere Staaten Giftgas besitzen.

Nach dem Zusammenschluß können dann alle Staaten durch Giftgaserpressung restlos unterworfen und versklavt werden.

Damit wird dann das in der Bibel genannte Endziel, das »Tausendjährige Reich« mit der Welthauptstadt Jerusalem, erreicht sein.

Herbert Biemann,
Fellbach-Schmiden

Betr.: Bonn »Erst Deutschland – dann Europa«; Nr. 12/88

Unter diesem Titel wird behauptet, daß alle EG-Partner der Bundesrepublik gegen die Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten sind, daß zum Beispiel in Frankreich und England darüber keine Zweifel bestehen.

Wie das in meinem Land, Flandern, ist, kann ich nicht beurteilen. Eigentlich müßte man von deutscher Seite aus die Frage vorlegen an die Regierungen der EG-Länder und das ist im Grunde noch kein Maßstab, um daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Die Bürger selbst müßten befragt werden, um eine richtige Antwort zu bekommen auf die Frage »ob man die Wiedervereinigung Deutschlands wünscht oder dagegen ist«.

Leider wird diese Frage nicht gestellt. Persönlich bin ich als Flame für die Wiedervereinigung dieser geteilten deutschen Staaten und bin nicht der Meinung, daß man alle Schuld auf das gesamte deutsche Volk laden kann, für das, was die Nazis angerichtet haben. Holländer, Belgier, Franzosen, Engländer, Spanier, Portugiesen, die alle Kolonien haben oder hatten, müssen da vorsichtig sein mit obigem Ausdruck.

Wer in Europa einen Staat sieht von Gibraltar bis zum Ural, bezieht auch alle Ostblockstaaten in dieses Europa ein und muß schon mit der Wiedervereinigung von BRD und DDR einverstanden sein. In der hiesigen EG sind in der Tat nicht einmal die Schweiz und Österreich eingeschlossen und das sind Staaten der kapitalistischen Sphäre.

Was Europa beziehungsweise die EG betrifft wird man abwarten müssen, ob diese Vereinigung das Problem der Arbeitslosigkeit lösen kann und die Freiheit und Menschenrechte nicht verletzt.

Alfons Klein, Lovenjoel

Betr.: Bundesrepublik »Gebot der Gemeinnützigkeit«, Nr. 1/89

Der hessische Diätenerhöhungsskandal hat sehr deutlich gezeigt, daß die Bürger überhöhte Abgeordnetendiäten nicht schätzen. Übersehen wurde dabei jedoch, daß die Hessen erstmals die bayerischen Abgeordneten überholen wollten, und daß die bayerischen Landtagsdiäten das Doppelte des Durchschnittseinkommens der arbeitenden Bevölkerung weit überschreiten. Daß selbst diese Diätenhöhe keinen Schutz vor Parteispendenaffären (man denke nur an den Fall Flick) und Korruption bietet, zeigt, daß hohe Diäten keine Garantie für hohe moralische Qualität der Abgeordneten gewährleisten.

Nicht ein gut dotierter Job, sondern die Ehre, das Volk vertreten zu dürfen, sollte der Lohn für einen Wahlsieg sein. Daneben scheinen mir Maßnahmen gegen Korruption und Kriminalität der Abgeordneten, zumindest zur Vorbeugung gegen künftige Skandale, als dringend erforderlich.

Fritz Witt, Mitterteich

Betr.: Bundesrepublik »Gefragt ist Gemeinsinn«, Nr. 12/88

Gemeinsinn innerhalb der Familie ist doch eine Selbstverständlichkeit. Wenn Sie allerdings Gemeinsinn in bezug auf Mitmenschen meinen, dann ist zu fragen, warum die Masse – und das sind die kleinen Leute – Gemeinsinn zeigen sollen, wenn Hauptnutznießer dieses Verhaltens die Mächtigen und Schmarotzer dieser Gesellschaft sind. Ziel muß vielmehr sein, eine gerechte Gesellschaft zu schaffen, und das bedeutet Veränderung.

Solidarität und Gemeinschaftsaufgabe. Wir haben in »diesem unserem Lande« wahrlich genug Menschen, die unserer Solidarität bedürfen und Probleme, die nur als Gemeinschaftsaufgabe gelöst werden können. Da bedarf es nicht erst der Einwanderung von sogenannten Aussiedlern, zumal die BRD kein Einwanderungsland ist und nicht sein kann, weder für ehemalige Auswanderer, noch für Asylanten und Wirtschaftsflüchtlinge, auch nicht für EWG-Bürger.

Bei Aussiedler werden Ostdeutsche, Rußlanddeutsche und andere Auslandsdeutsche in einen Topf geworfen. Während die Deutschen aus Schlesien Menschen sind, die aus einem Teil Deutschlands in einen anderen wechseln, weil ja bekanntlich das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 fortbesteht, sind die Rußlanddeutschen ehemalige Auswanderer.

Nun muß doch jeder vernünftige Mensch einsehen, daß wir unmöglich auch nur einen Teil der Millionen ehemaliger deutscher Auswanderer in aller Welt wieder aufnehmen können. Abstrakt gesehen, müßten wir alle Auswanderer wieder aufnehmen, wenn sie es wünschten, weil sie alle, sofern sie es nachweisen, Deutsche durch Abstammung sind.

Zum Wohle des deutschen Volkes. Was, bitte schön, soll hier zum Wohle des deutschen Volkes sein? Daß dieser Rheinbundstaat, genannt BRD, noch mehr Menschen aufnehmen soll, obwohl übervölkert, kann ich nur noch als Witz bezeichnen. Die Reduzierung der Bevölkerung wäre wünschenswert.

Gründe der Einwanderung in die BRD werden von den Artikelschreibern nicht genannt. Manche der Einwanderer entdecken plötzlich ihr Deutschtum. Weshalb erst jetzt und nicht vor fünfzig oder hundert Jahren? Damals waren offensichtlich die wirtschaftlichen Unterschiede zum Reich nicht so groß. Viele geben offen als Grund an, hier ein besseres Leben in wirtschaftlicher Hinsicht führen zu können. Dieser Aspekt steht im Vordergrund.

Die deutsche Sprache beherrschen die Einwanderer nicht oder nur mangelhaft. Sehr erstaunlich, wo doch die meisten angeblich dem Deutschtum sehr zugetan waren! Es hat sie doch niemand daran gehindert, innerhalb der Familie oder mit deutschen Nachbarn deutsch zu sprechen.

Die Anpassung in unserer Gesellschaft gelingt den Einwanderern schnell und gründlich. Sie begreifen sofort, daß in dieser Konsumgesellschaft Materialismus das Ideal ist. Deshalb stellen sie in kurzer Zeit dieselben hohen Ansprüche wie der uniforme Massenmensch hierzulande.

Weil den Einwanderern vielerlei Subventionen und Vergünstigungen gewährt werden, erreichen sie schnell den angestrebten Lebensstandard. Das vielgelobte Gemeinschaftsgefühl, Selbsthilfe, Gemeinschaftshilfe ist dann bald vergessen. Das kann ich aus eigener Anschauung bestätigen.

Natürlich sind sie von unserer Gesellschaft korrumpiert worden. Wie kann es auch anders sein? Aber das ist doch gerade das, was die Machthaber wollen. Inferiorität als Staatsräson.

Siegfried P. B. Stief, München

Betr.: One World »Die Gleichmacher und Weltbeglücker«, Nr. 1/89

Im 7. Jahr, wenn alle 7 Leuchten brennen, soll der Schrein geöffnet, die Gesetze öffentlich vorgelesen und Erlaß gegeben werden (5 Moses 14,15).

Am 7. Tage sollst du ruhen, im 7. Jahr soll das Profitziehen ruhen, sollen die Schulden erlassen (3 Moses 25,28) damit die Sklaven (verschuldeten) wieder frei werden. Da sollen die Pfandstücke, die Felder, die Weinberge, die Häuser den enteigneten wieder zurückgegeben werden (Neh 5,1–12).

Im 7 × 7 = 49. Jahr sollen die Besitzverhältnisse neu geordnet werden, damit oder weil vor Gott alle Menschen gleich sind (Jer. 34,8–17).

Wir erkennen, daß es hier nicht nur um Tradition, um Sonntagsruhe oder um die Säulen des Juden- und Christentums (Lukas 4,19) sondern um tiefe ökonomische Wahrheit geht.

Im Sabbatjahr soll die Kapitalkonzentration aufgelöst, das Hundertste des Geldes dem Markt wieder zur Verfügung gestellt werden, damit ein neuer friedlicher Kreislauf beginnen kann.

Es sind die Fundamente eines friedlichen und natürlichen Wirtschaftssystems mit dem das altägyptische Reich groß und mächtig wurde und wieder zusammenbrach als es diese Gesetze nicht mehr hielt.

Die Ausrufung des Erlaßjahres (Erlaß für die dritte Welt) durch Bundeskanzler Helmut Kohl in Kanada erkenne ich als die größte Leistung, die je ein Politiker der Bundesrepublik in den letzten 40 Jahren vollbrachte, doch es ist als hätte das niemand verstanden.

Als Jude wünsche ich mir, daß der 7. Tag, das 7. Jahr, das Jubeljahr gehalten wird, weil ich schon wieder Angst habe vor diesem Konzentrationswahn, vor dieser Provitsucht, die nun auch vor dem 7. Tag nicht mehr halten will.

Hans Werding, Bremen